

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz
(Chefredakteur)
Norbert Seitz
(verantwortlich)
Linda Pieper
(Volontariat)
Christian Jürgens
(Thema + Kritik)

Redaktionskreis

Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Eve-Marie Kallen
Christine Pries
Hans-Joachim Schabedoth
Uli Schöler
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse
Christoph Zöpel

4 1997
44. Jahrgang

Inhalt

291 Editorial

Aktuelles

- 293 BURKHARD REICHERT
Ermutigung zum Sozialstaat/
Zur gemeinsamen Erklärung
der Kirchen
- 295 CLAUS LEGGEWIE
Der politische Katholizismus in
den USA am Scheideweg
- 299 IVAN IVANJI
Serbien nach dem ersten Sieg
der Opposition
- 361 JACOBUS DELWAIDE
Brüssel ist nicht Weimar
- 305 KAREL TRINKEWITZ
Bohumil Hrabals Happyend
- 308 HERTA DÄUBLER-GMELIN
Claus Arndt zum 70.

Thema: Geld

- 310 JOCHEN HÖRISCH
Geld
- 318 GESPRÄCH MIT
REIMUT JOCHIMSEN
»Ruhig Blut bewahren«
- 324 CLEMENS FUEST
Die geringe Popularität des Euro
- 329 CHRISTIAN JÜRGENS
Elektronische Metamorphosen.
Überlegungen zum digitalen
Geld
- 335 MICHAEL KÖHLER
Von Walhall zur Wallstreet.
Bemerkungen zur Raffgier
- 339 ULRICH BARON
Wenn man keins hat.
Literarische Kuriosa zum Geld
- 342 FRITZ GÖTTLER
Filmforum:
Eine Pornographie des Geldes

Kontroversen

- 346 JAN KREN
Kritische Anmerkungen
zu Philipp Ther
- 350 RUDOLF HILF
Versöhnung '95

- 352 FRANK WULLKOPF/
DIRK JÄGER/GESA SNELL
Wirtschaftswunder mit Schatten-
seiten
- 357 FRANK BOGISCH
Die PDS ist ein ernsthafter
politischer Partner
- 359 DANKWARD BRINKSMEIER
Purismus allein genügt nicht

Kritik

- 362 STEPHAN KRASS
Heiko Michael Hartmanns
Debutroman »Moi«
- 364 MARIE-LUISE KNOTT
Der Briefwechsel zwischen
Hannah Arendt und Heinrich
Blücher
- 368 MARTIN SCHIERBAUM
Ein Band zum Phänomen
des »Volkes«
- 370 JOHANO STRASSER
Lester C. Thurow spekuliert
über die »Zukunft des
Kapitalismus«
- 374 RÜDIGER GÖRNER
Tony Judt versucht, Europa zu
dekonstruieren
- 376 PATRICK HORST
Zwei Publikationen zum Mythos
Amerika
- 377 FERDINAND W. MENNE
Eine Anthologie zum Lachen
- 379 JOSEF-THOMAS GÖLLER
Regine Hildebrandt schaut dem
Volk aufs Maul
- 380 STEPHAN REINHARDT
Karl Mautz' Roman »Der
Urfreund«
- 381 INES POSSEMEYER
Neue Bildbände:
Nonos Rose und Lagerfelds
Nostalgie
- 384 Zu den Autorinnen und Autoren
- 384 Impressum

Titelfoto: AKG, Berlin

Geld, sagt der Literaturwissenschaftler Jo-
chen Hörisch, sei nach Sprache das zweit-
wichtigste und in vielerlei Hinsicht vor Sprache
das wichtigste »Medium«. Wer die hektische
Debatte um den Euro in Deutschland verfolgt,
wird das nicht bezweifeln. Wer viel Geld be-
sitzt, ist potent und liquide. Also ist die wichti-
gste Frage, um die es in der Politik geht, nicht
Krieg und Frieden, nicht Gerechtigkeit oder
Toleranz, sondern »Wertbeständigkeit«. Wir
sind besonders stolz auf unsere *jungen* Auto-
ren. Was aber propagiert einer der jüngsten,
Clemens Fucst: eine »kompromißlose« Stabi-
litätsorientierung. Nichts schöner als »Kom-
promißlosigkeit«.

Die hat Theo Waigel, Finanzminister einer
»reichen« – in gewisser Weise aber auch halb-
bankrotten – Gesellschaft ja auch ein paar Jah-
re lang simuliert. »Drei Prozent sind drei Pro-
zent«, jubelte er eines der finanziellen Konver-
genzkriterien der europäischen Währungs-
union – zum öffentlichen Defizit – hoch. Das
war zwar vertragswidrig. Der Maastrichter Ver-
trag erlaubt ausdrücklich eine »Interpretation«
der Zahlen. Aber man wirkt halt so markant,
wenn man verspricht, der Euro werde genauso
»hart« sein wie die Mark. Das geht bei solch
einer Korbwährung zwar nicht, weil sie unwei-
gerlich ein Mischprodukt unterschiedlicher
Stabilitätskulturen sein muß. Aber wer das zu-
gibt, wird von den Kompromißlosen geprügelt.
Wer wird schon gern geprügelt?

Geld, ach Geld. Der fabelhafte Nestroy hat
alles gewußt: »Die Phönizier haben das Geld
erfunden – aber warum so wenig?« Also wird
die Mark zum Goldenen Kalb. Die National-
staatler benutzen die Geldangst als Argument
für ihren neudrapierten Partikularismus. Die
Technokraten (die Deutsche Bundesbank ist
die mächtigste Agentur Europas, mächtiger als
der Vatikan, FORCE DE FRAPPE oder BBC) rangeln
– verdeckt – um ihre Kompetenzen. Die Popu-
listen überlegen – leise pfeifend – ob man mit
ein wenig Polemik gegen den Euro nicht drei
Prozent bei irgendwelchen Landtagswahlen
gewinnen könnte. Alles dreht sich ums Geld.
Deshalb ist »Geld« das zentrale Thema unseres
Aprilheftes.

Prag ist voller Geschichten«: Dieses Aller-
weltsmotto, aber immerhin von Jean
François Lyotard, hat Karel Trinkewitz über sei-
nen Nekrolog für Bohumil Hrabal gesetzt. Der
großartige alte Säufer, Zyniker, Lebenskünstler
fiel aus einem Fenster des Prager Krankenhau-
ses Bulovka, angeblich beim Taubenfüttern.
Die Geschichte kann wahr sein, aber auch
falsch, jedenfalls ist sie hrabalesk. Hrabalesk
ist etwas ganz anderes als kafkaesk. Allerdings
kommen beide Haltungen in Bochum, Alt-
ötting, Tauberbischofsheim oder Mainz nicht
vor.

Der kleine melancholische Essay von Trin-
kewitz ist eines der schönsten Stücke, das wir
seit langem publiziert haben. Hrabals Bücher
wurden von jungen Dissidenten am Ufer der
Moldau verbrannt. Klar: Hrabal, ein großer Au-
tor in einer Flaute, lebte für seine Kunst, für
nichts anderes. Ein Céline- und Pound-Vereh-
rer, nix für Gesinnungsethiker. Tot ist er, tot,
tot, tot. Aber sein kleiner Roman *Ich habe den
englischen König bedient* wird die ganze deut-
sche Literatur der letzten drei Jahrzehnte über-
leben. Fast die ganze.

Klaus Harpprecht, einer unserer Herausge-
ber, ist 70 geworden. Die einen kennen ihn
als Chef von Willy Brandts Schreibstube, als
Auffinder des Begriffs »Compassion«. Ältere
schwärmen vom Herausgeber des MONAT, vom
Verfasser langer, kulinarischer Vermont-Texte
für GEO, von präzisen Features fürs ZDF. Jün-
gere mögen die Forster-Biografie kennen oder
das große und unter Schmerzen entstandene
Thomas-Mann-Buch. Wir gratulieren einem sei-
ner Mittel sicheren, souveränen, aber immer
empfindlicher werdenden deutschen Intel-
lektuellen, der von außen in sein Land schaut:
Harpprecht lebt in La Croix Valmer. Den Deut-
schen wäre zu raten, daß sie den kritischen
Halbtönen des Ausgewanderten nachhorchten.

Peter Glotz

Geld Geld Geld

G
e
l
d
G
e
l
d
G
e
l
d
G
e
l
d
G
e
l
d



Foto: AKG, Berlin

Foto: dpa



Aktuelles

BURKHARD REICHERT

Ermutung zum Sozialstaat

Das gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland

Nach zweieinhalbjähriger Beratungs- und Redaktionsarbeit haben im Februar der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz ihre Erklärung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage vorgelegt. Das Papier trägt die Überschrift *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit*. Schon der erste Entwurf zu dieser Stellungnahme, der im Herbst 1994 bekannt wurde, hatte in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit gefunden, nicht nur wegen der ungewöhnlichen ökumenischen Gemeinsamkeit, sondern vor allem der überraschenden Eindeutigkeit wegen, mit der Fehlentwicklungen in Wirtschafts- und Arbeitswelt und vor allem in der Sozialpolitik angeprangert wurden. Das Wort von der »Spaltung der Gesellschaft« wurde zu einem Schlüsselbegriff, an dem sich Zustimmung und Ablehnung in dem von den Kirchen angeregten »Konsultationsprozeß« festmachten, an dem sich ein Jahr lang die gesellschaftlichen Kräfte und Gruppierungen beteiligten: Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, kirchliche Gruppen und mehrere tausend Einzelpersonen, deren Anregungen, kritische Anstöße und Textvorschläge in einer umfassenden Dokumentation gesammelt wurden. Im vergangenen Jahr wurde der jetzt vorliegende Text entwickelt. Immer wieder war vermutet worden, die Autoren würden hinter die kritische Deutlichkeit des ersten Entwurfs zurückgehen und die Aussage des Textes entschärfen.

Was jetzt vorliegt, rechtfertigt diese Befürchtungen keineswegs. Der Text ist als ungewöhnlich starke und eindeutige Anforderung der sozialen Verpflichtung des Staates und der Wirtschaft zu interpretieren. Gewiß, die Absicht ist unübersehbar, eine unmittelbare Einbeziehung in parteipolitische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Dennoch nimmt der Text unzweideutig Partei für diejenigen, »die im wirtschaftlichen und politischen Kalkül leicht vergessen werden, weil sie sich selbst nicht wirksam artikulieren können: Die Armen, Benachteiligten und Machtlosen, auch die kommenden Generationen und die stumme Kreatur«. In diesem Sinne steht das Papier in der gesellschaftlichen Diskussion links.

Die 102 Druckseiten zeichnen sich durch eine ruhige, wohlthuend argumentative Sprache aus, dennoch mangelt es nicht an analytischer Schärfe, auch nicht an appellativer Kraft. Schon auf der ersten Seite spricht es von »tiefen Rissen, die durch unser Land gehen«, von dem durch die Massenarbeitslosigkeit hervorgerufenen Riß, dem Riß zwischen Wohlstand und Armut und dem noch längst nicht geschlossenen Riß zwischen Ost und West. Ausdrücklich grenzen sich die Kirchen von denjenigen ab, »die gerne der regulativen Idee der Gerechtigkeit den Abschied geben möchten«.

Die Kirchen sprechen mit Nachdruck von der Verpflichtung zum Sozialstaat, der der Realisierung der Menschenrechte zu dienen hat. Sozialstaatlichkeit darf nicht nur als ein »je nach Zweckmäßigkeit beliebig zu verschlankendes Anhängsel der Marktwirtschaft betrachtet werden«. Auch wenn im Blick auf die Stärkung und Erhaltung von Eigenverantwortung und angesichts knapper Mittel notwendige Schritte zu einer »Verschlankung« des Staates unumgänglich werden, dürfe er »nicht ausgehungert werden und am Ende so sehr abmagern, daß er seine Aufgabe als Sozialstaat nur noch unzureichend erfüllen kann«.

Die Selbstverpflichtung der Bundesrepublik als »freiheitlich-soziale Demokratie bildet die Grundlage für einen dauerhaften Grundkonsens«. Diesem Grundkonsens, »der gegenwärtig verlorenzugehen droht«, widmet das Papier ein ganzes Kapitel. Der Konsens muß sich auf die individuellen, politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Menschenrechte erstrecken. Die Einrichtungen des Sozialstaats gestalten ihn aus. Die Erwartung einer Gesamtsteuerung der gesellschaftlichen Entwicklung durch den Staat jedoch wird als unrealistisch abgelehnt.

Als einen »produktiven Kompromiß zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialem Ausgleich« bezeichnet das Papier die Ausformung der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, die als wichtige Errungenschaft bezeichnet wird. Bewußt sei die soziale Steuerung der Marktwirtschaft durch den Staat von Anfang an konzipiert worden. Heute trete die Notwendigkeit auch ökologischer

Steuerung hinzu. Keines der Elemente sei verzichtbar: Gemeinwohlverpflichtetes Privateigentum, funktionierender Wettbewerb, Absicherung des Einkommens der nicht Erwerbstätigen, Betriebs- und Unternehmensverfassung, Mitbestimmung, Tarifautonomie, Arbeitsschutzgesetzgebung, soziale Sicherung.

Das Dokument weiß darum, daß »nur das verteilt werden kann, was in einem bestimmten Zeitraum an Gütern und Dienstleistungen erbracht worden ist«, daß die Qualität der sozialen Sicherung und das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft einander bedingen.

Reformfähigkeit und Erneuerungsbereitschaft

Um den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft zu sichern, sind Reformfähigkeit und Erneuerungsbereitschaft erforderlich. Dabei darf es jedoch nicht nur um Einschränkungen gehen. Besonders wird genannt die Ausweitung auf ökologische und globale Verpflichtungen neben den sozialen. Die Kirchen sehen die Gefahr, »daß die Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der sozialen Sicherung gestärkt werden soll«. Gerade im Hinblick darauf wird ausdrücklich die soziale Situation in den Vereinigten Staaten als Modell abgelehnt. Die Vorstellung, die Probleme der Globalisierung ließen sich durch bloße Anpassung an internationale Wettbewerbsbedingungen und Senkung der Lohnkosten lösen, sei realitätsfern.

Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft zielt auf den sozialen Ausgleich. Hierzu fordern die Kirchen den gerechten Beitrag aller leistungsfähigen Teile der Gesellschaft, nicht nur nach Einkommen, sondern auch nach dem Vermögen. Nachdrücklich wird auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hingewiesen. Reformschritte setzen eine gleichmäßige Beteiligung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen am sozialen Sicherungssystem voraus. »Eine stärkere Eigenbeteiligung der Beamten an ihrer Altersvorsorge ist auch aus Gründen sozialer Gerechtigkeit überfällig«. Die Finanzierung der Folgekosten der deutschen Einigung aus den Kassen der Sozialversicherung, zu denen wesentliche Bevölkerungsgruppen nicht beitragen, wird als ungerecht und fragwürdig kritisiert und als eine Ursache zur Verteuerung des Faktors Arbeit und somit zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit bezeichnet.

Die entscheidende Aufgabe der Gegenwart wird im Abbau der Massenarbeitslosigkeit gesehen. Arbeitslosigkeit ist nach Auffassung der Kirchen eine tiefe Verletzung der Menschenwürde. Die Erörterung der Ursachen und Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und von Möglichkeiten zur ihrem Abbau nimmt großen Raum ein. Dabei wird die Situation der besonders betroffenen Frauen und der Menschen in den neuen Ländern stark herausgestellt. Arbeitslosigkeit zerstört den Menschen die Erwartungen auf die Zukunft und »das Vertrauen in die demokratische Gestaltbarkeit der Gesell-

Armut in Deutschland: Berber in Frankfurt a. M.

Foto: David Ausserhofer/JOKER



schaft«. Konkrete Vorschläge beziehen sich auf die Möglichkeiten der Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere auch durch die Förderung von Selbstständigkeit und unternehmerischen Initiativen, der Teilung von Erwerbsarbeit, der Flexibilisierung von Arbeitszeit, der Umwandlung von Überstunden und von öffentlich geförderter Arbeit, auch durch eine bessere Verzahnung von Arbeits- und Sozialeinkommen.

Neben den Möglichkeiten von Marktwirtschaft und Sozialstaatlichkeit sieht das Papier Chancen für neue Formen der Solidarität in einer erneuerten Sozialkultur. Zunächst wird der Auffassung widersprochen, die moderne individualisierte Lebensweise führe zwangsläufig zu einem Rückgang von Solidarität. Aufmerksam werden neue Formen solidarischen Engagements auf sozialem, politischem und kulturellem Gebiet bewertet, die unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Wandels ein wesentlicher Faktor des öffentlichen Lebens geworden seien.

Das Wort der Kirchen spricht über wirtschaftliche und soziale Fragen anhand ethischer Perspektiven, die aus dem christlichen Glauben abgeleitet sind. Ausgangspunkt hierfür ist das Gebot der Nächstenliebe, von dem sich eine »vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten« ableitet. *Drei* Prinzipien werden herausgestellt:

Erstens: Gerechtigkeit, die auf Strukturen zielt, »welche dem einzelnen die verantwortliche Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erlauben«.

Zweitens: Solidarität und Subsidiarität fordern die Anerkennung der mitmenschlichen Schicksalsgemeinschaft, aber auch die Wahrung von Würde und Eigenverantwortung der menschlichen Person.

Drittens: »Nachhaltigkeit« ist auf die Verantwortung für die kommenden Generationen ausgerichtet und widerspricht allem willkürlichen und ausbeuterischen Umgang mit Lebensgrundlagen und der nichtmenschlichen Schöpfung.

Das Papier schließt mit einer Besinnung auf Möglichkeiten der Kirchen selbst in ihrer diakonischen und karitativen Arbeit, in ihrer Rolle als Arbeitgeber und in ihrem eigenen wirtschaftlichen Handeln.

Das gemeinsame Wort der beiden großen Kirchen will weder ein Parteiprogramm noch eine wirtschaftswissenschaftliche Analyse oder gar einen Katalog von Patentrezepten vorlegen. Im Blick auf aktuelle schmerzhafteste Probleme stellt es Prinzipien für die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Menschenwürde in der Gestaltung von Wirtschaft, Arbeitswelt und sozialer Sicherung auf. Es geht dabei aus von Grund-

positionen des christlichen Glaubens und der Sozialethik der Kirchen, findet aber zu einer Sprache, die viele Menschen weit über die kirchlichen Bereiche hinaus ansprechen kann.

Die Kirchen weisen die Vermutung zurück, im Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft durch Globalisierung zeichne sich ein Ende des Sozialstaats ab. Sie akzeptieren Umbau- und Reformmaßnahmen, halten aber an den Grundprinzipien der freiheitlich-sozialen Marktwirtschaft und der Verpflichtung des Staates zu regulierendem Handeln gegenüber der Wirtschaft fest.

Einer parteipolitischen Vereinnahmung wird sich das Wort der Kirchen entziehen. Seine Parteinahme gilt den Schwachen in unserer Gesellschaft und einer den Prinzipien von Gerechtigkeit und Menschenwürde verpflichteten gesellschaftlichen Ordnung. Alle diejenigen, die auf einen gerechten, sozialen Ausgleich und auf umweltgerechte Modernisierung der Wirtschaft hinarbeiten, können sich durch die Herausforderungen dieses Papiers ermutigt fühlen.

CLAUS LEGGEWIE

Zwischen Kulturkampf und Kapitalismuskritik

Der politische Katholizismus in den USA am Scheideweg

In den Castelgandolfo-Gesprächen, denen Papst Johannes Paul II. als ständiger Gast und stummer Zuhörer beiwohnt, kam es 1996 gelegentlich zu Wortgefechten zwischen amerikanischen Neokonservativen und (katholischen) Liberalen europäischer Herkunft resp. Neigung über die Rolle und Legitimität des Wohlfahrtsstaates. Auf Unverständnis stieß vor allem die fixe Idee der Neokonservativen, daß *welfare* das Armutsproblem in den reichen Industriegesellschaften nicht lösen könne, sondern im Gegenteil verursacht habe, indem Wohlfahrtsempfänger in einen »Teufelskreis der Abhängigkeit« geraten seien und bürokratische Wohlfahrt ihre Sittlichkeit untergraben habe. Der wackelige empirische Beleg dafür ist die steigende Zahl minderjähriger (schwarzer) Mütter, die von der »Stütze« leben und uneheliche Kinder zur Welt bringen. Diese rassistisch getönte Attacke muß einen Anhänger der katholischen Soziallehre auf die Palme bringen. Aber

sie gab dem Todesstoß, den die Clinton-Administration der umstrittenen Familienbeihilfe und anderen sozialstaatlichen Leistungen gegeben hat, sozusagen den intellektuellen Segen.

Versuche, dem Papst eine Stellungnahme zu diesem heißen Eisen oder zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit allgemein zu entlocken, schlugen fehl. Allerdings konnte man sein theologisches Schluß-Statement zum Rahmenthema der Konferenz in der päpstlichen Sommerresidenz (»Enlightenment today«) als christliche Ratifizierung der Aufklärung deuten – und auch als Befürwortung einer Politik sozialer Gerechtigkeit. Diese wohlwollende Interpretation kann sich darauf stützen, daß der Papst bei seinem Amerika-Besuch 1995 klare Widerworte zum neokonservativen Dogma gefunden und sich diametral zur Weltanschauung der protestantisch beherrschten »Christlichen Rechten« geäußert hatte. In Anwesenheit des Führers der CHRISTIAN COALITION, Pat Robertson, lehnte Johannes Paul II. die restriktive Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten ebenso ab wie ihre flagrante Mißachtung der Vereinten Nationen und die Zerstörung des Wohlfahrtsstaates. Aus sozialpolitischen Enzykliken und anderen Äußerungen des Papstes weiß man, daß er den von den Neokonservativen geradezu idolisierten Konsumrausch in der westlichen Welt verachtet und ordnungspolitisch den wilden Kapitalismus amerikanischen Typs genauso vehement ablehnt wie den Staatssozialismus sowjetischen Typs. *Off the record* läßt der Papst die Abneigung gegen »Amerika« und sein Desinteresse, sich damit näher zu befassen, deutlich durchblicken – eine Wahrnehmung, die durch den amerikanischen Jesuiten und langjährigen Generalvikar in Rom, Vincent O’Keefe, bestätigt wird.

Dezentral und isoliert

In diesem Punkt fanden die amerikanischen Neokonservativen nicht den katholischen Bündnispartner, den die christliche Rechte derzeit unwirbt. Sie will damit ihren Einfluß über das Kernmilieu der Evangelikalischen hinaus erweitern und der Republikanischen Partei Wähler aus der zu knapp einem Drittel katholischen US-Bevölkerung zuführen. In seiner (durch katholische Immigration aus Lateinamerika und Asien neuerdings relativierten) Minderheitenposition war der amerikanische Katholizismus in den vergangenen Jahrzehnten eine Bastion der Demokraten. John F. Kennedy hatte seine Wahl katholischen Regionen und Vereinen (vor allem in Chicago) zu verdanken, und auch der Südstaatenbaptist Bill Clinton, bei der weißen protestantischen Mehrheit der Vereinigten Staaten im

Hintertreffen, gewann 1992 und mehr noch vier Jahre später dank der katholischen Gläubigen, vor allem der Frauen und spanischsprachigen Einwanderer. Verärgerte Kommentatoren beschworen schon das schlechte Image des Katholizismus im 19. Jahrhundert herauf, als Anglo-Amerika noch herabblickte auf die »unamerikanische« Religion armer Einwanderer aus Irland, Italien und Polen, die angeblich unter der Direktive des römischen Papismus und damit einer fremden Macht standen.

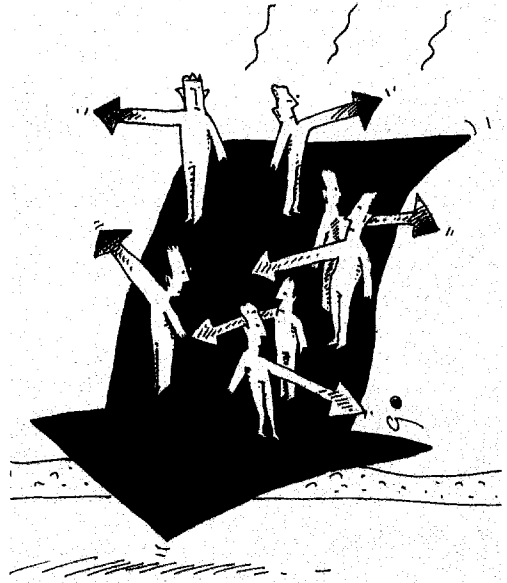
Solche Ressentiments spielen heute keine große Rolle mehr und werden im übrigen durch Seelsorge und Politik des katholischen Episkopats widerlegt, der sich in seinen amerikanischen Diözesen nicht groß um päpstliche Direktiven schert – Rom ist weit. Als Beleg kann ich eine Episode aus einer katholischen Christmette in New York anfügen, zu deren Beginn der Pfarrer ausdrücklich drei Gruppen von Kirchenbesuchern begrüßte: der Kirche Fernstehende (wie mich), alle diejenigen, die mit der Morallehre des Vatikans nicht übereinstimmen (dito) und alle schwulen und lesbischen Kirchgänger. (Letzteres war übrigens nicht nur seelsorgerisch smart, sondern – in einem Land ohne Kirchensteuer – auch geschäftstüchtig: der Stadtteil Greenwich Village weist eine hohe Konzentration von Homosexuellen auf, und das nahegelegene, von der Gemeinde betreute St-Vincent-Hospital ist eine der führenden AIDS-Kliniken in den USA).

Der politische Katholizismus hat in der von protestantischen Sekten geprägten, als eine Art multireligiöser Supermarkt zu beschreibenden amerikanischen Gesellschaft eine ganz andere Struktur und Funktion als in Europa. Die Katholiken können, schon aufgrund der religiösen Fragmentierung und des strikten Trennunggebots der Verfassung, nicht die quasi-offizielle Rolle einer Staatskirche spielen wie in manchen Ländern der Alten Welt, darunter in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Zwar kommen sie dem Bild der institutionellen und organisierten Kirche näher als jede andere in den USA präsente Religionsgemeinschaft. Aber die katholische Kirche ist zu dezentral und isoliert, auch zu stark ethnisch fragmentiert, um eine nationale politische Rolle spielen zu können. Das hindert katholische Bischöfe, Priester und Intellektuelle nicht, sich (auch von der Kanzel) deutlich politisch zu artikulieren. Im Herbst 1995 verbreiteten sie das Hirtenwort »Political Responsibility: Proclaiming the Gospel of Life, Protecting the Least Among Us, and Preserving the Common Good«, in dem katholische Bürger aufgefordert werden, sich entschieden für die Werte des menschlichen Lebens, der Menschenwürde und der Menschen-

rechte einzusetzen. Darin spiegelte sich die kritische Orientierung des Papstes im Bezug auf die Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wider. Und der Klerus, Vereine und Laien standen in vorderster Linie, als es darum ging, Sozialhilfeempfänger und Einwanderer vor Kürzungen und Ressentiments zu schützen und die Errungenschaften des amerikanischen Liberalismus der *New-Deal*-Ära zu verteidigen. Diese Parteinahme mag zur Wiederwahl Clintons beigetragen haben.

Das macht freilich amerikanische Katholiken noch nicht zur Speerspitze des sozialen Fortschritts. In sozial-moralischen Fragen stimmen sie mit der *CHRISTIAN COALITION* überein, und die päpstlichen Lehren zu Sexualmoral, Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbruch gehen noch über den protestantischen Mainstream hinaus. Sie werden allerdings anders, nämlich in einer naturrechtlichen Tradition begründet, die man in ihrem Bezug auf das menschliche Leben »ganzheitlich« nennen könnte. Erkennbar wird diese Differenz an den Fragen und Themen, die Katholiken und Evangelikale über den sozialpolitischen Dissens hinaus trennen. So treten katholische Bischöfe und die Mehrheit der Gläubigen gegen die Todesstrafe ein, d. h. auch für Schwerstkriminelle gilt das Prinzip des »Lebensschutzes«. Und in eben diesem Sinne sind amerikanische Katholiken strikter gegen Sterbehilfe, Euthanasie und biotechnologische Experimente (wie jüngst das *cloning* eines Schafes), als es angelsächsisch-protestantische Generallinie ist.

Im gemeinsamen Widerstand gegen Schwangerschaftsabbruch sehen nun konservative Strategen das Mittel, eine breite, interkonfessionelle Koalition gegen die im Supreme Court herrschende Rechtsmeinung und die Politik des demokratischen Präsidenten (bzw. einer schmalen, parteiübergreifenden Mehrheit im Kongreß) aufzubauen, die den Abbruch strafrei halten und es der freien Entscheidung der Mutter bzw. der Eltern überlassen will, ob sie eine Abtreibung vornehmen. Hier stehen Kirchenvertreter und die Mehrheit der amerikanischen Katholiken im diametralen Gegensatz zu Legislative, Exekutive und Judikative, auch wenn in Meinungsumfragen eine nennenswerte Zahl von Katholiken die *pro choice*-Position teilt und vor allem die Totalrevision der aktuellen, verfassungsrechtlich untermauerten Politik ablehnt, wie sie die Republikanische Partei unter dem Druck der *CHRISTIAN COALITION* verlangt. Einzelne Vertreter des katholischen Klerus befürworten auch die freie Gewissensentscheidung, und es gibt sogar eine »Religious Coalition for Reproductive Rights«, an der Katholiken allerdings nur marginal beteiligt sind.



Karikatur: Harald Goldhahn

Insgesamt ist der Widerstand gegen die herrschende Abtreibungspraxis und -gesetzgebung der wichtigste Berührungspunkt zwischen Katholiken und der *CHRISTIAN COALITION*, die unter der Führung ihres jungen, alten Generalsekretärs Ralph Reed mit einigem Erfolg jüdische, schwarze und nicht zuletzt katholische Bündnispartner unwirbt. Reed hat sich vom militanten Kern der fundamentalistischen Sektierer in der Christen-Koalition abgesetzt, um die mannigfaltigen konfessionellen Spaltungslinien der amerikanischen Gesellschaft und Politik in einer großen, religiös-kulturellen Polarisierung zu bündeln. Er hat erkannt, daß die *CHRISTIAN COALITION*, auch wenn sie mittlerweile einen erheblichen Teil der Republikanischen Partei kontrolliert, als einzig auf die Abtreibungsfrage konzentriertes *single issue movement* niemals über einen Außenseiterstatus in der amerikanischen Politik hinausgelangen kann. Unter seiner Ägide ist deswegen die Politik der religiösen Rechten opportunistischer, realpolitischer und ökumenischer geworden. Reed will ein breites konservatives Bündnis, das zwar bei der Ablehnung des legalen Schwangerschaftsabbruchs ansetzt, aber auch andere Streitfragen wie Pornographie, Drogenkonsum, Elternrechte an Schulen, Förderung privater Konfessionsschulen etc. thematisiert und in eine Machtperspektive einbaut.

Viele Beobachter der katholischen Szene der Vereinigten Staaten entdecken bei ihr eine Wende nach rechts. Ein Indiz dafür ist die konservativer gewordene Zusammensetzung des Kardinals- und Bischofskollegiums, dessen (moderat) liberale Leitfigur, Kardinal Joseph Bernadin, kürzlich verstorben ist. Auch Bernadin hatte 1996 das Veto Präsident Clintons gegen ein Gesetz zum Verbot von sog. *partial-birth abortions* (Schwangerschaftsabbruch nach der 20. Woche) scharf kritisiert und die Gewissensfrage gestellt, wie katholische Gläubige jemanden wählen können, der Abtreibung für ein individuelles Grundrecht hält. Die zu einem späten Zeitpunkt vorgenommenen und deshalb besonders umstrittenen Abbrüche, die vor allem zum Schutz des Lebens der Mutter und bei absehbaren schweren Behinderungen des Kindes erlaubt bleiben sollen, machen nur einen Bruchteil der (im internationalen Vergleich sehr hohen) Abtreibungsfälle in den USA aus. Aber sie wurden im Wahlkampf und auch zu Beginn des Jahres 1997 zum Zankapfel von Gegnern und Befürwortern der Abtreibung.

Bernadins Bischofskollege James T. McHugh (New Jersey) ist in einer sehr kritischen Analyse der katholischen Wählerschaft dafür eingetreten, Katholiken stärker unter sexualmoralischen Gesichtspunkten zu politisieren und hat ihnen eine Hierarchie ihrer Entscheidungspräferenzen nahegelegt, in der die Abtreibungsfrage ganz oben rangiert. Dieses kaum verhüllte Votum für die Republikaner ist keine Einzelstimme mehr. Viele Konservative hoffen, daß die bis dato recht offen formulierten Wahlempfehlungen der amerikanischen Bischofskonferenzen pointierter werden. McHugh veröffentlichte sein Votum in der Zeitschrift *FIRST THINGS* (H. 70/1997), die von dem katholischen Priester Richard John Neuhaus herausgegeben wird. In einer der vorhergehenden Ausgaben hatte diese Zeitschrift Beiträge eines Kolloquiums *The End of Democracy?* publiziert, die einen Keil ins neokonservative Lager getrieben haben. *FIRST THINGS* stellte nämlich radikal die Legitimität der amerikanischen Verfassungsordnung in Frage und insinuierte, daß Politiker und Richter, die »Massenmord an ungeborenen Kindern« erlauben, zivilen Ungehorsam verdienen. Sogar von einer »moralisch gerechtfertigten Revolution« war die Rede, denn Amerika sei unter die Diktatur einer liberalen Richterklasse und Politikerkaste geraten und müsse sich als christliche Nation restaurieren. Für die katholische Rechte ist eine amerikanische Nation, die »Kindermord« zuläßt, nicht besser als Rot-China oder Nazi-

Deutschland – und Widerstand dagegen ist gerechtfertigt. Das neokonservative Establishment wertete diesen Aufruf zu einer Art christlichen *Jihad* als Anschlag auf die in der Verfassung gebotene Trennung von Politik und Religion; einige im Herausgeberkreis von *FIRST THINGS* Vertretene wie Gertrud Himmelfarb traten unter Protest zurück. In ihren Augen rechtfertigten die Beiträge des Kolloquiums (darunter aus der Feder des protestantischen Verfassungsrechtlers Robert Bork) Anschläge auf Abtreibungskliniken und Ärzte, deren Urheber, z. B. die »Operation Rescue«, sich auf höheres »göttliches Recht« berufen.

Ein Kommentator hat diese Differenzen zwischen Neokonservativen und »Theokonservativen« als Ausdruck eines neuen Kulturkampfes zwischen dem katholischen und protestantisch-jüdischen Amerika interpretiert und den Thomismus – d. h. die an Thomas von Aquin anschließende naturrechtliche Tradition, die Neuhaus und andere inspiriert hat – als unamerikanisch und antisemitisch apostrophiert. Doch eher ist der Streit zwischen den »neo-thomistischen« Rebellen, die Amerika als christliche Nation wiederherstellen wollen, und den neokonservativen Straussianern – i. e. Anhängern des einflußreichen Neoaristotelikers Leo Strauss, der die jüdisch-christliche Tradition hochleben ließ, aber die Trennung von Kirche und Staat respektierte – Ausdruck der *schwimmenden Kluft* zwischen den religiösen Denominationen. Sie eint die gemeinsame Frontstellung gegen die liberalen Eliten in Kultur und Politik, und für beide Fraktionen ist der Kampf gegen die Abtreibung das Fanal einer umfassenden konservativen Revolution.

Es ist unwahrscheinlich, daß die amerikanischen Katholiken diese fatale Vereinseitigung insgesamt mitvollziehen werden. Nur Rechtsintellektuelle sehen die spezifisch katholische Verschärfung im Lebensschutz, wohingegen viele katholische Laien dem konservativen Lager in der affirmativen Bewertung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht zu folgen bereit sind. Gewiß haben auch die Katholiken ihren Frieden mit ihr geschlossen, und konservative Autoren erklären die katholische Ethik für mit dem Geist des Kapitalismus vereinbar. Doch diese Eingemeindung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade konservative Katholiken mehr Sensibilität für die inneren Widersprüche dieser Wirtschaftsordnung aufbringen. 1986, in der zweiten Amtsperiode Reagens, als wildgewordene Kapitalisten ums Goldene Kalb tanzten, veröffentlichten die katholischen Bischöfe ein kritisches Hirtenwort *Economic Justice for All*. Zehn Jahre später, da die Vereinigten Staaten in

einen neuen Rausch wirtschaftlicher Prosperität verfallen sind, haben sie einen »Catholic Framework for Economic Life« nachgeliefert, dessen Grundsätze die in den USA herrschende soziale Ungerechtigkeit und den von den Neokonservativen geteilten marktliberalen Konsens ziemlich unverblümt infragestellen: Das Wirtschaftsleben, heißt es darin, solle moralischen Prinzipien verpflichtet bleiben, und der beste Maßstab für seine Bewertung sei dabei das Schicksal der Armen und wirtschaftlich Verwundbaren. Der Staat habe sich deshalb jener sozialen Bereiche anzunehmen, die Markt und Vereine nicht hinreichend regeln können. Das ist, abgesehen von den Programmen einiger linker Splittergruppen, die schärfste Kapitalismuskritik, die man derzeit in den USA lesen kann.

IVAN IVANJI

Serbien nach dem ersten Sieg der Opposition

Mit dem Einzug der Oppositionskoalition **MZAJEDNO** (Gemeinsam) in die Rathäuser aller größerer serbischen Städte hat der Marsch Serbiens aus der Katastrophe ins Ungewisse begonnen. Aber noch in diesem Jahr werden Wahlen zum Landesparlament und die Wahl des Präsidenten Serbiens weitere Erneuerungen bringen müssen.

Die Selbstverwaltung der Kommunen ist in Serbien minimal, nicht einmal die Hauptstadt hat Sonderrechte. Viel können die neuen Bürgermeister nicht ändern. Aber die Wende, die begonnen hat, sollte man doch nicht unterschätzen.

In den letzten Jahren hat an der Spitze der Dienste, die den Städten unterstehen – Planung und Wohnungs- und Geschäftsraumbewirtschaftung, städtischer Verkehr, Wasserversorgung, Grünanlagen, städtische Spitäler und Ambulanzen, Bibliotheken, Theater usw. – eine ziemlich parteipolitisch bestimmte Personalpolitik stattgefunden. Falls nun Experten die Angelegenheiten übernehmen und die Befriedigung der Ansprüche eigener Parteifreunde ausbleibt, dürfte wohl administrative Effizienz erzielt werden.

Von größter Bedeutung ist, daß ein Netz lokaler Medienunternehmen, von denen einige nicht nur Zeitungen, sondern auch Radio- und sogar Fernsehsender besitzen, unter die Kontrolle der Opposition gelangt ist. Allein der früher unabhängige, danach von der Stadt Belgrad unter seine Fittiche gebrachte Fernsehsender **STUDIO B** erreicht 2 Millionen Zuschauer. Schon auf der ersten Sitzung hat das neue Stadtparlament Belgrads einen neuen Verwaltungsrat dieses Senders ernannt, der den neuen Chefredakteur bestellen soll. Gegen diese Entwicklung plant die Regierung Serbiens bereits ein neues Gesetz über die Vergabe von Rundfunkfrequenzen, das eventuell zu neuen Unruhen führen und sogar ein neues Einschreiten des Westens erforderlich machen könnte. Schließlich ist im Gonzalez-Bericht für die **OEBB** auch von Medienfreiheit die Rede.

Der private Fernsehsender **BK** (Brüder Karić), der früher politisch neutral war, sich aber jetzt stark für die Opposition einsetzt, erreicht sogar 60 Prozent der Bevölkerung. Unabhängige Tageszeitungen, wenn sie auch meist noch über keine seriöse Berichterstattung verfügen, haben schon eine höhere Auflage als die regimetreuen Printmedien.

Was den Sender **BK** angeht, so war sein Besitzer, Bogoljub Karić und sein Familienclan, mit Slobodan Milošević befreundet. Aber offenbar hat er ihm wegen der Fälschung der Kommunalwahlen im November die Gefolgschaft aufgekündigt. Mit Firmen in Rußland und anderen GUS-Ländern, aber auch in den USA und Kanada, ist das *Karić-Imperium* geschätzte eine Milliarde Dollar schwer. Es gibt eine lose Querverbindung zur Firma **ICN** in Kalifornien, die mehrheitlich Milan Panić gehört, der 1992 kurz Ministerpräsident Jugoslawiens war und danach als Gegenkandidat Milošević bei den Präsidentschaftswahlen in Serbien unterlag. Panić, der seit langem in den USA die Demokratische Partei unterstützt, hat Karić auch persönlich Präsident Clinton vorgestellt.

Karić und Panić sind vertrauenswürdige Geschäftsleute. Sie haben nichts mit Kombinationen zu tun, wie sie zur Zeit in Albanien die Menschen zur Revolte gebracht haben. Solche hat es in Serbien auch gegeben, berüchtigt waren **YUGOSCANDIK** des mit einer Sizilianerin verheirateten Jezdimir Vasiljević und die **DAFIMENT BANK** einer gewissen Dafina Milanović. Diese beiden haben mit ihren Banken, hohen Zinsversprechungen auf Grund des »Pyramidensystems« die Bürger um ihre Ersparnisse gebracht und das Regime daran mitverdienen lassen. Wenn sich Karić, Panić und ähnliche Vertreter eines seriösen Kapitals gegen Milošević wenden, ist

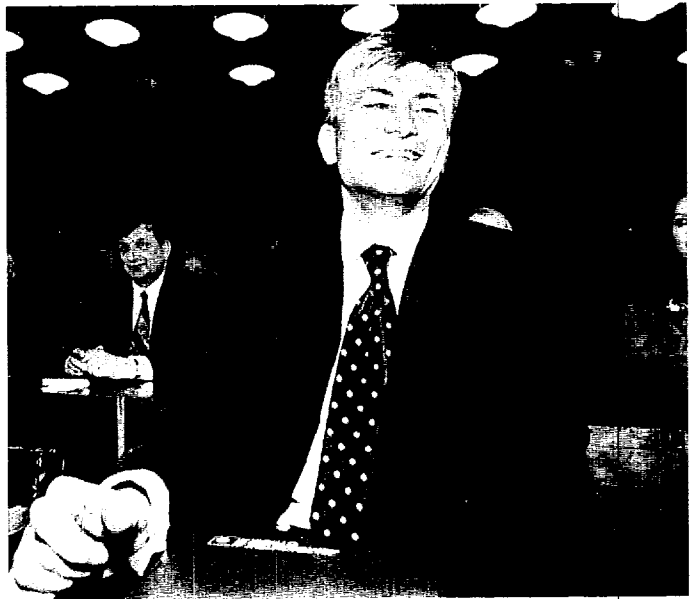
das für diesen gefährlicher als das für Fernsehkameras dankbare Geschehen auf den Straßen.

Ein weiteres Problem für Milošević sind Unsicherheit und Panik in den eigenen Reihen. Sie fürchten um ihre Existenz, falls die jetzige Opposition gewinnt. Kaum jemand hält das noch für unmöglich. Deshalb versucht man sich eine Tür zur Opposition offenzuhalten. Das gilt teilweise sogar für die Polizei.

Auf die Armee kann Milošević schon längst nicht mehr rechnen, aus anderen Gründen, denn Offizierskorps und Generalität sind frustriert wegen geringer Besoldung, schlechter Wohnungen und den verlorenen Feldzügen in Kroatien und Bosnien.

Trotzdem muß die Opposition eine Reihe von Hausaufgaben machen, bevor sie auf einen Sieg im Herbst hoffen darf. So sind die drei Parteien – die DEMOKRATISCHE PARTEI mit Zoran Djindjić, die ERNEUERUNGSBEWEGUNG mit Vuk Drasković und der BÜRGERBUND mit Vesna Pesić – kaum mit Parteien im Spektrum der westeuropäischen Demokratien vergleichbar. Die beiden ersten müßte man wohl als »rechts-national« bezeichnen, der liberale Bürgerbund hat seinen »linken Flügel« verloren, weil dieser die Teilnahme an der Koalition ZAJEDNO nicht verkraften konnte. Alle müssen ihr programmatisches Selbstverständnis erst noch entwickeln, bevor sie sich einer breiten Öffentlichkeit präsentieren. Außerdem besteht Bündnispflicht, trotz der persönlichen Rivalität zwischen Djindjić und Drasković. Vorläufig eint sie nur der gemeinsame Feind, die an Haß grenzende Ablehnung von Milošević.

Zur Zeit gibt es in Serbien keine einzige Partei mit nennenswertem Anhang, die in etwa den Ideen der westeuropäischen Sozialdemokratie verbunden wäre. Einig ist man sich in der Koalition ZAJEDNO, daß vor allem die Wirtschaft privatisiert werden muß. Das behauptet aber auch die Milošević-Partei. Vorzulegen wäre ein Programm zur Beruhigung der Industriearbeiter Serbiens, um ihnen die düstere Erwartung zu nehmen, daß sie nur aus dem sozialistischen Regen in die neokapitalistische Traufe kommen. Genau so wichtig ist aber auch ein Programm für die Landwirtschaft. An den Demonstrationen von November



Der Oppositionelle Zoran Djindjić wurde zum Belgrader Oberbürgermeister gewählt

Foto: dpa

bis Ende Februar haben Arbeiter und Bauern nicht aktiv teilgenommen, es war ein Aufstand der Bürger und Akademiker, allein mit ihnen kann man zwar in den Großstädten, aber nicht landesweit in Serbien Wahlen gewinnen.

Außerdem schuldet die Koalition ZAJEDNO der Öffentlichkeit ein Programm zur Lösung der Probleme im Kossowo, aber auch zur Integration von anderen Minderheiten, vor allem der Moslems im Sandschak, der Ungarn in der Woiwodina, aber auch vieler autonomiebestrebter Serben der Woiwodina. Die Albaner, die sich keineswegs als Minderheit, sondern als Mehrheitsvolk in ihrem Gebiet fühlen, erwarten von Djindjić und Drasković noch weniger Entgegenkommen als von Milošević. Frau Pesić kann sich mit ihren liberaleren Ansichten gegen die beiden Mitstreiter nicht durchsetzen. In der Woiwodina gründet sich der Wunsch nach mehr Autonomie auf andere Motive: Mit etwa einem Viertel des Gebietes und einem Fünftel der Bevölkerung Serbiens erwirtschaftet man dort 40 Prozent des Nationaleinkommens, erhält aber nur fünf Prozent zurück.

Als erste Amtshandlung ließ Bürgermeister Zoran Djindjić den relativ diskreten, fünfzackigen Stern auf der Spitze des Kuppel seines Rathauses absägen. Das allein aber genügt nicht, wie die Entwicklung im Osten Europas, vor allem in Albanien beweist. Man will weder Ideologie noch »Gegenideologie«, sondern schlicht ein menschenwürdigeres Leben. Djindjić und Drasković sollten sich oft an Sali Berisha erin-

nern, der am Anfang seiner politischen Laufbahn vornehmlich seines Antikommunismus wegen bejubelt wurde.

Das Regime mit seiner Mehrheit im serbischen Parlament steuert einen Konflikt mit der Opposition an, die jetzt in über fünfzig Städten die Führung besitzt. Ein neugeschaffenes Ministerium für kommunale Angelegenheiten soll die wenigen Befugnisse der Bürgermeister weiter beschneiden, eine Neuverteilung der Rundfunkfrequenzen den kommunalen Radio- und Fernsehstationen die Arbeit erschweren oder ganz unterbinden. Dagegen hat die Opposition nur ein sicheres Mittel: Demonstrationen, Kundgebungen oder Streiks, um die internationale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, denn nur vor ausländischem Druck zuckt Milošević zurück. Aber was immer den serbischen Präsidenten noch umtreibt, es sind Rückzugsgefechte, und kaum jemand zweifelt, daß seine Tage gezählt sind.

Was die Wende in Serbien bringen wird, ist ungewiß. Eines ist jedoch sicher: eine Regierung, die in Serbien aus der bisherigen Opposition hervorgehen würde, wäre sich von Anfang an über ihre Abwählbarkeit im Klaren. Das wäre der erste entscheidende Schritt auf dem mühsamen Weg zur Demokratisierung Serbiens und Montenegros.

JACOBUS DELWAIDE

Brüssel ist nicht Weimar

Die belgische Krise und die Chancen der Rechten

Belgien erlebt das Ende einer Epoche. Als am 20. Oktober 1996 eine Viertelmillion Menschen in beeindruckender Stille durch Brüssel zogen, war dies ein einschneidendes Signal. Nach den schweren Pannen bei der Fahndung nach dem Kindermörder Dutroux und der Absetzung des Untersuchungsrichters durch den Kassationshof formierte sich die schweigende Mehrheit zum Protest.

Der neue, scheinbar erfolgreiche Untersuchungsrichter machte aber den Fehler, an einer Veranstaltung für die Opfer teilzunehmen. Gerade dies machte ihn zum Volkshelden. Von ihren Behörden sind die Belgier ja das Gegenteil gewöhnt: Inkompetenz, Ineffizienz und

Arroganz. Der Protest drehte um eine politische und juristische Kultur, die an akuter Sklerose leidet, um eine Trennung der Gewalten, an die dauernd appelliert wird, aber die systematisch mit politischen Beförderungen in der Justiz durchlöchert wird.

Ein Journalist, der das Parlament beobachtete als es eine Untersuchungskommission im Fall Dutroux begann, überlegte beim parlamentarischen Tauschen ums Detail: »So muß es auch gewesen sein in der ohnmächtigen Weimarer Republik«, gerade vor der Machtübernahme der Nazis. Ist Brüssel Weimar? Das Vertrauen in Justiz und Politik ist spürbar auf einen Tiefpunkt gesunken. Als sich die Volkswut aufstaute, Studenten Gerichtshöfe belagerten und Arbeitnehmer Straßen sperrten, schauten Politiker und Gewerkschaftsführer hilflos zu. »Wir sind das Volk«, hätte das Motto der spontanen Kundgebungen sein können.

Die Gefahr, daß der Rechtspopulismus Stimmungswinne aus dieser Krise holt, ist reell. Neu ist das jetzige Unbehagen mit der belgischen Politik aber nicht. Dem Rechtspopulismus gelang der Durchbruch in Flandern schon während den Parlamentswahlen am 24. November 1991, dem berühmten »schwarzen Sonntag«. An diesem Tag wechselten 1,2 Millionen Wähler, häufig zu rechtspopulistischen Parteien (oder schlicht antipolitischen Parteien, wie die inzwischen wieder verschwundene Witzpartei ROSSEM, die auf Anhieb 5 Prozent der Wählerstimmen ergatterte). Der rechtspopulistische VLAAMS BLOK erhöhte damals seinen Wähleranteil in Flandern von 1,9 Prozent auf 6,6 Prozent, in Antwerpen zog er sogar ein Viertel der Wähler an.

Während der Kommunalwahlen 1994 bekam der BLOK in Antwerpen sogar um die dreißig Prozent an Wählerstimmen. Der BLOK erzielt seine beste Ergebnisse in Arbeitervierteln. BLOK-Wähler sind meist nur schlecht ausgebildet und haben einen niedrigen Status. Sie sind aber lange nicht alle anti-demokratisch oder gar rassistisch disponiert, sondern von Gefühlen der Unsicherheit, der Machtlosigkeit und des Zerfalls geprägt. Der in Antwerpen ansässige niederländische Autor Benno Barnard spürt in dieser Stadt zwar verbalen, jedoch wenig effektiven Ausländerhaß: »Stell dir mal vor, die Republikaner hätten in einer deutschen Stadt dreißig Prozent bekommen. Die türkischen Häuser wären längst angezündet.«

Bleibe die Frage, warum der Rechtspopulismus gerade in Antwerpen eine etwa zweimal größere Anhängerschaft genießt als in anderen europäischen Städten, die nicht nur größer sind, sondern auch größere Immigrantenviertel

haben. Johan Leman, Leiter des *Zentrums für gleiche Chancen und Rassismusbekämpfung*, sieht die Ursache in der politischen Sklerose, die in Antwerpen besonders stark ist, weil die politischen Machtverhältnisse dort siebzig Jahre lang unverändert blieben. Klientelismus und Gegensätze zwischen Parteianhängern, vor allem der völlig veraltete Gegensatz zwischen Katholiken und Freidenkern, haben sich in Antwerpen tief eingefressen. Die Folge ist, daß Politik und Verwaltung zum Autismus neigen.

Die politische Sklerose, besonders ausgeprägt in Antwerpen, ist ein generelles belgisches Problem. Die alten weltanschaulichen Strukturen haben sich in Belgien erheblich besser erhalten als in den Niederlanden. Die Erben solcher Strukturen sind »politische Konzerne« geworden, die nicht nur große Teile der sozialen Dienstleistung, sondern auch des Staates »besetzt« haben, bemerkt der angesehenen Politologe Luc Huyse. Der christliche Politikern vor allem hat in Flandern einen Einfluß, der in keinem Verhältnis steht zum schrumpfenden Wähleranteil der christdemokratischen cvp. Der belgische Staat, urteilt Huyse, spielt den Politikern gegenüber »eine eher passive Rolle: zahlen und schweigen«. Ein Teil der riesigen belgischen Verschuldung ist in diesem Zusammenhang entstanden. Die Innovationskapazität des Staates leidet ernsthaft: »Probleme, die ausserhalb des Blickfelds der etablierten Interessengruppen fallen, bleiben ungelöst.«

Während die ideologischen Gegensätze verschwimmen, trennen sich die Parteien noch mal entlang der »Sprachengrenze«, was nicht gerade förderlich war für die politische Stabilität. Die politische Kanalarbeit, die in einer solchen Umgebung notwendig ist zur Entwicklung eines Konsenses, hat wenig Raum gelassen für große Ideen oder große Debatten. Die belgische Politik ist eher kurzatmig und auf sich selbst bezogen. Es hilft die Sprachlosigkeit erklären, mit der die politische Klasse der aufbrodelnden Volkswut begegnete.

Staatsreform

Viel politische Energie ist investiert worden in die Probleme zwischen den flämischen und französischsprachigen »Gemeinschaften«. Wir haben mittlerweile eine komplexe Föderalisierung des belgischen Staates. An sich war die belgische Staatsreform eine gute Sache: Wäre sie früher realisiert worden, hätte Belgien seinen Staatshaushalt vermutlich schneller sanieren können. Die Ausbalancierung von ethnisch-regionalen Forderungen hatte ja eine besonders verschwenderische Politik zur Folge.

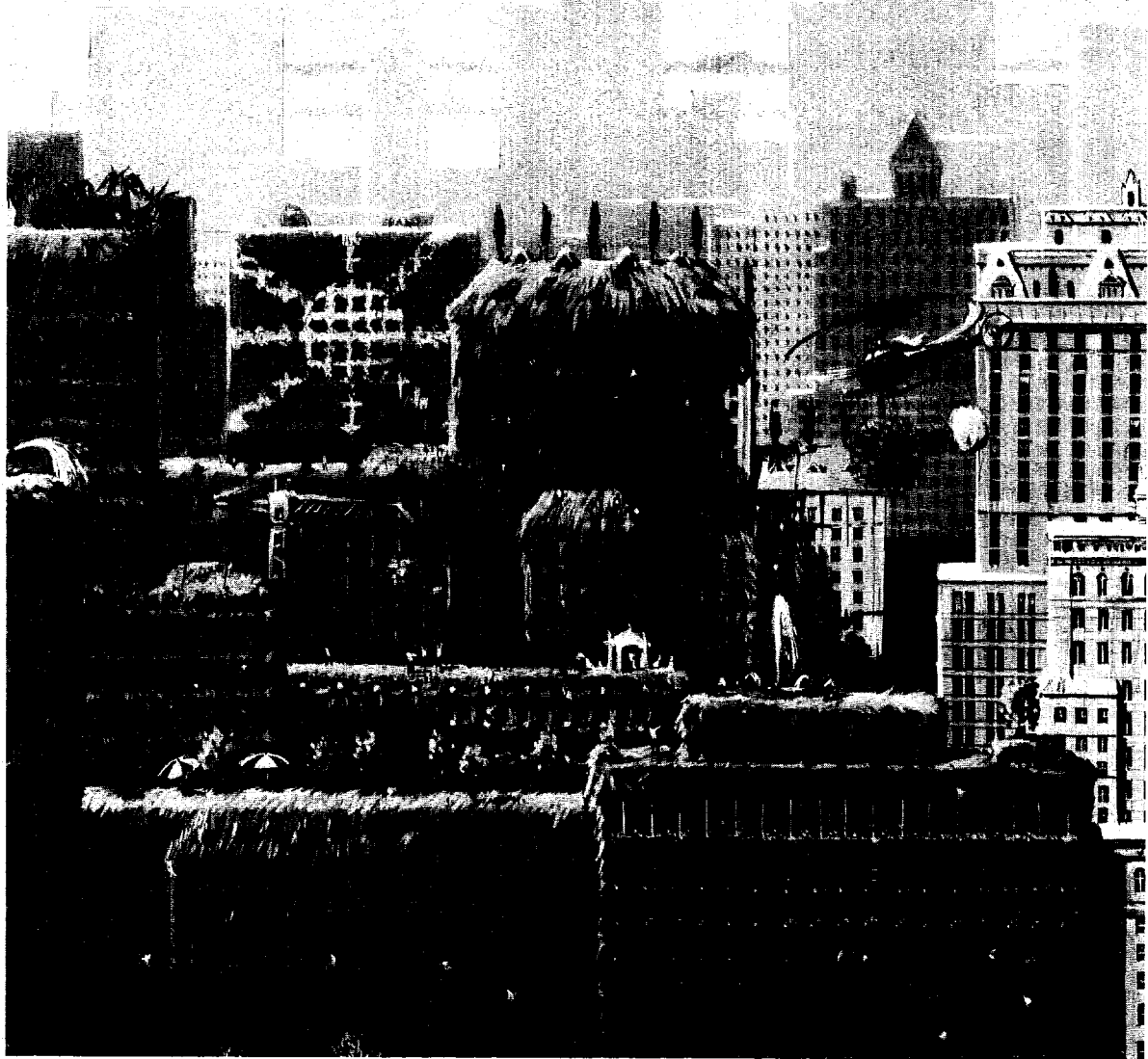
Aber die Staatsreform hat das Problem der politischen Sklerose nicht gelöst. Zwar hat Flandern mit einer unabhängigeren Führung seiner Geschäfte bestimmte Erfolge erzielt, die politische Kultur aber hat sich nicht grundlegend geändert. Die Position der jeweils wichtigsten Parteien – der christdemokratischen cvp in Flandern und der PARTI SOCIALISTE in Wallonien – wurde weiter gestärkt, das politische Personal blieb unverändert. Der Politologe Huyse sah »bestimmte Trends aus der Vergangenheit teils einfach weitergezogen, teils sogar akzentuiert«. Der bekannte Unternehmer André Leysen drückte die Befürchtung aus, daß alte belgische Krankheiten auf regionaler Ebene dupliziert würden.

Im flämischen Establishment wird immerhin von einer Fortsetzung der Staatsreform geträumt, sogar zur »samtenen Trennung« wie in der Tschechoslowakei. Jedenfalls strebt die flämische Landesregierung eine größere Autonomie an, unter dem Motto »bessere Verwaltung«. Als ein Feuer in einer Brüsseler Signalbude die belgische Bahn lähmte und zugleich ihre Rückständigkeit beleuchtete, oder als wallonische Sozialisten die Reform der Sozialversicherung beschränkten, wurde sendend Richtung Niederlande gekuckt, wo öffentliche Verkehrsmittel gut funktionieren und wo tiefergehende sozialökonomische Reformen schon durchgesetzt wurden. Warum dort und nicht hier? Auch die Ausbildung ihrer Richter wissen die Niederlande seit einem Vierteljahrhundert gut zu gestalten. In einem unabhängigeren Flandern scheint die ersehnte Modernisierung leichter erreichbar zu sein.

Der »weiße« Massenprotest aber zeigte überhaupt kein Interesse für eine weitergehende staatliche Trennung; der Streit zwischen den »Gemeinschaften« schien plötzlich erloschen. Die jahrelangen Debatten und Streitereien um die belgische Staatsreform waren sehr kompliziert und wurden an den einfachen Bürgern vorbei geführt. Der Fall Dutroux brachte plötzlich wieder Themen auf, bei denen die Bürger gerne mitreden wollten.

Versuche einer ethnischen Manipulation des Unbehagens (der Mörder als ein vom Sozialamt profitierender Wallone, die Skandale als ein hauptsächlich wallonisches Problem) scheiterten. Der Fall Dutroux ließ sich kaum auf ein ethnisches Problem reduzieren. Ganz Belgien war davon betroffen. Der Protest kam aus allen Regionen, Klassen und Altersgruppen: es war ein nationaler Protest im wahren Sinne des Wortes. Die Belgier forderten Gerechtigkeit, Offenheit und ein Mindestmaß an Anstand.

Die Arroganz der Macht merkt man in Belgien überall. Die »weißen« Proteste wurden als



So engagiert wie Ihre Aktivitäten.

Die Zukunft ist eine Gleichung mit zu vielen Unbekannten. Die Zukunft ist das, was wir daraus machen.

Wirtschaft und Gesellschaft brauchen unser Engagement. Wenn Sie das auch so sehen, liegen wir auf einer Linie. Denn für engagiertes Handeln haben wir viel übrig. Und wir sind verantwortungsbewußt

genug, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken. Als Geschäftsbank, die unternehmerische Visionen in die Tat umsetzt. Als Verbundpartner der Sparkassen in NRW und Brandenburg; und als Landesbank des Landes NRW, die weiß, daß es keine Verantwortung gibt – außer man übernimmt sie.

WestLB



Massendemonstration gegen Kinderschändung und Justizhandel

Foto: dpa

emotionsbeladen oder sogar hysterisch abgetan. Nicht nur Konservative, auch »progressiv« orientierte Intellektuelle hatten Schwierigkeiten mit dem nicht immer subtilen Protest, wegen seiner »konservativ-populistischen« Dimension. Aber Belgiens Eliten haben schwer versagt. Seit mehr als fünfzehn Jahren hatten verschiedene parlamentarische Untersuchungskommissionen auf gravierende Mängel und Fehler bei Justiz und Polizei hingewiesen, aber leider ohne Ergebnis.

Politische Kultur

Sowohl der Erfolg des Rechtspopulismus als auch der Durchbruch der »weißen« Protestbewegung sind Erosionserscheinungen der alten politischen Kultur. Das belgische Pazifizierungsmodell zwischen Parteien, Politikern und »Gemeinschaften« hat ein ineffizientes System geschaffen, ein System, das der Belgier so viel wie möglich zu umgehen oder durch politische Kontakte zu manipulieren versucht. Typisch für den Politikbetrieb in Belgien ist *politiek dienstbetoon*, was man mit »politischer Dienstleistung« oder schlicht Klientelismus übersetzen könnte.

Konservative Politiker behaupten, daß *dienstbetoon* die Politik näher zu den Bürgern bringt. Aber warum sitzt die jetzige Krise so tief?

Das *dienstbetoon*, so bemerkte der Politologe Huyse, hat lange als Beruhigungsmittel funktioniert und die Legitimationskrise der Politik zu vertuschen versucht. Eine Stelle in der staatlichen Verwaltung, die Regelung eines Steuerproblems, eine Sozialwohnung, eine etwas angenehmere Erfüllung der Wehrpflicht, selbst einen Telefonanschluß: Diese Beruhigungstaktik ist inzwischen Teil einer heftig kritisierten politischen Kultur geworden. Viele Bürger schimpfen auf die Unglaubwürdigkeit der Politiker, pilgern aber zugleich in deren Konsultationsstunden, um irgendeinen Vorteil zu erzielen.

Reformerisch gesommene Politiker appellieren an die Bürger, sich nicht mehr an Politiker zu wenden, sondern die normalen Prozeduren der Behörden in Anspruch zu nehmen. Der Bürger fragt sich aber, ob eventuelle Konkurrenten nicht doch alte Gewohnheiten und Netzwerke nutzen könnten. Der Klientelismus korrumpiert die Politik und schwächt den Staat, während sein Nutzen für die Politiker im Zeitalter der Wechselwähler nicht mehr so selbstverständlich ist.

Belgiens gebrechliche politische Kultur wird häufig erklärt mit der Besatzungstheorie: Jahrhundertlang »besetzt« von »fremden« Mächten, würden die Belgier geradezu einen Manipulierungsreflex ihren Behörden gegenüber in den Genen haben.

Auch rein geschichtlich stimmt die Besatzungstheorie nicht. Im 18. Jahrhundert wurden die österreichischen Habsburger von der Bevölkerung als legitime Herrscher, nicht als fremde Besatzer empfunden. Die reiche städtische Kultur lebt weiter in einem aktiven Vereinsleben, was wichtig ist für eine lebendige Zivilkultur, wie der Harvard-Politikwissenschaftler Robert Putnam im Fall Nord-Italiens gezeigt hat. Außerdem wurde die parlamentarische Demokratie in Belgien vor anderthalb Jahrhunderten gefestigt, erheblich früher als in Deutschland, früher auch als in den Niederlanden. Aber der belgische Staat – 1830 gegründet auf der Basis einer Allianz zwischen Liberalen und Katholiken gegen den (aufgeklärt despotischen und protestantischen) König der während des Wiener Kongresses mit Belgien wiedervereinten Niederlande – hat nie eine große Autonomie gegenüber mächtigen gesellschaftlichen Interessen entwickeln können.

Die belgische Gewohnheit, politische Machtverhältnisse in den staatlichen Institutionen in Frage zu stellen, züchtet Ineffizienz. Die Kosten dieser Ineffizienz werden meist von den Schwachen bezahlt. Nirgendwo wurde das so deutlich wie im Fall der wehrlosen Kinder und ihrer Eltern, die vom System im Stich gelassen wurden.

Die Lage bleibt brisant, vor allem wegen der Fülle von Informationen über Skandale in verschiedenen Bereichen. Der flämische Rechts-Extremismus ist außerdem gut organisiert (im Gegensatz zum französischsprachigen, der sehr uneinheitlich ist). Der VLAAMS BLOK übernimmt flämisch-nationalistische Themen (während ein Teil des französischsprachigen Rechtspopulismus einen belgisch-unitaristischen Standpunkt einnimmt). Trotzdem sind nur drei Prozent ihrer Wähler vom flämischen Nationalismus beeinflusst. Bei den Parlamentswahlen im Mai 1995 konnte der BLOK seine Position leicht stärken. Die Skandalwelle, die seitdem über Belgien losgebrochen ist, hat dem Rechtspopulismus zwar nicht geschadet. Aber eine im November 1996 für die Tageszeitung DE MORGEN durchgeführte Umfrage ergab keine bedeutenden Zugewinne für den BLOK, nur die Grünen schienen eindeutig zuzulegen.

Der Untergang der Demokratie steht jedenfalls nicht auf der »weißen« Wunschliste, im Gegenteil. Der Notschrei des belgischen Autors Pierre Mertens in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, daß Belgien im Chaos zerfällt, war etwas überzogen. Die Belgier wünschen sich einen Staat und eine Politik, die den zeitgenössischen Ansprüchen entsprechen. Das erfordert eine entschiedene Depolitisierung von Justiz und Verwaltung, wie auch eine tiefgreifende Moderni-

sierung der staatlichen Strukturen. Der »weiße« Druck wird aber nicht uneingeschränkt anhalten. Auch frühere Erneuerungsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg und nach 1968, waren nach zwei oder drei Jahren verblüht, mahnt der Politologe Huyse. Die Möglichkeiten sind also beschränkt, die Zeit drängt.

KAREL TRINKEWITZ

Bohumil Hrabals Happyend

»Prag ist voller Geschichten.«
(J. F. Lyotard)

Hommage a Hrabal hieß eine Festschrift des Suhrkamp Verlags zum fünfundsechzigsten Geburtstag des tschechischen Schriftstellers 1989. Er war schon damals weltberühmt und nobelpreisverdächtig. Auch in Deutschland kannte man seine Bücher und ihre Verfilmungen. Literaturwissenschaftlich stellte Hrabals Werk in deutscher Sprache 1986 seine Übersetzerin Susanna Roth vor in ihrer Doktorarbeit »Laute Einsamkeit und bitteres Glück«. Hrabals Leser wissen viel über ihn, denn seine meisten Bücher sind autobiographisch, nur wenig verfremdet durch seine bei Salvador Dali und seinem Onkel Pepin entlehene Methode des paranoiden Realismus.

Ich hörte Bohumil Hrabal oft über die »betäubend erschütternde Pistole des Salvador Dali« schwärmen und erlebte ihn als einen Meisterschützen dieser Waffe. Was also wäre mir näher, als zu seiner Ehrung dieselbe Waffe zu betätigen, um sein Monogramm B. H. in das Gedächtnis des Lesers einzubrennen?

Am Damm der Ewigkeit

Ich war vor sechsunddreißig Jahren ein journalistischer Grünschnabel mit Kunstambitionen und ständig auf der Suche nach interessanten Persönlichkeiten der Prager Kunstszene. So lernte ich einen ungewöhnlichen Graphiker kennen, der abstrakte Drucke mit Metallabfall prägte. Er nannte seine Methode Explosionalismus und predigte seine Lehre in hunderten von Manifesten. Er suchte Vorbilder für seine Gra-

phiken im bröckelnden Verputz Prager Häuser. Er lief mit seiner Staffelei durch Prager Gassen und manchmal half ihm sein Freund Bohumil Hrabal, den er mit seinem Dokortitel ansprach. So lernte ich Bohumil Hrabal kennen. Er machte seinen Freund Vladimír Boudník weltbekannt durch die verfilmte Novelle *Der sanfte Barbar*.

Hrabal war immer von Malern und Schriftstellern umgeben. Eigentlich schrieben auch die Maler um ihn gute Prosa oder Essays. Und alle waren sie gute Erzähler und Baffler wie Hrabal. Eine Rabelaische Bande von Säufnern, Eulenspiegeln, talentierten Außenseitern der Kunstszene.

So zum Beispiel der Schauspieler Josef Hlinomaz, der dadaistisch naive und surrealistisch belehrte Bilder malte. Die Titel seiner Bilder sagen alles: *Der Aufbau von Potjemkingrad* oder *Proletarier aller Länder, geht in den Arsch, Kongress der Zauberer* und *Die Polizei verfolgt mit Hilfe von Frauen den Don Juan*. Später, als Hrabal publizieren durfte, illustrierte der schriftstellernde Schauspieler seine Bücher.

Auch der Philosoph Físer, der sich Egon Bondy nannte, schrieb neben mehreren Bänden Philosophiegeschichte auch dadaistische und surrealistische Verse und Prosa und politische Science-Fiction-Romane. Selbstverständlich nur im Samisdat.

Der Maler Karel Chaba, in den sechziger Jahren als Autodidakt unbekannt und später international berühmt, ist ein Baffler von Gottes Gnaden. Es war eine Freude, am Tisch dieser Kunstliebhaber zu sitzen und mitzuhören. Zum Beispiel wenn der Schriftsteller Ivan Vyskocil in der Runde saß und seine neuesten Wortspiele für die Bühne seines Nichttheaters zum besten gab. Publizieren konnte damals keiner von ihnen. Die Kultur begann sich erst in Richtung *Prager Frühling* zu bewegen. Chaba und Vyskocil arbeiteten im »Theater am Geländer«; Vyskocil als Autor und Schauspieler und Chaba als Kulissenschieber. Von solchem Posten rückte gerade ein anderer Freund – Vaclav Havel – auf die Stelle des Dramaturgen. Havel und Vyskocil halfen, Chabas erste Ausstellung im Theater zu installieren. Texte für weitere Ausstellungen schrieb dann auch Bohumil Hrabal.

Und so erlebte ich ihn zum ersten Mal privat in seiner kleinen Wohnung in der Vorstadt Liben in der Straße *Am Danm*, die er *Am Danm der Ewigkeit* nannte, als ich ihn zu einer Ausstellung von Josef Hlinomaz begleiten sollte.

Ich habe ihn sehr früh am Morgen wecken müssen und er öffnete mir die Wohnungstür im Dunkeln. Ich sagte ihm: »Guten Tag, Frau Hrabal«. Er hatte nämlich eine Nachtmütze auf dem Kopf und trug das Nachthemd seiner Frau.

Schimpfend ließ er mich rein und stellte eine Blechschüssel mit Wasser auf den Herd, um sich rasieren zu können und fragte mich aus, mit dem Rasiermesser fuchtelnd, was ich so momentan schreibe. Als ich gestand, daß ich über die Romantheorie recherchiere, gab er mir den Rat, Emile Zola zu lesen. Er kannte das in Petersburg in französischer Sprache erschiene Buch Zolas *Le roman expérimentell* aus dem Jahre 1906 und empfahl es mir.

Hrabal war ein alles verschlingender Leser, gierig nach Bildung. Sein ältester und bester Freund, der Musiker und Dichter Marysko, bezeugt die Breite der Lektüre philosophischer Werke. Auch Mystiker und östliche Denker lasen sie. Die häufigen Zitate von Spinoza, Hobbes, Schopenhauer, Leibniz, Kant und Hegel, die er auch im Original las, sind Früchte dieser Lektüre.

Damals fuhren wir von Liben aufs Land, um die Ausstellung von Hlinomaz zu eröffnen. Hrabal begann seine Rede mit der Motapher der betäubenden Pistole des Salvador Dali. Anschließend wurden wir zu einem Schweineschlachtfest eingeladen. Wer Hrabals Buch *Die Schur* las, weiß wie der Autor die Kunst des Kochens beherrscht. Die ganze Gruppe von Hrabals Freunden hat sich gargantuesk bedient. Der Bafflerkollege Hrabals, François Rabelais hätte seine Freude gehabt, denn die Herrschaften fuhren anschließend noch zu einem Freund Hrabals, einem Musikkomponisten und Gourmand, der für sie eine gebratene Gans parat hatte. Sie zechten und parlierten die ganze Nacht und gingen dann in die Knieipe.

Surrealistisch verrückte Atmosphäre

Um Hrabal herrschte immer eine surrealistisch verrückte Atmosphäre, ich nannte sie für mich nach dem Vorbild »kafkaesk« eine hrabaleske. Die hat sich vor allem durch die Extravaganz seiner Freunde ergeben. Es waren alles Persönlichkeiten, die sich in der tschechischen und internationalen Kultur später hervortaten. Man hat sich gegenseitig geholfen und glaubte an die Kunst des Anderen. So förderten die Redakteure Josef Hirsal und Jirí Kolár Hrabal und verhalfen ihm zum literarischen Durchbruch und Ruhm. Kolár – Autor von zwanzig Gedichtbüchern, Übersetzer von vielen Größen der Weltliteratur, wurde international berühmt als bildender Künstler und Hirsal wurde mit dem österreichischen Staatspreis geehrt. Aber das war viel später. Nach dem kurzen Prager Frühling kamen die russischen Panzer. Bohumil Hrabal erlebte sie auf dem Wenzelsplatz als Begleiter von Heinrich Böll. Er beschrieb es später in einem seiner Bücher. Eine Prager Geschichte.



Bohumil Hrabal an einem seiner Lieblingssorte

Foto: Pavel Štoll

In der Runde um Hrabals Tisch – damals trafen wir uns in zwei Kneipen unter der Anhöhe Letná – lernte ich auch Susanna Roth kennen. Sie studierte Bohemistik und sprach sehr gut tschechisch. Sie verhalf später Hrabal zum Ruhm in deutschsprachigen Ländern. Ähnlich wie seinem Landsmann Milan Kundera.

Susanna Roth konnte an Ort und Stelle die Quellen von Hrabals Kunst erforschen. Denn sie las wie er mit den Augen einer Pragerin Jaroslav Haseks *Schwejk*, die Romane des tschechischen Philosophen Ladislav Klíma, die Gedichte Jirí Kolárs. Kolár ist wie Hrabal ein Meister der Collage und ein Klíma-Fan. Er ist wie Hrabal durch die Lehre des Surrealismus gegangen und ein Kenner der Weltliteratur. Er ist als Unterzeichner der Charta 77 nach Paris ausgewandert. Hrabal blieb und wurde vom Regime totgeschwiegen. Erst als er sich entschied, ein Loyalitätsschreiben in der offiziellen Presse zu veröffentlichen, durfte er seine Manuskripte selbst zensieren und veröffentlichen. Junge Dissidenten verbrannten damals seine Bücher am Ufer der Moldau unter der Burg. Und ich weigerte mich damals wochenlang, Hrabal zu treffen. Ich war zu unerfahren in Fragen der menschlichen Ängste und Schwächen, jugendhaft uneinsichtig. Bis mich Hrabal eines Tages in der Kneipe ansprach und mir seine Lage erklärte. Selbstverständlich wieder mit einer seiner hrabalesken Geschichten. Ich wankte, denn

ich konnte nicht glauben, daß ein großer Künstler und guter Mensch die Kunst verraten könnte. Die Kunst war größer als er. Er wußte es. Er war ein Verehrer von Céline und Pound. Er überzeugte mich. Aber mehr sprach für ihn sein Werk. Wir haben uns versöhnt.

Ich begleitete ihn oft nach Hause, denn nach zehn oder zwölf Bierern war er nicht mehr so sicher auf den Beinen. Wir sprachen über deutsche Autoren. Hrabal liebte Goethes *Werther*. In meinen Tagebüchern aus dieser Zeit habe ich viel über ihn notiert. Er wußte, daß mein Großvater und Urgroßvater aus der Gegend von Königsberg stammten und sinnierte, daß meine Vorfahren vielleicht dem Philosophen Kant begegnet sind, wenn er durch die Stadt spazierte.

Dann verließ auch ich – 1979 – das Land. Erst im Januar 1997 erfuhr ich von Václav Benda, dem Leiter einer Art tschechischer Gauckbehörde, daß ich gezielt aus dem Land verjagt wurde im Rahmen einer Aktion der Stasi. Hrabals Werke las ich jetzt in den Ausgaben der Exilpresse. Ich traf ihn nach der Wende 1989 in seinen drei liebsten Kneipen, wenn ich nach Prag kam. Das erinnert mich an eine hrabaleske Episode. Ich wurde in Hamburg von der Literaturkritikerin Verena Auffermann angesprochen, ob ich ihr zu einem Interview mit Hrabal verhelfen könnte. Da aber Hrabal Journalisten haßte wie die Pest, habe ich sie in der Kneipe als meine Freundin vorgestellt. Gleichzeitig stellte ich ihm

einen berühmten Prager Maler und Professor der Kunstakademie vor, der Hrabal verehrte, aber noch nie im Leben getroffen hatte. Er traf ihn in der Kneipe an dem Tag dreifach. Er besoff sich, bewarf Hrabal mit Papierkugeln aus meinem zerrissenen Katalog und traf ihn daher dreimal am Kopf. Hrabal brauste fürchterlich auf. Eine Schimpfkanonade folgte. Und Verena Auffermann hatte ihre hrabaleske Episode.

In einer anderen Kneipe feierte ich mit Hrabal seinen achtzigsten Geburtstag. Es gab ein gebratenes Ferkel zu essen, und es spielte eine Zigeunerkapelle. Hrabal bediente nicht den englischen König, sondern seine Freunde. Ich erbat mir ein Stück Schwänzchen, denn ich mag Knorpel.

Bei meinem letzten Besuch in Prag erzählte mir der Maler Chaba, daß er Bohumil Hrabal im Krankenhaus Bulovka besucht hat. Hrabal führte seine Gäste in den Garten und zeigte ihnen das Totenhäuschen der Klinik. Zu seiner Nichte sagte er: »Und durch dieses Fenster schiebst du meine Uniform durch, wenn ich dort tot liegen werde.« »Was für eine Uniform meinte er?« fragte mich der Maler. »Mensch, die Eisenbahneruniform doch! Er will mit der roten Mütze des Abfertigungsbeamten in den Himmel einreisen.« Einige Tage später rief mich ein Freund an: »Hrabal ist beim Füttern von Tauben aus der fünften Etage gestürzt.« Ich dachte an Hrabal, der in einer seiner letzten kurzen Erzählungen mit dem Titel *Happyend* über seinen Kater Cassius schreibt: »Lieber würde ich mir wünschen, daß Cassius so enden würde, wie ich es auf einem Bild von Rembrandt in Dresden sah . . . Ein Meeradler entführt den Ganymedes . . . daß mit Cassius ein Riesenbussard in die Lüfte gleitet.«

Und so sehe ich meinen Freund, wie er in der Eisenbahneruniform und mit der roten Mütze über den hellblauen Augen, verschmüzt lächelnd, mit den Tauben über dem hunderttürmigen Prag in den Olymp aufsteigt.

HERTA DÄUBLER-GMELIN

»Spuren in der Zeit«

Claus Arndt zum 70. Geburtstag

Wieder wird eine bekannte SPD-Persönlichkeit aus der »alten Garde« 70 Jahre alt: Wir gratulieren Claus Arndt, dem bekannten sozialdemokratischen Rechtspolitiker.

Stationen seines bewegten Lebens: Arndt wurde 1927 in Marburg geboren, bei den Nazis wegen seiner Herkunft und Einstellung diskriminiert, als halbes Kind in den 2. Weltkrieg geschickt, dort schwer verwundet und als Kriegsgefangener in die Sowjetunion transportiert, wo er bis 1949 als Gleis-, Bau- und Hilfsarbeiter in den Weiten Rußlands eingesetzt wurde. Erst dann konnte er – ein junger Spätheimkehrer von 22 Jahren – mit einer siebzigprozentigen Gesundheitsbeschädigung in die gerade gegründete Bundesrepublik zurückkehren und dort endlich anfangen, sein Abitur nochmal zu machen und zu studieren.

Politisch engagiert war Claus Arndt immer: 1951 wurde er Mitglied der SPD, als Jura-Student später dann stellvertretender Bundesvorsitzender des SPD. Er promovierte über ein noch heute aktuelles verfassungsprozessuales Thema (*Zur Parteifähigkeit im Organstreit vor dem Bundesverfassungsgericht*), leitete als Regierungsdirektor das Referat für Staats- und Völkerrecht sowie für gesamtdeutsche Fragen beim Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und zog schließlich in den Bundestag ein, dem er – eine in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Konstellation – sogar für einige Jahre zusammen mit seinem Vater, Adolf Arndt, angehörte.

Noch unter seiner Verantwortung als Hamburger Senatsbeamter wurde 1967/68 der Hamburger Entwurf für eine Notstandsverfassung erarbeitet, der dann später, nur in zwei Punkten verändert, als Regierungsentwurf übernommen wurde. Im Bundestag galt sein Interesse der Rechts- und Innenpolitik, der Ost- und Deutschlandpolitik wie auch Fragen der Verfassungsreform. Claus Arndts Handschrift ist noch heute in vielen Grundgesetzänderungen, Gesetzen und Initiativen nachzulesen.

In mehreren Büchern (*Spuren in der Zeit*, und *Amt und Mandat*) wie auch in mehr als 200 Aufsätzen hat Claus Arndt über Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten berichtet und seine Lebenserfahrungen dargelegt. Annemarie Renger notierte in einer zu Arndts 60. Geburtstag veröffentlichten Festschrift: »Nur wenige Juristen und Politiker können wie er von sich sa-



Wir akzeptieren

Postbank Köln
500 500-500
(BLZ 370 100 50)

Brot für die Welt

gen, daß die geltende Fassung des Grundgesetzes von ihm stammt. Zu nennen sind hier die Vorschriften der Rechts- und Amtshilfe und des inneren Notstandes, also die Artikel 35 und 91 des Grundgesetzes, in denen sich nach den Worten des Bundesverfassungsgerichtes die wehrhafte Demokratie des Grundgesetzes konkretisiert.« Renger hob sein Eintreten für die Menschenrechte besonders hervor. Helmut Schmidt würdigte Claus Arndt und seine politische Arbeit mit einfühlsamen freundschaftlichen Worten »verlässlich, kenntnisreich, sorgfältig in der Analyse und sicher im Urteil – so habe ich ihn in den letzten 35 Jahren erlebt und schätzen gelernt. Nicht nur in seinem Spezialgebiet, der Rechtspolitik, hat er über all die Jahre Augenmaß und Standfestigkeit bewiesen, leider gibt es in der Politik viel zu wenige zurückhaltende Menschen wie Claus Arndt, die Gutes tun – und nicht darüber reden wollen, sondern lieben im Stillen wirken«.

Gerade diese bescheidene, liebenswürdige Seite an Claus Arndt haben auch seine Kolleginnen und Kollegen im Bundestag an ihm geschätzt. Wer Unterstützung und Hilfe brauchte, hat bei ihm nie umsonst angeklopft; wer darauf achtete, daß neben all den Problemen, die ein Parlament beschäftigen müssen, auch Minderheiten und ihre verbrieften Rechte nicht zu kurz kommen, fand und findet bei ihm immer Unterstützung. Er war – und ich darf sagen, er ist bis heute – ein liebenswürdiger Kollege, bisweilen hartnäckig bis zu Sturheit, wenn es um Menschen geht, immer mutig, und ohne persönliche Kanten verbergen zu wollen. Ich habe ihn nie nachgeben sehen, wo Kompromisse im Interesse von Menschenrechten oder dem Schutz von Minderheiten unangebracht gewesen wären. Claus Arndt war und ist überraschend unkonventionell und mutig, wenn es darum geht, endlich alte Zöpfe und unsinnige Privilegien abzuschneiden: Sein Vorschlag, um des Rechtsstaates und seiner adäquaten Formen willen, besondere Richtertitel abzuschaffen, weil die Bezeichnung »Richter« die Aufgabe des Amtes als Titel nicht angemessen kennzeichne, ist zwar bis heute nicht durchgesetzt, vergessen jedoch auch nicht.

Kantig war und ist Claus Arndt immer dann, wenn er bemerkt, daß andere weder das von ihm für richtig gehaltene Ziel noch seinen Weg dorthin so beharrlich verfolgen, wie er das für richtig hält. Wehe dem Kollegen oder der Kollegin, die sich nicht von ihm überzeugen läßt. Der Bundestag, Hamburg, die Rechtswissenschaft, aber auch die SPD und ihre Rechtspolitiker haben genau von diesen Eigenschaften Claus

Arndts immer profitiert. Noch heute arbeitet Arndt für seine und unsere Ziele. Als stellvertretender Vorsitzender der G-10-Kommission überprüft er hartnäckig, kenntnisreich und hellwach wie immer, daß Bürgerrechte nicht mißachtet und Gesetze durch Behörden eingehalten werden. Das wird er hoffentlich noch lange Jahre hindurch tun. Am 20. April in Hamburg wird Claus Arndt groß gefeiert – wir gratulieren herzlich.

*** Sofort!**

**Aufnahme für
hilfesuchende
Süchtige. Tag und
Nacht!**
ohne Vorbedingungen



**Auch süchtige Mütter
mit ihren Kindern.**

*** 030-550000**

Stiftung
Synanon
Der nüchterne Weg.

Thema: Geld

JOCHEN HÖRISCH

Geld

Als Gott den Kosmos und die Welt erschuf, brauchte er nach übereinstimmender Botschaft der Religionen dazu kein Geld. Gottes Kapital bestand allein in der Kraft seines schöpferischen Wortes. Die göttliche Macht mußte sich also für ihre gewaltige Investition bei keiner Bank verschulden. Der Schöpfer ist schuld- und schuldenlos. Nicht aber die Schöpfung. Sie schuldet dem Schöpfer Dank, Preis, Verehrung und Opfer. Der berühmte Spruch des Vorsokratikers Anaximander hat dieses ursprüngliche Schuldverhältnis wohl am prägnantesten auf den Begriff gebracht: »Woher die Dinge ihre Entstehung haben, dahin müssen sie auch zu Grunde gehen, nach der Notwendigkeit; denn sie müssen Buße zahlen und für ihre Ungerechtigkeit gerichtet werden, gemäß der Ordnung der Zeit« (Nietzsches Übersetzung).

Entstehung des Geldes

Die Dank schulden und alsbald auch schuldigen Geschöpfe nehmen die Schöpfung anders wahr als der Schöpfer, der sein Werk wohlgefällig ansieht und für gut bis »sehr gut« befindet (Gen. 1;10,12,18,21,31). Sie stellen schnell fest, daß noch der Überfülle der göttlichen Schöpfung Mängel innewohnen. Wenn am paradiesischen Anfang auch kein Mangel an Gütern und Dienstleistungen herrscht, so gibt es doch zumindest einen kompensationsbedürftigen Mangel an Einsichten und Erkenntnissen.

Nach dem Sündenfall, der die Schuld der Geschöpfe offenbar werden ließ, wird dieser Mangel universal: Güter und Dienstleistungen, aber auch Werte wie Liebe und (göttlicher oder väterlicher) Segen – um von Zeit zu schweigen – werden knapp. Und es kommt zum Kampf um diese Knappheiten. Die alttestamentarischen, aber etwa auch die frühen homeri-

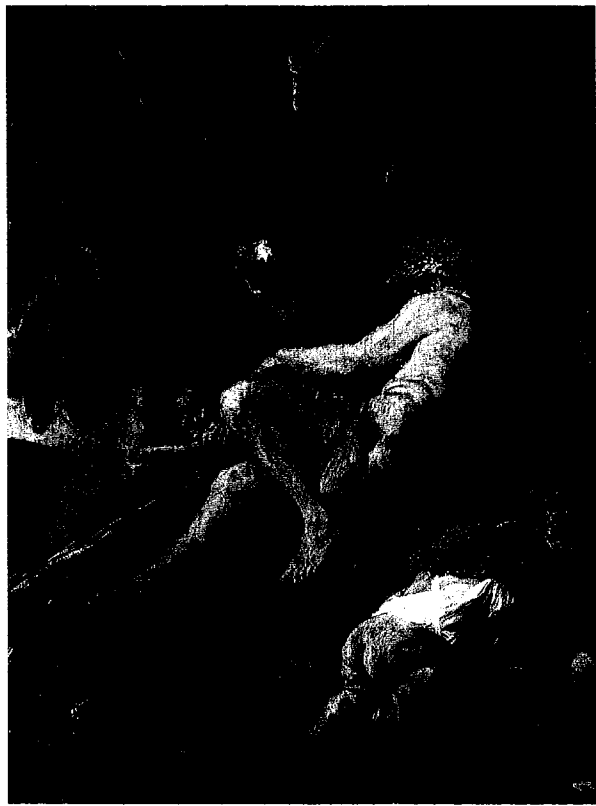
schen Epen, die das Medium Geld noch nicht kennen, lassen sich als Phänomenologie der Schwierigkeiten lesen, die Unwahrscheinlichkeit wahrscheinlich zu machen, daß einer dem anderen seine wertvollen Güter überläßt. Bekanntlich geschieht dies nur selten durch Schenken, Teilen oder Potlatsch (= d.h. die wechselseitigen und durchaus kämpferisch eingesetzten Überbietungsgeschenke zwischen Gruppen und Stämmen) – sondern zumeist durch Diebstahl, Raub, Betrug oder Krieg.

Die »Erfindung« des (Münz-) Geldes um 680 v. Chr. im griechisch-ionischen Raum läßt sich in dieser Perspektive funktional verstehen (vgl. N. Luhmann: *Die Wirtschaft der Gesellschaft*): Geld entsteht als das Medium einer zweiten künstlichen Knappheit, die die erste Knappheit an Gütern und Dienstleistungen auffängt, indem sie es wahrscheinlich macht, daß einer dem anderen vergleichsweise friedlich seine wertvollen Güter übereignet. Das dialektische Medium Geld sorgt demnach dafür, daß Knappheiten knapp werden. Mit welcher Feststellung auch eine Antwort auf Nestroys tiefgründige Frage gegeben wäre, die da lautet: »Die Phönizier haben das Geld erfunden – aber warum so wenig?«

Dieser funktionale Erklärungsansatz für die Emergenz des Geldes schließt andere Herleitungen aus anderen Frageansätzen nicht aus. Von ihnen seien nur drei genannt: 1. der tauschtheoretische Ansatz (etwa bei Ricardo und Marx), danach die Geldform des Tauschs seine einfache, relative und entfaltete Wertform beerbt (vom unmittelbaren Tausch zweier Güter über den Tausch, der über standardisierte dingliche Recheneinheiten wie Scheffel Weizen vermittelt ist, hin zum geldvermittelten Tausch). 2. der sozialhistorische Ansatz (am pointiertesten bei G. Heinsohn), demzufolge Geld als zu verzin-

sende Schuld in Umlauf kommt. Wer nach der Durchsetzung von Privateigentum z.B. durch Dürre- krisen in Not und genauer: in Li- quiditätskrisen gerät, muß sich gegen höhere Rück»zahlungs«- versprechen verschulden und also z.B. mehr Saatgut oder Vieh zurückgeben, als er sich entlie- hen hat. Rundimentäre Formen des Zinses wären demnach früher als das Geld, das Schuld- verhältnisse notifiziert. 3. die reli- gionsgeschichtliche Herleitung (vgl. B. Laum u. a.), danach Geld eine sublimierte Form des Opfers an die Götter ist. Die im tiefsinnigen Spruch des Anaximander ge- nannte Schuld wird gewisser- maßen nicht mehr in tragischen Dimensionen, sondern in kleiner Münze zurückgezahlt. Nicht um- sonst verweisen zentrale Begriffe der fiskalischen Sphäre wie Obo- lus (von griech: obolos = Opfer- stab), pecunia (von lat. pecus = Opfervieh) und money/monnaie / Moneten (von Juno Moneta, der römischen Göttin der Geburt und der Münzprägung) darauf, daß die ersten Geldprägungen und -zirkulationen in Tempelbezirken statt- fanden.

Wie denn überhaupt die Affinität (und daraus entspringend: die Konkurrenz) zwischen der göttlichen und der mo- netären Sphäre schon an den einschlägi- gen doppeldeutigen Leitbegriffen wie Schuldner, Gläubiger, Kredit, Offenbar- ungseid, (Lob-)Preis, Messe usw. ersicht- lich ist – um von den sakralen Dimensio- nen noch der modernen Bankarchitektur zu schweigen. Diese theologische Ab- kunft teilen die Leitbegriffe der Geldthe- orie mit denen der Medientheorie: (frohe) Botschaft, Testament, Heilige Schrift, Schicken / Schickung / Schicksal, Sen- dung, Empfang / Empfängnis, Mittler, Kommuni(kati)on u. a. Kein Wunder – ist die Münze doch das erste (oder, wenn man das Abendmahl mitzählt, nach der Hostie das zweite) Massenmedium lange vor Erfindung des Buchdrucks. Nicht um-



Was er anfaßt, wird zu Gold: König Midas, Gemälde von Nicolas Poussin (1594–1665). Foto: AKG, Berlin/Erich Lessing

sonst ist Geld seit seinen Anfängen stets an der Front medientechnologischer In- novationen zu finden.

Geld als gedeckter/ungedeckter Code

»In God we trust« steht auf den Münzen und Scheinen der prototypisch modernen Währung, dem Dollar, zu lesen. Zu den vie- len Bedeutungshöfen dieses wohl welt- weit auflagenstärksten und mächtigsten Spruchs gehört auch das Versprechen bzw. die Suggestion, der Wert des Geldzei- chens, das ihn trägt, sei »gedeckt«. Schon an der historisch zunehmend abstrakte- ren äußeren Gestalt des Geldes (vgl. W. Weimer: *Geschichte des Geldes*) aber tritt unverkennbar in Erscheinung, daß Fra- gen nach der Deckung des Geldwertes in heikle Gefilde führen. Das erklärt wohl den Abwehrzauber gegen Deckungsfra- gen, den die auftrumpfenden polittheolo-

gischen Geldgestaltungen, für die sich die Numismatik so interessiert (also die Herrscherportraits, mythologischen und göttlichen Gestalten, die Münzen und später Scheine schmücken) entfalten. Die klassische Edelmetallmünze zumal wollte noch suggerieren, sie sei und habe an und in sich selbst den Wert, den sie symbolisiere. Geldscheine standen hingegen seit ihren Anfängen im Verdacht, bloßes Scheingeld zu sein – man denke nur an Marco Polos erstaunten Bericht über das Papiergeld der Chinesen oder an die Assignatenszene im ersten Akt von Goethes *Faust II*. Als gedeckt galten Papiergeldscheine, wenn sie problemlos in Münzgeld rekonvertierbar waren. An Schecks und Wechseln wurde die Deckungsproblematik vollends deutlich: sie sind bloße Zahlungsversprechen (»promisses to pay«). Und heute ist »electronic money« das Zahlungsmittel, in dem, vom Volumen her gesehen, die postindustriellen Gesellschaften weit über 90 Prozent aller Zahlungsvorgänge abwickeln, aus denen ihre kommunikative Autopoiesis weitgehend besteht.

Die klassischen volkswirtschaftlichen Gelddeckungstheorien gingen in der Regel vom Goldstandard des Geldwertes aus. Noch das 1944 in Bretton Woods (USA) von 44 Staaten beschlossene und bis 1973 formal gültige Weltwährungssystem beruhte auf der Verpflichtung der USA, Dollars von ausländischen Notenbanken zum Festkurs von 35 Dollar für eine Unze Gold einzutauschen. Die Volkswirtschaftslehre unterstellt heute zu meist, daß Landeswährungen durch das jeweilige Bruttosozialprodukt gedeckt sind. Die noch in diesem Ansatz steckenden Paradoxien, daß nämlich jede Wertzerstörung (etwa ein Massenverkehrsunfall und jede teure Krankheitsbehandlung) zur Gelddeckung beiträgt, führen zur wohl plausibelsten und doch stets erneut zumutungsreichen (post-)modernen, nämlich autopoetischen Lösung des Deckungsproblems: Geld ist durch (den Glauben an) Geld gedeckt – so wie Gesetze durch Gesetze, Glaube durch Glaube, Liebe durch Liebe und Poesie durch Poesie »gedeckt« oder eben nicht gedeckt sind. In money we trust. Wenn Geld nicht

beglaubigt wird, verliert es (inflationär) seine Geltung und seine – nach klassischer volkswirtschaftlicher Definition – dreieinige Funktion, nämlich 1. Tauschmittel, 2. Wertaufbewahrungsmittel und 3. Recheneinheit zu sein.

Verbindliche Geltung hat Geld (beide Worte gehören im Deutschen etymologisch eng zusammen), wenn man mit ihm Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann. Zahlen/nicht-zahlen: das ist der semantisch außerordentlich arme, dafür aber funktional hocheffektive Code des Geldes (vgl. Luhmann). D. h.: Geld ist, wie seit seinen Anfängen immer wieder kritisch vermerkt wurde, von skandalöser Indifferenz bzw. »Kälte«. Es ist nämlich indifferent gegenüber den Personen, den Sachen und den Zeitpunkten eines Tausch- bzw. Zahlungsakts. Und es gibt per se keinerlei Auskunft z. B. über seine Herkunft, seine moralische oder amoralische Verwendung und die ökologischen Folgewirkungen seines Einsatzes. Aber es informiert funktionsangemessen über das, was eigentlich zählt.

Geld als Medium der sozial-transzendentalen Synthesis

Geld ist das Medium einer (je nach Beobachterperspektive) hochfunktionalen oder aber abartigen Indifferenz und Abstraktion der Welt-, Wert- und Personenorientierung. Wer eine Ware gegen Geld erwirbt oder seine Waren (incl. der Ware Arbeitskraft) gegen Geld verkauft, tut etwas bemerkenswert Abstraktes: er stellt Äquivalenzen zwischen Dingen, Gütern, Werten und (Dienst-) Leistungen her, die an sich schlechthin nicht gleich, ja nicht einmal kompatibel sind, sondern durch den (geldvermittelten) Tausch eben erst gleich gesetzt werden. Die Rückübersetzung des Wortes »Äquivalenz« ins Deutsche läßt die damit gegebenen Probleme deutlich werden: Äquivalenz bedeutet Gleichgültigkeit. Gleichgültigkeit auch gegenüber dem Umstand, daß ein »Arbeitgeber« einem »Arbeitnehmer« auch die produktive und in diesem Sinne nichtidentische Ware Arbeitskraft, die doch Werte erst schafft, gegen »äquiva-

lentes« Geld abkaufen kann – für Marx der nichtarchimedische Punkt des Kapitalismus, der auf eine Gesellschaftsassozi-ation verweist, in der Arbeitskraft keine Ware mehr wäre und Intersubjektivitätsbeziehungen nicht länger verdinglicht wären.

Wer am Geldverkehr teilhat (und selbst der schärfste Geldkritiker kann dieses Medium schlechthin nicht vermeiden), läßt sich demnach auf ungeheure Abstraktionen ein. Aber er tut dies unbewußt bzw. allenfalls in eigentümlicher Halbbewußtheit. Der geldvermittelte Äquivalententausch birgt insofern (nach A. Sohn-Rethels weitreichender Theorie) zugleich eine »Real-« und eine »Denkabstraktion« in sich: er setzt systematisch Ungleiches gleich und setzt dadurch zugleich im Reiche des Denkens abstrakte Kategorien frei. In den Worten von Nietzsches *Genealogie der Moral*: »Preise machen, Äquivalente ausdenken, tauschen – das hat in einem solchen Maße das allererste Denken des Menschen präokkupiert, daß es in einem gewissen Sinne *das* Denken ist.«

Für die vieldiskutierte Entwicklung vom Mythos zum Logos in der frühen griechischen Geschichte hat Sohn-Rethel deshalb eine profan erleuchtete Erklärung bereit. Sie ist jedenfalls handfester als Heideggers denselben Entwicklungsphänomenen geltendes Raunen über die »Seinsvergessenheit«, und sie

wäre noch zu vergleichen mit Bachofens gleichfalls denselben epochalen Umbruch avisierenden Erzählung von der Geburt der Abstraktion aus dem Geist der Entdeckung der Paternität (denn Mutterschaft ist sinnlich gewiß, Vaterschaft aber ein Geltungsanspruch). Mit der Erfindung des Münzgelds wird in intersubjektiver Verbindlichkeit jenes Abstraktionsniveau etabliert, ohne das Rationalität und logisches Denken nicht möglich wären. Und es wird allererst freigesetzt, was die philosophische Tradition »transzendente Subjektivität« nennt.

Warum? Weil Geld das Medium einer vierfachen Synthesis ist: es synthetisiert 1. die »Mannigfaltigkeit der Objekte« (Kant), indem es sie äquivalent setzt, unter Einheitsbegriffen. Der fungibelste Einheitsbegriff aber ist der Preis: alles hat seinen Preis, alles kann durch Preise »gleichgültig«/äquivalent erscheinen. Geld ist 2. das Medium einer »sozialen Synthesis«: nicht sprachliche Kommunikation schlechthin, sondern der spezifische Code des Geldes sorgt für (im Vergleich zu Raub, Diebstahl, Erpressung, Krieg, Unterdrückung etc.) zwangsfreie intersubjektive Verbindlichkeiten und integriert Gesellschaften. Man kann

diese These leicht testen: moderne Gesellschaften erliegen (wie ein Blick auf das Deutschland der 20er Jahre oder das Rußland der 90er Jahre zeigt) in eben dem Maße, in dem ihre Währung inflationär an Geltung verliert, Desintegrationsprozes-

Das Schöne und Wahre vor dem Schnöden und Baren? Friedrich Schiller und die Deutsche Bank, Frankfurt. Foto: JOKER



sen. Was die Welt der Moderne im Innersten zusammenhält, ist Geld.

Geld setzt 3. erst jene formalisierbare Grenze von »mein und dein« frei, die es plausibel macht, ein Ich-Bewußtsein anzunehmen, das kantischen Maßstäben genügt. Das Geld, das ein anderer hat, ist immer das Geld, das ich nicht habe; die Information, die mir ein anderer mitteilt, verbleibt gleichwohl beim anderen. Das prototypisch soziale Medium Geld schließt also Subjekte in Gesellschaft zugleich ein (über monetäre Kommunikation) und aus (über die »mein-nicht-dein-Logik«). Durch Geld werden Subjekte zugleich individualisiert und sozialisiert (vgl. G. Simmel: *Philosophie des Geldes*). Das aber heißt: Geld synthetisiert auch die unterschiedlichsten Ich-Zustände zu einem transzendentalen, sich gegenüber »Objekten« und anderen Subjekten distinkt »setzenden« Subjekt. In A. Sohn-Rethels provokanter Formulierung: das Transzendentsubjekt ist in der Waren- bzw. Geldform versteckt. Und Geld ist 4. das Medium einer ontosemiologischen Synthesis (vgl. J. Hörisch: *Kopf oder Zahl*): indem es Güter und Werte verbindlich aufeinander bezieht, sorgt es für funktionale Korrelationen zwischen der Logik des Seins bzw. des Seienden (Ontologie) und der des Sinns bzw. der Zeichen (Semiologie). Es gewinnt gewissermaßen sakramentale Qualität und beerbt in seiner Funktion als neuzeitliches Leitmedium die substantielle Ontosemiologie des Abendmahls, über die sich die vorneuzeitliche Tradition unserer christlich-abendländischen Kultur darüber zu verewissern versuchte, daß Sein sinnvoll und daß Sinn existent ist.

Psychologie / Pathologie des Geldes

Geld ist also mehr als »nur« der Code der Ökonomie. Es formiert und strukturiert nicht nur Zahlungsvorgänge, sondern damit zugleich auch Intersubjektivität, Bewußtsein, Weltbilder und Psychen. Und es entbindet, gerade weil es auch das erzrationale Medium ist, die augenfälligen beträchtlichen Pathologien, für die sich (nicht nur) Psychologie und Psychoanaly-

se interessieren. Unter psychologischen Aspekten fällt am Medium Geld mindestens dreierlei auf:

1. Geld hat ersichtlich (im religiösen wie im sexuellen Sinn) fetischistische Qualitäten. Man kann es anbeten wie das goldene Kalb und seinem Dienst Hochhäuser weihen, die jede Kathedrale in den Schatten stellen, weil es (wie Fetische) ein Ding bzw. ein Medium ist, dem übernatürliche (Zeugungs-)Kraft eignet. »Denn dies Metall läßt sich in alles wandeln« (Faust V, 5782). Die alte Feindschaft zwischen religiösen und monetären Orientierungen (vgl. die deutliche Geldverwerfung der Bibel – u. a. Matth. 19,23; Mark 10,25; Luk 16,13 und 18,25) ist hochplausibel: Geld ist Effekt einer diabolischen Zweitcodierung der Welt. Der prototypisch neuzeitliche Ausgleich von Gott- und Geldorientierung war deshalb ein langwieriger Prozeß. Erleichtert wurde er durch die religiös-fiskalische Doppeldeutigkeit des Schuldverständnis – konkreter: durch die Monetarisierung der Heilserwartung im Abtaßhandel.

2. Geld wird deutlich von sexuellen Konnotationen umstellt. Sie bewegen sich, wie schon ein kurzer Blick auf gängige Sprachstereotypen zeigt, im doppelten Spannungsfeld von Potenz- und Anassoziationen. Wer viel Geld besitzt, ist potent und liquide. Er steht gut da und kann anderen Finanzspritzen geben. Mit erigiertem Sterz springt der ansonsten asexuelle, aber eben geldgeile Dagobert Duck in seinen Geldspeicher. Er, der stinkreich ist, versteht sich darauf, goldene Eier zu legen und seine Geschäfte produktiv zu erledigen. Der Teufel scheißt eben (wie der märchenhafte Dukatenesel) auf einen großen Haufen etc. Schon Freuds kurze und vieldiskutierte Abhandlung über die analerotischen Komponenten der Geldfixierung hat darauf hingewiesen, daß Kot und Geld ihr tertium comparationis in ihrer Wertlosigkeit haben – und in dem Bestreben, noch das Wertlose nicht zu verausgaben, sondern aufzusparen.

Weniger beachtet wird, aber nicht weniger tiefenpsychologischer Aufmerksamkeit wert ist 3. die prokreative Aura

Keine Sorge

Volksfürsorge
Autoversicherung

Alle Autofahrer
aufgepaßt:

Special

Können Sie es sich leisten, Geld zu verschenken?

Manche Leute verpulvern aus lauter Gewohnheit Jahr für Jahr erhebliche Summen – Geld, das sie bei einem einfachen Preis-Leistungs-Vergleich bequem sparen könnten.

Zum Beispiel sind viele Pkw noch immer viel zu teuer versichert, obwohl es doch die Super-

Spartarife der Volksfürsorge gibt – und das bei vollem Volksfürsorge-Service!

Nehmen Sie sofort Kontakt mit uns auf: Wir rechnen Ihnen auf Mark und Pfennig aus, wieviel Geld Sie im Jahr sparen können, wenn Sie Ihren Pkw jetzt bei der Volksfürsorge versichern.

Auch wenn Sie im Moment keinen Fahrzeugwechsel planen und ein Versichererwechsel deshalb erst zum 01.01.1998 möglich ist, sollten Sie nicht zögern:

Den einmal ausgerechneten Beitrag garantiert Ihnen die Volksfürsorge für das ganze Jahr 1998.

Zwei Wege für Sie, bares Geld zu sparen:



Nur kurz anrufen und einen Beratungstermin vereinbaren. Das ist am einfachsten für Sie!

Kostenlose Info-Hotline
0130 – 72 31 54



So geht es auch:
Daten in den Coupon eintragen
und sofort ab die Post!

Mit ihren Super-Spartarifen unterstreicht die Volksfürsorge wieder einmal nachdrücklich ihr traditionelles Engagement für die Belange der Arbeitnehmer.

Sicher fahren – sicher sparen:
Volksfürsorge
Versicherungen

Name, Vorname			Berufliche Tätigkeit	
Straße, Haus-Nr.			Geburtsdatum	Staatsangehörigkeit
PLZ/Wohnort			Telefon tagsüber	
Arzt Kennzeichen	Kfz-Hersteller	Schlüsselnr.*	Danz. Beitragssatz	Danz. Beitragssatz
Datum der Erstzulassung	Fahrzeugtyp	Schlüsselnr.**	Hilflicht %	Volkskasko %
Ladung (tW oder PS)	Danz. Fahrzeugwert ca.	DM	Danz. Schadenfreiheitsklasse	Danz. Schadenfreiheitsklasse
			Hilflicht-SF:	Volkskasko-SF:
			Jährl. Fahrleistung bis	
			10.000 km <input type="checkbox"/>	20.000 km <input type="checkbox"/>
			25.000 km <input type="checkbox"/>	über 25.000 km <input type="checkbox"/>

* Schlüsselnr. 2, ** Schlüsselnr. 3 in Ihrem Fahrzeugschein

Tarifgruppe: R (normal) B (Beamte) A (Agrarier)

Jeder männliche Fahrer hat das 21. Lebensjahr vollendet ja nein

Das Fahrzeug wird ausschließlich in den Staaten der Europäischen Union, der Schweiz, Norwegen, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ja nein

Jeder Fahrer hat die Fahrprüfung in den Staaten der Europäischen Union, der Schweiz oder Norwegen abgelegt ja nein

Ungarn, Slowenien und Kroatien gefahren

Gangenfahrzeug ja nein

Alleinfahrer ja nein

Nur Halter und Partner fahren ja nein

Sicherheitsstraining ja nein

Zweitfahrzeug ja nein

Werkangehöriger eines Automobilherstellers ja nein

Volkskasko ohne Selbstbeteiligung (SB) mit 300 DM SB mit 650 DM SB mit 1.000 DM SB

Teilkasko ohne Selbstbeteiligung (SB) mit 300 DM SB mit 650 DM SB mit 1.000 DM SB

Coupon bitte im frankierten Umschlag einsenden an:
Volksfürsorge Versicherungsgruppe · Kfz-Kundenservice · 20084 Hamburg



des Geldes, das sich »vermehrte«. Zins und Zinsbildung sind nicht umsonst Reizthemen jeder Gelddiskussion. Daß Geld sich nicht eigentlich aus sich selbst heraus vermehren, sich also nicht fortzeugen kann, ist alter theologischer Glaubensbestand. Schöpfer der großen Welt ist Gott, Schöpfer kleinerer Werte sein menschliches Ebenbild. Geld aber kann nicht(s) erschaffen und auch nicht sich selbst fortpflanzen: *nummus nummum non gerit* (Thomas von Aquin). Wer dennoch vom Zinsnehmen lebt, setzt sich einer doppelten Stigmatisierung aus: nämlich gottlos und pervers zu sein (ein zu wenig beachteter Aspekt in der Genese des Antisemitismus). Geld, das Geld zeugt, ist demnach von einer Aura des Homophilen umgeben. Schon dadurch, daß Goethe in *Faust II* der Assignatenszene die Mütterszene folgen läßt, deutet er an, was kaum je in den Blick der Geld- und Zins-theorie gerät: daß nämlich »Geld heckendes Geld« (Marx) die weibliche Prokreation nachbildet. Zinsen sind die Kinder des Geldes. Und Männer, die mit Geld »bekanntlich« besser umgehen können als Frauen, persiflieren, wenn sie Geld zinsbringend für sich arbeiten lassen, weibliche Fruchtbarkeit.

Zur Kritik des Geldes

Geld zu kritisieren, zu verwerfen, zu hassen ist eine bemerkenswert verbreitete Übung. Revolutionäre und Reaktionäre, Fromme und Atheisten, traditionalistisch orientierte Schöngeister und avantgardistische Dichter wie Ezra Pound sind sich in der Verdammung des Geldes einig. Sämtliche historisch dokumentierbaren Versuche, einmal »erfundenes« Geld wieder abzuschaffen und Volkswirtschaften am Medium Geld vorbei gerechter und effektiver einzurichten, sind jedoch in zumeist traumatisierender Weise gescheitert (zuletzt unter Pol Pot in Kambodcha). Alle Indizien weisen darauf hin, daß Geld nach Sprache das zweitwichtigste und in vielen Kontexten vor Sprache das wichtigste Medium ist. Einmal »erfundenes«, steht es nicht mehr ernsthaft zur Disposition. Geld ist gewissermaßen ein historisches Apriori, des-

sen Abschaffung ungemein teuer zu stehen kommt. Klügere Kritiken des Mediums Geld (wie die von Marx) beginnen denn auch, um den Titel eines Brecht-Gedichtes zu zitieren, mit dem *Lob des Geldes*, das »ungeheure Warenansammlungen« (Marx) und Reichtümer freisetzen kann.

Einsprüche gegen das Medium Geld oder zumindest gegen seinen universellen Einsatz sind dennoch verbreitet und plausibel. Alle Gesellschaften versuchen, bestimmte Güter und Dienstleistungen vom Geld- und Warenmarkt fernzuhalten: etwa Drogen, Heilgüter, Liebe (Prostitutionsverbot) und – seltener – Waffen. Gegen das Verbot der Codevermischung (so »sollten« etwa die Codes des Rechts, der Liebe und der Wissenschaften gegen den Code des Geldes immun sein) steht die schlichte Erfahrung, daß auch Recht, Liebe und Wissenschaften teuer und also für monetäre Erosionen (z. B. für Bestechung) anfällig sind.

Die hauptsächlichen Ansätze zu einer Kritik des Geldes sind 1. die Verwerfung seiner Indifferenz, Kälte, semantischen Armut und übermächtigen Eigenlogik, die »höhere Werte« überfornt. In den romantischen Erzählungen von »kalten Herzen« (M. Frank) ist diese Kritik paradigmatisch ausgebildet worden. Geld und nicht Gott, so die verbreitete Klage, regiert die Welt. In der Tat spricht vieles dafür, daß entfaltete Geldwirtschaften transzendente Orientierungen systematisch verenden lassen. Denn sie lenken, wie fundamentalistische Modernitätskritik gereizt registriert, die Aufmerksamkeit auf Innerweltliches um – was man (z. B. aus Nietzsches Perspektive) natürlich auch begrüßen kann. Die 2. weitverbreitete Form der Geldkritik ist die simpelste, aber deshalb nicht schon unangemessenste: daß es ungerecht verteilt ist. Diese Kritik am »großen Geld« ist allerdings weitgehend Geld-unspezifisch, gilt sie doch generell für ungerechte (durch Erbe, Krieg, Übervorteilung etc. zustandegewordene) Güterverteilungen. Innerhin ist es bemerkenswert, wie erfolgreich im Nachkriegs-Deutschland die Tabuisierung von Verteilungsdiskussionen war (Stichwort: Neidkomplex). Dabei kann man die Entwicklung der Einkommens-

schere gerade in den letzten 15 CDU/FDP-regierten Jahren nur als abenteuerliche Umverteilung von unten nach oben charakterisieren. Betrug die Einkommensschere zu Beginn der 50er Jahre etwa 1:30 (Jahreseinkommen variierten etwa zwischen 3 500 und 100 000 DM), dürfte sie jetzt bei deutlich über 1:120 (mit extremen Ausschlägen nach oben) liegen. Und solche Proportionen sind eben nicht nur sozialpolitisch unsinnig, sondern auch für das Finanzsystem selbst dysfunktional: Knappste öffentliche Kassen treffen auf vagabundierende und spekulationslüsterne Liquidität; international agierende Firmen, Banken und Versicherungen werden schlicht reicher und mächtiger als Staaten und Staatenbünde wie die EG.

Die verbreitete Kritik an den fetischistischen Momenten des Geldes (s. o.) läßt sich 3. auch zu einer Kritik an spezifisch monetärer Irrealisierung zuspitzen (vgl. J. Baudrillard: *Der symbolische Tausch und der Tod*). Von solcher Irrealisierung wußte schon eine frühe Mythe zu berichten. König Midas erlebt ein Trauma, weil sein Wunsch, alles, was er anfasse, möge sich in Gold verwandeln, in Erfüllung geht (Ovid: *Metamorphosen XI*). Geld und Gold aber kann man bekanntlich nicht essen. Um es theoretisch auszudrücken: der mythische König erlebt, was der späten Moderne zu widerfahren scheint, daß nämlich Geld als das Medium der Zweitcodierung von Welt selbst primär wird. Geld macht einen glänzenden, wenn auch inflationär abgenutzten Reim auf »Welt«; Geld ist die Gestalt der vollendet zweitcodierten Welt; schlechthin nichts hienieden ließe sich nicht auch in Geld ausdrücken; kurzum: Geld ist das genuine Medium einer universalen Simulation. Daß man verbreitet von einem »reellen Preis« spricht und billigend von einer billigen Ware sagt »das ist was Reelles«, zeigt an, wie sehr in der späten Moderne Geld und Welt, Symbolisches und Reales ununterscheidbar werden.

Das postreferentielle Zeitalter ungedeckter flottierender Zeichen steht, wie schon der späte Goethe wußte, im Zeichen des Geldes. »Das Alphabet ist nun erst überzählig, / In diesem Zeichen wird



Foto: dpa

nun jeder selig.» läßt er den Schatzmeister sagen. In welchem Zeichen? Nicht im Konstantinischen Kreuzeszeichen, auf das die Verse anspielen, sondern im »durch Tausendkünstler schnell vertausendfachen« Zeichen des Papiergeldes. Es entbindet die Möglichkeit zu einem modernen Massenreichtum an Gütern, den frühere Gesellschaften schlechthin nicht kannten. Und die 4. und wohl abgründigste Form der Geldkritik basiert auf dem Mangel. Die Hermeneutik des Geldes ist eine der systematischen Knappheit. Die monetär zweitcodierte Welt sorgt dafür, daß Knappheiten knapp werden, und verlangt dafür einen Preis: alles als knapp anzusehen. Eine Hermeneutik der Fülle, des Geschenks, der enthusiastischen Gelassenheit und der Daseinsfreude hat angesichts des Geld-Codes nur wenig Aussicht auf Geltung. Man muß eben für alles büßen respektive zahlen.

Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung des Artikels »Geld« aus dem von Christoph Wulf herausgegebenen Handbuch »Vom Menschen – Handbuch der Historischen Anthropologie« (Weinheim/Basel – Beltz Verlag, 1997, S. 678-686)

»Ruhig Blut bewahren«

Professor Dr. Dr. h.c. Reimut Jochimsen war nordrhein-westfälischer Wirtschaftsminister. Er ist heute Präsident der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank.

Clemens Fuest befragte Jochimsen zur Europäischen Währungsunion, zur Beschäftigungspolitik und zur Zukunft der Banken.

NG/FH: Wenn kein Wunder geschieht, können weder Deutschland noch Frankreich im kommenden Jahr die finanzpolitischen Konvergenzkriterien erfüllen. Wäre es Ihrer Meinung nach möglich und ratsam, den Beginn der Währungsunion zu verschieben?

Jochimsen: Für die Bundesrepublik zeichnet sich immer deutlicher ab, daß die Kriterienerfüllung zu Haushalt und Schuldenstand außerordentlich schwierig wird. Die struktur- und finanzpolitischen Folgen der Deutschen Einheit – mit der sozial unausgewogenen, ungerechten Aufbringung und Steigerung der Arbeitskosten – sind noch lange nicht verdaut. Hinzu kommt jetzt die auch deshalb dramatisch gestiegene Arbeitslosigkeit und der anhaltende Investitionsattentismus im Inland. Über Wunder, Wenden und Wahrscheinlichkeiten bis zum Stichtag will ich aber trotzdem nicht spekulieren. Ob ein Beginn der Währungsunion zum 1. Januar 1999 sinnvoll ist oder nicht, entscheidet sich nach dem Madrider Fahrplan erst im Frühjahr 1998. Dann soll auf der Grundlage der diesjährigen Wirtschaftszahlen geprüft werden, welche Länder gemessen an den fünf Qualifikationsbedingungen des Maastrichter Vertrags für die Endstufe geeignet sind. Wenn wir schon jetzt die Flinte ins Korn werfen, lockert das nur den Qualitäts- und Konsolidierungsdruck und verspielt womöglich die mit der Währungsunion verbundenen Integrationschancen. Andererseits darf eine Ter-

minverschiebung auch nicht kategorisch ausgeschlossen, schlicht tabuisiert oder gar als »Frage von Krieg und Frieden« verteufelt werden. Ein hastiger Start unreifer Partner mag zwar gegebenenfalls gelingen, aber er wird kaum von Dauer sein. Denn das weist den Weg eher in eine Inflationgemeinschaft und Transferunion, könnte sich sogar zum Spaltpilz für den Binnenmarkt auswachsen. Dann droht Desintegration weit über den Währungsbereich hinaus. Zumindest müßte ganz unmittelbar mit einem deutlichen Zinsschub nach oben gerechnet werden – mit drastischen Nachteilen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung – und einer Gefährdung des Euro als starker, stabiler Währung. Von der Verdrossenheit der Bürger, steigender Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Unruhe ganz zu schweigen.

Das kann nur heißen: Ruhig Blut bewahren, die Konvergenzentwicklung in diesem Jahr gestalten, ihre Nachhaltigkeit unter Beweis stellen und im Frühjahr 1998 sehr nüchtern im Interesse eines stabilen Euro und eines sozial friedlichen Integrationsschritts entscheiden. Sollte sich dann abzeichnen, daß nicht einmal für eine kleinere Teilwährungsunion genügend Partnerländer zusammenkommen – wohlgemerkt bei strikter Auslegung der Qualifikationsbedingungen und ohne »Griff in die Trickkiste« – ist die Alternative einer Terminverschiebung ernsthaft zu erwägen. In diesem Falle sollte das Startdatum um einen präzise definierten, überschaubaren Zeitraum aufgeschoben werden. Im übrigen legt der Maastrichter Vertrag fest, daß die Währungsunion nur dann zum 1. 1. 1999 startet, wenn nicht bis Ende 1997 über den Zeitpunkt des Starts der dritten Stufe entschieden ist.

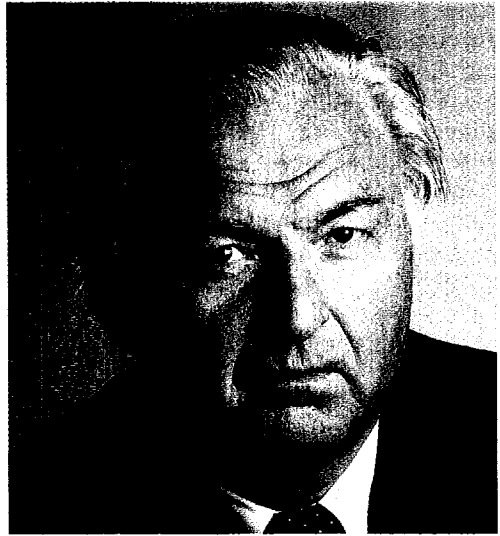
NG/FH: Formaljuristisch ist die Unabhängigkeit der Europäischen Notenbank besser abgesichert als die der Deutschen Bundesbank. Sind die verbreiteten Sor-

gen vor höheren Inflationsraten in einer Währungsunion deshalb unbegründet?

Jochimsen: In der Tat liest sich die in Maastricht vereinbarte Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken in gewissen Passagen besser und präziser als das Bundesbankgesetz, das hier Pate gestanden hat. Jedoch auch ganze Serien notwendiger Voraussetzungen können sich auch in der Summe als nicht zureichend erweisen. Zunächst muß man sehen, daß Notenbankstatut und gelebte Notenbankwirklichkeit stets zweierlei Paar Schuh sind. Letztere hängt entscheidend von den handelnden Personen ab, ihrer stabilitätspolitischen Entschiedenheit und ihrem Mut auch zu unpopulären, umstrittenen Maßnahmen. Deshalb greift der bloße Textvergleich von EZB-Satzung und Bundesbankgesetz zu kurz. Der entscheidende Unterschied besteht gerade darin, daß die Stellung der Bundesbank im deutschen Staats- und Gesellschaftsgefüge unstrittig ist, daß sie ihre Unabhängigkeit in zahlreichen Konfliktsituationen unter Beweis gestellt und damit großes Vertrauenskapital erworben hat. Das Europäische System der Zentralbanken muß sich seine Reputation und Unterstützung dagegen erst noch verdienen.

Hinzu kommen verschiedene »stabilitätspolitische Lecks« im EZB-Statut. Die größten Risiken gehen dabei von der nur ungenügend abgesicherten »außenwirtschaftlichen Flanke« der Notenbankunabhängigkeit und Geldwertstabilität aus. Trotz aller Abstimmungsgebote mit der Europäischen Zentralbank liegt die Kompetenz für die internationale vertragliche Fixierung der Wechselkurse ja letztlich beim Ministerrat. Im Lichte der jüngsten Debatte über den Euro als »handelspolitische Waffe«, die auch industrie- und beschäftigungspolitischen Zwecken dienstbar gemacht werden soll, erscheint mir das um so brisanter.

Schwerer noch wiegt, daß Stabilitätspolitik niemals nur Sache der Geldpolitik sein kann. In optimaler Weise läßt sich eine Währung nur sichern, wenn die gesamte Wirtschaftspolitik entsprechend angelegt ist, wenn also Finanz-, Lohn-, Wechselkurs- und Geldpolitik harmo-



Reimut Jochimsen

Foto: LZB in NRW

nisch zusammenwirken. Gerade dafür sorgt der Maastrichter Vertrag mit seiner »hinkenden Konstruktion« aus einer supranationalen Geldpolitik in der Währungsunion und der weiterhin auf eine bloße Koordination der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken hinauslaufenden Wirtschaftsunion aber nicht. Um so mehr käme es auf den Konsens hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Grundüberzeugungen an, damit die Währungsunion nicht nur zustande kommt, sondern hält und nicht über kurz oder lang auseinanderfliegt.

NG/FH: Französische Spitzenpolitiker haben gefordert, der Europäischen Notenbank ein politisches Kontrollgremium zur Seite zu stellen. Droht ein deutsch-französischer Konflikt über die Unabhängigkeit und die Stabilitätsorientierung der europäischen Geldpolitik?

Jochimsen: Der Konflikt ist da, und er muß im stabilitätspolitischen Sinne offen und ehrlich geführt und im Konsens gelöst werden. Es gibt hier ja sehr grundsätzliche wirtschafts- und währungspolitische Auffassungsunterschiede in Europa. So schaut man jenseits des Rheins oft vor allem auf die beschäftigungspolitischen Kosten einer angeblich übertriebenen Stabilitätsorientierung. Immer mal wieder wird denn auch mit

einer »anderen Politik« geliebäugelt, mit forcierter Zinssenkung und Abwertung zur Konjunktur- und Exportankurbelung, als Ersatz für die unausweichliche Sisyphus-Arbeit der Reformen im Innern. Nur: Solange die harten Währungen der Stabilitätsanker im Europäischen Währungssystem bleiben, scheidet das aus – es sei denn, man nähme in Kauf, daß jede Aussicht auf Währungsvergemeinschaft zunichte gemacht wird. Also setzt man auf eine Europäische Zentralbank bzw. einen europäischen Zentralbankrat, der in praxi nicht zu unabhängig werden darf. Der Euro sei kein »Spielzeug für Zentralbank-Gouverneure«, so Alain Juppé, sondern bleibe ein »politischer Einsatz«, nämlich Sache der Kabinette und Parlamente. Die Politik solle die »Techniker der Notenbank« anweisen und kontrollieren. Das meinte übrigens schon François Mitterrand im September 1992.

Dahinter stehen tiefgreifende, in der Geschichte wurzelnde Erfahrungs- und Auffassungsunterschiede über die Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft, über seine ordnungspolitischen Funktionen und bei der Stabilitätskultur. Jean-Pierre Chevènement hat das auf den Punkt gebracht, als er meinte, daß die Idee einer unabhängigen Zentralbank, die sich allein um die Sicherung der Währungsstabilität kümmert für Deutschland vertraut wirkt, für die Franzosen und Engländer hingegen nicht, ja in Frankreich gar als »historischer Rückschritt« erscheine, wie wohl auch gegenwärtig in England. So etwas läßt sich nun gewiß nicht ausklammern, übergehen oder schlicht unter den Tisch kehren. Wer aber der unabhängigen Europäischen Zentralbank als *pouvoir monétaire* mit einem sogenannten »Stabilitäts- und Wachstumsrat« eine *pouvoir politique* vorsezen will, etwa im Sinne handelspolitischer Prioritätensetzung beim Wechselkurs zum Dollar, der kündigt den Konsens von Maastricht. Wenn wir am Ziel der Währungsunion festhalten wollen, muß das umgehend geklärt werden, in einem ehrlichen Konsens, sonst gibt es später ein überraschend böses Erwachen. Auch

deshalb ist die Klärung der weiteren integrationspolitischen Perspektive durch Maastricht eine vorrangige politische Aufgabe der Regierungen in diesem Jahr. **NG/FH:** Nach Umfragen lehnt eine breite Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik die Europäische Währungsunion ab. Vor einigen Jahren hat auch eine Gruppe von sechzig renommierten deutschen Wirtschaftswissenschaftlern davor gewarnt, unter den geplanten institutionellen Bedingungen eine gemeinsame europäische Währungsunion einzugehen. Eine Währungsunion kann ohne das Vertrauen der Geldbenutzer aber kaum funktionieren. Droht eine Flucht in außer-europäische Hartwährungen und Sachwerte? Wie ließe sich nach Ihrer Auffassung das Vertrauen in den Euro verbessern?

Jochimsen: Viele Bürger sehen in der Währungsunion ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang. Der Politik ist es nicht gelungen, die Furcht vor einer Inflationsgemeinschaft mit Transferunion zu nehmen. Viele argwöhnen, was abwegig ist, bei der Währungsumstellung komme auf die eine oder andere Art doch eine neuerliche Währungsreform auf uns zu. Dazu gesellt sich die simple Logik, daß man wohl kaum ein knappes Dutzend bislang weniger stabile Währungen mit der bewährten DM oder dem Gulden in einen Topf werfen und zugleich erwarten könne, heraus käme etwas Gleichwertiges oder sogar Besseres als das stabilste Geld. Wer solche Bedenken nur auf schlechte Präsentation und Verpackung des Projekts oder schierem Mangel an Information schiebt, der täuscht sich ganz gewaltig. Umfassendere Aufklärung ist zweifellos dringend notwendig. Aber eben nicht nach Marketing-Manier auf Hochglanzpapier. Chancen und Risiken, Vorbedingungen und Auswirkungen der Gemeinschaftswährung müssen offen und ehrlich ausgesprochen und einer klaren, objektiven politischen Bewertung unterzogen werden. Denn dies geht jedermann an, auch wer bisher nicht über die Grenze Handel getrieben hat oder gereist ist, wird betroffen sein. Klaus Hänsch hat darauf hingewiesen, daß die Einführung

einer gemeinsamen Währung eine ganz andere Dimension habe, als alles andere, was in den letzten 40 Jahren in Europa entschieden wird.

Die Bringschuld der Politik erfordert vor allem größere Ehrlichkeit. Auf keinen Fall darf sich der Eindruck noch weiter verfestigen, hier werde ein politisches Projekt auf Biegen und Brechen gegen den Willen der Menschen bergestult und durchgeboxt. Was wir hierzulande angesichts der Reform- und Entscheidungsunfähigkeit der politischen Akteure als wachsende Politik- und Parteienverdrossenheit der Menschen erleben, das könnte schneller als erwartet sein trauriges Pendant in Gestalt von tiefgreifender Ablehnung der europäischen Sache weit über die Währung hinaus erleben.

Wer Absetzbewegungen aus dem Euro und eine Flucht in Hartwahrungen und Sachwerte wirksam ausschließen will, der muß Bürgern und Märkten umgehend und verläßlich die klare Perspektive einer funktionsfähigen neuen Geld- und Währungsordnung bieten. Dazu gehört vor allem, daß die wirtschaftlichen und politischen Fundamente stimmen müssen. Das »Trilemma« aus Temintreue, Einhaltung der Kriterien und dem Wunsch nach großer Teilnehmerzahl als doppeltem Dilemma der Entscheidung darf nicht zu Lasten des Euro aufgelöst werden.

NG/FH: In den meisten EU-Ländern ist die Arbeitslosigkeit zur Zeit das drangendste wirtschaftspolitische Problem. Welche Beschäftigungseffekte sind von der Währungsunion zu erwarten?

Jochimsen: Ein stabiler Euro kann gewiß längerfristig gesehen Vorteile bringen, die weit über die Kostenersparnis beim Wahrungstausch hinausgehen. Vom Wegfall der Wechselkursschwankungen sollen Handel und Investitionen profitieren, mit der Folge höheren Wachstums und neuer, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze. Den »goldenen Ausweg« aus der gegenwärtigen Wachstums- und Beschaftigungsmisere schafft die Währungsunion aber mit Sicherheit nicht. Der Euro wird für sich genommen weder das primär strukturelle Problem der Arbeitslosigkeit lösen können, noch den Anpassungserfordernissen

durch die Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaft irgendetwas von ihrer Härte nehmen. Im Gegenteil: Die mit dem Slogan »Ein Markt, eine Währung« verbundene Verheißung lautet doch ganz eindeutig: Effizienzsteigerung durch noch mehr Wettbewerb. Wird der Schleier unterschiedlicher Währungen zur Seite gezogen, treten Standortunterschiede um so klarer hervor. Die Lohnpolitik und die Entwicklung der realen Produktivitäten werden immer entscheidender, zumal die regionale Strukturpolitik bei Arbeitslosigkeit und Wanderungen im großen Stil von der fiskalpolitischen Seite begrenzt ist. Und auch Transferleistungen sind von unseren Erfahrungen mit der deutschen Vereinigung her strikt begrenzt zu halten; für sie gäbe es keine europäische Solidaritatsbasis.

Auch das Argument vom Wegfall der unkalkulierbaren, wettbewerbsverzerrenden Währungsschwankungen relativiert sich bei näherer Betrachtung. Zwischen den Ländern, die 1999 für eine Teilnahme in Frage kommen, sind die Wechselkurse ja schon seit langem relativ stabil. Umgekehrt werden diejenigen EU-Staaten, deren Währungen bisher das größte Störpotential für den Binnenmarkt aufgewiesen haben, auf absehbare Zeit noch große Schwierigkeiten haben, die Qualifikationsbedingungen zu erfüllen. Ebenso trügerisch ist die Hoffnung, Europas Wirtschaft könne sich mit einem billigen Euro im Verhältnis zu den Konkurrenzwahrungen außerhalb Europas von ihren Problemen freikaufen. Dies ist eine höchst widersprüchliche Vorstellung. Ein niedriger, die heimische Exportwirtschaft begünstigender Auenwert der eigenen Währung bedeutet verteuerte Einfuhren und letztlich importierte und schließlich hausgemachte Inflation. Schwach nach außen und stark nach innen, das läßt sich auch beim Euro auf Dauer nicht miteinander vereinbaren.

NG/GH: Wäre es erfolgsversprechend, die europäische Geldpolitik nicht allein auf Preisniveaustabilität, sondern auch auf Beschaftigungsziele auszurichten?

Jochimsen: Das wäre im doppelten Sinne ein untauglicher, ja riskanter Versuch. Niemand kann zwei Herren gleichzeitig

RTE & ZULIEFERER ###			
5.53	1569.79	1583.97	+ 5
0.50	642.00	649.00	+ 2
8.00	528.00	536.00	+ 2
8.00	398.00	398.00	+
3.00	326.00	331.00	+
3.00	279.00	283.00	+
7.50	491.00	494.00	+
9.00	521.00	529.00	+
7.50	104.00	106.00	+
6.50	86.00	86.50	+
6.00	146.00	146.00	
9.50	189.50	189.50	+
6.00	135.00	135.00	+
7.00	177.00	177.00	+
6.00	295.00	296.00	+

Foto: David Ausserhofer/JOKER

dienen, wenn am Ende nicht beide enttäuscht werden sollen. Das gilt für eine europaweite Geldpolitik ganz besonders. Bereits die Erfahrungen der 70er Jahre haben gelehrt, daß bei der Gewichtung der gesamtwirtschaftlichen Ziele keineswegs eine autonome, möglicherweise sogar multidimensionale Wahlmöglichkeit freier Kombination besteht. Helmut Schmidt hat einmal gesagt, ihm seien 5 % Inflation lieber als 5 % Arbeitslosigkeit. Kurze Zeit später hatte er beides – und mehr. Schon 1977 bekräftigte er selbst zusammen mit den Staats- und Regierungschefs auf dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel: Mit höherer Inflation läßt sich dauerhaft nicht mehr Beschäftigung und mehr Wachstum erkaufen. Preisniveaustabilität ist kein »Tauschobjekt«, sondern mittel- bis längerfristig notwendige Voraussetzung für funktionierende Märkte, effiziente Ressourcenallokation, Wachstum und Beschäftigung, von der sozialen Dimension stabiler Preise ganz zu schweigen. In den USA demonstriert in

den 90er Jahren das folgerichtig stimmig gemachte policy mix die stabilitäts- und beschäftigungspolitischen Erfolge einer solchen Strategie; das demonstrieren in Europa die Niederlande und Dänemark. Die Architekten der Währungsunion haben die Europäische Zentralbank also nicht ohne Grund vorrangig auf die Sorge für stabile Preise verpflichtet. Nur solange die Geldwertstabilität nicht verletzt wird, soll und darf sie die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft unterstützen. Selbst dies wird wegen der asymmetrischen Rollenverteilung in der Währungsunion keine leichte Aufgabe sein. Wenn obendrein auch noch gleichzeitig die Einhaltung etwaiger Beschäftigungsziele eingefordert werden könnte, liefe die EZB vollends Gefahr, zwischen den widerstreitenden Interessen der nationalen Regierungen und Tarifparteien, die ihre ureigensten Hausaufgaben nicht erledigen, zerrieben zu werden.

Hinzu kommt, daß laxe Geldpolitik nicht nur üble Nebenwirkungen in Form steigender Inflationsraten hätte, sondern generell die falsche Medizin wäre. Selbst der nüchterne Blick auf Japan mit seinen sensationell niedrigen Zinsen und sieben massiven Ausgabenprogrammen seit Ende 1992 zeigt, daß weder monetäre Stimulation noch leichtere Wechselkurse oder staatliche Ausgabenexplosion die Konjunktur voraussetzungslos in die Gänge bringen können. Notwendig ist vielmehr eine durchgreifend neue Qualität der Strukturveränderung in vielen verschiedenen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Auch unsere Nachbarstaaten Niederlande, Dänemark und Irland belegen eindrucksvoll, daß kein Weg an der Reform des Staates, an der Innovation in den Unternehmen, an der Flexibilität des Arbeitsmarktes, kurz: an der Erneuerung der sozial- und umweltverantworteten Marktwirtschaft und der durchgreifenden Staatsmodernisierung vorbeiführt. Insgesamt würde, so fürchte ich, ein Beschäftigungskapitel im Maastrichter Vertrag eher unerfüllbare Erwartungen wecken, als die notwendigen Fortschritte in den nationalen Volkswirtschaften erleichtern.

NG/FH: Abschließend eine Frage zu einem anderen Themenbereich. Welche Auswirkungen hat Ihrer Meinung nach die Digitalisierung des Geldes erstens für die Geldpolitik und zweitens für die Zukunft der Banken?

Jochimsen: Die Geschichte des Zahlungsverkehrs stellt sich letztlich als eine Abfolge von einzelwirtschaftlichen Entscheidungen und Gewohnheiten dar. Langfristig setzen sich dabei die Zahlungsmittel durch, deren Verhältnis von Kosten, Ertrag, Stabilität und Sicherheit als optimal angesehen werden. Mit der fortschreitenden Digitalisierung unserer Welt tritt in diesem Zusammenhang das elektronische Geld die Konkurrenz zum Bargeld an. Viele erwarten hier in Zukunft geradezu eine Revolution des Zahlungsverkehrs durch vorausbezahlte Karten und Netzwerkgeld. Das war schon bei der Einführung der Euroscheckkarte vor 25 Jahren so, der Bargeldumlauf in DM ist seither trotzdem um durchschnittlich $7\frac{1}{2}\%$ pro Jahr gestiegen.

Die Vorteile des »e-money« liegen im Einsparen von Transaktionskosten auf Seiten der Verbraucher und der Verkäufer. Dank rationeller Abwicklungen dürfte der Zahlungskomfort erheblich zunehmen. Da stets eine glatte Rechnungsabwicklung möglich ist, entfällt das lästige Problem der Suche nach passender Bezahlung bzw. des Wechselgeldes, eine Bargeldhaltung auf Vorrat erübrigt sich, der Bedarf an Geldtransporten und das Risiko von Überfällen nehmen ab.

Das elektronische Geld wird das »Bare« aber nur dann weiter verdrängen oder gar weitgehend ersetzen können, wenn alle Gefahrenquellen für den Benutzer, ich denke da an Fälschung und andere Formen von Betrug, praktisch ausgeschlossen sind. »e-money« oder »cyber-money« hinterläßt zudem stets Spuren, ist also den anonymen Banknoten und Münzen und der damit gewährten Freiheit und Freizügigkeit insofern grundsätzlich unterlegen. Überdies dürfte sich das digitalisierte Geld erst dann nennenswert durchsetzen, wenn das Nebeneinander der verschiedenen Systeme beseitigt wird. Hier liegen enorme Her-

ausforderungen für die Banken, um den hohen und insbesondere technisch ausgereiften Ansprüchen der Kunden in einem verschärften Wettbewerb gerecht zu werden.

Die vorrangige Aufgabe der Zentralbank ist es, diesen Prozeß ordnungspolitisch zu flankieren und darauf zu achten, daß das Vertrauen in die Währungsordnung und die Zahlungsmittel nicht unterlaufen wird. Dabei kommt es darauf an, die Entwicklung frühzeitig in Übereinstimmung mit sicherheits- und aufsichtsrechtlichen Standards zu kanalisieren, ohne zugleich das Etablieren technisch überlegener, rationellerer Alternativen zu behindern. Da sich derzeit eine durchgreifende Verdrängung der traditionellen Geldformen nicht abzeichnet, besteht ansonsten kein akuter Handlungsbedarf. Aber wir werden die weitere Entwicklung sicherlich aufmerksam zu verfolgen haben.

Foto: Marcus Gloger/JOKER



Die geringe Popularität des Euro

Ökonomische Gründe und wirtschaftspolitische Konsequenzen

Obwohl die Einführung einer europäischen Währung bereits vor gut fünf Jahren vertraglich vereinbart wurde, hat eine breite öffentliche Debatte über dieses Thema in der Bundesrepublik Deutschland erst eingesetzt, nachdem konkrete Schritte zur Währungs- umstellung vorgenommen worden sind – vor allem seitdem die neue Währung den zwar nicht sonderlich originellen, aber in allen europäischen Sprachen verwendbaren Namen Euro erhalten hat.

Bei der Zustimmung zur geplanten Supranationalisierung des Geldes besteht in Deutschland eine auffällige Diskrepanz zwischen Regierenden und Regierten. Eine breite Mehrheit der Bevölkerung (Umfragen zufolge derzeit etwa 66 Prozent) lehnt es ab, die DM gegen den Euro einzutauschen. Andererseits ist die Europäische Währungsunion bekanntermaßen ein Lieblingsprojekt des Bundeskanzlers und erfreut sich mit wenigen Ausnahmen breiter Zustimmung bei den Spitzenpolitikern aller wichtigen Parteien. So versuchen vor allem die Politiker der Regierungsparteien beharrlich, der Bevölkerung die Umstellung auf den Euro schmackhaft zu machen – bislang allerdings ohne Erfolg. Die Banken machen glänzende Geschäfte mit Kapitalanlagestrategien, die die Ersparnisse ihrer Kunden vor den Unwägbarkeiten des Euro schützen sollen, und der Widerstand gegen die Währungs- umstellung wächst.

Eine Ursache für das mangelnde Vertrauen könnte darin bestehen, daß die Befürworter der europäischen Währungsunion es offensichtlich vielfach für hinreichend halten, Skeptiker vornehm formuliert als rückständig oder uninformiert zu bezeichnen. Auf das unbestreitbar niedrigste Niveau hat sich hier der deutsche Außenminister begeben, indem er die DM gegenüber Journalisten als »Dorfwährung« bezeichnet hat – ein

rhetorischer Mißgriff, aus dem leider mehr über den Außenminister zu lernen ist, als über das deutsche Geld.

Die geringe Popularität des Projekts Europäische Währungsunion liegt allerdings nicht nur an mangelnder Überredungskunst der Regierungsmitglieder, noch daran, daß die meisten Bürger europäische Politik vor allem mit Subventionsmißwirtschaft, Bürokratie und randalierenden Landwirten verbinden. Hauptursache des Mißtrauens ist das gute alte Problem der Preisstabilität.

Die DM hat zwar seit 1950 etwa zwei Drittel ihres Wertes verloren, ist also alles andere als stabil, sie übertrifft aber an Wertbeständigkeit alle wichtigen Währungen einschließlich des us-Dollar. Leider sprechen auch bei wohlwollender Analyse gewichtige Gründe dagegen, daß der Euro so stabil sein wird wie die DM oder andere »Hartwährungen« wie etwa der Schweizer Franken. An erster Stelle steht hier die Frage, ob die europäischen Regierungen tatsächlich darauf verzichten wollen, phasenweise der Notenbank die Zügel der Geldpolitik aus der Hand zu nehmen (beispielsweise wegen einer anstehenden Wahl, die sich leichter gewinnen läßt, wenn zum rechten Zeitpunkt ein inflationärer Boom ausgelöst wird).

Die europäische Perspektive

Man muß kein Experte für Geld- und Währungsfragen sein um zu erkennen, daß die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, vor allem Deutschlands und Frankreichs, von einem Konsens über die zukünftige europäische Geldpolitik weiter entfernt sind, als es der Vertrag von Maastricht zu dokumentieren scheint. Das zeigt vor allem die Forderung der französischen Regierung nach einem politischen Kontrollgremium für die zukünftige Europäische Notenbank. Ein prinzipielles Einvernehmen über eine allein an

der Preisniveaustabilität orientierte, weisungsunabhängige Geldpolitik wäre zur Vertrauensbildung jedoch mindestens ebenso wichtig wie die gesetzliche Garantie der Notenbankautonomie.

Für die ökonomische Beurteilung der geplanten europäischen Währungsunion ist allerdings nicht allein die deutsche Perspektive entscheidend, aus der die europäische Währung stets an der DM gemessen wird, sondern die Sicht aller betroffenen Länder. So wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Europäische Währungsunion denjenigen Volkswirtschaften stabiles Geld bringen soll, die in der Vergangenheit unter hohen Inflationsraten gelitten haben und aus eigener Kraft außerstande waren, ihre Währungen dauerhaft zu stabilisieren.

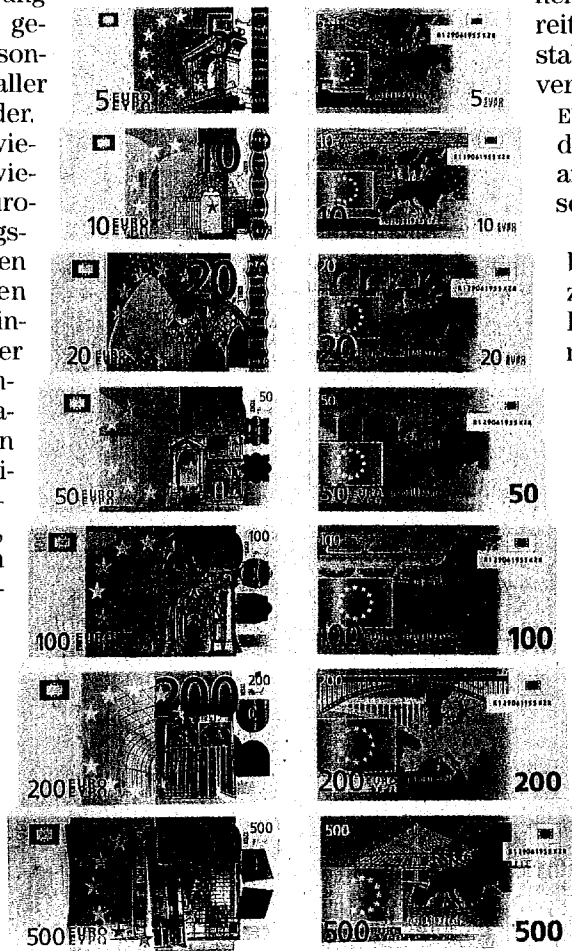
Dem steht allerdings entgegen, daß nach den Konvergenzkriterien nur diejenigen Staaten teilnehmen können, die bereits heute stabile Währungen haben. Die Tatsache, daß die Inflationsraten in diesen Ländern in den letzten Jahren gesunken sind, ist vor allem eine Folge des Währungswettbewerbs in Europa. Die seit den achtziger Jahren erfolgte Integration der nationalen Kapitalmärkte in der EU hat zur Folge, daß die Kosten inflationärer Geldpolitik schneller spürbar sind, als zu Zeiten geringer Kapitalmobilität. Einen zusätzlichen Gewinn an

Stabilität wird der Euro diesen Ländern nicht bescheren. Denjenigen EU-Mitgliedstaaten hingegen, die nicht an der Währungsunion beteiligt werden, wird die Stabilisierung ihrer Währungen und Staatsfinanzen durch die Währungsunion eher erschwert. Insgesamt spricht also wenig dafür, daß der Euro mehr Preisstabilität in der EU ermöglicht, weder in den Teil-

nehmerstaaten, die bereits heute über recht stabile Währungen verfügen, noch in den EU-Ländern, die von der Währungsunion anfänglich ausgeschlossen werden.

Nun wird häufig behauptet, die Konzentration auf das Kriterium der Preisniveaustabilität blende wesentliche wirtschaftliche Vorteile der gemeinsamen Währung aus. So erspart der Euro nicht nur den Währungsumtausch zwischen den Teilnehmerstaaten, es entfallen auch Wechselkursänderungsrisiken. Gerade in der Bundesrepublik Deutschland weisen Befürworter einer Währungsunion immer wieder darauf hin, daß die Wechsel-

kursschwankungen im gegenwärtigen Währungsregime, vor allem aber die Stärke der DM in den letzten Jahren, die deutschen Unternehmen gegenüber internationalen Wettbewerbern benachteiligt haben. Von einer europäischen Währungsunion erwarten viele ein Ende des Arbeitsplätzeabbaus in der deutschen Industrie und damit eine Entlastung des



Spielgeld fürs nächste Jahrhundert? Der Euro. Foto: dpa

heimischen Arbeitsmarktes. Zweifellos wären positive Beschäftigungswirkungen einer gemeinsamen Währung ein starkes Argument für den Euro. Hier ist jedoch Vorsicht geboten.

Beim Lamentieren über Wechselkursänderungen wird leicht übersehen, daß solche Schwankungen keineswegs vorwiegend durch die Geldgier von Spekulanten verursacht werden, sondern mittelfristig Ausdruck realer wirtschaftlicher Veränderungen sind. Wenn Wechselkurse fixiert werden, steigen Änderungsrisiken und Anpassungsdruck bei anderen Preisen. Die Last der Anpassung an makroökonomische Schocks (ein Beispiel für einen solchen Schock wäre der kreditfinanzierte Nachfragesog in Folge der deutschen Einheit) wird dabei vor allem auf die Löhne verlagert. Bei flexiblen Wechselkursen hat eine Volkswirtschaft die Möglichkeit, auf einen Rückgang der Nachfrage nach den heimischen Produkten mit einer Abwertung der eigenen Währung zu reagieren.

Ideen aus der Mottenkiste

Bei fixierten Wechselkursen oder in einer Währungsunion ist das »Wechselkursventil« verschlossen. Prinzipiell könnte die Anpassung dann durch die Abwanderung von Arbeitskräften erfolgen. Nicht nur auf europäischer Ebene, sondern schon innerhalb der Mitgliedstaaten wird es jedoch als politisch unerwünscht angesehen, regionale Wirtschaftskrisen durch Arbeitskräftewanderungen zu lösen, wie es etwa in den USA üblich ist. Damit verbleibt als Anpassungsmechanismus nur noch eine Senkung der Löhne. Sind die Löhne nicht flexibel, dann ergibt sich steigende Arbeitslosigkeit. Daß die Flexibilitätsanforderungen im Bereich der Lohnsetzung zunehmen, stimmt angesichts des derzeitigen Versagens der Tarifparteien in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern, eher bedenklich. Von der Währungsunion eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu erwarten, ist also sehr optimistisch.

Hier und da wird auch die alte Idee der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch

eine europaweite expansive Geldpolitik aus der Mottenkiste geholt, trotz der ausnahmslos schlechten Erfahrungen mit solchen Programmen. Befürworter solcher Strategien hoffen – möglicherweise zurecht –, sich in einer europäischen Währungsunion leichter durchzusetzen als im derzeitigen Europäischen Währungssystem (EWS), in dem die Bundesbank mit ihrer als Stabilitätsdiktat empfundenen Geldpolitik dominiert. Es ist keineswegs zynisch festzustellen, daß die internationalen Finanzmärkte eine solche inflationäre Politik durch massive Kapitalflucht zu Fall bringen würden, bevor sie ihre schädliche Wirkung voll entfalten könnte; dennoch würde erheblicher Schaden angerichtet. Wenn es zutrifft, daß die Einführung des Euro einen Kurswechsel in dieser Richtung erleichtern könnte, dann spräche dies eindeutig gegen und nicht für die Währungsunion.

Die Idee, der Euro bringe den Europäern unabhängig von seiner Stabilität deshalb Vorteile, weil er eine »große« Währung von globaler Bedeutung sein werde, gar eine »Konkurrenz zum Dollar«, ist zwar äußerst populär, aber leider blauäugig. Generell ist es vorwiegend deshalb interessant, über eine weltweit akzeptierte und verwendete Währung zu verfügen, weil die Geldverwendung im Ausland (üblicherweise als Parallelwährung in Ländern mit hohen Inflationsraten) den Gewinn der heimischen Notenbank erhöht. Eine Währung, die diese Funktion ausfüllen will, muß jedoch gerade a) stabil sein und b) die Reputation haben, langfristig verlässlich zu sein.

Eine politische Frage

Der US-Dollar ist nicht in erster Linie deshalb die weltweit wichtigste Währung, weil die USA großes wirtschaftliches Gewicht oder globalen politischen Einfluß haben – andernfalls müßte ja etwa der chinesische Yuan international weit mehr verwendet werden als beispielsweise der Schweizer Franken. Entscheidend ist, daß der US-Dollar wie der Schweizer Franken und im Gegensatz zum Yuan eine lange Geschichte relativer Geldwertstabi-

lität vorzuweisen hat. Reputation aufgrund seiner Vergangenheit kann der Euro als neue Währung naturgemäß nicht haben; wenn die neue Währung international auch nur die Rolle der DM als Reserve- und Parallelwährung spielen soll, muß die (noch) nicht vorhandene Reputation durch zusätzliche Vorkehrungen zur Garantie seiner Stabilität ausgeglichen werden.

Berechtigte Skepsis

Insgesamt ist die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der Währungsunion insofern durchaus vernünftig, als es an handfesten, unmittelbar nachweisbaren ökonomischen Vorteilen fehlt, die es rechtfertigen würden, die unvermeidlichen Risiken eines Währungswechsels in Kauf zu nehmen.

Die besten Gründe für die Einführung des Euro beruhen nicht auf ökonomischen, sondern primär *politischen* Argumenten. Alle EU-Mitglieder (mit Ausnahme Großbritanniens) haben sich vertraglich verpflichtet, an der Währungsunion teilzunehmen, wenn sie die Konvergenzkriterien erfüllen. Einzelne Mitgliedstaaten können die Teilnahme also nicht ohne weiteres verweigern. Zwar können die Konvergenzkriterien bei genauerem Hinsehen weder in Frankreich noch in Deutschland erreicht werden; die Einführung der gemeinsamen Währung hängt aber letztlich von einem politischen Beschluß ab, der sich über die Konvergenzkriterien hinwegsetzen kann.

Daß die gemeinsame Währung trotz mangelnder wirtschaftlicher Konvergenz einzelner Teilnehmerländer eingeführt werden sollte, wird vor allem mit dem folgenden Argument begründet: Eine Verschiebung der Währungsunion (möglicherweise auf den Sankt-Nimmerleinstag) gefährde den Fortbestand der EU. Das setzt freilich voraus, daß die gemeinsame Währung die EU unabhängig von Inflationsraten stabilisiert. Obwohl diese These umstritten ist, muß das Risiko einer europäischen Desintegration ernstgenommen werden. Wenn diese Gefahr tatsächlich besteht, dann kann es

sinnvoll sein, die Währungsunion trotz der genannten Vorbehalte durchzusetzen. Falls die EU bei einem Scheitern der Währungsunion mittelfristig tatsächlich auseinanderfallen würde, mit entsprechenden Folgen für die politische Stabilität in Europa, dann wäre dies auch aus ökonomischer Sicht katastrophal.

Wenn diese Diagnose richtig ist, dann sollte die öffentliche Diskussion und vor allem die Reklame für die europäische Währung allerdings anders geführt werden. Sie müßte die politischen Perspektiven einer zukünftigen EU in den Vordergrund rücken. Soll die gemeinsame Währung den Auftakt zur Schaffung eines europäischen Bundesstaates bilden? Geht es um eine Art Kern-Europa, wie es vor einiger Zeit von den Außenpolitikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgeschlagen und dann schnell wieder vergessen worden ist?

Schwachstellen der Notenbankverfassung

Wie immer diese Fragen zu beantworten sind – es würde zweierlei deutlich: Einerseits geht es in dieser Argumentation nicht darum zu beweisen, eine Währungsunion biete gegenüber dem derzeitigen Arrangement unmittelbar einsichtige und direkte ökonomische Vorteile.

Andererseits würde sich aber auch schnell herausstellen, daß die gemeinsame Währung ihre politische Funktion – die Unterstützung der europäischen Einigung – um so besser erfüllen wird, je größer ihr ökonomischer Erfolg ist – je mehr sie also von den Bürgern akzeptiert wird. Genau dies setzt aber voraus, daß die neue Währung wertbeständig ist. An einer kompromißlosen Stabilitätsorientierung der europäischen Geldpolitik sollte also gerade denjenigen gelegen sein, die politische und weniger ökonomische Gründe für die Währungsunion geltend machen.

Folglich liegt es im Interesse aller Beteiligten, Schwachstellen der geplanten Notenbankverfassung auszuräumen, die das Vertrauen in den Euro untergraben. Die wohl wichtigsten Schwachstellen

sind a) das im Vertrag von Maastricht verankerte Recht des Ministerrats zur Wechselkursfixierung und b) die zu kurzen Amtszeiten der Mitglieder des EZB-Direktoriums (maximal acht Jahre), die ihre Unabhängigkeit vor allem von den nationalen Regierungen ihrer Heimatländer in Frage stellen. Prinzipiell wären diese Schwachstellen durch eine Änderung der Notenbankverfassung leicht zu beseitigen. Eine solche Korrektur setzt freilich die Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten voraus.

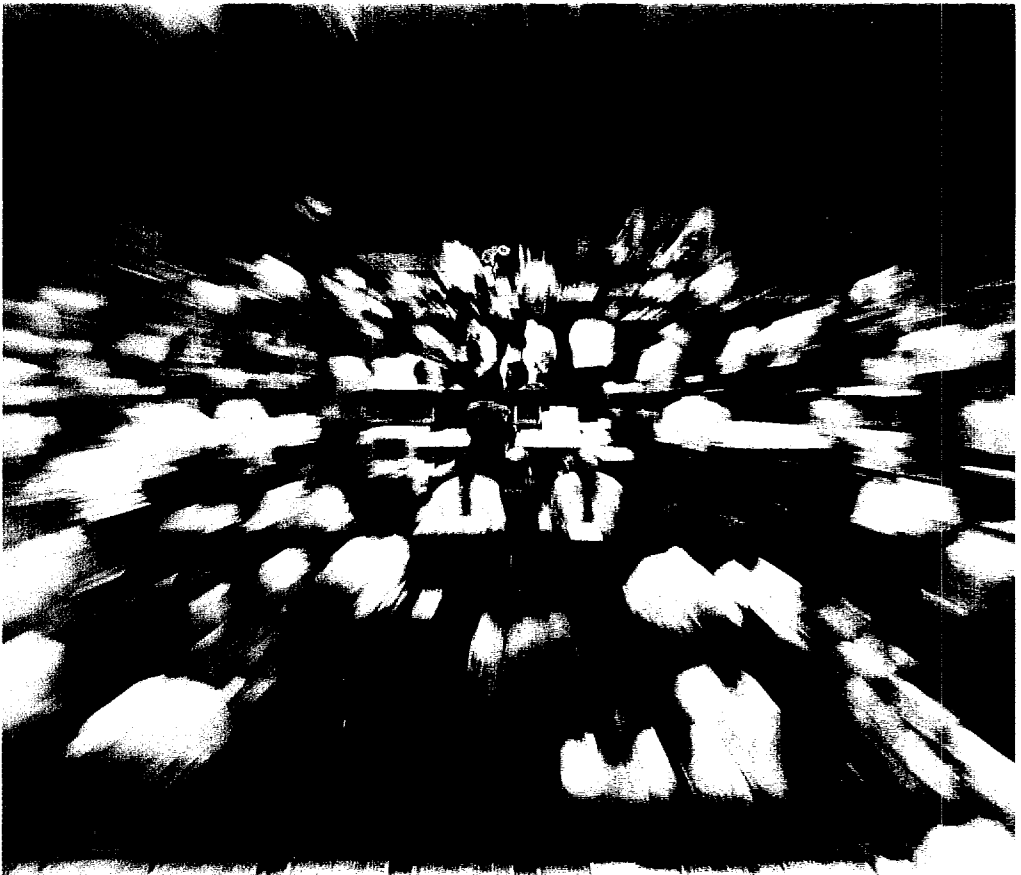
Zusätzlich könnte die folgende Regel implementiert werden: Alle Mitglieder des EZB-Rates müssen bei mehrjähriger Überschreitung einer Höchstgrenze für die Inflationsrate (z.B. zwei Prozent) unter Verlust ihrer Pensionsansprüche zurücktreten. Diese Regel ist 1989 im

Zuge der allgemeinen wirtschaftspolitischen Reformen in Neuseeland eingeführt worden, das seitdem (wenn auch nicht allein wegen der Notenbankverfassung) eine Art Wirtschaftswunder in Form niedriger Inflationsraten, stark zurückgehender Arbeitslosigkeit und hoher Wachstumsraten erlebt.

Daß die Bundesregierung derzeit keinesfalls Verhandlungen über Nachbesserungen bei der europäischen Notenbankverfassung aufnehmen möchte, liegt vor allem daran, daß sie von solchen Verhandlungen eher eine Aufweichung der Stabilitätsorientierung erwartet. Die unter den gegenwärtigen Bedingungen zu erwartende Kapitalflucht in us-Dollar, Schweizer Franken und Sachwerte könnte aber die Durchsetzung zusätzlicher Stabilitätsvorkehrungen begünstigen.

Geschwindigkeit ist alles: Frankfurter Börse.

Foto: Sascha Müller-Jänsch/JOKER



Elektronische Metamorphosen

Überlegungen zum digitalen Geld

»In diesem Lokal denke ich manchmal daran, daß ich niemanden kenne, der keine Schulden hat, genaugenommen, und ich frage mich, wo das ganze Geld ist. Hier trifft man schon mal eine Ökonomin. Ich erzählte ihr das, und sie gab mir recht, »genaugenommen gibt es gar kein Geld mehr«, sagte sie, und sie war nicht betrunken.«

Bodo Morshäuser, Berliner Simulation

Das Schnöde und Bare

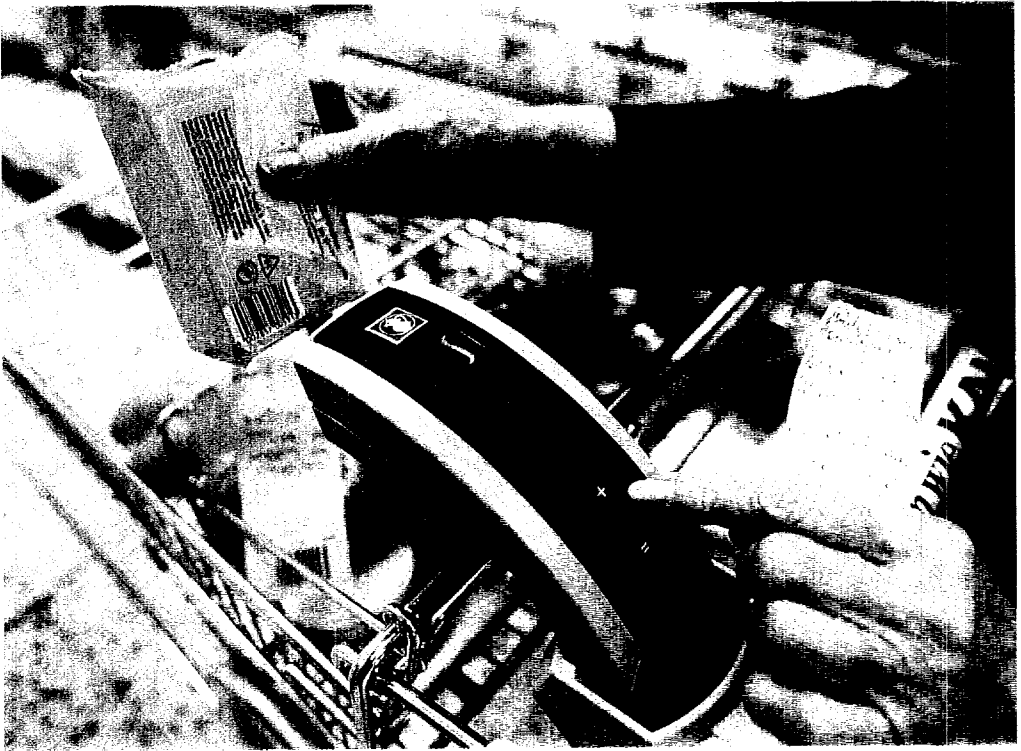
Auf die Faustische Frage, was die Welt im Innersten zusammenhält, wußte das Musical *Cabaret* eine treffende Antwort: Geld macht die Welt sich drehen. Geld kann man nicht umgehen. Man kann sich den neuen Medientechniken verweigern und in die Moral flüchten, Hartgesottene mögen auf den alten Fernseher verzichten und sich in die Bücher flüchten, doch ohne Geld kann man nicht existieren. Geld kann man nicht negieren, weil es ein die Welt symbolisch kodierendes und überziehendes Raster ist wie die Sprache. Geld ist die Welt noch einmal, simuliert sozusagen. Das Medium Geld ist, das ist Jochen Hörischs überzeugende These, das abendländische Leitmedium schlechthin.

Dem Geld ist eine paradoxe Eigenschaftsvielfalt zugeschrieben worden. Es macht mächtig und erotisch. Geld ist vergöttlicht und verteufelt worden wie kein anderes Medium. Verteufelt wurde das Geld, weil es amoralisch erscheint: Den Idealisten ist Materielles immer suspekt. Geld, so dachten und denken die Theoretiker der Verteufelung, generiert die Sünden und schlechten Charaktereigenschaften. Es blende den Verstand, meinte Dante, lösche das Gewissen aus, trübe das Gedächtnis, kenne keinen Freund noch Verwandten, fürchte weder Gott noch den Menschen. Der schnöde Mammon mache habgierig und geizig. Der Kapitalist, das ist der amoralische Rationalist, kühl kalkulierend in metallener Herzens-

kälte. Und in der Fortführung dieses Topos sehen noch heute die Altlinken und neuen Altlinken die neue Teufelsvision eines globalisierten Kapitalismus am Horizont aufziehen.

Doch auf der anderen Seite hat das Geld unblutige Formen des Tauschens, Wirtschaftens und Kalkulierens ermöglicht. Weil Geld die Welt vernetzt und Individuen in einen Kontrakt versetzt, hat es sie zivilisiert. Den Materialisten ist eine monetäre Abhängigkeit zum Zweck der Friedenssicherung allemal lieber als schwammig idealistische Begriffe wie Moral. Wenn Gesellschaft auf Wechselwirkung beruht, dann ist, wie Georg Simmel meint, das Geld nicht nur das Mittel dieser Vergesellschaftung, sondern zugleich deren Symbol, insofern es Substanz und Zeichen zugleich ist. Als Träger unpersönlich distanzierter Beziehungen ist für Simmel das Geld Garant individueller Freiheit. Und ohne Zweifel ist das Geld die Fortsetzung Gottes mit anderen Mitteln. Aus der Hostie wurde die Münze, aus der Erbsünde die Schulden und aus der Buße die Zahlungsaufforderung. »Gelt ist auff erden der irdisch got'«, befand bereits Hans Sachs. Und in der Fortführung dieses Topos sehen auch heute die Rechten im schrankenlosen Kapitalismus die Erlösungshoffnung von allem Übel.

Daß dem Geld diese erstaunliche Eigenschaftsfülle attribuiert worden ist, liegt aber just daran, daß es *gar keine Eigenschaften* hat. Geld ist von einer geradezu skandalösen semantischen Armut: Es bedeutet gar nichts, es funktioniert. Um die Indifferenz des Geldes zu beschreiben, greift Michel Serres auf den Begriff des *Jokers* zurück. Das Geld ist leer wie ein Joker. Man kann es in jeder Situation ausspielen, weil es alle Werte annehmen kann: »Das Geld ist der jokerhafteste aller Joker, den Joker, den man das allgemeine Äquivalent nennt ... mit ei-



Der gute alte Einkaufszettel und die neue Technik des »Self Scanning«. Bei einem Pilotprojekt von Tengelmann liest der Kunde die Waren selbst ein. Foto: Mark Bugnaski/JOKER

ner unscharfen Fülle von Werten und Zugehörigkeiten. Intuitiv müssen so die zwei Seiten des Geldstückes geschaffen worden sein ... und sie müssen von Anfang an als Agenten des Zufalls gedient haben« (Serres).

Wenn auch das Geld indifferent ist, so hat es doch von jeher Weltbilder kartographiert. Geld hat in seinen historischen Metamorphosen die Ordnung der Dinge, das einer Epoche Wiß- und Sagbare immer zentral mitgeschrieben. Weltbilder hängen (auch) damit zusammen, welche Vorstellungen vom Geld man sich macht. Und die Kinder des Medienzeitbildes sind die Dinkies (*Double income no kids*) und Dunkies (*Digital junkies*). Die Neuzeit hat ihr Weltbild durch ein Leitmedium bestimmt, daß nur dann Sinn macht, wenn es *knapp* ist (s. J. Hörisch in diesem Heft). Und weil es der Moderne an Geld mangelt, mangelt es ihr immer an allem: Es mangelt an Liebe und Glück, an Erfüllung und Ganzheit, an Sein und Zeit, nur am

Mangel mangelt es nie. Ästhetische Feiern der Daseinsfülle haben kaum eine Chance. Die moderne Traurigkeit ist Resultat der Geldtheorie.

Momentan steht das Geld ohne Zweifel im Begriff, sich erneut zu transformieren – ins Unsichtbare. Der bedruckte Papierschein, auch ein Erzeugnis der Gutenberg-Galaxis, ist trotz des Euro im Verschwinden begriffen. Bereits Anfang der 90er Jahre entfielen nur noch knapp 5 Prozent des Geldverkehrs auf Bargeldtransaktionen. Kreditkarten, *Direct Banking* und Geld, das nur noch auf Monitoren erscheint, gewinnen an Relevanz. Die entscheidende Frage ist, was diese Transformation für Auswirkungen auf den Begriff des Geldes hat: Stellt die Codierung des Geldes durch digitale Bits lediglich eine neue historische Form der Repräsentation des Geldes dar, oder sind nicht vielmehr die Bits selbst Geld, verschmelzen also Geld und Neue Medien unter digitalen Bedingungen?

Die digitale Metamorphose des Geldes

Elektronische Medien dringen in sämtliche gesellschaftlichen Subsysteme ein. Sie transformieren soziale Formationen und politische Öffentlichkeitskonzepte. Der Trend zum Apartment-Individualisten, der via Netz die Welt sich ins Zimmer holt, ist ebenso unübersehbar, wie die Politainisierung der Demokratie. Erst recht konfrontieren Neue Medien auf einer möglicherweise nicht nur ökonomischen Ebene mit einer neuen digitalen Form des Geldes. Die Streitigkeiten um das Design des Euro muten antiquiert an, bedenkt man, daß mit dem digitalen Geld längst eine internationale und modernere »Währung« kursiert.

Nähern wir uns dem digitalen Geld auf ganz praktische Weise, indem wir einen per Kreditkarte getätigten Kauf betrachten. Eine Kredit- oder Scheckkarte ist maschinenlesbar, die Informationen werden digitalisiert und zum entsprechenden Datenschnittpunkt weitergeleitet. Möglicherweise sind Kreditkarten nur der Anfang eines digitalen Zahlungszeitalters, seit Anfang des Jahres kursieren chipbestückte EC-Karten zum Aufladen, andere Zahlungsformen, welche die materielle Komponente des Geldes weiter reduzieren, wie z. B. akustische oder optische Kennung des Kunden durch eine intelligenteren Maschine, sind denkbar.

Erinnert man sich an einen beliebigen, ganz praktischen Einkauf per Kreditkarte, so fallen bereits mehrere Differenzen zum Bargeldkauf ins Auge. Zum ersten suggeriert die Kreditkarte die ständige Verfügbarkeit über Waren. Keine Überprüfung, ob man Bargeld bei sich trägt, ist notwendig, keine Suche nach einer Bank oder einem EC-Automaten. Die Kreditkarte bedeutet die ständige Möglichkeit des Kaufs. Ihre Erotik, wenn man so sagen darf, besteht in eben dieser Verführung, der Suggestion der ständigen Verfügbarkeit. Denn auf der anderen Seite schwindet bei der kleinen Plastikkarte die sinnlich-konkrete Komponente des Geldes. Kein verlockendes Rascheln der Scheine beim Abzählen ist zu hören, kein Wechselgeld schmiegt sich in Form kühler

Münzen in die Handfläche. Der größte Erotiker des Geldes, Dagobert Duck, wird im postmodernen Zeitalter sich kein Talerbad mehr gönnen können, sondern nur Ziffern auf dem Bildschirm betrachten.

Zwei weitere Beobachtungen drängen sich sofort auf, den Unterschied zwischen Papiergeld und Kreditkarte betreffend. Ein Schein ist nicht wandelbar: ein 100-Mark-Schein bleibt ein 100-Mark-Schein. Sein Tauschwert entspricht z. B. einer Jeans oder einem Dreigängemenü samt Wein. Die Kreditkarte hat anders als der Schein keinen festen Wert. Deswegen ist sie nicht tauschbar. Ihr Wert wird ihr bei jedem Kauf neu verliehen, oder besser: Sie kann jeden Wert annehmen. Zweitens ist der Schein vom Emittenten unterzeichnet. Die Herkunft verbürgt seine Authentizität. Die Kreditkarte hingegen wird vom Inhaber unterzeichnet. Beim Kaufakt per Kreditkarte besteht die Kreditwürdigkeit nicht mehr in der Echtheit des Scheines, sondern in der Person des Käufers bzw. der über ihn eingeholten Information.

Der gemeinsame Nenner der Beobachtungen lautet: Eine Kreditkarte ist ein vollständig leeres Zeichen. Sie ist ein *universeller Joker*, der alle Werte simulieren kann. Der Grund dieser Entwicklung liegt darin, daß die Digitalisierung das Geld einem universellen *Binärcode* unterwirft. Der Binärcode macht alle Zeichen und Bedeutungen austauschbar. Die Bits bedeuten nichts, aber sie können alle Bedeutungen annehmen. Sie sind der ultimative Joker. Der Binärcode ist, nach einem schönen Wort von Bernhard Vief, ein »Umschlagplatz der Zeichen«. Wenn Geld seine Wandlungsfähigkeit bislang als Zeichensprache innerhalb der Ökonomie entfalten konnte, so wird es nun innerhalb eines umfassenderen Zeichensystems in Information umgewandelt. »Bei den Bits handelt es sich um Elementar- und Universalzeichen, mit deren Hilfe beliebige andere Zeichen und Zeichensysteme abgebildet, übersetzt, kombiniert werden können: Töne, Bilder Schrift, logische Operationen, Roboterbewegungen und -Warenwerte« (Vief). Der Binärcode

erfüllt alle sogenannten Geldfunktionen. Das Medium Geld diente unter anderem der Speicherung, Transformation, Verteilung und Vermehrung von Tauschwerten. Der Binärcode der Neuen Medien erfüllt alle genannten Funktionen des Mediums Geld. Nur kann er diese Funktion aufgrund seiner Zeichenuniversalität in jedem Zeichensystem leisten. Der Binärcode ist dem Geld als Tauschmittel überlegen. Nicht nur innerhalb der Ökonomie, sondern innerhalb jeglichen Zeichensystems. Neue Medien übernehmen die Herrschaft übers Geld. Der Binärcode codiert nicht nur das Geld. Er ist das Geld. Unter digitalen Bedingungen implodiert die Unterscheidung von Information (Binärcode) und Geld. Geld geht in Information auf.

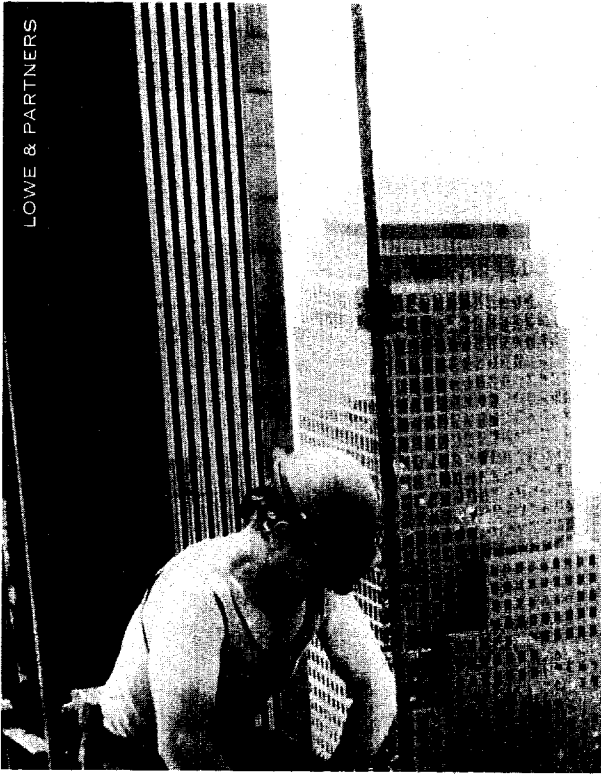
Weil die Bits eine universelle Zeichensprache sind, ist digitales Geld *international*. Das universale Zeichensystem der Bits macht Regionalwährungen überflüssig. Die Kreditkartenhersteller haben dies natürlich bereits begriffen und setzen in ihrer Emblemik auf Grenzüberschreitung: *Visa* und *Euro* trassieren schnell wie ein *Express* die Nationalismen.

Daß Geld und Informationen verschmelzen, hat einen weiteren Effekt, der die materielle Seite des Geldes betrifft, oder moderner formuliert: ihren Hardware-Charakter. Dieser wird zunehmend schwinden. Die Kreditkarte beläßt noch einen Rest an Materialität. Doch wie angedeutet, sind immaterielle Formen wie akustische Kennung denkbar. Was in logischer Konsequenz vom Geld übrigbleiben muß, sind *Aufzeichnungssysteme*, die den Transport der Informationen festhalten.

Die entscheidende Veränderung, die digitales Geld mit sich bringt, betrifft jedoch den Wertbegriff. In seinen historischen Metamorphosen war Geld stets durch eine Analogie an einen Wert gebunden, sei es das Metallgewicht der Münze, die Seltenheit der Ware oder die in die Produktion investierte Arbeit. Wie Vief gezeigt hat, bedeutet die digitale »Maschinensprache« die Ablösung dieses Analogieprinzips, auf das ja selbst das Gold der

Goldcard noch referiert. Durch die Digitalisierung gibt es keine strukturelle Analogie oder Ähnlichkeit zwischen dem Objekt und der maschinellen Form, in der dieses Objekt abgebildet wird. Anders als ein Schein ist der Magnetstreifen einer Karte unlesbar. Der Binärcode ist eben nicht analogisch, sondern digital. Als reine Differenz bedeutet er die Abwesenheit jeglichen Wertmaßstabs. Die binäre Kodierung des Geldes löst so die Bindung an einen Wertmaßstab. Das digitale Geld ist kein Wertäquivalent und ist dennoch Geld. Es ist reine Information, ohne jeden Inhalt, der sein Verwandlungsvermögen, seine Fähigkeit zur unendlichen Metamorphose einschränken könnte. »Solange im Maßstab der Werte noch eine Analogie haust ... beruht das Geld auf einem individuellen Zahlbegriff. Beim Übergang des Geldes vom Individualzeichen zum Universalzeichen, vom Wertmaßstab zum Binärcode, muß diese Analogie fallen. Geld ist dann kein »allgemeines Äquivalent« mehr, sondern beruht auf reiner Differenz. Erst wenn der »Wert« keine strukturelle Ähnlichkeit mehr mit dem abgebildeten Gegenstand hat, ist ein abstrakter Zahlbegriff entwickelt, der jeden Inhalt fassen kann, sich diesem gegenüber aber völlig gleichgültig verhält und ihn erst dadurch austauschbar macht. Die ökonomische Kategorie des Wertes muß dazu jeden körperlichen Bezug verlieren, ja selbst ihren ökonomischen Charakter, und auf den reinen Informationswert reduziert werden« (Vief).

Die Loslösung digitalen Geldes von der alten Bindung an Wert und Substanz muß nicht das Ende des Geldes bedeuten. Sie benennt nur einen Gestaltwechsel, in dem Geld zur Information, und so zum unendlichen Gestaltwechsel fähig wird, über den Bereich der Ökonomie hinaus. Eher noch, als vom Verschwinden des Geldes zu reden, könnte man umgekehrt formulieren, daß unter digitalen Bedingungen *Geld endlich »zu sich selbst«* kommt, insofern es auf seiner historisch höchsten Abstraktionsstufe von dem Schein befreit ist, substantiell zu sein. Und niemand muß befürchten, daß Geld ohne Wertbindung wertlos sei. Geld



Schluß mit einsamen Entscheidungen. Gemeinsam geht es nach oben. Das ist unsere Idee einer neuen Art des Business-Banking. Mit kreativen Spezialisten, die mit Ihnen Hand in Hand arbeiten. Problemorientiert und zielgerichtet. Ob ganzheitliche Immobilien-

Gemeinsam nach oben: Die neue Art des Business-Banking.



wicklungen oder steueroptimierte Geldanlagen, zum Beispiel in Immobilienfonds. Wir wollen, daß Ihre Erfolgskurve nach oben zeigt.

Helaba

Näher am Business.

Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale Frankfurt/Erfurt

 Finanzgruppe

kommt von Geltung. Und das heißt, es muß sich lediglich Geltung verschaffen. Und der digitale *Schein* ist ein Phänomen, das funktioniert.

Wer immer noch nicht glaubt, daß die Bits Geld sind, dem sei folgendes Szenario vorgeschlagen. Nach der handgreiflichen Lohntüte und der Überweisungsgutschrift wäre es eine gute Idee, wenn für Dienstleistungen auf ein Computerkonto eine gewisse Anzahl Bits, Zeichengeld gewissermaßen, transferiert würde. Dieses Guthaben an Information könnte man dann aufbrauchen, im Tausch gegen Lebensmittel und Waren, Information, Kommunikation etc. Die Bits – ein einziger *Wechsel* fürs ganze Netz.

Kontrolle Arbeit Rauschen

Die Neuen Medien starten einen Großangriff auf die Ordnungen von Zeit und Raum, der etablierte Strukturen zerstört. Dem jeweiligen Geldbegriff einer Epoche entsprach immer auch ein Markt-begriff, der nach fixierten Koordinaten von Raum und Zeit aufzufinden war: der Wochenmarkt, die Börse, die Wallstreet oder auch nur die samstäglichen Kleinanzeigen in der Lokalpresse. Unter digitalen Bedingungen findet der Markt nicht mehr in Zeit und Raum, sondern im Medium statt. *Der Markt, das ist der Bildschirm.* Zeit und Raum, damit aber möglicherweise auch der Körper werden unwichtiger. Es ist egal, wann man sich wo befindet, da man via Datenautobahn immer überall sich einloggen kann.

Ein entscheidendes Problem des digitalen Geldes ist das der Kontrolle, und zwar in doppelter Hinsicht. Computer-Spezialisten wie David Chaum vom Amsterdamer CWI weisen darauf hin, daß es Kundigen ein Leichtes ist, über die entsprechenden Datenschnittmengen ein digitales Dossier einer beliebigen Person zu erstellen, das seine kompletten medizinischen, ökonomischen und privaten Daten versammelt.

Doch nicht nur für den Menschen, auch für das Netz stellt sich die Frage der Kontrolle, gerade was digitales Geld angeht. Sie stellt sich allerdings als Frage

nach der Möglichkeit von Kontroll- und Regulationsmechanismen. Die zentralen Probleme, die digitales Geld mit sich bringen wird, betreffen diesen Aspekt der Kontrollmöglichkeiten. Denkbar sind beispielsweise Steuervermeidung durch Schwarzgeldströme, Geldwäsche, bei der fiktive Aktivitäten im Netz simuliert werden, illegale Zahlungen, die Finanzierung krimineller Aktivitäten. Es stellt sich die Frage des Konsumentenschutzes ebenso wie die des Gerichtsstandortes.

Als erstes Kreditinstitut hat die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel eine Studie zum Thema Elektronisches Geld vorgelegt. Die BIZ sieht die Probleme vor allem in der Mannigfaltigkeit der Anbietersysteme und in den angesprochenen regulativen Fragen. Die Studie befürchtet, daß die Verbreitung elektronischen Geldes einen Einfluß auf die Geldnachfrage, damit auf die Geldpolitik haben könne. Bei hohem Verbreitungsgrad von digitalem Geld könne die Geldnachfrage bei den Zentralbanken sinken, die Notenbanken bekämen damit Schwierigkeiten, die Zinsen am Geldmarkt zu beeinflussen. Der geldpolitische Spielrahmen der Notenbanken würde so unweigerlich sinken. Doch auch die BIZ-Studie schließt resigniert, daß viele regulatorische Fragen noch ungelöst blieben.

»Was ist Arbeit?«, fragte Michel Serres einmal, und antwortete: Ohne Zweifel ist sie der Kampf gegen das Rauschen, denn »wenn wir den Dingen ihren Lauf lassen, häuft sich der Mist in den Ställen, frißt der Fuchs die Hühner, kommt die Rebblaus übers Meer, um die Blätter der Rebstöcke auszutrocknen.« Arbeit kämpft gegen das Chaos an. Wer einen Stall ausmistet, der stiftet Ordnung. Wer arbeitet, organisiert, konzipiert, kämpft einen Kampf gegen Chaos und Rauschen.

Tiefgreifendster Effekt der *industriellen* Revolution war die Arbeitsteilung. Sie brachte den Spezialisten hervor und das, was man einmal als Entfremdung empfand. Der Arbeit (und der Geschichte, der sie Raum gab) wohnte immer ein eschatologischer Zug inne. Wer arbeitet, der investiert Energie, um ein Produkt fertigzustellen.

Im Zuge der *digitalen* Revolution wirtschaften Produktion und Energie zunehmend zugunsten von Information und Kommunikation. Arbeit ist im Begriff, ebenso zu verschwinden wie ihre Grundlage, die Materialität. Auch dies ist ein Grund, warum die Arbeit als Bezugsgröße digitalen Geldes hinfällt. Was Arbeit war, wandelt sich in Dienst- oder Informationsleistung.

An die Stelle des zielgerichteten Fleißes ist mit der digitalen Revolution die unendliche Kommunikation getreten. Grundlage aller Kommunikation ist aber, wie jeder weiß, der weiße Lärm des Hintergrundsrauschens. Medien kommunizieren fast ausschließlich über Medien, das Rauschen, das die Arbeit doch vertreiben wollte, steigt an. Die Medien sind das Rauschen. Das ist weder gut noch schlecht. Es ist. Mit Medien kann man viel Geld verdienen. In Bodo Morshäusers hellsichtigem Roman *Berliner Simulation* hieß es bereits Anfang der 80er Jahre: »Wer in dieser Stadt überhaupt arbeitet, fragst du. Gute Frage. Ich weiß es nicht. Ich glaube, wir sind alle beim Film«.

MICHAEL KÖHLER

Von Walhall zur Wallstreet

Bemerkungen zur Raffgier

Heinrich Heine, dessen Vaterstadt Düsseldorf gerade festlich seinen 200. Geburtstag zu feiern beginnt, hat als Schüler im Religionsunterricht auf die Frage des Abbees d'Aulnoy, was »der Glaube« auf französisch heiße, nach kurzem Zögern mit den Worten geantwortet: »le credit«.

Geld und Glaube vermittelte Heine Zeit seines Lebens ironisch-kritisch miteinander. Raffern gegenüber war er vom *Wintermärchen* bis *Zur Teleologie* unnachgiebig eingestellt. Eine Strophe aus dem umfangreichen Gedicht *Teleologie*, das

von den menschlichen Sinnen und dem Sinn handelt, lautet:

*Gott versah uns mit zwei Händen,
Daß wir doppelt Gutes spenden;
Nicht um doppelt zuzugreifen
Und die Beute aufzuhäufen
In den großen Eisentrühn,
Wie gewisse Leute tun –
(Ihren Namen auszusprechen
Dürfen wir uns nicht erfreuen –
Hängen würden wir sie gern
Doch sie sind so große Herrn,
Philanthropen, Ehrenmänner,
Manche sind auch unsre Gönner,
Und man macht aus deutschen Eichen
Keine Galgen für die Reichen.)*

Romantische Kritik an der Raffgier

Die Romantiker, im Wissen um den Verlust verbindlicher Außenfundierungen, entwickelten Aufmerksamkeit für innerweltlich raffbare Werte: Zeit und Geld, Unbewußtes und Träume, Wünsche und Werte. Nicht umsonst handelt ein frühromantischer Themenkreis von den durch Geld erstarrten »kalten Herzen«.

Die Marxsche Einsicht, daß Geld Zeit abgibt, hatten Heine, Tieck, Arnim und Genossen auch. Der geniale Spätromantiker Richard Wagner trieb die Raffgier auf die Spitze. Das gedehnteste Stück Musik der Opernliteratur, handelt vom Untergang *der* oder *einer* Welt durch Raffgier.

Am Vorabend zum *Ring des Nibelungen* wird aus dem im Schoß der Natur ruhenden Gold durch Arbeit und Produktion der Macht verleihende Ring. Bekanntermaßen kann man nach einem Wort von Shaw Walhall ja als Vorstufe von Wallstreet lesen. Durch Spekulation auf unveredelte Rohstoffe wird aus ungeformter Natur mehrwertfähige Handelsware. Zu Marx, der Wagner trotz dessen frühsozialistischen Neigungen haßte, ist es dann nur ein kleiner Schritt. Im übrigen ist der gleichzeitige Zweifel am Souveränitätsanspruch des Subjekts bei Wagner, Marx und Freud auffällig. Die Entfremdung begründet ersterer mythisch, zweiter produktionstechnisch und letzterer wunschökonomisch.

Den Primat der Produktion finden wir übereinstimmend bei Ricardo und bei



Die roten, blauen, grünen Jetons der Gefühle setzen... Foto: dpa

Marx. In diesem Punkt ist Marx »natur-
philosophischer als meist angenommen.
In der *Kritik am Gothaer Programm* legt
er Wert darauf festzustellen, daß die Ar-
beit nicht die Quelle allen Reichtums ist,
sondern »die Natur ebensowohl die Quel-
le der Gebrauchswerte als die Arbeit, die
selbst nur die Äußerung einer Naturkraft
ist.« Kurzum: In das ungeteilte Sein am
Boden des Rheins bricht der Schrecken
der Differenz.

So gründet der germanische Raffer Wo-
tan die »prachtvoll prangende Burg« auf
tödlichen Hypotheken. Das Zeichen
äußerer Macht, die Götterburg Walhall,
läßt den machtlosen, krisengeschüttelten
Gott, der sich immer noch auf Verträge
gestützt glaubt, machtvoll erscheinen.
Doch er hat Schulden: tote Riesen, die
Tochter Freia als Pfand, eine entfesselte
Unterwelt und entwendetes Rheingold.
Vollends paralytisiert ist Alberich, »dessen
Augen, mächtig vom Glanze angezogen,
starr an dem Golde haften«, als er von
Wellgunde erfährt: »Der Welt Erbe ge-
wänne zu eigen, wer aus dem Rheingold
schüfe den Ring, der maßlose Macht ihm
verlieh'.«

Richard Wagner verdankt dem konver-
tierten Juden Heine nachweislich die pa-
rodierte Sage vom Volksgedicht des Flie-
genden Holländer. In ihr wird Erlösung
durch den Tausch von Weib und Geld er-
möglicht. Der raffgierige Schiffer Daland
verkauft seine Tochter Senta, die dem

Holländer in mystischer Ver-
zückung träumend folgt, ihn
letztlich in den Tod begleitet
und ihn, den ewig Reisenden,
dadurch erst erlöst. Wer rafft,
das zeigen wenige romantische
Beispiele schon, will symbol-
isch tauschen, was im Realen
nicht zu haben ist.

Maßlose Forderungen stellte
Wagner in der Tat selber. Stets
wegen seiner »verwöhnten Le-
bensart« in Schulden, schuf er
das finale Entschuldungswerk
der Opernweltliteratur, den
Ring. Raffgier gekoppelt mit
produktivem Wahnsinn gebiert
im günstigsten Fall Gesamt-

kunstwerke solcher Art. Raffgier entsteht
aus säkularer Erlösungsverweigerung.
Bei dem erblindeten Jugendfreund Theo-
dor Apel bedankt sich Wagner für Kredit
am Weihnachtstag 1834 mit der Anrede
»Mein Goldjunge«. Sein Größenwahn
geht so weit, daß ihm der Großherzog von
Baden nicht reich genug ist und ein Kom-
ponist mit dem sprechenden Namen Joa-
chim Raff, ein Assistent von Liszt, unaus-
haltbar auf ihn wirkt: »Die Kluft zwischen
mir und der sogenannten Kunstwelt wird
immer weiter. Freund, ich kann mit nie-
mandem mehr sprechen!« (an Peter Cor-
nelius 4.3.1862).

Schopenhauer, den Wagner ja erst nach
Fertigstellung des Rings las, hat in seinen
Aphorismen zu Lebensweisheit zwi-
schen dem unterschieden »was einer ist«,
»was einer hat« und »was einer vorstellt«.
Im Dritten Kapitel heißt es dort: »Daß die
Wünsche der Menschen hauptsächlich
auf Geld gerichtet sind und sie dieses
über alles lieben, wird ihnen oft zum Vor-
wurf gemacht. Jedoch ist es natürlich,
wohl gar unvermeidlich, das zu lieben,
was, als ein unermüdlicher Proteus, jeden
Augenblick bereit ist, sich in den jedes-
maligen Gegenstand unserer so wandel-
baren Wünsche und mannigfaltigen Be-
dürfnisse zu verwandeln. Jedes andere
Gut nämlich kann nur *einem* Wunsch, *ei-
nem* Bedürfnis genügen: Speisen sind
bloß gut für den Hungrigen, Wein für den
Gesunden, Arznei für den Kranken, ein

Pelz für den Winter, Weiber für die Jugend usw. Sie sind folglich alle nur »agata pros ti«, d. h. nur relativ gut. Geld allein ist das absolut Gute: weil es nicht bloß *einem* Bedürfnis in concreto begegnet, sondern *dem* Bedürfnis überhaupt, in abstracto. —«

Wegnehmen und Verdichten

Von Alberich, dem Nibelungen, über Franz Steinkühler bis zur Lopez-Bande, die eine Vereinigung von »Kriegern« ist, geht die Raffgier eine Allianz aus Liebesverlust und Korruption, aus Machthunger, Steinherz und Geldseele ein. Weder durch Walküren noch durch BKA scheint der Raffgier Einhalt zu gebieten zu sein.

Suchen wir Amtshilfe in der Sprache. Die negativen Ansichten der Raffgier scheinen zu überwiegen. Die unkeusche Augenlust der *concupiscentia oculorum* zählt gleichermaßen zur alten und neuen Raffgier (cupiditas). Wer raffsüchtig ist, sucht an sich zu reißen, was zerstreut umherliegt. Wer rafft, wird getrieben vom Wahn, einholbar zu machen, was ihm entlaufen ist und weiterhin unaufhörlich entläuft, nämlich Ganzheit. Wir sind nicht, werden nicht, sondern waren schon. Stets sind mehr Zeichen als Sprache. Sie vagabundieren als Symptome und bilden eine Struktur, in der das Subjekt nistet. Die Raffgier ist quasi der semiotische Betriebsausflug der Symptome, die Schifffahrt der Zeichen. Insofern hat romantische und moderne Raffgier mehr mit Mystik und Macht zu tun als mit dem (verwerflichen) Wunsch nach Reichtum. Wer rafft, entwendet nicht nur, ergreift heftig und begehrlieh, sondern müht sich, das Entfaltete, das Umgreifende, wie Karl Jaspers sagen würde, zu stauchen. Daseinskompression im Börsenfoyer. Vor zwanzig Jahren wußte der katholische Theologe Karl Rahner, daß der moderne Frömmeler Mystiker sein wird. Ein *User* der *Bank 24* ist insofern ein Zeit, Geld, Tod und Krankheit raffender Mystiker. Denn was unlimitiert jederzeit und überall ohne Rücksicht auf andere nutzbar ist, hat Gralsqualitäten. »Zeit und Tod raffet alles«, wußte Kaspar

Stieler schon 1496. Der schöne Doppelsinn aus »wegnehmen« und »verdichten« wird hier deutlich. Der Barockdichter Martin Opitz formulierte: »eh als wir es recht mögen innen werden, es kömpt der tod, und rafft uns von der erden«. Die voraufklärerische Erfahrung des Auf-, Ansich-, Hin-, Weg- und Zusammenraffens ist im 19. Jahrhundert der Raffgier nach Besitz, Gewinn und Geld gewichen. Ein Raffke im Berlin der Zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts war ein habgieriger Neureicher. Aus der Gier nach Habe, der physiokratischen Wirtschaftsphilosophie des 18. Jahrhunderts, ist karger und habstüchtiger Geiz geworden und schließlich der Wunsch, etwas mit überlegener Macht an sich zu ziehen. Heutzutage wirbt beispielsweise die *Dresdner Bank* mit skandalös zeitraffenden Anzeigen. Ein junges Elternpaar im Wochenbett mit dem Neugeborenen: »Tom, 8 Stunden alt, in 2 Monaten ein Kinderzimmer, in 3 Jahren eine Schwester, in 6 Jahren eine größere Wohnung, 2016 Führerschein, 2018 Studium, 2023 das erste selbstverdiente Geld.« Die lebenslange Kautions für Freizeit ist die Raffgier. Auch angespartes Geld erlaubt keine Vorgriffe auf Lebenszeit. Die *Vereinsbank* wirbt im Aktienmarkt und Terminbörsenteil der FAZ unter der Frage »Warum hören Sie nicht endlich auf, in Einzelwerte zu investieren?« mit der Antwort »Kaufen Sie doch lieber ganze Märkte.« Verluststreuung durch Raffgier, Beständigkeit durch Immobilienfonds.

Nicht umsonst führt das rasante Wachstum der Terminmärkte neben dem Entstehen neuer Finanzprodukte zu steigenden Unsicherheiten bei Anlegern und Kreditinstituten. Die Frage nach der Haftung bei aus Raffgier eingegangenen verlustreichen Termingeschäften wird fast nur noch vor Gericht entschieden. Wer übereilt und geschichtslos anhäuft, verliert schnell alles, findet sich vor Gericht wieder, oder geht wie der australische Währungsanleihenbetrüger Allen Bond für weitere Jahr in Haft. Selbst für die schwer seriöse FAZ ist der Kampf um die Idee *Bundesbank* »eine Art Religionskrieg«. Wer raffgierig ist, nimmt in Kauf,

in der Zwanghaft der Dinge und Zeichen zu leben. Überwertigkeit der Dingwelt aber mündet in Masochismus.

Wer zahlt die Zeche?

Konvertiert man nun die Raffgier in Körperwährung, kommen die hinlänglich bekannten Krankheiten der Bulimie etwa heraus. Korporalisierte Habsucht, körperverfangene Akkumulationssteigerung führt in Ausnahmezustände, in den Terror der Produktion. Ein raffgieriger Geizhals konsumiert nicht fröhlich im Land, wo Milch und Honig fließen, sondern setzt sich bereitwillig dem Schrecken der Produktion aus. Die gierigen Augen eines Buffetbesuchers lassen jedes Maß vergessen. Im aus Raffgier geborenen Schlaraffenland (bestehe es nun aus einem Fuhrpark, Mädchenhandel, Raritätenweinkeller) stehen die Dinge auf dem Kopf. Arbeit wird unter Strafe gestellt, Faulheit belohnt, die Utopie einer hunger- und kummervollen Welt getilgt und jedes Schuldverhältnis wird selber geopfert. Somit bemüht sich die Raffgier inversiv darum, daß Opfer zu opfern. Was im internationalen Staatenverkehr zur Rettung politischer Stabilität möglich ist, nämlich Entschuldung führt, auf Körper appliziert, in den Kollaps der Zwangsentschuldung: Magersucht (Anorexie). Der moderne Konsumtionüberhang duldet keine Geschichtlichkeit.

Die monetäre Raffgier speist sich aus dem Phantasma der Herkunftslosigkeit. Dem

Geld, dem Rind, dem Herrenanzug, dem Freudenmädchen sieht man nicht an, wo sie herkommen. Die eingangs erwähnte romantische Kritik an der Fühllosigkeit durch Raffgier überblendet den gleichzeitigen Körpertransfer. Die Ausweitung der spezifisch modernen Leib-Seele-Dualität hat, spaßhaft gesprochen, zu dicken Bäuchen geführt (Fettleibigkeit). Der Ausweitung einer *res extensa* ist aber keine Ausweitung der *res cogitans* gefolgt. Die bürgerliche Gesellschaft kennzeichnet, »daß sie die Einzelheiten ihres gesellschaftlichen Daseins in steigendem Maße beherrscht, den Formen ihrer Bedürfnisse unterwirft, zugleich – ebenfalls in steigendem Maße – aber die Möglichkeit zur gedanklichen Bewältigung der Gesellschaft als Totalität und damit die Beruflichkeit zu ihrer Führung verliert« (Georg Lukács). Der spezifisch moderne Extensionsfuror, das Ideal der Beherrschbarkeit von Dingen, Menschen, Kulturen kollabiert im Zeichen der Raffgier in eine Furorextension. Steuern sind ja bekanntermaßen moderne und gemeinnützige Opfer für Nutzenentgang. Die Raffgier aber, oder die Steuerhinterziehung müht sich um Opfersouveränität. Keiner will zahlen. Dieser Ausnahmezustand muß aber in einer Art selbstterroristischer »RAF-Gier« enden. Hungerstreik und Zwangsernährung sind keine de-

Rafft alles an sich: der Geizige.
Radierung von J. Thiel
(1928) zu Molières Drama.
Foto: AKG, Berlin



mokratisch duldbaren Mittel der Fokussierung von Aufmerksamkeit. Die Raffgier ist ein gelungenes Bild für Überproduktion. Die Raffgier ist eine Art Un-Sinns-Parade und darin zugleich Parodie. Jeder, der rafft, hat etwas von einer kleinen gelbschnäuzig quietschenden Ente. Die Raffgier versucht die Zirkulation stillzustellen, die Kreisläufe und Verdauungen, die Kompensationszumutungen im Un-Ort zu travestieren. Alberich und Donald Duck sind lächerlich. Aber auch reich. Nur bleiben sie allein, weil Raffgier zur Unteilbarkeit zwingt.

ULRICH BARON

Wenn man keins hat

Literarische Kuriosa zum Geld

Wenn Religion das Opium des Volkes ist, dann ist Geld vielleicht dessen Valium: Allein macht es zwar nicht glücklich, aber es beruhigt doch ungemein. So notiert der Londoner Samuel Pepys am 31. Dezember des Pestjahres 1665 wohlgenut in seinem Tagebuch: »So endet dieses Jahr zu meiner großen Freude auf diese Weise. Ich habe mein Vermögen in diesem Jahre von 1300 Pfund auf 4000 Pfund vermehrt.« Die Jahresbilanz für 1666 fällt deutlich frostiger aus: »Stelle zu meiner großen Unzufriedenheit fest, daß ich in diesem Jahr 573 Pfund weniger als im vergangenen Jahr eingenommen habe.« Trotz deutlicher Vermögenszuwächse bleibt Pepys mißtrauisch und notiert Ende 1668: »Mein größtes Problem ist augenblicklich der Zustand meiner Abrechnungen, um die ich mich jetzt beinahe zwei Jahre nicht gekümmert habe, so daß ich nicht sagen kann, wie ich finanziell eigentlich dastehe.« Woher diese Unruhe?

Geld, das zeigt nicht nur Beethovens Ärger über den verlorenen Groschen, ist eine flüchtige Substanz (»pecunia fugit«)

– ein Umstand, den und dessen Konsequenzen der argentinische Exilschriftsteller Julio Cortazar unter dem irreführenden Titel *Eine Aufgabe für Sankt Georg* folgendermaßen beschrieben hat: »Von Zeit zu Zeit muß Lopez wieder arbeiten, denn er hat feststellen müssen, daß das Geld die unangenehme Neigung hat, zusammenzuschumpfen, und daß ein großer, schöner Hundertfrancschein plötzlich als Fünfziger aus der Tasche hervorkommt, und dieser sich, wenn man es am wenigsten erwartet, zu einem Zehnfrancschein verkleinert, wonach etwas Schreckliches passiert, nämlich die Tasche wird viel schwerer und man hört sogar ein sympathisches Klimplern, doch kommen diese angenehmen Äußerungen ganz allein von ein paar Einfrancstücken, und da möchte ich dich sehen.«

Vergleichsstudien haben ergeben, daß dieses Phänomen sich keineswegs, wie bisweilen behauptet, auf den Franc beschränkt, und wir werden weiter unten sehen, daß das leidige Problem der kontinuierlichen Geldflucht praktisch auf jede Währung zutrifft. Zunächst jedoch soll uns der irritierende Umstand beschäftigen, daß der Mensch trotz aller Enttäuschungen vom Geld nicht lassen kann.

»O drug!« sagt Robinson Crusoe, nachdem er an Bord »seines« gestrandeten Schiffes auf die Bordkasse gestoßen ist: »what art thou good for? Thou art not worth to me, no, not the taking off the ground; one of those knives is worth all this heap; I have no manner of use for thee, e'en remain where thou art, and go to the bottom as a creature whose life is not worth saving.« Gerecht sind diese Worte, die jedem Sparkassendirektor die Tränen in die Augen treiben würden, freilich nicht. Denn Robinson, der auf seinen Handelsfahrten alles mögliche und sogar Xury, den Kameraden seiner Flucht aus der Sklaverei, verkauft hat, ist ein kaufmännisch denkender Mensch. Kommt seine Familie doch aus der Hansestadt Bremen. Und die Theorien über den fleißigen Crusoe, der auf seiner einsamen Insel die Zivilisationsstufen quasi nachvollzieht, haben einen Schönheitsfehler. Wahrscheinlich haben einige ihrer Vertre-

ter, wie weiland wohl der kleine Karl Marx, nicht das Original, sondern die »kindgerechte« Version des Joachim Heinrich Campe gelesen und nicht wieder vergessen können. Wenn Marx in ersten Abschnitt von *Das Kapital* über Crusoe handelt, dann tauchen bei ihm auch gezähmte Lamas auf, Hochlandtiere, die zwar possierlich, aber in Defoes Original aus guten Gründen nicht vorhanden sind. Der Originalrobinson stellt hingegen klar und deutlich fest: »I had the biggest magazin of all kinds now that ever were laid up, I believe, for one man«. Und so bleibt es auch: was Robinson an Waren besitzt, besitzt er meist gleich dutzendfach; was er anbaut und erntet, könnte eine kleine Kolonie ernähren und tut es später ja auch; und immer denkt Robinson, wie auch sein Schöpfer im fernen London, nicht nur an neue Projekte, sondern auch an Vermarktung – angesichts des natürlichen Reichtums seiner Insel speziell an den »Leaden-hall Market« in der Londoner Gracechurch Street, die leider in unerreichbarer Ferne liegt. Denn »poor Robinson«, wie ihn sein Papagei Poll zu nennen pflegt (natürlich weil er sich selbst ständig so nennt), hat ein Vermarktungsproblem, das seine spontane Polemik gegen das gute Bare erst so recht verständlich macht.

Er ist ein Händler, der alles, also auch den Konsum, selbst erledigen muß, und der vom Geldverkehr abgeschnitten ist. Er sitzt auf einem Vermögen, daß er nicht realisieren kann. Die reichen Dividenden, die seine Böden abwerfen, verschimmeln ihm im Lager, und die alljährliche Gewinnmitnahme bleibt aus. »If I could convey it« – könnte er seine Insel

doch nur nach England schaffen! – seufzt er angesichts einer besonders lieblichen Lokalität: »I might have it in inheritance as completely as any lord of a manor in England.« Zwar erweist sich die Insel als immobil, doch Robinson verläßt sie am Ende doch noch als reicher Mann: Während er auf seinem Eiland fern des Geldverkehrs literarischen Weltruhm erworben hat, ist seine brasilianische Plantage nicht untätig gewesen und hat ihm rund 5000 Pfund eingebracht. Robinson Crusoes Rückkehr ins Vaterland ist eine Heimkehr auf den munteren Fluß des Geldes.

Doch läßt sich solche Krämermentalität verallgemeinern? Ist sie in Gelddingen der Weisheit letzter Schluß? Gibt es nicht auch natürliche Werte, die uns von der Jagd nach dem Geld erlösen könnten? Ja, aber.

In seiner *Cannery Row*-Trilogie hat John Steinbeck neben einer Reihe fiska-



Hat man zuviel,
hat man auch keins. Die Renten-
mark 1923. Foto: AKG, Berlin

lich sehr fragwürdiger Gestalten auch einen Substitutionsversuch beschrieben, der die papierenen »greenbacks« der amerikanischen Notenbank zeitweilig durch eine naturwüchsige Währung ersetzte. Zwar war der Geldbedarf zu Zeiten Steinbecks angesichts der Sonne und der leichtsinnigen Hühner Kaliforniens offenbar geringer als heutzutage, aber ganz ohne Geld blieb einem auch in der *Straße der Ölsardinen* manche Tür verschlossen. Vor allem die von Lee Chongs Gemischtwarenladen, aber damit eilen wir der Handlung schon voraus. Denn wie viele große Ereignisse der Geschichte, sind auch die am Steinbeckschen Substitutionsversuch Beteiligten dort mehr oder minder hineingerutscht: Neben Sardinienfabriken und einem florierenden Bordell gibt es in der *Cannery Row* auch eine weitere Institution, die den Kontakt zur Welt der Finanzen herstellt. Im »Western Biological Laboratory« sammelt und präpariert der unverwüstliche »Doc« allerlei Getier, um es an auswärtige Forschungseinrichtungen zu verkaufen. Unter anderem auch, und dieser Umstand verlangt besondere Aufmerksamkeit, weil jetzt hoffentlich endlich klar wird, wo diese lange Vorrede hinführen soll, Frösche.

Wer kein Geld hat und auch keinen Kredit mehr und schon gar keine Lust auf Fabrikarbeit, findet meist irgendwann seinen Weg in Docs Laboratorium, wo sich dann Fragen wie folgende ergeben: »Wie stehen Frösche?« erkundigt sich Mack beim Doc. »Noch immer fünf Cent das Stück?« (Froschverkäufer aufgepaßt: Dies war der Stand der vierziger Jahre: Die aktuellen Froschpreise liegen wesentlich höher).

Wir sehen: Alles beginnt mit einem simplen Handelsprojekt, bei dem Frösche, wie jede andere Ware, gegen die Zahlung eines bestimmten Stückpreises veräußert werden und zwar, so wird vereinbart, in einer Anzahl von mindestens dreihundert Stück. Der Fall ist einfach: Mack braucht Geld und Doc braucht Frösche und davon, wie er ein wenig leichtfertig versichert, »soviel ich kriegen kann«. Als ohne er schon künftige Komplikationen rea-

giert Doc auf die Bitte nach einem Vorschuß seltsam evasiv, doch die Froschsücher erweisen sich als überaus erfolgreich: »Es waren an die fünfzig Pfund Frösche; man zählte sie nicht, doch ihre Zahl mochte siebenhundert erreichen.« Macht rund fünfunddreißig Dollar. Jetzt taucht ein Problem auf. Als die reiche Ernte in Monterey eintrifft, ist Doc nicht da. Nur Lee Chong, dem Böses schwant: »»Jetzt haben wir unsere Schäfchen im trocken«, äußerte Mack beglückt. »Doc zahlt pro Frosch einen Nickel und wir haben an die tausend!« Lee nickte. Das mit dem Preis stimmte. »Schade, daß er nicht da ist!« fuhr Mack fort. »Mein Gott, wird er sich freuen, wenn er die Unmenge Frösche sieht!« Lee nickte nochmals. Daß Doc nicht in Monterey war, stimmte ebenfalls. »Übrigens – entfuhr es Mack wie ein spontaner Einfall, »wir sind im Augenblick etwas knapp bei Kasse –, es klang, als sei so etwas bei ihm noch nie vorgekommen. Aber Lee Chong lächelte voll Verständnis und antwortete. »Nix Whisky.«

Soweit können einen Vorurteile über Mitmenschen treiben, denn Mack hat natürlich etwas anderes im Sinn. Er will keinen Kredit, er will keinen Vorschuß, er will auch kein Geld, er will vielmehr die Frösche als anerkanntes Zahlungsmittel etablieren: »»Du bekommst die Frösche nicht etwa als Pfand, Lee, sondern als Eigentum; das ist so gut wie Geld.«. Ach was: »»besser! Für jeden Dollar Lebensmittel fünfundzwanzig Frösche bar auf den Tisch des Hauses.«.

Ökonomisch geschulten Lesern wird nicht entgangen sein, daß Mack bei der Einführung seiner Froschwährung einen nicht unerheblichen Kursverlust in Kauf genommen hat, denn bei Doc stehen Frösche bekanntlich auf zwanzig Stück pro Dollar. Und zu diesem Kurs denkt Lee sie auch an ihn zu veräußern, wobei er an den Lebensmitteln, für die Mack ihm fünfzig blanke Frösche in eine Konservendose zählt, gleich noch einmal verdient. Er könnte also zufrieden sein.

Doch im Herz des Händlers nistet die Finsternis, und während das Froschgeschäft zu blühen beginnt, steigt die Infla-

tionsrate: Kaum ist der Preis für Coca-Cola auf zwei Frösche gestiegen, verlangt er auch schon zwölfteils für ein Beefsteak, für das er allenfalls zehn hätte verlangen dürfen.

Während dank zahlreicher Einkäufe die Stimmung der Froschsüher ständig steigt, schmelzen ihre Währungsreserven dahin, wandern aus. Am Ende eines feuchtföhlichen Abends, den niemand so schnell vergessen wird, scheitert der Substitutionsversuch auf tragische Weise, weil die Frösche im Schutze der Dunkelheit das Weite gesucht haben.

Was bleibt, ist Ernüchterung. Und die Einsicht, daß Inseln und Frösche auf Dauer keinen Ersatz für fehlendes Geld bieten. Das ahnte auch Robinson, denn kaum hatte er seine Brandrede gegen die Droge Geld beendet, da meldete sich sein ökonomisches Gewissen: »However, upon second thoughts, I took it away«.

FRITZ GÖTTLER

Filmforum

Eine Pornographie des Geldes

Zwei Plastiksäcke werden in den Gerichtssaal geschleift, von prächtigen Girls. Turbulenz und Tumult, ein Spektakel bahnt sich an, könnte da die Würde des Gerichts Mißachtung erfahren? Zehntausend Dollar Strafe hatte der Richter am Vortag angedroht, und das für jeden Tag, da der Angeklagte sich weigern würde, die Quelle für ein brisantes Videotape preiszugeben, das einen Akt politischer Schmutzdelinquenz enthüllt.

Nun denn – zehntausend Dollar scheinen keine Kleinigkeit für den Angeklagten, aber durchaus im Bereich des Erträglichen, er weigert sich also, die Säcke

werden geöffnet und das Strafgeld ergießt sich auf den Boden, zehntausend Dollar in schmutzigen Eindollarscheinen. So nackt wie hier kommt Geld selten ins Kino, es ist ganz deplaziert vor Gericht, und richtig obszön. Es ist so mies und schmutzig wie der Mann, der da vor Gericht steht, Larry Flynt, der Herausgeber des berühmten HUSTLER, der viele Male mit dem Gesetz in Konflikt kam, nicht nur wegen Verbreitung pornographischer Materials, sondern viel öfter noch wegen Mißachtung des Gerichts.

Larry Flynt will provozieren, und am Ende attackiert er Jerry Falwell, den festen Sektenkönig, und geht in den Rechtsstreit, der sich daraus entwickelt – was darf Satire, und wie kann sich die angegriffene Persönlichkeit schützen – bis zum obersten Gerichtshof. Larry Flynt will provozieren, den Staat und die Gesellschaft, die verlogenen Tugendwächter und die naiven Bürger, die Geschäftsleute und vielleicht auch seinen einzigen Freund, den lieben jungen Anwalt, der so raffinierte Verteidigungen für seine Gerichtsauftritte bastelt, die Larry Flynt mit seinen derben Scherzen kaputtmacht.

»Larry Flynt« oder: Das obszöne Geld

Provozieren will auch Milos Forman, der Regisseur des Films, und damit ihm das besser gelingt, hat er seinen Film zum demonstrativen Plädoyer für die amerikanische Demokratie stilisiert. Zum Härtesten sozusagen, zum Paradebeispiel für Toleranz auch denen gegenüber, die sie sabotieren: Wenn sie einen wie Flynt verträgt, dann ist sie stabil, denn der ist wirklich das Schlimmste, was ihr passieren kann. Das ist die Oberfläche, wie gesagt, und daran haben die Kritiker und Politiker sich heftig verbissen, in Amerika und bei uns. »Die nackte Wahrheit«, die der Film präsentiert, sieht freilich anders aus, und die manisch-infantile Rechthaberei des Larry Flynt ist selbst ein Teil einer großen gesellschaftlichen Maschine.

Man hat diesen Flynt verachtet und verhöhnt, verurteilt und ins Gefängnis gesteckt, ein Unbekannter hat auf ihn geschossen, und Larry ist gelähmt seitdem,



Ein Kreditkarten-Exhibitionist

Foto: dpa

lebt in einem Tresor-Raum mit seiner Frau Althea, die so drogensüchtig ist wie er selber, und die schließlich an Aids erkrankt und stirbt. Ein kranker Typ, ein kaputter Typ, am Ende ist ihm nichts geblieben als das Geld, das Hustlergeld, das weiter hereinströmt, und der perverse Wunsch, es wieder auszugeben. Das Geld zu verschwenden und damit zu zahlen für all die Anarchie und Verachtung, die er sich der Gesellschaft gegenüber leistet. Keine angenehme Figur in der Tat, misogyn und faschistoid, von Verfolgungswahn geplagt und unduldsam, geil und ohne Manieren, ungerecht und boshaft. Dem Zerfall der Werte korrespondiert das immer heftigere Strömen der Gelder, das macht *Larry Flynt* zu einem der aufregenden Filme dieses Jahrzehnts.

Nie war das Geld nackter, nie seine Dialektik eindeutiger, selten ist es sichtbarer und unbarmherziger zur Schau gestellt als in diesem Film. In *Larry Flynt*, um es auf die Formel zu bringen, finden wir dargestellt: eine Pornographie des Geldes. Es ist somit eine zirkuläre Geschichte, eine von Zerstörung und Selbstzerstörung, und was für eine Rolle dies spielt, nicht nur in der amerikanischen Gesellschaft. Ehrlich seine Bucks verdienen, das hat sich der kleine Larry vorgenommen, angefangen mit dem selbstgebrannten Kartoffelfusel, den er den Hinterwäldlern in Ohio verkauft, als Dreikäsehoch, bis zu den Sexschuppen und dem harten Sexmagazin *HUSTLER*, mit dem er schließlich den großen Erfolg hat.

Aber immer geht es nicht nur um die Bewegung, die Motorik dieses Prozesses, sondern darum, wie dabei das Geld selbst in Erscheinung tritt. In der ersten Minute zahlt ein dreckiger Farmer dem kleinen Larry zwei Dollar für eine Flasche Schnaps, und jeden der beiden Scheine holt er langsam hervor, betastet ihn ein letztes Mal, wirft einen

letzten Blick darauf. Das Geld wird hervorgezerrt, es erlebt seinen Striptease. Und man spürt, es ist immer präsent, in jeder Geschichte, in jeder filmischen zumal, wird nichts als die Geschichte des Geldes erzählt.

Hat doch ein Buchhalter das Drehbuch im Kino erfunden – es klingt völlig überzeugend. Godard hat es immer wieder erzählt, wie sie in den Stummfilmzeiten losgefahren sind und an schönen Schauplätzen, an denen sie vorbeikamen, drehten, einen Kampf, eine Liebesszene, und einer hat aufgeschrieben, für den Produzenten, was man gebraucht hat den Tag über, einen Wagen für eine Verfolgung, einen Blumenstrauß zur Verführung – und das waren die ersten schriftlich fixierten Kinogeschichten.

Zum Actionkino, entfremdet, eine Definition von Georg Simmel: »Die Bedeutung des Geldes liegt darin, daß es fortgegeben wird; sobald es ruht, ist es nicht mehr Geld seinem spezifischen Wert und seiner Bedeutung nach. Die Wirkung, die es unter Umständen im ruhenden Zustand ausübt, besteht in einer Antizipation seiner Weiterbewegung. Es ist nichts als der Träger einer Bewegung, in der eben alles, was nicht Bewegung ist, völlig ausgelöscht ist, es ist sozusagen *actus purus*; es lebt in kontinuierlicher Selbstentäußerung aus jedem gegebenen Punkt heraus und bildet so den Gegenpol und die direkte Verneinung jedes Fürsichseins. Hier kann man, an einem Symbol aus der historischen Welt, den Charakter der Natur als unter der Kategorie der unbedingten Bewegung und des kontinuierlichen Sich-aus-sich-Heraussetzens, klarer durchschauen, als an einem Beispiel aus der Natur selbst, weil kein empirischer Fall für unseren Blick jene Kategorie in restloser Reinheit verkörpert. Andererseits aber wirft die Möglichkeit, die Vorstellung des Geldes zur absoluten Darstellung dieser Kategorie zu verwenden, ein helles Licht auf das Geld selbst zurück, als auf die reinste Verwirklichung des Bewegungsprinzips.«

Das Geld treibt jede Fiktion, jede Filmgeschichte implizit, man muß nur in die tieferen Schichten gehen. Und das Kino, das sehr viel Geld braucht, um sich zu realisieren, schildert dieses Bedürfnis und seine Erfüllung immer wieder – wie zur Rechtfertigung seiner selbst. Filme erzählen die Geschichten ihrer eigenen Entstehung und ihrer Finanzierung, Filmgeschichten legen Rechenschaft ab von ihrer Produktion. Die Rolle, die das Geld hier spielt, ist anders als in den anderen Künsten, es ist mehr als der Motor der Action – der »MacGuffin«, würde Hitchcock sagen: wie präzise der wiederum Geld in Erscheinung treten ließ, darüber hat vor vielen Jahren, als es noch die Zeitschrift *FILMKRITIK* gab, Wolf-Eckart Bühler geschrieben. »Geld tritt im kommerziellen Film und leider nicht nur in diesem stets ebenso zwangsläufig auf wie bis vor

kurzem noch die Damen in voller Bekleidung: in Koffern, Aktentaschen, Safes. Der Blick auf einen tatsächlichen Geldschein – egal ob echt, gefälscht oder Filmgeld – ist dann wie der für wenige Sekunden aus der Umschalung (der natürlichen) befreite Busen oder Hintern der *leading lady*: er gibt sich eine Blöße. Und indem er sich eine Blöße gibt, gibt er gleichzeitig ein Versprechen, welches nicht eingelöst werden darf. Die Damen treten längst entblättert auf. Das Geld immer noch nicht. Seine Pornographisierung läßt auf sich warten. (Oder: pornographisch seiend, harrt es endlich einmal seiner realen Darstellung. – Bedarf das Geld der Geilheit des Betrachters?)«

Sex und Geld und Pornographie also. Und, natürlich, die Politik. Man kann von der Ökonomie nicht mehr sprechen, eine Binsenweisheit inzwischen, ohne von der Pornographie zu reden. Der Erguß der Dollarscheine vor Gericht, das ist, als würde der gelähmte, sexunfähige, verzweifelte Larry Flynt onanieren, weil er das Gericht und die Gesellschaft nicht mehr anders düpiieren kann. Einer, der der Gesellschaft mit dem dient, was sie verlangt, und von ihr nicht mehr angemessen bedient wird. Das ist die Geschichte eines Zombies, eines Phantoms, eines würdigen Nachfahren des großen amerikanischen Filmtycoons *Citizen Kane*. Sechs Frauen pro Tag, Drogenrausch, sein Geld verschwenden für unsinnige Unternehmen, die nicht zum Erfolg führen können. Mißachtung der Instanzen, des Gerichtes: so sieht das Leben des Larry Flynt aus, demonstrativ verschwenderisch, destruktiv, unproduktiv.

Das Muttersöhnchen Til Schweiger pocht an die Himmelstür

Es ist sicher nicht der wahre Larry Flynt, der hier ins Spiel kommt, und dieser ist gewiß nicht die beste Figur für die Schulbücher als Kämpfer für die amerikanische Demokratie. Solche ehrenwerten Typen findet man allenfalls im deutschen Kino, und sie bleiben, selbst wenn sie sich rebellisch geben und an die Himmelstür pochen, Muttersöhnchen.

Der Erfolg von *Knockin' on Heaven's Door*; die Attacken auf *Larry Flynt*, das hängt beides auch mit der Rolle zusammen, die das Geld in diesen Filmen spielt. Bei Til Schweiger und Jan Josef Liefers kommt es sehr ordentlich daher, gebündelt, im Koffer, und als die beiden dem Tod geweihten jungen Burschen das Mafiageld finden, geben sie gleich das beim Bankraub erbeutete Geld wieder zurück.

So gibt es also, suggeriert der Film, das schmutzige und das saubere Geld, das verwahrte, gehortete und das verwahrloste, zum Verschwendenden freigegebene, das züchtige und das obszöne . . . Und ganz oben auf der Wunschliste steht der Wagen für Mutti. Aber: Nur wenn es dem Kreislauf entzogen wird, der Akkumulation, dem Spiel der Wertschöpfung, der Zirkulation, kann Geld seinen perversen Charakter entfalten, kann es anfangen zu stinken. Dann wird es einer Triebkraft ähnlich, und die Ströme beginnen ziellos zu fließen, vor allem auch gegen das Individuum. Da ist keine Persönlichkeit mehr und keine Zukunft, auf die hin gespart werden müsste. Geld braucht den Widerstand im Kino, den Diebstahl. Es muß entwendet werden, um zu sich zu kommen, und dann kommen formidable Gangsterfilme und Bankräuberwestern zustande, oder unter ihrem adretten Gewand unglaublich unmoralische Komödien, in denen Lubitsch und Hitchcock die großen Meister waren.

Beim Geld hören dann alle Unterschiede auf, es hat keine Kennzeichen, kennt keine Herkunft. Außer, nochmals das gleiche Lamento, im neuen deutschen Film, dem man die Herkunft aus den Fördergremien, die gestückelte und gestoppelte Finanzierung immer ansehen wird, denn über sie sind die Filme selbst ins Stottern geraten. »Das Geld holt heran, was entfernt ist. Es überwindet den Raum, aber nicht die Distanzen, welche die Zeit aufreißt. Der Abstand zur Vergangenheit vergrößert sich immer mehr und immer schneller. Die Münze, die ich eingesteckt habe, gilt nicht mehr, wenn ich sie wieder hervorhole. Sie erinnert mich an die gute, alte Zeit und ihre Vergänglichkeit, die Lücke, die sich zwischen damals und jetzt aufgetan hat. Von Anfang an war es falsch

zu glauben, man könne Sätze, Sentenzen wie Münzen in die Tasche stecken und ohne Wertverlust bei Bedarf hervorholen. Die Tasche ist keine Konserve. Sie verwahrt nicht, sie produziert Geld. Denn alles, was in die Hostentasche gelangt, wird Monete und Sentenz« (Hannes Böhringer).

Von einer wirklichen Filmindustrie wird man hier nur träumen können, so wie es Hollywood einst war – denn dafür müsste man den Begriff der Traum-Fabrik wirklich wörtlich nehmen. »Does it make sense«, fragte der Filmemacher in jenen Tagen, da das Studiosystem funktionierte, und »Does it make money«, pflegte der Produzent zu kontern. In dieser herrlichen Dialektik, in der Gleichberechtigung beider Fragen, liegt das ganze Geheimnis des Kinos. Man hat eben keine Filme produziert damals, sondern Kino, einen kollektiven unaufhörlichen Traum, in den die erzählerischen Ströme flossen wie im Schlaraffenland, mit mehr Geld als nötig gewesen wäre und Vorstellungen größer als jeder einzelne. Was heute, bei uns, vom Hollywoodkino geliebt ist, sind blöde Absichtserklärungen und ein wenig Angeberei: daß man sich der Formeln dieser Filme aus intimer Kenntnis und Vertrautheit souverän bedienen würde. Dem sei der heilige Irrwisch Tarantino vor – auch er könnte nichts mehr daran kurieren, daß man sich hier hemmungslos auf die Seite des Sinns geschlagen hat.

Geld war immer drin im Kino, gebündelt als Versprechen und Garantie für Lust, für Potenz und Potential, und manchmal flatternd in wilden Wirbeln im Wind. Und sicher auch, immer wieder, immer häufiger, verdrängt, versteckt, fortgespült. Wie in jenem schönsten Geldfilm aus Hollywood überhaupt, *Psycho* – wo Hitch uns allen Ernstes weismachen will, es gehe um Muttersöhnchen und Mädchenmord. Es geht um die nackten Tatsachen, um Landbesitz und vierzigtausend Dollar, die schließlich an dem vielleicht berühmtesten Ort der Filmgeschichte verschwinden: im Klo des Badezimmers der ersten Kabine von Bates' Motel.

Ein Fitzelchen freilich bleibt übrig, so kann auch dieser Film noch an sein Ende kommen.

Kontroversen

JAN KREN

Kritische Anmerkungen zu Philipp Ther

Philipp Ther vergleicht in seinem Artikel *Chance und Last der Geschichte* (NG/FII 11/96) in interessanter Weise den deutsch-polnischen und den deutsch-tschechischen Dialog. Es sei dahingestellt, inwieweit die fast obsessive Konzentration auf das Problem »Vertreibung« für den Dialog über die gesamte Vergangenheit produktiv ist.

I.

Offenbar ist der Autor der Meinung, daß die tschechische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die sich in Vaclav Havels Reden vom Dezember 1989 und vom Februar 1995 manifestiert, keine relevante Vorgeschichte habe. Doch auch aus der deutschen Literatur kann man erfahren, daß die Diskussionen über diese Frage auf tschechischer Seite bereits in den 50er Jahren im tschechoslowakischen Exil angefangen haben. Sie wurden fortgesetzt am Vorabend und im Verlauf des Prager Frühlings 1968 und dann Ende der 70er Jahre (drei Jahre vor dem bewundernswerten Auftritt von J.J. Lipski) im Kreis der *Charta 77*, hinter dem allerdings nicht eine so breit angelegte Opposition stand, wie dies in Polen der Fall war. Hält das der Autor jedoch für so irrelevant, daß es ihm nicht einmal erwähnenswert erscheint?

Obwohl die tschechische Geschichtswissenschaft sich vom harten kommunistischen Druck (der härter war als in Polen) nur schwer erholte, ist ihre Bilanz seit 1990 auf eben diesem Gebiet nicht unerheblich. 1991 erschien in einer Massenaufgabe ein Sammelband über die erwähnten Diskussionen, und schon damals wurden erste Monographien über die tschechisch-deutschen Beziehungen veröffentlicht, einschließlich der großen Monographie von T. Stanek über die Aussiedlung in der Nachkriegszeit. Zahlreiche weitere kritische Arbeiten tschechischer Autoren (Zwei Monographien über Verfolgungsexzesse im Jahr 1945 von demselben Autor sowie aufschlußreiche regionale Studien über diese Zeit von Skrivanek u. a. kann man mit Nowak oder Stankowski vergleichen). Außer den Arbeiten von Jaroslav Kucera, dessen Ergebnisse der Autor ungenau wiedergibt, befinden sich noch weitere im Druck. Mit Rücksicht auf die Kapazität der tschechischen Geschichtswissenschaft, die nicht so groß ist wie

die der deutschen oder polnischen, bedeutet dies nicht wenig – nur müßte es der Autor kennen.

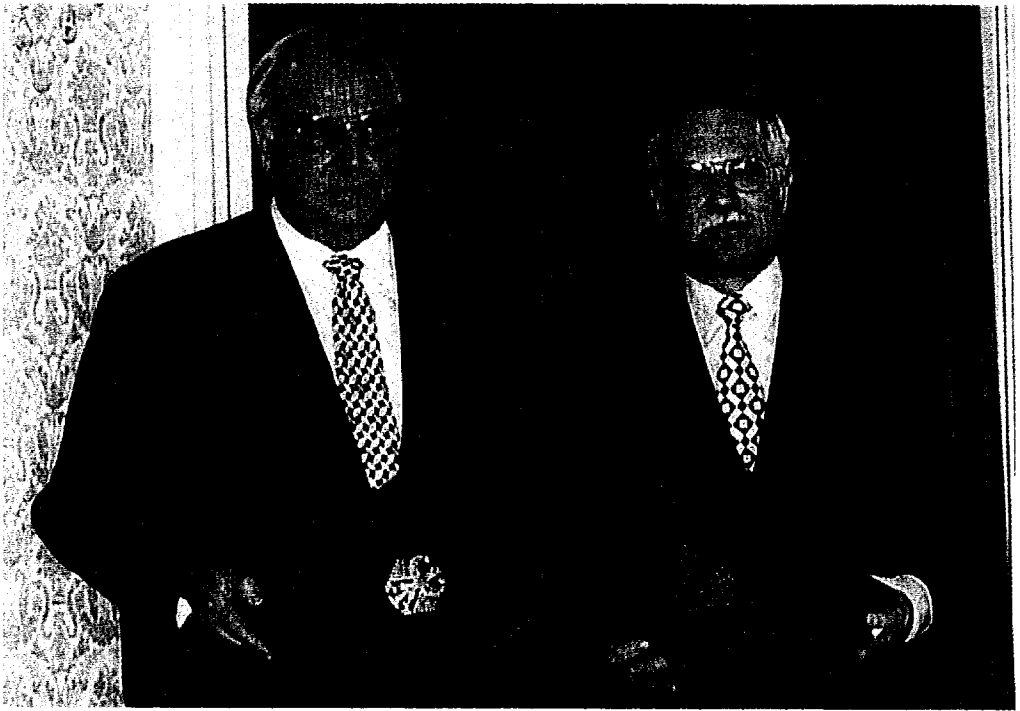
II.

Es ist fraglich, ob nur Aussiedlungen von beiden Seiten eine Grundlage für eine gemeinsame Wahrnehmung der gemeinsamen Geschichte bilden können. Die böhmischen Länder haben zwar Migrationen dieser Art auch erlebt (Flucht und Vertreibung von etwa 170 000 Tschechen aus den abgetrennten Grenzlandgebieten 1938 und Aussiedlung von weiteren Zehntausenden bei der Errichtung der sog. Militärgelände während der nationalsozialistischen Okkupation), aber Ausmaß und Brutalität waren nicht so wie in Polen. Die Ursache ist naheliegend: ein großer Teil der »Endlösung« der tschechischen Frage wurde wegen der Bedeutung des Wirtschaftspotentials des »böhmischen Raumes« auf die Zeit nach dem siegreichen Krieg verschoben. Ist es vielleicht die Schuld der Tschechen, daß dieser Sieg nicht stattfand, und die geeignete Basis für den Dialog so entfällt? Und sollte der deutsche Autor nicht versuchen, eben hier diese Basis zu suchen?

III.

Worauf gründet der Autor sein apodiktisches Urteil, daß sich mit vielen tschechischen Intellektuellen diese Fragen offen nicht diskutieren lassen. Vom Niveau der tschechischen Presse muß man keine hohe Meinung haben. Sie ist aber bestimmt nicht arm an Diskussionen und Debatten über die deutsche Frage. Insbesondere gilt dies für die Fachgemeinde der Historiker. Neben der gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission, die aufgrund solcher Diskussionen vor kurzem die »Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert« herausgegeben hat, diskutiert man nicht minder offen über diese Fragen, auch in der gemeinsamen Schulbuchkommission und bei zahlreichen gemeinsamen Symposien, Konferenzen und Seminaren, die jedes Jahr stattfinden. Die Ergebnisse davon wurden größtenteils bereits publiziert – nur müßte sie der Autor gründlicher kennen.

Die tschechische Gesellschaft hat die Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit allerdings bei weitem noch nicht hinter sich, das läßt sich



Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung im Januar in Prag

Foto: dpa

aber trotz aller respektablen Bemühungen von »aufgeklärten Intellektuellen« auch von der deutschen oder polnischen Gesellschaft nicht in vollem Umfang sagen. Aufarbeitung der Vergangenheit ist eine langwierige und in ihrer Art und Weise eigentlich auch eine permanente Aufgabe. Gibt es, wie gesagt wurde, auf tschechischer Seite zahlreiche Defizite, war doch zu dem Pauschalurteil, daß ein »tschechisches Spezifikum« die »fehlende Distanz zur eigenen Geschichte« sei, eine gehörige Portion von Ignoranz und Unkenntnis notwendig.

IV.

Der vom Autor erwähnte Mißerfolg des Projekts »Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit« vom Frühjahr 1996 hat auch seine tschechische Analogie. Bereits 1990 schlug der tschechische Teil der Historiker eine gemeinsame Überprüfung der Verluste auf beiden Seiten, d.h. der deutschen sowie der tschechischen bzw. tschechoslowakischen vor. Im Unterschied zum tschechischen Teil des geplanten gemeinsamen Teams fand man trotz aller Bemühungen der deutschen Kommissionsmitglieder für den deutschen Teil keine Finanzmittel. Der tschechische Teil der Historikerkommission veranlaßte auch die Bearbeitung einer ausführlichen (10 Bände) und nicht

gerade billigen *Übersicht der Germanica und Sudetica* in fast allen tschechischen und slowakischen Archiven, die dort den Forschern zur Verfügung steht. Auch dies beweist das Interesse an der Erläuterung der Vergangenheit, und der Autor sollte dies in Betracht ziehen.

V.

Sehr zweifelhaft ist das einseitige Urteil, daß die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei (und nicht nur von dort) kein Produkt der »Neuordnung« der Nachkriegszeit, sondern »die letzte Konsequenz einer sich lange anbahnenden Scheidung von Deutschböhmen und Böhmen« war. Wenn man die alles in allem nur verbalen und meist von deutscher Seite stammenden Äußerungen von der gegenseitigen Vertreibung sowie den kurzen Versuch einer Separation 1918/19 außer acht läßt, wurde in der gesamten nationalen Ära immer nur die Frage der Dominanz in den böhmischen Ländern zum Gegenstand der nationalen Rivalität; die Vorstellung von einer gegenseitigen, auf Macht basierenden und gewaltsamen Trennung schlug erst in den 30er Jahren mit Antritt des Nationalsozialismus und des Krieges ihre Wurzeln. Auch diese, breit in der deutschen sowie auch tschechischen historischen Literatur behandelten Umstände sollte der Autor kennen.

VI.

Das Urteil, daß tschechische Autoren – oder nur Kren – über diese Sache emotionaler schreiben würden, ist nur ein subjektiver Eindruck, den man nur schwer verifizieren kann. Überprüfen kann man aber, ob Kren tatsächlich mehr national ist, weil er den Sudetendeutschen »eine besondere Teilhabe und Schuld« am nationalsozialistischen Okkupationsregime zuschreibe. Krens These lautet allerdings anders, und zwar, daß die tschechische Gesellschaft den Sudetendeutschen während der Okkupation einen nicht geringen Anteil an dieser Katastrophe zuschrieb. Es ist nicht schwer, dies anhand zahlreicher, längst veröffentlichter Dokumente des tschechischen Widerstandes sowie der Dokumente nationalsozialistischer Herkunft zu belegen. Die Ursache, warum dem so war, ist naheliegend: Der überwiegende Teil der gegenwärtigen tschechischen historischen Literatur stimmt in dem Punkt überein, daß die Stellung der Deutschen in der Tschechoslowakei nicht befriedigend war. Dieselbe Übereinstimmung besteht aber auch darin, daß sie nicht so unerträglich war, um die offenkundige und wirksame Unterstützung zu rechtfertigen, die die damalige sudetendeutsche Repräsentation Hitler bezeugt hat (Henleins Partei erhielt noch bei den freien Wahlen die überwältigende Mehrheit der sudetendeutschen Stimmen) – und zwar schon vor München, während dieser Krise und auch danach. Eine ähnlich spektakuläre Rolle spielte die Repräsentation der deutschen Minderheit in Polen wahrscheinlich nicht, oder schaffte es nicht mehr, so eine Rolle zu spielen. Trotzdem war der Haß der deutschen Minderheit gegenüber in der polnischen Gesellschaft so groß, daß Sikorskis Regierung schon Ende 1939 aufgrund der Nachrichten aus dem okkupierten Polen eine Nachkriegsausiedlung aus diesem Gebiet beansprucht hat. Im tschechischen Widerstand verbreitete sich dieser Gedanke insbesondere in den Jahren 1940–1941, und zwar nicht ohne Grund.

Der tatsächliche *Spiritus agens* der nationalsozialistischen Verwaltung im Protektorat war der Sudetendeutsche K. H. Frank, und als solcher wurde er auch in der tschechischen Gesellschaft damals angesehen, wenn auch seine Rolle kompliziert war: er mußte seinen Prager Machtbereich gegen seine sudetendeutschen Konkurrenten verteidigen sowie vor allem das reichsdeutsche Interesse an der Leistungsfähigkeit der tschechischen Kriegsindustrie verfolgen. Aber das »Format« eines W. Best konnte er nicht erreichen, und mit seiner Person waren genug Brutalitäten verbunden, damit er zur Verkörperung des Druckes wurde, dem die Tschechen ausgesetzt waren. Vielleicht noch schwer-

wiegender war die Tatsache, daß auf niederen Posten der nationalsozialistischen Machtapparate die Sudetendeutschen schon aus sprachlichen Gründen sehr stark vertreten waren; neue tschechische Forschungen in dieser bisher nicht völlig genügend erforschten Frage zeigen auch deren beträchtliche Vertretung auf der mittleren Führungsebene. Darüber hinaus gehörten die damaligen sudetendeutschen Repräsentanten zu den Verfechtern des härtesten Kurses gegenüber den Tschechen (öfters auch gegen den kühlen Rechner Frank), und diese Haltung fand laut nationalsozialistischer Quellen (z. B. Stimmungsberichte des SD) sowie Berichten des tschechischen Widerstandes in der sudetendeutschen Gesellschaft eine breite Unterstützung. Dokumente darüber sind ebenfalls schon jahrzehntelang bekannt, und ihre Zahl wächst mit neuen Forschungen. Es ist deshalb seltsam, wenn ein kritischer deutscher Autor den Hinweis auf diese Umstände als ein nationales Merkmal bezeichnet, und das um so mehr, als eine Antwort eher von deutschen bzw. sudetendeutschen Autoren zu erwarten wäre.

VII.

Spricht man von Unterschieden im tschechischen und polnischen Fall, wäre es bestimmt nicht abwegig, über das unterschiedliche Herangehen und die unterschiedlichen Interessensphären der deutschen Seite nachzudenken. Ein beträchtlicher Teil der geflüchteten, vertriebenen und ausgesiedelten Deutschen aus Polen (Schlesien, Pommern, Preußen) besaß ursprünglich die reichsdeutsche Staatsbürgerschaft, während die Sudetendeutschen Bürger eines anderen Staates waren, was sich auch in ihrem Nachkriegsstatus, ihrer Organisiertheit usw. widerspiegelte. Die polnische Problematik wurde schon bei der Wiedervereinigung Deutschlands und in diesem Rahmen gelöst, während die tschechoslowakische Problematik auch dank dem mächtigen Protektor, den sudetendeutsche Organisationen in der CSF und in der bayerischen Regierung haben, erst später aktualisiert wurde. Und liegt die tschechische »Verspätung« nicht auch daran, wie und mit welchem politischen Nachdruck eben die sudetendeutsche Frage in den letzten Jahren auf der deutschen politischen Szene und in den deutschen Medien behandelt wurde? Eine Analyse dieser und weiterer Umstände sollte beim Vergleichen des tschechischen und polnischen Falles nicht fehlen.

Der Aufsatz von Philipp Ther beinhaltet zweifellos eine Reihe von sehr treffenden kritischen Bemerkungen (auch an die tschechische Adresse), denen man nur zustimmen kann. In einer Reihe von Punkten irrt der Autor jedoch.

Neu im Frühjahr '97

Gesellschaft und Politik

Christoph Butterwegge,
Birgit Gräse, Coerw Krüger,
Lüder Meier, Gunther Niermann

Rechts- Extremisten in Parlamenten

- Forschungsstand
- Fallstudien
- Gegenstrategien

Leske + Budrich

Christoph Butterwegge u.a.
**Rechtsextremisten in Parla-
menten**
Forschungsstand – Fallstudien
– Gegenstrategien
318 S. Kart. 39,- DM/36,- SFr/
285 ÖS

Wozu heute noch Soziologie?

Warnfried Dettling
Dirk Käsler
Ralf Dahrendorf
Hans-Peter Müller
Peter Wagner
Gerhard Schulze
Renate Mayntz
Pierre Bourdieu

Ein Streit aus der ZEIT
Herausgegeben und resümiert von
Joachim Fritz-Vannahme
bei Leske + Budrich

Wozu heute noch Soziologie?
Ein Streit aus der ZEIT
Herausgegeben und resümiert
von Joachim Fritz-Vannahme.
76 Seiten. Kart.
10,- DM/SFr/73 ÖS

Klaus Feldmann
Sterben und Tod
*Sozialwissenschaftliche Theorien und
Forschungsergebnisse*

Leske + Budrich

Klaus Feldmann
Sterben und Tod
Sozialwissenschaftliche Theo-
rien und Forschungsergebnisse
Ca. 140 S. Kart.
24,80 DM/23,- SFr/181 ÖS

Albrecht Lütke
Ingo Müller

Strafjustiz für Nicht-Juristen

Ein Handbuch für Schöffen,
Pädagogen, Sozialarbeiter
und andere Interessierte

Mit einer Einführung von Gerhard Mauz

Leske + Budrich

Albrecht Lütke
Ingo Müller
Strafjustiz für Nichtjuristen
Ein Handbuch für Schöffen,
Pädagogen, Sozialarbeiter und
andere Interessierte. 136 S. Kt.
19,80 DM/19,- SFr/145 ÖS

Kurt P. Tudyka

Das OSZE- Handbuch

Die Organisation für Sicherheit und
Zusammenarbeit von Vancouver
bis Wladiwostok

Leske +
Budrich

Kurt P. Tudyka
Das OSZE-Handbuch
Die Organisation für Sicherheit
und Zusammenarbeit von Van-
couver bis Wladiwostok
Ca. 220 S. Kart. Ca. 25,- DM/
23,- SFr/183 ÖS

Michael Opielka (Hrsg.)

Grundrente in Deutschland

Leske + Budrich

Michael Opielka (Hrsg.)
Grundrente in Deutschland
Perspektiven der Sozialpolitik,
Band 6
Ca. 280 S. Kart.
Ca. 33,- DM/30,50 SFr/241 ÖS

Leske + Budrich • Opladen

Information: Postfach 300551. 51334 Leverkusen

Wie immer die Diskussion der Deutschen über die Vertreibungen mit den Polen und mit den Tschechen früher gelaufen sein mag – und Philipp Ther legt hier überzeugendes Material vor –, Tatsache ist heute: Im Großen und Ganzen ist eine ruhige Behandlung dieses Themas mit den Polen die Regel und harte Kontroversen sind die Ausnahme, während es im deutsch-tschechischen Verhältnis umgekehrt ist. Vielleicht sollte man genauer sagen: im sudetendeutsch-tschechischen Verhältnis, denn das »deutsch«-tschechische Verhältnis ist eher durch Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit, und zwar auf deutscher Seite, gekennzeichnet. Damit meine ich nicht die Historiker-Kommission und ähnliche Fachgremien oder die eine oder andere politische Zeitschrift, sondern die allgemeine deutsche Öffentlichkeit. Das wird sich zeigen, sobald die Auseinandersetzung um die deutsch-tschechische Deklaration der beiden Regierungen nach den Behandlungen in den Parlamenten endgültig vorbei ist. Niemand außer denen, die beruflich damit zu tun haben, wird sich mehr dafür interessieren. Dort wo es noch aktuell bleiben wird – im sudetendeutsch-tschechischen Verhältnis und rund um das in der Deklaration versprochene deutsch-tschechische Gesprächsforum – aber, werden wir nach wie vor erleben, daß der Punkt »Vertreibung« wie der Nerv in einem hohlen Zahn wirkt, auf tschechischer Seite aber auch auf sudetendeutscher Seite.

Gewiß hat Professor Kren recht, wenn er aufzeigt, daß die Bilanz der tschechischen Geschichtswissenschaft seit 1990 »nicht unerheblich« ist. Er selbst hat mit Milan Otáhal u. a. jene Sammelschrift *Cesi, Němci, odsun* vorbereitet, in die auch ein Aufsatz von mir aufgenommen wurde. Er hat auch recht, auf die große Monographie von Prof. Stanek und andere kritische Beiträge zur Vertreibung von tschechischer Seite in den ersten Jahren nach der Wende hinzuweisen. Nur, wenn wir von der deutsch-tschechischen Historiker-Kommission absehen, zu deren Arbeit ich mich hier nicht äußern will, weil es den Rahmen einer solchen Anmerkung sprengen würde, die Einstellung der tschechischen Öffentlichkeit zum Vertreibungsfaktum wurde nicht – wie bei den Polen – in den letzten drei Jahren immer ungezwungener, sondern nachweislich immer verkrampter. Wenn daher Prof. Kren schreibt,

daß er »nicht weiß, worauf (Philipp Ther) sein apodiktisches Urteil gründet, daß sich mit vielen tschechischen Intellektuellen diese Fragen offen nicht diskutieren lassen«, so darf ich ihn an eine Sache erinnern, die nicht einmal zwei Jahre zurückliegt: Am 28. März 1995 wurde gleichzeitig in Bonn und Prag das Dokument Versöhnung 95 veröffentlicht, das insgesamt von 105 Personen (67 Tschechen und 38 Sudetendeutschen) aus unterschiedlichen politischen Lagern, aus der Wirtschaft, aus den Medien und aus in Wissenschaft und Kultur Tätigen unterzeichnet wurde. Auf der tschechischen Seite waren so prominente Persönlichkeiten vertreten wie der ehemalige Ministerpräsident und heutige Präsident des tschechischen Senats Dr. Petr Pithart, der ehemalige Chefberater von Ministerpräsident Václav Klaus, Bohumil Dolezal, der Vizepräsident des tschechischen Parlaments Dr. Jan Sokol, auf sudetendeutscher Seite der ehem. Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Prof. Josef Stügl, auf sozialdemokratischer Seite u. a. Prof. Peter Glotz und Volkmar Gabert, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Seliger Gemeinde, aber auch Mitglieder des Bundesvorstandes der Landsmannschaft und des Sudetendeutschen Rates. Der von Tschechen und Sudetendeutschen beschlossene gemeinsame Text, von dem auch Botschafter Grusa öffentlich feststellte, daß man ihn nicht unterschätzen sollte, weil er seit einem Jahrhundert der erste gemeinsame Text beider Völker der böhmischen Länder sei, sprach die Vertreibung in ihrem historischen Kontext an und zwar ehrlicher als die deutsch-tschechische Deklaration der beiden Regierungen. Es lohnt sich, diesen Text auszugsweise zu zitieren, angesichts der Schwierigkeiten, die sich im tschechischen Parlament bei der Frage der Billigung dieses Regierungsabkommens ergaben:

»Vor einem halben Jahrhundert ordnete die damalige tschechoslowakische Regierung die Vertreibung von mehr als drei Millionen Deutschen aus den böhmischen Ländern und der Slowakei unter Zustimmung der Mehrheit der tschechischen Bevölkerung sowie mit Billigung der Siegermächte an. Sieben Jahre vorher wurde das Land durch das der Tschechoslowakischen Republik aufgezwungene Münchner Diktat der Großmächte zerteilt, was zur Wehrlosmachung des Staates und schließlich zum

Verlust seiner Freiheit führte. Die Mehrheit der Sudetendeutschen begrüßte und unterstützte diese Politik der Teilung. Zwanzig Jahre zuvor wurden diese Sudetendeutschen gleichfalls unter Zwang dem tschechoslowakischen Nationalstaat einverleibt. Und noch vorher unter der Österreichisch-Ungarischen Monarchie scheiterten alle Ausgleichsversuche im Rahmen der böhmischen Länder. Das alles ist zwar schon Geschichte, aber nicht bloß Geschichte: zur Geschichte werden diese Ereignisse erst dann, wenn die beiden Parteien, die Sudetendeutschen und die Tschechen, einen gemeinsamen Schlußpunkt gesetzt haben«.

Logischerweise schlugen die Unterzeichner dann vor:

»... Gespräche zwischen der tschechischen Regierung und der politischen Repräsentation der Sudetendeutschen zu eröffnen... Für unerläßlich halten wir insbesondere die Formulierung eines gemeinsamen Standpunktes zur Problematik der Entscheidungen der Vergangenheit, der sich auf die anerkannten Normen der Menschen- und Bürgerrechte stützt. Weiter schlagen wir vor, daß sich die Gespräche beider politischer Repräsentationen darauf konzentrieren, ein gemeinsames Programm der Zusammen-

arbeit zwischen den Sudetendeutschen und den Tschechen zu entwickeln. Dieses Programm sollte die Möglichkeit der Rückkehr jener Vertriebenen einschließen, die das wünschen und zwar unter der Bedingung der Gleichberechtigung der Rückkehrer mit der übrigen Bevölkerung der Tschechischen Republik. Wir schlagen weiter vor, eine gemeinsame deutsch-tschechische Stiftung mit staatlicher Beteiligung zu schaffen, die konkrete Projekte im tschechischen Grenzgebiet unterstützen soll.

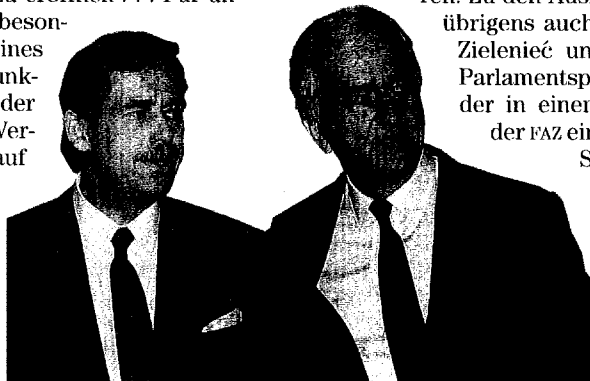
Schließlich schlagen wir vor, daß Sudetendeutsche und Tschechen gemeinsam die Erweiterung und institutionelle Verankerung der bereits bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der benachbarten Regionen der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland unterstützen, damit sie schrittweise jene Gestalt annehmen, die in Teilen Westeuropas schon seit Jahren eine Reihe funktionierender Euroregionen haben – dies

bei Respektierung der in beiden Staaten geltenden Rechtsordnung«.

Vier Wochen lang sind nicht nur die gesamte tschechische Presse – mit zwei rühmlichen Ausnahmen –, die Medien und alle politischen Parteien – der Regierung wie der Opposition – und auf der höchsten Ebene war die Ausnahme nur Václav Havel – mit wütenden Beschimpfungen über die tschechischen Unterzeichner dieses Manifests hergefallen. Wenn Prof. Kren selbst einige Vorbehalte bei der tschechischen Presse anmeldet, so weiß er sehr wohl, daß in der Reihe derer, die haßerfüllt gegen diese Unterzeichner vorgingen, weil sie wagten, sich objektiv zur Vertreibungsfrage zu äußern, auch der Rektor der Karlsuniversität und der Präsident der Tschechischen Akademie der Wissenschaften waren. Zu den Ausnahmen gehörte

übrigens auch Außenminister Zielenieć und der damalige Parlamentspräsident Uhde, der in einem Interview mit der FAZ einen objektiveren Standpunkt ein-

nahm. Aber ansonsten sind die Stellungnahmen auch der Politiker so häßlich, daß sie eigentlich nur in Boulevardblätter hin-



8. Mai '91: Vaclav Havel in Bonn bei Richard von Weizsäcker
Foto: dpa

einpassen. Jedenfalls kann ich mir nicht vorstellen, daß etwas Ähnliches in Polen möglich wäre, obgleich die Polen weiß Gott mehr Grund hätten, gereizt auf jede Verständigung mit Deutschen zu reagieren. Davon sagt Professor Kren leider gar nichts. Abschließend dazu: Am 4. April 1995 veranstaltete das tschechische Fernsehen eine Diskussion zwischen Befürwortern und Gegnern des Versöhnungspapiers, wobei man einem Befürworter (Jan Sokol) vier Gegner gegenüberstellte. Nach bundesdeutschem Vorbild TED folgte eine telefonische Abstimmung der Zuschauer durch Anwählen einer *Pro*- und einer *Kontra*-Nummer. 80 Prozent sprachen sich gegen die Einleitung eines Versöhnungsprozesses mit den Sudetendeutschen und die Behandlung der Vertreibungsfrage aus; nur 20 Prozent waren dafür.

Letztes Beispiel: Die deutsch-tschechische Deklaration, die am 30. Januar vom Deutschen Bundestag mit einer überwältigenden Mehrheit

(577 von 600 Abgeordneten) angenommen wurde, im tschechischen Parlament am 14. Februar mit 131 von 200 Stimmen. Auch dort war die Vertreibung der Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Ein vom Regierungschef am 17. Dezember 1996 an das Parlament überwiesener *Motivenbericht* stellte ausdrücklich fest, daß die Tschechische Republik keinesfalls »von der Vertreibung abgerückt ist, sondern nur von den »Exzessen« während der Vertreibung« und daß es also einen Staat mitten in Europa gibt, der nicht nur die damalige »ethnische Säuberung« bejaht, sondern diese auch heute noch für rechtsgültig hält.

Von diesem Motivenbericht, der erst in der ersten Februarwoche an die Öffentlichkeit gelangte, konnten die 577 Bundestagsabgeordneten, die zustimmten, wohl kaum etwas wissen. Anders ist es mit der Bundesregierung, die das Dokument erst nach dem 17. Dezember paraphierte und unterzeichnete. Sie wird sich fragen lassen müssen, wer nun wen belogen hat: die tschechische Seite die deutsche oder die Bundesregierung den Bundestag und die Vertriebenen bzw. was sie nun zu dieser offiziellen tschechischen Auslegung sagt? Übrigens auch Václav Havel hat diese Auslegung Anfang Februar wiederholt. Man kann das alles nicht einfach der tschechischen sozialdemokratischen, kommunistischen und faschistischen Opposition anlasten. Angesichts dieser schwerwiegenden Fakten verliert das ganze Hick-Hack, wer mehr Schuld hat, die Sudetendeutschen oder die Tschechen, an Bedeutung. Es geht nicht um Aufrechnungen, wohl aber darum, daß es ein Rückfall in die Barbarei ist, wenn ein Unrecht das andere Unrecht rechtfertigt. Für Professor Kren ist z. B. K. H. Frank (eine der finstersten sudetendeutschen Gestalten) »ein kühler Rechner«, um im Hintergrund ein massives Bild sudetendeutscher Schuld in der breiten Masse zu zeichnen. Leute, die K. H. Frank gekannt haben, haben ihn mir nicht als »kühlen Rechner«, sondern als einen »brutalen Polizisten« geschildert. Aber sei das wie es sei, auch wenn ich – bei Nicht-Kennntnis der Aktenlage – Professor Kren nicht einfach widersprechen möchte. Politisch geht es allemal darum: Die Sudetendeutschen sollen in ihrer Mehrheit in Anklagezustand versetzt werden, damit man ihre Millionervertreibung rechtfertigen kann. Die »Versöhnungserklärung«, die ihren Namen kaum zu Recht trägt, hat hier leider gar nichts versöhnt, sondern den Zwist vertieft. Gott sei Dank ist das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen sehr viel besser.

FRANK WULLKOPF / DIRK JÄGER /
GESA SNELL

Wirtschaftswunder mit Schattenseiten

Zum Wandel in Tschechien

Zwanzig Stipendiatinnen und Stipendiaten der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG reisten im Herbst letzten Jahres in die tschechische Republik. Mit der Seminarreise sollte auch ein kleiner Beitrag zum Abbau des eindimensionalen Verhältnisses zwischen Deutschen und Tschechen geleistet werden. Die meisten Bundesbürger wissen nämlich immer noch viel zu wenig über Tschechien und Tschechen. Folgende Beiträge – sie sind das Ergebnis des Seminars – befassen sich mit dem politischen Wandel, den Wirtschaftsreformen und der jüngeren tschechischen Geschichte.

Die Texte von Frank Wullkopf, Dirk Jäger und Gesa Snell, wurden von Philipp Ther, dem Leiter des Seminars, redaktionell betreut.

Frank Wullkopf:
Die neoliberale Regierung in der Krise

Die positiven Wirtschaftsdaten der Tschechischen Republik für den Zeitraum von 1990 bis 1996 hätten einen glatten Wahlsieg der Regierungskoalition unter Václav Klaus erwarten lassen. Die Arbeitslosenquote liegt zur Zeit bei gut drei Prozent, das Ausland investiert jedes Jahr höhere Summen in Tschechien. Nicht ohne Stolz verweist Milan Horalek, ehemaliger Minister für Arbeit und Soziales und ein Reformler der ersten Stunde, auf die imposante Summe von 16 Milliarden Dollar an Devisenvorräten. Dennoch verfehlte die bürgerlich-konservative Regierungskoalition die absolute Mehrheit im neugewählten Parlament und ist seitdem auf die Kooperation mit den erstarkten Sozialdemokraten angewiesen. Auch das gute Abschneiden der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens und der rechtsextremen Republikanischen Partei war eine Überraschung. Wie Horalek erklärte, fehlt der dezidiert marktwirtschaftlich orientierten Politik von Ministerpräsident Václav Klaus offenkundig eine soziale Komponente. Die Privatisierung, so erfolgreich sie auf dem Papier sein mag, hat nur wenigen tschechischen Bürgern den erhofften Reichtum gebracht. Im Gegenteil – die Mehrheit der Tschechen muß angesichts der vorgenommenen Kürzung von Sozialleistungen den Gürtel erheblich enger schnallen. Weitere Belastungen stehen unmittelbar

bevor: Spätestens im Sommer 1997 beabsichtigt die Regierung eine drastische Erhöhung der bislang kräftig subventionierten Energiepreise. Schon die Erhöhung von 10,4 Prozent im Juli 1995 hat viele private Haushalte an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit geführt. Die sich immer ungleicher gestaltende Einkommensverteilung zwischen Reformverlierern und den Neureichen, die häufig der alten kommunistischen *Nomenklatura* entstammen, verschärft die Gefahr zukünftiger sozialer Konflikte.

Zu den gesellschaftlichen Gruppen ohne Lobby gehören zweifelsohne die in der Tschechischen Republik lebenden *Roma*. In der Zeit von 1989 – 1996 kamen nach eigenen Angaben 48 Angehörige dieser Volksgruppe durch Gewaltanwendung ums Leben. Bei der Aufklärung dieser Straftaten nehmen die staatlichen Strafverfolgungsbehörden eine indifferente Haltung ein. Des weiteren beklagen die *Roma* den erschwerten Zugang zur tschechischen Staatsbürgerschaft sowie eine gezielte wirtschaftliche Diskriminierung durch den Staat. Um eine effizientere Interessenvertretung der ca. 400 000 in Tschechien lebenden *Roma* gewährleisten zu können, fordert der Demokratische Verband die Aufnahme eines institutionalisierten Dialogs zwischen den *Roma* und dem tschechischen Parlament. In Ungarn hat dieses Modell zu einer Entspannung im Verhältnis zwischen Magyaren und *Roma* beigetragen.

Eine weitere Schattenseite des tschechischen Wirtschaftswunders stellt die problematische Umweltsituation dar. Das tschechische Umweltministerium versucht in seinem Jahresbericht ein eher positives Bild zu vermitteln und verweist auf einen ständigen Rückgang der schadstoffhaltigen Emissionen im Vergleich zu den letzten Jahren vor dem kommunistischen Zusammenbruch. Ein anderes Szenario entwirft Jindrich Petrlik, Vorsitzender der ökologischen Organisation *DETI ZEM* (Kinder der Erde). Dem Umweltaktivisten sind insbesondere die großen Braunkohle-Kraftwerke im Norden des Landes ein Dorn im Auge. Als Alternative plädiert der tschechische Strommonopolist *CEZ* (Tschechische Energiewerke) für die Fertigstellung des unstrittenen Kernkraftwerkes im südböhmischen Temelin. Der erste Reaktorblock sollte eigentlich schon im Jahr 1995 an das Netz gehen, mittlerweile gilt 1998 als ein realistisches Datum. Mit Verweis auf den zunehmenden Energieverbrauch im Land wird sogar der Bau von zwei neuen Blöcken zur Diskussion gestellt. Auf diese Weise rückt für die Tschechische Republik, die pro Kopf die meiste Energie aller europäischen Staaten ver-

braucht, ein Beitritt zu der 1995 auf der UN-Klimakonferenz in Berlin verabschiedeten Klimarahmenkonvention in weite Ferne.

Es bleibt abzuwarten, welchen Weg die Tschechische Republik in das 21. Jahrhundert einschlagen wird. Der Antagonismus zwischen der neoliberalen, ausschließlich an marktwirtschaftlichen Kriterien ausgerichteten Politik von Ministerpräsident Klaus und dem ethischen Moralismus in der Gestalt von Präsident Havel ist evident. Der tschechische Soziologe Professor Jiří Musil sieht in dieser bestehenden Kontraposition eine Kontinuität in Bezug auf die tschechische Geschichte. Auch Tomáš G. Masaryk, Staatspräsident der Tschechoslowakei von 1918-1935 und als »Philosoph auf dem Thron« apostrophiert, verkörperte eindrucksvoll die Überbrückung des Spannungsverhältnisses von Gesinnungs- und Verantwortungsethik in der Politik.

Dirk Jäger: Harte Proben für die Wirtschaft

Auf den ersten Blick befindet sich die tschechische Wirtschaft in einem hervorragenden Zustand, der es ermöglicht, eines Tages zu dem Lebensstandard der EU-Staaten aufzuschließen. Das Wachstum der tschechischen Wirtschaft beläuft sich 1995/96 auf solide fünf bis sechs Prozent – dies sind Zahlen, von denen die deutsche Wirtschaft derzeit nur träumen darf. Von dem Aufschwung profitiert inzwischen auch die Bevölkerung. Ein Besuch beim Schwerindustrie-Giganten *SKODA* in Pilsen verdeutlicht dies. Die Inflationsrate liegt zur Zeit bei 8,5 Prozent (Stand: April 1996). Die Löhne bei *SKODA* stiegen allein im ersten Halbjahr 1996 bis zu 20 Prozent. Dies ist zwar zweifelsohne positiv, wirft jedoch Fragen für den Export auf. Generell wird der Produktionsstandort Tschechien in den nächsten Jahren einen Wandel vollziehen. Waren bisher die niedrigen Lohnkosten ausschlaggebend für den Aufbau der Produktion in der Tschechischen Republik, so gelten angesichts der hohen Lohnsteigerungen künftig andere Kriterien. Pavel Kafka, dem Chef der tschechischen Siemensbetriebe, zufolge werden in Zukunft die Flexibilität der Arbeitskräfte, das Qualitätsbewußtsein, die Effizienz und die Produktivität ausschlaggebend für den Erfolg der tschechischen Wirtschaft sein. Das Vertrauen in die eigene Technik, Lernfähigkeit und Arbeitsqualität, die Grundlage für diese Umstellung sein müssen, ist in Tschechien vorhanden. Auch an Selbstbewußtsein mangelt es der aufstrebenden Nation nicht. Dies zeigte wiederum der Besuch bei *SKODA* in Pilsen und

anschließend bei dem Autohersteller VW-SKODA in Mlada Boleslav. Nicht nur das Management, sondern auch Arbeiter verwiesen stolz auf die Erfolge der letzten Jahre.

Nach der bereits erfolgten Aufnahme in die OECD strebt die Tschechische Republik mittelfristig auch die Aufnahme in die EU an. Doch die OECD mahnt die hohe Inflation an. Daniel Gladis, Vorstandsvorsitzender der ATLANTIK FINANCNI TRHY S. R. O., ist jedoch optimistisch. Er hält die mittelfristige Senkung der Inflation auf 5 Prozent allein mittels der Freigabe der staatlich begrenzten Miet- und Energiepreise für möglich. Die im vergangenen Sommer erfolgte Erhöhung der Diskont- und Lombardsätze durch die Zentralbank Tschechiens, die das zunehmende Wachstum der Geldmenge stoppen sollte, ist zur Senkung der Inflationsrate allerdings nicht sehr förderlich. Als Exportnation mit einer Exportquote von 50 Prozent ist die tschechische Wirtschaft auch stark von der Stärke der eigenen Währung abhängig. Die Tschechische Krone ist an einen Korb von DM (65 Prozent) und US-Dollar (35 Prozent) gebunden. Die Aufwertung der Mark gegenüber dem Dollar führte in den vergangenen Jahren zu einer Aufwertung der Krone und Rückschlägen beim Export. Gleichzeitig besteht ein immenser Bedarf an modernen Produktionsanlagen. Ergebnis ist ein ständig wachsendes Leistungsbilanzdefizit (1995: vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes). Während die Industrie daher über eine Abwertung der Krone zur Stimulierung des Exports nachdenkt, glaubt Kamil Janacek, Volkswirt in Diensten der KOMERCNI BANKA, daß sich dieses Defizit allein durch den sinkenden Bedarf an Maschinen und durch einen wiedererstarkten US-Dollar gegenüber der DM verringern und vielleicht sogar in einen Überschuß umwandeln läßt. Eine Abwertung der Krone gilt angesichts des damit verbundenen Vertrauensverlustes der ausländischen Handelspartner und Investoren nicht als wünschenswert.

Auch die im Westen als vorbildhaft angesehene Privatisierung hat an Glanz verloren. Die Privatisierung des Staatseigentums vollzog sich in zwei großen Wellen von 1991 bis 1995. Eigens für die Privatisierung gegründete Investitionsgesellschaften lockten viele Kleinanleger mit vergleichsweise günstigen Investitionskoupons und stellten in großen Werbekampagnen beträchtliche Wertsteigerungen und Dividendenzahlungen in Aussicht. Mehr als 6 Millionen Bürger beteiligten sich durch den Kauf von Kuponbüchern. Auf diesem Wege wurden rund 75 Prozent der Staatsbetriebe privatisiert. Diese Privatisierung erscheint heute jedoch bereits als reform-

bedürftig. Der größte Teil der Anteilseigner nämlich verwaltete seine Anteile nicht selbst, sondern überließ die Verwaltung den bereits erwähnten Investitionsgesellschaften. Diese wiederum befinden sich zum Großteil im Besitz der tschechischen Großbanken. Und genau hier liegt das Problem. Der tschechischen Republik ist es bis zum heutigen Tag nicht gelungen, die Großbanken zu privatisieren. Folglich kontrolliert der Fiskus nicht nur die ohnehin noch verbliebenen Staatsbetriebe – immerhin ein Viertel aller tschechischen Unternehmen – sondern er hat durch die Beteiligungen der Großbanken an den Investitionsgesellschaften auch großen Einfluß auf viele privatisierte Betriebe. Nicht ohne Grund wird daher in diesem Zusammenhang oftmals auch von einer sogenannten Scheinprivatisierung gesprochen. Wie die jüngsten Bankenkrähe zeigen, ist die indirekte staatliche Kontrolle und das Geflecht an Beziehungen ein Nährboden für Korruption und Fehlentscheidungen. Der wahrscheinlich einzige Ausweg aus dieser Misere ist die Entziehung jeglichen staatlichen Einflusses auf die Großbanken. Doch welcher private Investor soll sich bei Großbanken engagieren, die hohe Summen an unsicheren Krediten in den Bilanzen verzeichnen?

In makroökonomischer Sicht erweist sich inzwischen auch die niedrige Arbeitslosigkeit als zweischneidiges Schwert. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der gesamten Tschechischen Republik beträgt gut drei Prozent. Vertreter der Wirtschaft und – zur Überraschung der Seminarteilnehmer – auch Gewerkschafter behaupten, daß die Betroffenen überhaupt nicht arbeiten wollen. Auf das Gebiet westlich von Prag bis zur deutschen Grenze mag dies zutreffen. Dort liegt die durchschnittliche Arbeitslosenrate bei gerade einmal 0,3 Prozent. Im Osten Tschechiens dagegen sieht die Situation völlig anders aus. Regionale Arbeitslosenquoten von bis zu sieben Prozent lassen vermuten, daß die aufgestellte These von den nicht Arbeitswilligen hier nicht zutrifft. Im Osten ist es eher das nicht vorhandene Betriebskapital, welches die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert. Abhilfe soll dort in Zukunft die verstärkte Erschließung für den Tourismus und somit für den Dienstleistungssektor schaffen. Doch auch die westlichen Regionen Tschechiens sind nicht ganz sorgenfrei. So klagt die Führung von VW-SKODA über fehlendes Fachpersonal und über die mangelnde Verfügbarkeit von Azubis. Andererseits sind das Probleme, die man in Deutschland, vor allem in den Fünf Neuen Ländern, wohl gerne aus Tschechien importieren würde.

Gesa Snell: Weitgehende Einigkeit unter Historikern

Das größte Gewicht des Seminars lag auf der tschechisch-deutschen Geschichte. Dies erschien als natürlich, genießen doch die historischen Konflikte zwischen beiden Ländern im Moment höchste Aufmerksamkeit. Die Professoren Hans Lemberg, Ferdinand Seibt und Frank Boldt behandelten in ihren Vorträgen Probleme des Nationalismus und der deutsch-tschechischen Geschichte. Die tschechischen Teilnehmer, darunter Dr. habil. Jaroslav Kucera, Jaromir Bohác, der Stadtarchivar in Cheb, und Jirí Musil, der ehemalige Dekan der CENTRAL EUROPEAN UNIVERSITY, gingen darüber hinaus sehr kritisch auf die eigene Geschichte und Geschichtsschreibung ein. Da alle eingeladenen Referenten dem aufgeschlossenen, nicht-nationalisierten Flügel dieser Wissenschaftssparte angehörten, gab es keine grundlegenden Auseinandersetzungen, sondern es bestand weitgehender Konsens: Die Vorstellung tschechischer Politiker der Nachkriegszeit, die die Geschichte »neu machen«, also umschreiben wollten, ging von völlig falschen Voraussetzungen aus. Geschichte läßt sich nicht willkürlich ändern, sie ist geschehen, und die Aufgabe der Historiker besteht darin, sie zu beschreiben. Man spricht gerne von historischen Fakten, wenn man vergangene Vorgänge schildert, doch gibt es *die* Wahrheit bekanntlich nicht. Ereignisse werden von den Beteiligten verschieden ausgelegt, da jeder unter anderen Bedingungen interpretiert und einordnet. Will man eine unverkrampfte, einigermaßen sachliche Sicht auf die Dinge erreichen, müssen die besonders umstrittenen Punkte von Vertretern beider Länder diskutiert werden. So lernt man den Blickwinkel der anderen kennen und relativiert die eigene Einschätzung. Dieser schwierigen Aufgabe widmet sich seit mehreren Jahren eine gemeinsame deutsch-tschechische Historikerkommission. In ihren Gremien versucht man, die historischen Konflikte gemeinsam aufzuarbeiten, und für beide Seiten akzeptable Formulierungen und Darstellungen zu finden. Die Hälfte der in Cheb (Eger) anwesenden Historiker gehört dieser Kommission an, die sich beileibe nicht nur der jüngsten Geschichte und der sogenannten Vertreibung widmet.

In vielen Facetten wurde das Zusammenleben von Deutschböhmen und Tschechen beschrieben, sogar als Symbiose bezeichnet. Trotz der im späten 18. und im 19. Jahrhundert einsetzenden Nationalisierung der Bevölkerung waren die Gräben zwischen Deutschen

und Tschechen offensichtlich nicht unüberwindlich. Ein nicht unbedeutender Teil der Bevölkerung sprach auch im 19. Jahrhundert beide Sprachen. Zahlreiche Ehen zwischen Tschechen und Deutschen zeigen, daß es keine Stigmatisierung einer nationalen Gruppe gab. Es bestand eine Gruppe von Menschen, die in Bezug auf ihre nationale Zugehörigkeit nicht mehr eindeutig bestimmbar waren. Sie hatten im Bezug auf die nationale Identität, die allerdings stets nur eine von vielen Identitäten eines Menschen ist, eine indifferente Haltung. Dies läßt sich beispielsweise anhand der wechselnden Mehrheitsverhältnisse bei Volkszählungen im 20. Jahrhunderts feststellen: Die Nationalität, die gerade die Macht im Staat besaß, hatte die größere Anziehungskraft, zu ihr bekannten sich die meisten Menschen. Es scheint, als müßte die Nationalisierung der Bevölkerung in Böhmen und Mähren sehr viel differenzierter betrachtet werden als bisher.

Ganz im Gegensatz zu dieser Erkenntnis steht die nationalistische Ideologie. Sie ist tatsächlich absolut, verlangt eine Trennung der verschiedenen Nationen. Zunächst stand dabei die Erhaltung der nationalen Kultur im Vordergrund, die als Teil des Weltkulturerbes möglichst rein erhalten werden sollte. Nationale Minderheiten sollten als Bedrohung für die eigene Einheit ausgeschlossen werden. Neuere Untersuchungen in verschiedenen europäischen Ländern zeigen, daß dies im 19. Jahrhundert nur in bestimmten Situationen der Fall war, wenn der Bestand der Nation in Gefahr zu sein schien. Kaum war diese Bedrohung überstanden, traten wieder andere Bedürfnisse in den Vordergrund. Im täglichen Leben spielte die nationale Identität nur eine untergeordnete Rolle. Der Nationalismus wurde von den Menschen als Mittel zum Zweck eingesetzt; dies galt sowohl für die Eliten, die sich mit seiner Hilfe Macht aneignen wollten, als auch für die Bürger, die ihren Alltag bewältigen mußten. In diesem Zusammenhang wurde nationale Identität auch strategisch eingesetzt. Dies galt für den politischen und zwischenmenschlichen, wie für den wirtschaftlichen Bereich.

Ein Beispiel: *Wolfgang Deutsch* beschäftigte sich mit dem ökonomischen Wettbewerb und stellte fest, daß der Kampf um knappe Ressourcen mit dem Mittel der negativen Besetzung der ethnischen Zugehörigkeit der Konkurrenten ausgetragen wird, wenn andere Unterscheidungsmerkmale zwischen den Gruppen nicht vorhanden sind. Bei der Vergabe von Aufträgen wird demnach mit der ethnischen Zugehörigkeit argumentiert, um den Zuschlag zu bekommen, wenn andere Kriterien, wie z. B.



Seminar in Cheb (Eger): v. l. Anette Emtmann, Prof. Frank Boldt, Prof. Jaroslav Kucera, Klaus Stieve, Prof. Hans Lemberg, Prof. Jiří Musil und Prof. Ferdinand Seibt. Foto: privat

niedrigere Kosten, nicht angeführt werden können. Indem es – auf das Königreich Böhmen bezogen – einerseits eine größere Gruppe gab, die sich nicht eindeutig der tschechischen oder der deutschen Nationalität zuordnen ließ, die Menschen außerdem bereit waren, ihre nationale Zugehörigkeit zu verändern, müssen die starren Kategorien, die »Tschechen« und »Deutsche« trennen, aufgelöst und neu gefaßt, mindestens jedoch um die indifferente Gruppe erweitert werden.

Folgt man diesem Gedankengang, führte die Nationalisierung der Bevölkerung in Tschechien nicht zwangsläufig zu den Konflikten zwischen beiden Gruppen, sondern unter anderem deshalb, weil sich Menschen von der Zuspitzung der Situation Vorteile erhofften. Noch eine andere Konsequenz folgt aus dieser Einschätzung: Statistiken z.B. über die Größe der einzelnen Bevölkerungsgruppen, die sich auf vermeintlich objektive Daten von Volkszählungen stützen, müssen einmal genauer besehen werden. Möglicherweise ergibt sich auch ein neuer Blickwinkel auf die deutsch-tschechische Geschichte, wenn sie in Verbindung zu den Beziehungen anderer, kleiner Nachbarn zu Deutschland gebracht wird. Das Verhältnis zwischen kleinen und großen benachbarten Ländern ist immer psychologisch belastet. Gefühle von Bedrohung, Unterlegenheit und Fremdbestimmtheit kennen auch die

Niederländer und die Dänen. Ein Austausch in diesem Rahmen könnte fruchtbare Distanz zum Forschungsgegenstand schaffen, die gerade bei so belasteten Themen unerlässlich ist.

Zuletzt soll noch die Frage nach der Relevanz der historischen Aufarbeitung für die aktuelle Situation aufgeworfen werden, die gerade denjenigen, die die Beiträge »vor Ort«, an der Grenze von Deutschland und Tschechien hörten, förmlich auf den Nägeln brennt. Natürlich ist es wahr, daß historische Ereignisse auch heute noch wirken. Ist es aber nicht so, daß die Menschen eine eher diffuse Vorstellung von der Geschichte und dem möglicherweise erlittenen Unrecht haben? Die Tatsache, daß viele Tschechen heute Einzelheiten über die tschechisch-deutsche Geschichte kennen, spricht nicht gegen diese These, denn nicht einzelne Zahlen sind entscheidend, sondern die Einordnung der Ereignisse in den historischen Rahmen. Jaroslav Kucera sprach das Problem an, die von der deutsch-tschechischen historischen Kommission mühsam ausgehandelten Kompromisse auch »unters Volk« zu bringen. Der größte Teil der Bevölkerung ist an diesen Ergebnissen nicht sonderlich interessiert. Das eigene Erleben zählt, das mit den überkommenen Vorurteilen vermischt wird, und die jetzigen Erlebnisse mit Deutschen bestätigen unter Tschechen leider viele alte Ressentiments.

Die PDS ist ein ernsthafter politischer Partner

Im Heft 10/96 der NEUEN GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE haben sich der Theologieprofessor Richard Schröder – Berlin/Brandenburg – und der Bundestagsabgeordnete Stephan Hilsberg – Brandenburg – zum Umgang mit der PDS geäußert. Beide kommen zu dem Schluß, daß die Kooperation mit der PDS in den neuen Bundesländern bzw. im Bund unmöglich sei, weil sich die Partei nach wie vor antiwestlich, demokratiefeindlich und prokommunistisch darstelle, nur das Etikett, aber nicht den Inhalt gewechselt habe.

Die Strategie ist klar: In der Kommunalpolitik scheint eine sachbezogene Zusammenarbeit möglich, ansonsten sei der Kontakt zur PDS eher zu meiden. Durch Aus- und Abgrenzung soll die PDS über die Jahre »klein« gemacht werden.

Prinzipiell ist ein solcher Ansatz natürlich möglich. Aus persönlichen und politischen Erfahrungen in der DDR, aber auch wegen jüngerer Äußerungen einzelner Parteimitglieder oder der Politik einzelner Zirkel wie z. B. der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM ist eine solche Reaktion durchaus erklärbar und verständlich. Ob man daraus auch ein grundsätzliches Politikverständnis der SPD in den neuen Bundesländern ableiten sollte, will ich im Weiteren diskutieren, ohne dabei nochmals Bezug auf Ziele und Programme der Partei zu nehmen. Ob die PDS die Demokratie mehr stützen oder beseitigen will, scheint aus meiner Erfahrung vom regionalen Einzelfall abzuhängen und dessen konkreten Anspruch, kommunal oder gar landesweit Gestaltungsmacht ausüben zu wollen. Da die Anzahl konstruktiver PDS-Mandatsträger in den Kommunen zugenommen hat und wohl auch weiter steigen wird, scheint auch die Bereitschaft der Partei, zumindest auf dieser Ebene »demokratiefördernd« zu wirken, stärker ausgeprägt zu sein als viele glauben.

Ein einheitliches Bild läßt sich zumindest in Sachsen-Anhalt nicht feststellen. Fest scheint aber zu stehen, daß weite Teile der Partei »staatstragend« sind, im Sinne einer bejahten Regulierung von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Problemlagen über den öffentlichen Bereich.

Das Programm der PDS bietet immer noch für jede gesellschaftliche Gruppe – vor allem natürlich im Osten der Republik – genügend Ansatzpunkte für eine partielle, zeitlich befristete oder interessengeleitete Identifizierung. Allerdings fällt den meisten Lesern der Pro-

grammate nach kurzer Zeit die Widersprüchlichkeit und der latente Konservatismus in den Grund- und Wahlaussagen auf.

Auch der Umgang mit der Vergangenheit, speziell die Rolle der Stasi wird von vielen Sympathisanten und Wählern als eher unproblematisch eingestuft. Die allgemeine Situation in Ostdeutschland ist vielmehr von einem rasant um sich greifenden Desinteresse an der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit gekennzeichnet. Man ist vielmehr mit der Lösung der Alltagsprobleme beschäftigt.

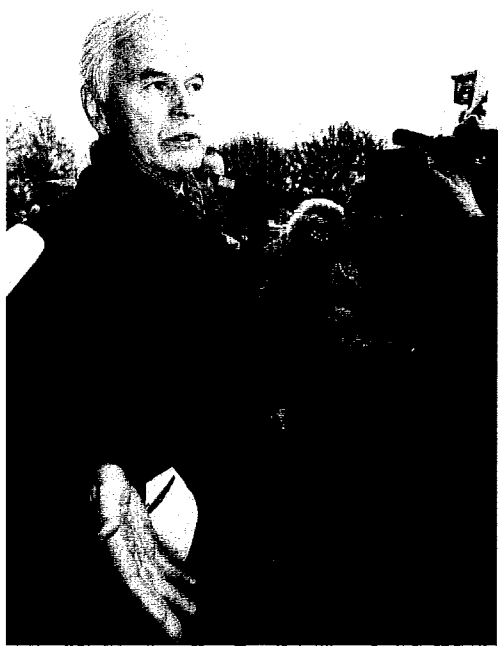
Weit gefehlt wäre aber die Schlußfolgerung, die BürgerInnen in den neuen Bundesländern würden nicht wissen, um wen es sich (inzwischen) bei der PDS handelt.

Erst ganz allmählich schleicht sich in Ost und West der Verdacht ein, daß das Wahlverhalten der BürgerInnen in den neuen Bundesländern nicht ausschließlich und zwangsläufig auf die programmatischen Forderungen oder personellen Angebote der PDS zurückzuführen ist. Von einzelnen Ausnahmen wie Gysi einmal abgesehen – was treibt die Ostdeutschen in Scharen zur PDS, trotz real-kommunistischer Vergangenheit und des inhomogenen und diffusen Erscheinungsbildes der Partei in den neuen Bundesländern?

Nach wie vor kann die Partei dort Zuwächse verzeichnen, mit Ausnahme in Sachsen-Anhalt, wo die rot-grüne Minderheitsregierung von der PDS toleriert wird. Selbst wenn sich damit zumindest in einem Bundesland die These von der Entzauberung der Partei durch Einbindung und partielle Verantwortungsübernahme zu bestätigen scheint, die SPD profitiert nicht von der Stagnation der PDS und den Verlusten der CDU.

Offensichtlich greifen in allen neuen Bundesländern, egal bei welchen politischen Konstellationen, die herkömmlichen Erklärungsmuster zu kurz, vor allem, wenn es immer wieder heißt, die Ostler seien undankbar und unaufgeklärt, wählen weiter die alten Kommunisten oder lieber gar nicht mehr. Vielleicht sind aber die Ostdeutschen doch anders und nur die herkömmlichen Erklärungsmuster »in die Jahre gekommen«? Eine FU-Analyse von Gero Neugebauer und Richard Stöss beweist es schwarz auf weiß: Die Ostdeutschen setzen andere Prioritäten in ihrem sozio-kulturellen und wirtschaftlichen Koordinatensystem. Interessant ist dabei, daß sich diese These quer durch alle Parteien belegen läßt.

So wird bei allen die soziale Seite der Marktwirtschaft stärker eingefordert. Persönliche



Unschuldsmiene: Prozeß gegen Modrow Foto: dpa

bzw. familiäre Sicherheiten stehen obenan. Die regulierende Rolle des Staates als ordnende »Hand« wird deutlicher gefordert als bei den westdeutschen Befragten der gleichen Parteien. Damit liegen die Ostdeutschen aller politischen Couleure auf einer gesellschaftlichen Linie, während man im Westen deutlich individualistischer und liberal-marktwirtschaftlicher eingestellt ist. Hier zeigt sich die lange so unterschiedliche Sozialisierung, die auch nicht per Einigungsvertrag geändert werden konnte. In Ostdeutschland wählt man also das authentische ostdeutsche »Original« und nicht die »ostdeutschen Töchter westdeutscher Mutterparteien«, selbst wenn die Mitgift auf den ersten Blick noch so verlockend erscheint. Damit ist klar, daß jede Wahlkampf- oder Zwischenwahlkampfstrategie gegen die PDS nur mit ostdeutschen Themen und unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten und Mentalitäten geführt werden kann. Anderenfalls wird sich der sozio-kulturelle Unterschied der BürgerInnen über Jahrzehnte in Wahlverhalten niederschlagen.

Jeder Versuch der Sozialdemokraten in Bonn, die Meinungsführerschaft bei Mitgliederkampagnen oder Wahlen zu übernehmen, ist zum Scheitern verurteilt. Analoge Experimente von CDU, FDP oder BÜNDNIS-GRÜNEN endeten ebenso erfolglos. Nur die PDS kann als ostdeutsche Folklorepartei munter drauflos arbeiten und agitieren. Das erklärt auch, warum sie umgekehrt

im Westen der Republik kein »Bein auf den Boden bekommt«. Das »Gespenst des Kommunismus« als Massenerscheinung wird also in absehbarer Zeit unter den BürgerInnen in Westdeutschland nicht umgehen. Mit dieser freundlichen Aussicht für den Westteil unserer Republik fangen aber die Probleme der etablierten Parteien im Osten erst richtig an.

Die parteipolitischen Probleme im Osten können also nicht auf die PDS oder den Umgang mit ihr reduziert werden. Maßgeblich scheint vor allem zu sein, welche Lösungskompetenz man bei der Bewältigung der Probleme anzubieten hat, die durch die vierzigjährige Diktatur und die Defizite aus dem sechsjährigen Vereinigungsprozeß im Osten entstanden sind. Zu lösen ist das Problem mit der Gysi-Partei weder über eine Koalition, noch mit einer Abgrenzung, sondern nur mit einer Orientierung auf die eigenen Stärken der SPD in den neuen Bundesländern. Das »Forum Ostdeutschland« ist dabei ein vielversprechender Ansatz. Zum ersten Mal versucht die Partei, aus den neuen Bundesländern heraus die gesellschaftliche Situation zu analysieren und Lösungswege öffentlich zu diskutieren.

In der Tat gleichen die Problemlagen in den neuen Bundesländern Vorboten der gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Deutschland überhaupt. Die Standortdebatte ist Ausdruck der Hilflosigkeit bei der Bewertung der gesamtdeutschen Strukturbrüche. Der Umgang damit eröffnet der SPD in den neuen Bundesländern eine gute Chance für die Mehrheitsfähigkeit in der Gesamtrepublik überhaupt.

Natürlich gibt es wirtschaftliche oder kulturelle Problemlagen in Westdeutschland, die einem direkten Vergleich in dieser verkürzten Darstellung nicht standhalten. Trotzdem behaupte ich, daß die internationale Arbeitsteilung und ihre direkten sozialen, ökologischen und kulturellen Auswirkungen am deutlichsten in den neuen Bundesländern studiert werden können. Mit den praktischen Erfahrungen auf dem »Experimentierfeld Ostdeutschland« lassen sich Strategien für den »Standort Europa« am Ende des 20. Jahrhunderts diskutieren und realistischere Szenarien entwickeln als in den meisten »linksrheinischen« Diskurse.

In diesem gesamtdeutschen Diskurs müssen die ostdeutschen Politiker gemeinsam mit den Vorstehern anderer Interessengruppen, wie z. B. der Gewerkschaften, einen erheblichen Anteil der Meinungsführerschaft übernehmen. Der Einigungsprozeß in Deutschland und Europa wird sicher noch Jahrzehnte dauern. In dieser Zeit sollte die PDS als ein möglicher, ernsthafter politischer Partner in Ostdeutschland betrachtet werden.

Im Rahmen der Vereinigung beider deutscher Staaten kommt der PDS, nach Stöss und Neugebauer, eine entscheidende integrative Bedeutung zu. Man kann sich ausmalen, wie solche Wähler votiert hätten, wenn es diese Partei nicht geben würde. Letztendlich entscheidet, wie in dutzenden Kommunen von Mecklenburg-Vorpommern bis Sachsen praktiziert, über die Bündnisfähigkeit der PDS der Wähler. Auf kommunaler Ebene mögen Personen und Programme ausreichen. Bei Landesbündnissen aber käme auf die Partei politische Verantwortung in allen Politikbereichen zu; die sie momentan wohl nicht ausfüllen könnte. Noch immer hat also die SPD die Chance, sich in den neuen Bundesländern als einzige sozialistische Partei zu präsentieren, wenn sie auf die besonderen Bedingungen im Osten eingeht.

DANKWARD BRINKSMELER

Purismus allein genügt nicht

Barbe, Hilsberg und Uschner

Daß ein großer Bevölkerungsteil sich so wenig dankbar gegenüber den ostdeutschen Bürgerrechtlern erweist, so wenig ehrerbietig gegenüber einer angeblich in der DDR vollzogenen »friedlichen Revolution« und so viele Menschen die PDS wählen, können Leute, wie Hilsberg, offenkundig nicht begreifen und scheinen es nicht mit Sachverstand und menschlicher Würde zu verarbeiten. Um ein Wort aus diesen Tagen von Günter Gaus aufzugreifen: früher in den Westen gegangene Literaten und ehemalige Bürgerrechtler versuchen aus ihrer (schillernd aufgemotzten) Vergangenheit eine »immerwährende Gegenwart zu machen«.

Selbsternannte – und deshalb von der CDU/CSU u. a. so vordergründig gelobte – »Helden der Herbstrevolution« kommen bei der ostdeutschen Bevölkerung schon lange nicht mehr an. Vor allem dann nicht, wenn sie ihre politische Existenz – oft sehr einträglich – nur auf zwei miteinander verbundene Themen einengen: »Aufarbeitung« (auf allen Gebieten und für alle Zeiten, von der Pauschalabwicklung der Wissenschaftler bis zur Straßenumbenennung) und *Nieder mit der SED/PDS!*

Einige aus der SPD stammende, sich auffällig als »Puristen« gebärdende Genossen, haben keineswegs einen »erheblichen Anteil an der

Entmachtung der SED« gehabt. Der Autor weiß, wovon er spricht, denn er war bei der Gründung in Schwante, aber auch vorher und nachher dabei. Was diese Genossen, die lieber Parteifreunde genannt werden wollen, erreicht haben, ist eines: Sie haben einen sachlichen Zugang zu der Tatsache, daß es in der DDR 2,3 Mio. SED-Mitglieder, von ihr gelenkte Blockparteien und Massenorganisationen, darunter die Einheitsgewerkschaft mit 8 Mio. Mitgliedern, gab, zu verhindern vermocht. Gewiß gibt es unter diesen Menschen Täter, Mitläufer, Karrieristen und Stalinisten. Aber es gab unter ihnen auch nicht wenige Menschen, die sich freiwillig und engagiert für gesellschaftliche Belange einsetzten (z. B. »Schöner unsere Städte und Dörfer!«). In jeder Gesellschaft sind es nach geschichtlicher Erfahrung generell nur fünf bis sechs Prozent der Menschen, die sich selbstlos gesellschaftlich engagieren.

Mehr als die Hälfte der SED-Mitglieder kam überdies aus sozialdemokratischen Elternhäusern und Traditionslinien. Artikulierten sie sich offen, wurden sie sofort verfolgt. So konnte sich in der SED kein sozialdemokratischer Führer von Rang profilieren. Aber das Denken an die Eltern und Großeltern, an sozialdemokratische Leistungen blieb wach. Weder den »Kommunistischen Gruß« noch die Umbenennung in »Kommunistische Partei« konnten Ulbricht oder Honecker durchsetzen. Kommunisten gab es 1945 in Ostdeutschland ganz wenige, und auch vor 1933 waren die ostelbisch-nichtbürgerlichen Wähler in ihrer Mehrheit traditionell sozialdemokratisch orientiert. Darauf setzte Willy Brandt noch nach dem Fall der Mauer seine Hoffnungen. Er und Wegbegleiter wie Egon Bahr wollten eine Wiedergutmachung der diktatorischen Vereinigung von SPD und KPD in der SBZ und eine Erneuerung des alten sozialdemokratischen Einflusses in Ostdeutschland. Es gab, wie Egon Bahr in seinen Memoiren schreibt, die Chance zu einer »prinzipiellen Bereinigung, mindestens Entgiftung des Verhältnisses von Parteien mit denselben Uraltwurzeln«. In Konkurrenz mit einer linkssozialistischen Partei, so Bahr, hätten sich interessante Perspektiven für die Gestaltung der Machtverhältnisse aufgetan und der SPD den Kampf um die Mitte erleichtert. Mit den dogmatischen SED-Machthabern hatte die SPD verhandelt, um auch der inneren Opposition in der DDR Freiräume zu schaffen und die verkrusteten Gesellschaftsverhältnisse nicht nur in der DDR aufzubrechen. Massenandrang herrschte vor den Kameras bei Fototerminen von Honecker – wer von den heutigen Repräsentanten der BRD war wohl nicht dabei? Nach der Wende wurde den revisionistischen Nach-

folgen der SED gleiche Anerkennung versagt: »Sozialdemokraten, gleichsam, als hätten sie sich nachträglich für die Annäherung zu entschuldigen, die doch zum Wandel geführt hatten, zeigten Berührungängste... Innenpolitische taktische Opportunitätsabwägungen konnten vorgebracht werden. Genützt haben sie nichts.« (Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, S. 581).

In der Tat: neben einer Reihe von Politikern der CDU und CSU (die wohl die verwerflichsten Kontakte zum KOKO/STASI-Imperium hatten) waren es einige meiner SPD-Parteifreunde, die massiven Druck gegen jeden Versöhnungsansatz der Gesamt-SPD ausübten und teilweise bis heute den Kurs »Ausgrenzung für immer, koste es, was es wolle!« verfolgen. Brandtsche Versöhnungsappelle wurden überhört, die Hinweise auf die demokratische Überwindung des Franco-Erbes oder die Vergabung Kurt Schumachers gegenüber der Waffen-SS (!) wurden ignoriert, weil, so Hilsberg, das »gefährlich« für die junge Partei im Osten gewesen wäre, die erst erstarren müsse. Nun, das ist bis heute nicht geschehen. Mit rund 30 000 Mitgliedern ist die SPD schwach, wenig öffentlichkeitswirksam, vielerorts sektiererisch und daher für viele Wähler nicht mehr wählbar. Deshalb ist ein Blick zurück auf den Ausgangspunkt nicht unwichtig.

Willy Brandt hatte bekanntlich auf dem Vereinigungsparteitag an die »stumme Armee« derer erinnert, die 1946 politisch gefangen genommen wurden.

Leider setzten sich Leute, wie Hilsberg, Barbe, damals auch noch Richard Schröder, Schwannitz, Kunkel u. a. durch und ignorierten die erprobte Fähigkeit der SPD zur Integration und politischen Einflußnahme. Die gute alte SPD und Politiker, wie Willy Brandt, gingen in ihrer Geschichte viele Wagnisse ein, aus dem Artikel von Hilsberg spricht aber Angst und Unsicherheit. »Lieber klein, aber rein!« – Das ist ein stalinistischer Ansatz, kein humanistischer, christlicher, politisch kluger, der Differenzierung und Versöhnung verlangt. »Eine gründliche Aufklärung kann natürlich nur dann klappen, wenn die Betroffenen die Gewähr haben, einen Neuanfang machen zu dürfen. Theologisch gesagt: Ihnen muß vergeben werden«, so Friedrich Schorlemmer, der als erster sich im Sommer 1989 im »Westfernsehen« offen zur Systemüberwindung und Sozialdemokratisierung bekannte und in Ostdeutschland hohes Ansehen genießt. Die Realisierung seines Denkansatzes scheiterte u. a. an der Obstruktion von Hilsberg, Barbe und einigen anderen. Sie spielten sich als »moralisches Gewissen« der SPD auf und griffen immer wieder die SPD-Ostpolitik an, um ihre eigene Rolle künstlich zu erhöhen. Die Partei hat dadurch

nicht gewonnen, sondern schweren Schaden erlitten, der nur mit einem radikalen Kurswechsel zu mindern sein wird. Exemplarisch steht hierfür der »Fall Manfred Uschner«, den Hilsberg in seinem Artikel wieder einmal aufwärmt. Er ist typisch für die häufig undifferenzierte Herangehensweise Hilsbergs und seines immer geringer werdenden Anhangs.

Auf Negativwirkung bedacht, rückt man nur eines in den Vordergrund: *die Funktion*. Manfred Uschner wird also zum Büroleiter Hermann Axens gemacht (als solcher war er Verhandlungspartner Brandts, Vogels und Bahrs und für Friedens- und Außenpolitik zuständig). Uschner war aber lange Zeit nur zweiter, dann erster »wissenschaftlicher« Mitarbeiter im Range eines stellvertretenden Abteilungsleiters (wer etwa kennt die persönlichen Mitarbeiter führender SPD-Genossen?). Daß er zusätzlich auf internationalem Gebiet tätig war, wo die SED noch am besten aussah und die SPD deshalb hier Verhandlungen anbieten konnte, bleibt schon mal außer Betracht. Daß M. Uschner am 20. Februar 1989 fristlos gefeuert und mit Berufsverbot belegt wurde, läßt man einfach weg. Das Interesse der SED am Weiterverhandeln mit der SPD ersparte Uschner eine Haft in Hohenschönhausen, die Honecker persönlich verlangt hatte.

Bereits am 7. Juli 1985 (!) sprach er von sich aus mit Egon Bahr in Dresden über das gemeinsam zu erreichende Ziel der deutschen Einheit, wozu man die abrüstungspolitische Zusammenarbeit nutzen und wobei man die Interessen der jeweiligen Bündnispartner berücksichtigen müsse. Wer hat zu jener Zeit, also vor 12 Jahren, schon von uns Pfarrern an die baldige deutsche Einheit gedacht? Auch Stephan Hilsberg wollte, wie viele andere, eine reformierte DDR. Er möge seinen Fraktionskollegen Hermann Scheer fragen, wie weit schließlich das Vertrauensverhältnis M. Uschners gegenüber der SPD Jahre vor der Wende ging. Nach den Gesetzen der DDR grenzte es an Hochverrat. Das gleiche trifft auf die konspirative Zusammenarbeit M. Uschners mit dem Büro Gorbatschow und einem Kreise Eingeweihter zu, die den Sturz von Honecker und Konsorten zum Ziele hatte. Professor Sagladin, der im April 1986 den Direktkontakt zu Gorbatschow organisatorisch und inhaltlich aufgebaut hatte, erklärte im Sommer 1994 auf einer Veranstaltung in Berlin: »M. Uschner saß mit uns in von Michail Gorbatschow gesteuerten Boot zur Veränderung der Verhältnisse in Ostberlin!«. Über all das, nicht zuletzt den Beitrag Uschners zur Verhinderung des Blutvergießens in der DDR am 8./9. Oktober 1989 und seine Hilfe in Ausreiseangelegenheiten, gibt es Zeugen und dokumentarische Belege, auch über seine jahrzehnte-

lange Verfolgung durch 4 Hauptabteilungen des MfS. Einen »Aufstand der Ost-SPD« dagegen gab es nicht, wie von Hilsberg behauptet, wohl aber eine von Hilsberg und Barbe organisierte und von Landesgeschäftsführer Hartung begleitete Kampagne, die eine Bestätigung durch den Geschäftsführenden Landesvorstand der SPD wieder zunichte machte.

Daß die SPD-Spitze das ihr angebotene Material und die Zeugen nicht nutzte, die eine Mitgliedschaft M. Uschners stützten, lag einzig und allein an der damals mehrheitlich vertretenen Auffassung: Wir dürfen die schwache Ost-SPD nicht auch noch aufspalten. Heute bedauern nicht wenige ihre damalige Position. Immerhin waren Verheugen, Bahr, Scharping, Momper und andere für die Mitgliedschaft Uschners eingetreten, wie schon Brandt in der Wendezeit. Jochen Vogel äußerte sich ähnlich. Gregor Gysi äußerte sich über Manfred Uschner auf der Leipziger Buchmesse 1996 so: Hätte dieser 1995, also sechs Jahre nach der Wende, Erfolg gehabt, es wäre für die PDS eine gefährliche Konkurrenz im Osten entstanden. Die FAZ hatte schon im Februar 1995 festgestellt: mit Uschner habe die SPD »ein Messer gegen die PDS« bekommen, das sie aber nicht nutzen will.

Wem hat Stephan Hilsbergs »Strategie« also genutzt? Er schürte Ängste, indem er so tat, als wollten hunderte ehemaliger SED-Funktionäre die SPD unterwandern und die von Wende-sozialdemokraten erworbenen Ämter zurückerobern. Welch ein Unsinn: Kein anderer Parteifunktionär der SED wollte 1995 mit Uschner in die SPD aufgenommen werden. Ihm ging es um die ausgegrenzten ehemaligen SED-Mitglieder, die für die SPD das einzig real vorhandene natürliche Reservoir darstellten. Sie sollten sich nicht in das Lager der Nicht- oder Protestwähler zurückziehen.

Die angeblichen »Beweise« Hilsbergs, daß ein Festhalten am Ausgrenzungskurs der SPD nutze, eine Aussöhnung ihr aber schade, halten keiner sachlichen Prüfung stand. In Sachsen und Thüringen dümpelt die SPD vor sich hin. Meinungsumfragen geben ihr dort nicht einmal 12 Prozent Wählerchancen. In Berlin, wo einige SPD-Funktionäre das Frontstadtklima anscheinend aufrecht erhalten und den Kalten Krieg fortsetzen wollen, verlor die SPD bei den letzten Wahlen deftig. Im Ostteil der Stadt erreichte sie gerade 20 Prozent; Tendenz angesichts der von der CDU nicht zu unterscheidenden Politik: weiter fallend. In Mecklenburg-Vorpommern wurden »in höherem Interesse eines nordrheinwestfälischen Spitzengenossen« gute Chancen vertan, in Sachsen-Anhalt wurden sie erfolgreich genutzt. Im Berliner Umland könnte von einem »Brandenburger

Modell« gesprochen werden: Auseinandersetzung mit der PDS, wo nötig, und konstruktive und sachliche Zusammenarbeit, wo möglich.

Über das »Ostforum der SPD«, in dem Stolpe und Höppner aktiv einen Kurs der Versöhnung und der Sammlung von parteilosen Sachkennern um die SPD fördern, ist der SPD eine weitere Chance erwachsen, historische Fehler von 1989/90 und danach zu korrigieren. Mit der stärkeren Betonung ostdeutscher Interessen und dem »Ansprechen latent entwickelter sozialistischer Grundorientierungen der Ostdeutschen« kann die SPD Punkte sammeln.

Oskar Lafontaine forderte in Leipzig, nicht länger die auf Täuschung angelegte Begrifflichkeit der CDU/CSU nachzuplappern, sondern die eigenen sozialdemokratischen Werte und Ideen stärker zu akzentuieren. Was Hilsberg unter »Strategien gegen die PDS« anbietet, ist wirklichkeitsfremd und arbeitet der CDU/CSU und der PDS direkt in die Hand. Die Begründungen für Hintzes *Rote Socken*-Kampagnen und seine Haltung sind identisch. Überhaupt ist zwischen beiden in der Sicht vieler Ostdeutscher kein Unterschied zu erkennen. Rachefeldzüge und Pauschalverunglimpfungen führen zu Abwehrhaltungen der Ostdeutschen bei immer mehr Bürgern, die mit der PDS nichts am Hut haben, oftmals nie in der SED waren. Die »Sozialdemokratisierung« der SED in »homöopathischen Dosen« war das Ziel der SPD seit Tutzing. Wenn Hilsberg die nicht mehr existente SED und die heutige PDS gleich behandelt sehen möchte, eine differenzierende Wertung der verschiedenen Gruppen nicht vornimmt, ja die Sozialdemokratisierungstendenz in der PDS nicht einmal zur Kenntnis nimmt, wie will er da einen »Keil« in diese Partei treiben? Seine Haltung schließt jede Zusammenarbeit mit der PDS aus. Die findet aber längst auf Kommunal- und Landesebene statt. Die Macht des Faktischen erweist sich als stärker. Kapitalismusanalysen von Karl Marx werden in beiden Parteien diskutiert. Sowohl SPD- als auch PDS-Mitglieder und DIE GRÜNEN sind gegen die Ersetzung der Politbüro-diktatur durch den vom Großkapital beherrschten unsozialen Ameisenstaat. Die gemeinsamen historischen Wurzeln der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, durch die schlimmen Fehlentscheidungen von 1914, die Oktoberrevolution von 1917 und die stalinistischen Pervertierungen verschüttet, werden nicht ewig verschüttet bleiben. Auf der Suche nach neuen Formen des sozialen, politischen, ökologischen und wirtschaftlichen Zusammenlebens wird man sich im linken Lager weiterhin als streitende Konkurrenz, wohl aber nicht als Todfeind gegenüberstehen können.

STEPHAN KRASS

Ego-Kollaps und Euro-Infektion

Heiko Michael Hartmanns Debutroman »MOI«

Das Leben ist eine Krankheit zum Tode. Fred Openkör ist an der letzten Station angekommen. Im spezialbeschichteten P-Raum der Abteilung für hoffnungslose Fälle deliriert er »prall wie ein Ballon« dem sicheren Ende entgegen. Schon der leiseste Luftzug kann den P-Fall auslösen. Fred Openkör ist nur noch ein Torso. Alle Gliedmaßen sind wegen unkontrollierten Wachstums kurz vor dem Platzen abgeschnitten worden. Die Gewebekonsistenz hätte dem Plasmadruck nicht standgehalten. Jetzt wütet das Virus in seinem aufgeblähten Restkörper. Es gibt keinen Berstschutz für implodierende Zellen. Fred Openkör weiß: Es ist nur eine Frage der Zeit, dann wird er »lauwarm von der Kachelwand tropfen . . . als Putzpensum für Aushilfskräfte«. Seine Krankheit ist ein Wachstum zum Tode.

Vor nicht allzu langer Zeit noch hatte Schwester Erna ihm liebevoll das Thermometer unter die Achsel gesteckt. Es war seine letzte. Jetzt ist auch die ab. In wilden Fieberträumen und wirren Hirnhalluzinationen dümmert der »ovale Fleischklumpen mit dem blanken Melonenhaupt« vor sich hin. Ohne Gliedmaßen treibt er »wie ein führerloses Traumschiff« durch die Galaxien einer unbekanntenen Seuche. »MOI – Emm, Oh, Ih« heißt die Krankheit, die im gekachelten Isoliertrakt eines Spitals endet. MOI wie »Mala die d'Origine Inconnue« oder MOI wie »Ich«. Das Ego ist eine Krankheit unbekanntes Ursprungs.

In dieser »Menschenmetzgerei«, die wir nach einer zweifelhaften zivilisatorischen Übereinkunft Krankenhaus nennen, arbeiten Labormediziner und Neurochirurgen im Verbund mit einer entfesselten Gerätemedizin an dem Projekt, die zurückgeschnittenen Torsi zum Schauplatz fragwürdiger Experimente zu machen. Das Gesundheitswesen ist ein seelenloser Profitbetrieb und die Ärzte sind seine Agenten. Gegen diesen »Schweinekonzern« mit hilflosen Leibern revoltiert Fred Openkör mit allen ihm verbleibenden Mitteln. Sein Körper liegt im Zwei-Fronten-Krieg mit dem Virus und dessen medizinischen Sachwaltern. Seine Chancen sind in jeder Hinsicht aussichtslos. Er ist einem infamen Spiel ausgeliefert. »Was ist denn das ärztliche Personal anderes als ein Priestertum, das in blinder Verzückung um die Gottheiten des Krankseins tanzt?«

Oberarzt Prof. Dr. Dr. Zahl und Schwester Erna haben die Station der aussichtslosen Fälle chirurgisch und idiomatisch fest im Griff. »Soo, die Härn! Jaa, Jaas iss wieda so weit! – Die Fiesitte! Der Brohphessor muss noch auf Nkongress heut!«, donnert Schwester Erna bedeutungsvoll durch das Siechenzimmer mit den MOI-Infizierten. Im Haus der Seuchen herrschen strenge Sitten und ein gnadenloser Dialekt. Am härtesten setzt Fred Openkör jedoch der hemmungslose Fernsehschwachsinn zu, den sein Bettnachbar Dupek mit Hilfe einer Fernbedienung dirigiert. Selbst als Dupeks letzte Hand »die Form eines Kuheuters« angenommen hat und er die Programmtasten nicht mehr bedienen kann, geht der Terror visueller Dauerberieselung weiter. Ein neu entwickelter »Tongue-Sörver« erlaubt die Fernbedienung per Zungendruck. Die mächtige Unterhaltungsindustrie läßt sich in ihrem unbändigen Innovationswillen auch durch erbarmungswürdigste Unpäßlichkeiten nicht in die Schranken weisen. Der Totalitarismus der bewegten Bilder kennt keinen Ausschluß. Um jede Seele wird bis zuletzt gekämpft. Die Waffen heißen »Maiämie Kops«, »Käptn Körk« oder »Juropp Njuhs«.

Dramaturgisch sekundiert wird das grotesk-makabre Seuchen-Szenario auf der Isolierstation von einem mitleid-triebenden Krankenhaus-Geistlichen, den die Patienten höhnisch »Herbert, den Schluchzer«, nennen und von dem Bauchladen-Therapeuten Klaus, der auf den schmeichelhaften Namen »der Sozialknüch« hört. Während Herbert zu Weilmachten eine Anstecknadel mit der Aufschrift »Denkt an die Dritte Welt« anlegt und aus einem Pappkarton treuherzig Kinderschokolade verteilt, versucht der konspirative »Sozialknüch« an allen anderen Tagen des Jahres, die malade Gesellschaft aus Todeskandidaten schnell noch im Sinne der imperialistischen Weltverschönerung zu bekehren (». . . weil DIE schon seit Jahr'n Gehmanipulationen in Kahlifornien gemacht hamn«).

Was Heiko Michael Hartmann hier als Abgesang auf letzte zivilisatorische Überkommenheiten inszeniert, ist Radikalsarkasmus der schwärzesteten Sorte. Hart an der Schmerzgrenze operierend, protokolliert er mit bitterer Lakonie ein unaufhaltsames Verenden, das



Es fliegt was in der Luft. Kann man sich an Geld infizieren?

Foto: Marcus Gloger/JOKER

ohne den geringsten Funken Hoffnung geradewegs auf das »Abterminieren« im P-Raum zuläuft. Daß Hartmann aus der Extremperspektive des todgeweihten Krüppels, der nur noch einen »Fleischballon mit Gesichtsknödel« darstellt, entlarvende Blickwinkel aufs Leben sucht, ist der tiefere Beweggrund dieser makabren Versuchsanordnung. Er tut das in einer Weise, deren physische Direktheit und pathologische Brutalität die Grenze des Grotesken nicht selten überschreitet und die Zone des Zumutbaren expansiv auslegt. Indes, er kann Geländegewinn verbuchen. Und der liegt jenseits eines derben Krankenhausschwanks oder einer grellen Spitalkomödie.

Ohne die Krankheit metaphorisch zu überfrachten, kommt Hartmann zu einem irritierenden Befund. Das Virus, das die Seuche überträgt, hat sich als Wirt nicht etwa den Menschen ausgesucht, sondern ein Medium, das wie kein anderes die Wertabstraktionen der modernen Gesellschaft repräsentiert: das Geld. Der Übertragungsweg der MOI-Infektion erfolgt über den 50 Euro-Schein, der demnächst im überregionalen Zahlungsverkehr eine prominente Position einnehmen soll. Das neue Geld stinkt nicht, es steckt an. »Europa bringt sich damit um«, brüllt der frisch infizierte Fred Openkör mitten in eine Festversammlung fröhlicher Vereinigungs-Enthusiasten.

Das Äquivalent des Geldes, das die Beziehungen unter den Menschen organisiert, kennt sie nur als Marktexistenzen, für die alle Lebensäußerungen zu Waren werden. Die auf dem Großmarkt Europa versammelten Einzelnen infizieren sich nicht mehr durch gegenseitige Übertragung, sondern sie mußten dem Geld auch hier die Mittlerrolle überlassen. Ihre letzte Gemeinsamkeit ist die Einheits-Währung, und genau die macht sie krank.

Hartmanns Diagnose ist wenig verheißungsvoll: In der großen europäischen Umarmung wird die individuelle Vereinsamung wachsen. Den verzweifelten Versuch des Einzelnen, in der Anonymität des Marktes eine Nähe oder gar Geborgenheit herzustellen, kann der Körper nur im Zerrbild pathologischer Ausdehnung darstellen. Doch ein Kontakt oder eine Berührung mit dem anderen findet nicht statt. Der allein gelassene Organismus wächst ins Leere. Das Ende ist der P-Fall.

Wenn in den großen Krankheitsliteraturen der sieche Leib allegorisch als Weltbild oder Selbstbild gelesen wird, ist er in Hartmanns Seuchenhaus in erster Linie deformierte Physis. Hartmanns Sprache bleibt stets auf der Spur des Seziermessers. Sie mißt genau, schneidet und trennt. Ihr Gegenstand ist der Körper und allenfalls eine philosophische Konstruktion des Ich, keine psychologische. Ohne

Sprungtuch balanciert die Ich-Gestalt auf dem Hochseil zwischen Sein und Nichts, als die Seuche das Seil auf einer Seite löst. Für den Stürzenden ist es gleichgültig, ob es der Seins- oder der Nichts-Pol war. »Ich werde mein Sterben als das unerhebliche Stinkei nehmen, das es ist. Es gibt keinen Gott, der es gewollt hat, kein Schicksal, das es vorherbestimmt hat. Es handelt sich um eine schlechte Fernsehsendung, nichts Besonderes. Allenfalls ein Exzeß an Bedeutungslosigkeit.«

Trotz vieler gegenteiliger Prognosen dieses hybridmedizinischen Jahrhunderts sind die großen Seuchen nicht ausgestorben. Sie kehren in immer neuem Gewand zurück. Krankheit ist Zeitsignatur. Mit Kafka wissen wir, daß jede Epoche die ihr gemäße pathologische Struktur ausprägt. Aids, Ebola, Rinderwahnsinn bilden das zeitgenössische Seuchenspektrum. Mit »MOI« hat Hartmanns furios-groteske Prosa das Krankheitsbild einer wahnhaften Vereinigungs-Ära geschaffen, die mit blinder Betriebsamkeit kompensieren muß, was ihr an konzeptueller Kraft fehlt. In ihrem Zentrum erscheint das hohle Gefäß eines uninfizierten Europa, in dem nicht die Resonanz einer gemeinsamen Vision widerhallt, sondern nur das Geklimper einer einheitlichen Währung.

Heiko Michael Hartmann: MOI. Roman, Carl Hanser Verlag, München 1997, 192 S., DM 34,-

MARIE-LUISE KNOTT

Von der Wahrheit, die es nur zu zweien gibt

Der Briefwechsel zwischen Hannah Arendt und Heinrich Blücher

Paris, Frühjahr 1936. Hannah Arendt, verheiratet mit Günther Anders, alias Stern, empfängt in ihrer Wohnung einen Herrn im Anzug, Hut und Spazierstock. »Monsieur«, wie sie ihn ironisch nennt, ist ein deutscher Kommunist, der ohne Papiere geflohen ist und sich alle Mühe gibt, in Paris nur ja nicht aufzufallen. »Monsieur«, kein geringerer als Arendts späterer Lebens- und Denkgefährte Heinrich Blücher, wird diesen Nicht-Namen: »Monsieur« sein Leben behalten, diesen Namen, der dem

Wunsch nach Nicht-Erkennbarkeit geschuldet ist. Als »Monsieur« auch taucht er auf in Arendts Briefen an Jaspers und Blumenfeld. Quelle camouflage!

Nun – aus Anlaß von Hannah Arendts 90. Geburtstag – legt der Piper-Verlag bzw. Lotte Köhler, die Nachlaßverwalterin von Hannah Arendt, die Korrespondenz dieser »Doppelmonarchie« (Karl Jaspers) vor. Hier hat »Monsieur« andere Namen. Kosenamen: »Poltergeist«, »Stups«. Sie selber hat diverse Namen, aber vor allem diesen: »Schnupper«, männlich wohlgemerkt. (»Mein lieber Schnupper« schreibt er an sie, und auch sie redet in der männlichen Form von sich als »Dein Schnupper«). »Monsieur« also entdeckt sich dem Arendt-Leser. Und was dabei zutage tritt, ist zunächst eine wunderschöne, weil auf Respekt und gegenseitiger Freiheit bei gleichzeitiger Nähe basierende Liebesbeziehung. Eine Beziehung, die ein Zuhause ist für diese beiden Geflohenen, und auf einem Miteinander des Denkens basiert – beides von hoher Intensität.

Endlich nach Hause und nie wieder Krieg

Briefe der Liebe sind der schnöde und sprachlich meist überhöhende Ersatz für fehlendes Miteinander. Der Rhythmus dieses Briefwechsels bestimmt sich im wesentlichen dadurch, wann und zu welchem Zweck sich Hannah Arendt von Blücher entfernt hat. Er selber ist nahezu stetig daheim. Zu Beginn liegt dieses »Daheim« in Paris. Er bleibt. Sie reist zur Gründung des jüdischen Weltkongresses nach Genf. Es folgt die Internierung der deutschen Männer bei Kriegsbeginn.

Die nächste briefliche Verständigung findet 1941 bereits auf amerikanischem Boden statt. Sie sind mittlerweile verheiratet und glücklich entkommen. Er ist »daheim« in New York, sie ist zum beschnuppern des amerikanischen Lebens als »au pair-Flüchtling« in einer amerikanischen Familie und vermittelt ihm Eindrücke der neuen Heimat.

1949 reist sie erstmals wieder nach Deutschland. »Does Germany still exist?«, fragt sie sich. »Weißt Du eigentlich, wie recht du hattest, nie wieder zurück zu wollen? Die Sentimentalität bleibt einem im Halse stecken, nachdem sie einem erst in die Kehle gestiegen ist. Die Deutschen leben von der Lebenslüge und der Dummheit.« Aber dann – Berlin, diese Stadt, in der sie beide einmal gelebt haben: »Stups, von Spandau bis Neukölln, ein einziges Trümmerfeld ... aber was es noch gibt, sind die Berliner. Unverändert, großartig, menschlich, humorvoll, klug....«. Und ihr Fazit: Nur hier, in

edition text + kritik

TEXT + KRITIK
herausgegeben von
Heinz Ludwig Arnold

**Neuerscheinungen im
Frühjahr 1997**

Heft 133

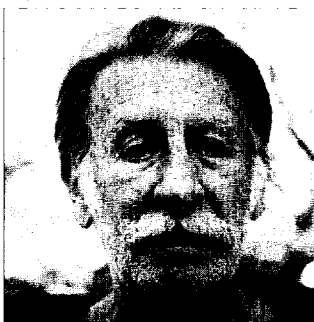
George Tabori

106 Seiten, DM 27,--
öS 197,--/sfr 25,--
ISBN 3-88377-552-5

TEXT+KRITIK

Zeitschrift für Literatur · Herausgeber Heinz Ludwig Arnold · 1/97

133
George Tabori

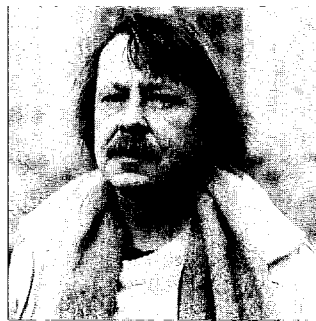


George Tabori ist eine Ausnahmerecheinung in mehrfacher Hinsicht: Als ungarischer Jude mit britischem Paß gibt er seit bald dreißig Jahren dem Theater in Deutschland und Österreich entscheidende Impulse. Mit großer Integrität reflektiert sein Gesamtwerk unser von Krieg, Verfolgung und Vernichtung geprägtes Jahrhundert. Das Heft betrachtet die wichtigsten, besonders auch die frühen Stationen von Taboris Schaffen. Untersucht werden die bedeutenden Theaterarbeiten und die Darstellung von Judentum und Holocaust, aber auch Taboris frühe Romane, seine Arbeit als Drehbuchautor und die »Medienfigur« Tabori.

TEXT+KRITIK

Zeitschrift für Literatur · Herausgeber Heinz Ludwig Arnold · 1/97

134
Stefan Schütz



Heft 134

Stefan Schütz

etwa 100 Seiten, ca. DM 25,--
ca. öS 183,--/sfr 23,--
ISBN 3-88377-553-3

Heft 73 · 2. Aufl.: Neufassung

Heiner Müller

etwa 150 Seiten, ca. DM 35,--
ca. öS 256,--/sfr 32,50
ISBN 3-88377-540-1

TEXT+KRITIK

Zeitschrift für Literatur · Herausgeber Heinz Ludwig Arnold

73
Heiner Müller

Zweite Auflage: Neufassung



**Verlag
edition text + kritik
Levelingstraße 6 a
81673 München**

Berlin, »gibt es noch so was wie Deutschland. Mir ist das Herz warm und ich denke an dich und bin von einem Alpdruck, dem Alpdruck des Suchens und Nichtfindens, befreit.«

Viele Male noch reist Hannah Arendt in den fünfziger Jahren nach Europa, forscht, hält Vorträge und gerät mit ihren Arbeiten zunehmend ins Licht der Öffentlichkeit. Sie besucht Land und Leute gleichermaßen, und da Blücher zu Hause bleibt, guckt sie für ihn mit. Sie frischt ihre Liebe zu Paris auf, die Stadt ihrer beider Zuflucht im Exil, die Stadt ihrer Liebe. Die Familie ebenso wie die alten Freunde (Anne Weil, Karl Jaspers, später Mary McCarthy) sind der emotionale Ruhepunkt in der Fremde, die ihr doch zeitlebens Bedrohung bleibt: »Endlich nach Hause und nie wieder Krieg«, schreibt sie einmal unvermittelt aus Europa an ihn.

Die Briefe zeugen von Zusammenkünften mit Prominenten der Zeit – Camus, Sartre, Jeanne Hersch, Czesław Miłosz u.v.m., verbunden vielfach mit knappen Kommentaren. Doch im Zentrum ihrer Besuche steht Deutschland, das Wirtschaftswunderland, das ihr »unheimlich« ist. »Bei allen Kommunalwahlen, wo die Wähler nicht fürs Ausland wählen, kommen alte Nazis wieder ans Ruder.« Doch es gibt auch Hoffnung: »Mit den Jungen hier ist was los!«

Man könnte den gesamten Briefwechsel in drei Teile teilen. In einer ersten, eher lyrischen Phase (1936-39), dominiert bei der Trennung die Sehnsucht. Quell des Trostes ist die Lyrik: Goethe, Brecht, Heine... In der zweiten Phase (1941-1955) dominiert die Suche, der Kampf um Neu-Orientierung. In der dritten Phase (ab 1955) aber haben sie beide wieder Boden unter den Füßen, die Kommentare und Urteile sind oft knapper, gefestigter, ironischer. Als sie etwa 1958 gebeten wird, eine Laudatio für Jaspers zu halten, und man ihr gegenüber auch und gera-



Damals (1927) noch die Muse von »Sein und Zeit«: Hannah Arendt.

Foto: AKG, Berlin

de damit argumentiert, daß dann erstmals eine Frau in der Frankfurter Paulskirche reden würde, kommentiert sie nur: »Sommersprossen sind auch Gesichtspunkte!«

1955 reist sie erstmals (seit 1935) auch nach Israel. Es ist »trauriger und weniger erbitternd als ich dachte«, schreibt sie. Und sie, die im Pariser Exil in der Jugend-Alijah gearbeitet hatte, deren Aufgabe es gewesen war, jungen Juden in Palästina eine neue Heimat zu geben, muß nun bei ihrem Besuch im Kibbuz feststellen: »Verfall, Verwahrlosung ... bis in die verschmutzten Eis-Säle und die menschlichen Beziehungen!« Sie freut sich schließlich auf die Rückkehr nach Basel, in »menschliche Gefilde«.

Blücher bei all dem bleibt daheim. Er *ist* ihr Daheim: »Oh Gott Stups, die 4 Wände, die Du für mich bist!«

Von der Angst verlorenzugehen

Und doch: es gibt eine Trennung, die nicht in Briefen dokumentiert ist. Eine Zeit, in der keiner vom anderen wußte, beide interniert waren, keine Verbindung existierte, und jeder vom anderen das Schlimmste befürchten mußte: den Tod. Das Bangen umeinander (jenes Wort, das die Angst und das Sehnen auf so wundersame Weise vereint), ja, all die Briefe, die in dieser Zeit nicht geschrieben werden konnten, haben sich eingeschrieben in alle zukünftigen.

»Die 4 Wände, die Du für mich bist« – sind handgreiflich erfahrbar. Immer wieder fürchtet Hannah Arendt, auf ihren Reisen »verloren zu gehen«, und einmal, 1952, als sie von Blücher länger als eine Woche keinen Brief bekommt, platzt sie heraus: »Warum läßt Du mich wieder ohne Nachricht? ... Nun paß mal auf: So geht es nicht. ... Verstehst Du denn nicht, daß jede Nachricht besser ist als dies?« Als die Unge- wißheit. Hier hören wir es wieder, das Bangen um den anderen, wie zu Kriegszeiten. Dabei sind diese Sätze von 1952.

»Die Weltgeschichte – die Gasöfen, wie Robert sagen würde« – das ist die Grundbedingung ihres Lebens geworden. Was sich nicht nur darin äußert, daß sie *ihm* brieflich (im Angesicht der Trümmer und Vernichtung ihrer ursprünglichen Welt) zum Ersatz für das gewöhnliche Zuhause aus Stein erkürt. Die Frage nach dem Wesen des Menschen und der Möglichkeit des Politischen, die sich nach der Erfahrung der »Fabrikation von Leichen« mit neuer Dringlichkeit stellt, ja, zu einer Revision des Gedachten nötig, ist eine der Grundfragen dieses Briefwechsels wie des gesamten Arendtschen Werks. Wie sieht menschliches Zusammenleben aus? Nach der Erfahrung des Totalitarismus?

Vom Himmel der reinen weltlichen Möglichkeit

Jede weltpolitische Krise bedeutet diesen beiden Ex-Flüchtlingen eine existentielle Bedrohung: 1956 etwa, bei der Ungarn-Krise, ist sie kurz davor, ihre Europa-Reise abzubrechen, weil ein Dritter Weltkrieg bevorstehe. Sie schreibt ihm: »Liebster, laß bloß jetzt nicht die Verbindung abreißen, und riskiere lieber ein Telegramm zu viel als zu wenig.« Er an sie: »Wir treffen uns in Bard, wenn etwas passieren sollte.«

Nichts steht zwischen uns, »als daß wir keine gemeinsame Welt haben werden«, schreibt Han-

nah Arendt 1936. Und tatsächlich: Als sie sich in Paris kennenlernten, kamen diese beiden Flüchtlinge zwar aus ein und demselben Nazi-Deutschland und sogar aus ein und derselben Stadt, doch von zwei völlig verschiedenen Ster- nen: Er: 1918 ein Spartakist, dann in der KPD, im Zuge der Bolschewisierung nach 1923 mit Brandler-Thalheimer in der (»Rechts«-)Oppo- sition, später Mitglied der dissidentischen KPO.

Die Suche nach einem theoretischen Neu- Denken ist es, die ihn ihr in die Arme treibt. Bei ihr ist die Bewegung gerade umgekehrt: Durch die »Weltgeschichte« ist sie aus dem Paradies der Philosophie in die Politik getrieben. Sie, völlig unerfahren, verfügt zwar über einiges geistiges Rüstzeug, doch es erscheint unnütz, kein Werkzeug im Angesichte der Lage. Diese Notwendigkeit des politischen Handelns, diese Suche nach einem Positionieren im Politischen ist es, die sie ihm in die Arme treibt.

Die gemeinsame Welt wird zunehmend Gestalt annehmen. Er (der nicht einmal ein reguläres Studium gemacht hat) wird 1945 Dozent für Philosophie und Kunstgeschichte und schreibt ihr 1948 in einem rasanten Ritt durch die Jahrhunderte seine Abrechnung mit der abendländischen Philosophie: Kant war ein Diener, Nietzsche ein Herr, Marx ein Despot und Kierkegaard ein Sklave, so sein Fazit. »So weit so gut und so weit war ich. Die Traumhimmel und die Ersatzhimmel hatte ich weggezogen, und nun sollte der Himmel der reinen weltlichen Möglichkeit sich unverstellt zeigen. Pustekuchen! Immer wieder zogen mir die Schwaden der übriggebliebenen Begriffsdämpfe darüber hin.«

Das Studium jenes »Himmels der reinen weltlichen Möglichkeit« – das ist die gemeinsa- me Welt, die sich ihrer Beziehung auf tut. Po- litisch wie philosophisch werden sie im Ge- spräch diesen Himmel erkunden. Sein Beitrag dazu liegt auf der Hand, nach dem Briefwech- sel mehr denn je: Er war Kommunist. Er hat sie Marx lesen gelernt. Er hat (aufgrund seiner eigenen politischen Erfahrung) ihre Aufmerk- samkeit auf die Funktionsweise des Stalinis- mus gelenkt – eine brennende Frage für einen mit seiner Vergangenheit. Und ein wichtiger Baustein ihrer Totalitarismustheorie.

Auch Arendts Theorie des Handelns, derzu- folge der Mensch mittels seiner Gebürtigkeit die Chance hat, einen Anfang zu stiften (»Was daraus wird, wissen wir nie!«), liest sich wie ein Loblied auf den revolutionären Elan, wie ihn Blücher wahrscheinlich im Aufstand 1918 erfahren hat. So kommt es nicht von ungefähr, daß er einmal das Revolutionsbuch als ihr bestes Buch bezeichnete.

Nach dem Gesetz, wonach es angetreten...

Hannah Arendt wird ihrer Studie *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* eine Widmung für Blücher voranstellen. Ansonsten bleibt er in ihrem Werk unsichtbar. »Monsieur« gibt sich bedeckt. Camouflage, wie zu Anbeginn. Kein gedrucktes Wort. Dafür um so mehr gesprochenes. Ihm ist der Gedanke offensichtlich eine Frage des Augenblicks. Spätestens nach diesem Briefwechsel jedoch weiß man um seine Bedeutung in ihrem Werk. Als sie 1936 in Genf auf dem jüdischen Weltkongress ist, schreibt er ihr ein hochgradig kommunistisches Pamphlet über die Aufgabe der Juden im Kampf um die Weltrevolution und gegen den britischen Imperialismus im Nahen Osten. Das ist weit entfernt von Arendts Denkweise. Aber die Forderung nach einer eigenen jüdischen Armee (hier formuliert von einem Nicht-Juden) wird sie in ihrer Kolumne im amerikanischen *Aufbau* 1941 zu der Ihren machen.

Er selber hat seine Beschränkung auf das Gesprochene einmal so beschrieben: Die gute Fee sei gekommen und habe beschlossen: »Dieser Junge soll Urteilskraft haben«, und die böse Fee habe dann die gute Fee unterbrochen und den Satz beendet: »...und sonst nichts.«

Dem Leser der Briefe tritt die Schärfe seines politischen Urteilens immer wieder entgegen, und er spürt, in welchem Ausmaß beider Denken ein Miteinander gewesen ist. Er treibt sie, sie ihn, und noch die Briefe aus den 60er Jahren sind ein gedankliches Miteinander und Liebesbriefe in einem. Einmal fragt sie sich, ob sie ihre Montesquieu-Forschungen, die sie auf ihrer Reise begonnen hat, wohl weiterführen wird. »Wird Stups dann entscheiden«, konstatiert sie, und weiter: »Ach Liebster, Nietzsche hat gesagt – wie Jaspers gerade berichtete – Wahrheit gibt es nur zu zweien. Ich allein jedenfalls könnte es nie.«

Lotte Köhler, die Nachlassverwalterin von Hannah Arendt und Herausgeberin des Briefwechsels hat als kleinen Fingerzeig dem Briefwechsel im Anhang eine Vorlesung von Blücher beigegeben. Diese scheint die einzige, die jemals zu seinen Lebzeiten gedruckt wurde. Doch auch nach seinem Tod blieben seine Vorlesungen ungedruckt. War das Teil des *Contrat Conjugal*?

Lotte Köhler (Hg.): *Hannah Arendt-Heinrich Blücher: Briefe 1936-1968*, Piper Verlag, München 1996, 596 S., DM 49,80

MARTIN SCHIERBAUM

Zwischen Ideal und Phantasma

Ein Band zum Phänomen des »Volkes«

Die Skala der Assoziationen, die sich an den Begriff des Volkes knüpft, kann an ihrem oberen Ende mit der Parole der Leipziger Demonstrationen von 1989/90 »Wir sind das Volk« markiert werden und an ihrem unteren mit der bei rechtsradikalen Ausschreitungen üblichen Berufung auf das »deutsche Volk«.

Mit diesen Stichworten zeigt Annette Graczyk in der Einleitung ihres Tagungsbandes die Spanne auf, in der sich gestern wie heute die Zugänge zu dem Phänomen des Volkes bewegen. Die Bilder, Parolen und Vorstellungen changieren zwischen einem Ideal – immer hart an der Verknennung – und dem Schmutzigen, Häßlichen und Gemeinen.

Die Leitfrage der Aufsatzsammlung der Essener interdisziplinären Studiengruppe *Ästhetische Inszenierung der Demokratie* ist die nach dem »visuellen Kern« der Vorstellungen von Volk, Masse und Öffentlichkeit. Es geht um zwei Aspekte: den des Sichtbaren und den des Visionären. Das Projekt wird unter der Perspektive der Gesellschaftsformen und deren Inszenierung angegangen. Einen wesentlichen Ansatzpunkt bilden die zeitgenössischen Medien wie Bilder, Plakate, Filme, Literatur und Architektur.

Das Bild des Volkes erscheint als Symbol, das den Abgrund der Kontingenz – also das Fehlen von Einheit, Ganzheit und Sinn – überbrücken soll. Der Band untersucht aus unterschiedlichen Perspektiven Arsenalen von Bildern und Metaphern, die Strategien der Verbildlichung und Interpretationsangebote derartiger Konstrukte. Die Arbeiten ergänzen sich in zahlreichen Beziehungen gegenseitig. Hier und in der offenen Thematik mit ihren differenzierten historischen Ausprägungen liegt ein unbestreitbarer Vorteil der interdisziplinären Herangehensweise.

Ein großer Teil der Beiträge zeigt im Bereich von Ikonographien und Darstellungsformen Anknüpfungspunkte zu einer nationalsozialistischen Vereinnahmung. Norbert Jegelka z.B. stellt dar, wie der Begriff der »Volksgemeinschaft« in den 20er Jahren in seinem ausschließenden Charakter mit Bedeutung angereichert wird. Dabei wird deutlich, daß sich in derselben Bewegung das Bildungssystem der Nazis herauskristallisiert, das wiederum von der Gestaltung einer formbaren Masse ausgeht. Sie muß strategisch auf das zurückgreifen, was im

Gedanken der »Volksgemeinschaft« schon überwunden sein sollte. Eine solche Formung des Heterogenen wird dann von den Bildungsstrategen der Nazis als »Heimkehr« interpretiert.

Der Band gliedert sich in vier Teilbereiche, von denen der erste die Strategien dieser Verbildlichungen analysiert und sie kulturtheoretisch einordnet.

Der zweite Teil erarbeitet die ideologischen Gesichtspunkte der Bildkonstruktionen. Die Massendarstellungen in den konservativen, liberalen und sozialistischen Zeitungen bis zum ersten Weltkrieg (Gebhardt) bilden einen Schwerpunkt. Die Kriegsplakate, deren Entwicklung zu einem sozialdarwinistischen Paradigma nachgezeichnet wird (Hoffmann), und die Untersuchung der Begriffsdesigns von »Volksgemeinschaft« (Jegelka) setzen die Eckpunkte dieses Diskussionszusammenhangs.

Der dritte Teil wendet sich den architektonischen Entwürfen zu, in denen sich »das Volk« repräsentiert sehen sollte und soll. Die Untersuchungsgegenstände sind die Bayreuther Theaterarchitektur Wagners (Wyss), in der die Entwicklung vom moralischen Auge der Aufklärung zum Illusionstrichter des Kinos vorgezeichnet wird, der Ernst-Reuter-Platz in Berlin (Gausmann) als Versuch, in den 50er Jahren die Synthese von Demokratie und Kapitalismus zu einem neuen Leitbild zu erheben.

Die architektonische Selbstdarstellung des Parlaments (Wefing) als Weg von der gläsernen Transparenz des Bonner Bundestages zu den neobarocken steinernen Monumenten der Berliner Republik mit ihren Öffentlichkeitsmythen erweitert diese Argumentation. Zugespitzt wird sie in der Diskussion um die Käthe Kollwitz Plastik in der Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik (Schmidt-Linsenhoff).

Der vierte Teil zieht soziale Folgerungen in einer Debatte um Sozialmodelle. Er verbindet ein Plädoyer für die Sensibilisierung des demokratischen Bewußtseins durch Demonstrationen (Sterzel) mit einer Untersuchung der Entwürfe für das Leben in Massengesellschaften in den 20er Jahren zwischen moralischer Innen- und strategischer Außensteuerung, zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft (Lethen).

Die Aufsatzsammlung kreist um die Aporie zwischen der Zerstörung des Subjekts und des Staates durch die Auflösung der allgemeinverbindlichen Bilder von Identität und der universellen Vereinnahmung durch die kritiklose Übernahme der Ideale wie z. B. »Volksgemeinschaft«. Ein Verdienst des Buches ist es, die

Verzahnung von bildlicher Vergegenständlichung mit politischen Strukturmerkmalen herauszuarbeiten. Die Traditionen der Bilder des Volkes und ihre Umprägungen und Neudefinitionen in Richtung auf den Nationalsozialismus gewinnen unter anderem dadurch an Plastizität, daß sie immer wieder mit Debatten der 20er Jahre in Beziehung gesetzt werden.

Man kann an manchen Punkten allerdings skeptisch fragen, ob die visionären und utopischen Linien, die sich als Momente nicht ergriffener Möglichkeiten durch einige Aufsätze ziehen, immer den Stand der präzisen Diagnostik halten können. Wenn z.B. Sternheims Relativierung des Expressiven und Eruptiven der Metaphern des Volkes als Verkürzung der kulturell sozialen Dimension kritisiert wird und ihm eine »analytische Vertiefung des Sozialen« in der Literatur um die Jahrhundertwende entgegengehalten wird (Graczyk), dann ist z.B. zu fragen, wieweit die Kritik sich noch eine naturalistische Perspektive zu eigen macht.

Fest steht aber, daß durch die Öffnung des Gedankens der Repräsentanz und der Bildproduktion ein Spielraum gegeben ist, die Mechanismen der Macht und Staatsrepräsentation zu bearbeiten und zu kritisieren.

Das ist insofern hervorhebenswert, weil die Geschichtsschreibung der Berliner Republik, angeführt von den Alle-Jahre-wieder-Produktionen des ZDF-Chefhistorikers Guido Knopp, die Gegenrichtung einschlägt. Sie verschmilzt die Bildarsenale zu einem illustrierten Bilderbogen des Schmutzigen, Häßlichen und Gemeinen, angereichert mit dem (Farb-)Material aus Eva Brauns Privatarchiv, zu einer Serie von Klischees. Hier wird der Mythisierung Vorschub geleistet, ungewollt natürlich, der O-Ton und die unveröffentlichten Bilder sind die Nachricht, nicht die Funktionsanalyse. Es handelt sich um eine Historiographie, die von der scheinbar immunen Seite des geschichtlichen Grabens eine Mauerschau auf die bösen Anführer betreibt. Genau diese Konturen der Verbildlichung und Subjektbildung, das zeigt der interdisziplinäre Band von Annette Graczyk, muß eine Auseinandersetzung mit diesen Themen reflektieren und, wenn möglich, überwinden, will sie sich nicht zum Bedienungspersonal der staatlichen Repräsentanz degradieren lassen.

Annette Graczyk (Hg.): Das Volk. Abbild, Konstruktion, Phantasma, Akademie Verlag, Berlin 1996, 250 S., 63 Abb., DM 68,-

Zum Untergang verurteilt?

Lester C. Thurow spekuliert über die »Zukunft des Kapitalismus«

Gerade jetzt, da es nichts außer dem Kapitalismus mehr gibt, da sein letzter großer Gegner, der Kommunismus, auf der Wallstatt liegt, gerade jetzt soll die Zukunft des Kapitalismus fragwürdig sein? Es gab Zeiten, da der Kapitalismus tatsächlich schon ausgedient zu haben schien, in den 40er Jahren etwa, als außer den USA, Großbritannien und einem Rest von Frankreich alle Länder entweder faschistisch oder kommunistisch oder vorkapitalistisch waren, als die sowjetische Kriegswirtschaft imponierende Leistungen vollbrachte und die deutsche Kriegsmaschinerie die Welt in Angst und Schrecken versetzte und nicht wenige Ökonomen der westlichen Welt der Planwirtschaft die besseren Chancen einräumten. Aber heute, nach dem epochalen Sieg des Westens über das kommunistische Weltsystem und dem Zusammenbruch aller alternativen Entwicklungsmodelle in der früher so genannten »Dritten Welt«?

Lester C. Thurow, Wirtschaftswissenschaftler am berühmten *Massachusetts Institute of Technology*, hat nicht zu jenen gehört, die nach 1989 in Euphorie gerieten und wie Francis Fukuyama vom »Ende der Geschichte« sprachen. Er sah frühzeitig die Probleme, die auf den siegreichen Kapitalismus zukamen. In seinem neuesten Buch nun wartet er auf fünfhundert Seiten mit Fakten und Argumenten auf, die eine weit aus skeptischere Beurteilung der Zukunft des Kapitalismus nahelegen, als die gemeinhin übliche. Dabei klammert er die ökologischen Probleme, die er an anderer Stelle durchaus engagiert behandelt hat, fast vollkommen aus. Es geht ihm hier allein um die Frage, ob der Kapitalismus sich auch in Zukunft dadurch legitimieren und stabilisieren kann, daß er Massenwohlstand und einen hohen Grad an berechenbarer sozialer Sicherheit zu gewährleisten vermag.

Gleich zu Beginn seines Buches schildert Thurow eine Reihe beunruhigender Symptome, die zwar durchaus bekannt sind, deren Tragweite aber selten systematisch untersucht wird. Er nimmt diese unbestreitbaren Tatsachen zum Ausgangspunkt, um von ihnen aus unter die Oberflächenstruktur zu dringen. »In den Vereinigten Staaten«, so stellt der Autor fest, »stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) inflationsbereinigt von 1973 bis Mitte 1995 um 36 Prozent. Der Stundenlohn von Arbeitern und Angestellten in nichtleitender Position – das ist die Mehrheit der Erwerbstätigen – ging in dieser Zeit jedoch

um 14 Prozent zurück. Der gesamte Einkommenszuwachs der achtziger Jahre kam den höheren Einkommensgruppen zugute (20 Prozent der Erwerbstätigen). Erstaunliche 64 Prozent des Einkommenszuwachses wurden den Konten der Spitzenverdiener (ein Prozent der Erwerbstätigen) gutgeschrieben.«

Die Frage, die Thurow daran anschließt, klingt einigermaßen dramatisch: »Wie lange wird es angesichts solcher Ungleichheiten dauern, bis das System zusammenbricht?«

Das zweite Beispiel, das der Autor zum Ausgangspunkt nimmt, ist Mexiko. Das Land hat unter dem Präsidenten Carlos Salinas alles genauso gemacht, wie es die Wirtschaftsweisen von der Weltbank und der Wallstreet verlangten: der Staatshaushalt wurde ausgeglichen, über tausend Staatsunternehmen privatisiert und staatliche Reglementierungen wurden in großem Stil abgebaut. Das Land trat der NAFTA, der nordamerikanischen Freihandelszone, bei und senkte Zölle und Quoten drastisch. Alles schien in bester Ordnung, als das Kapital privater Anleger daraufhin nach Mexiko floß. Aber ein halbes Jahr später stand das Land am Rande des Konkurses, die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe, die ohnehin niedrigen Löhne sanken weiter in den Keller. Der eben noch als Held gefeierte Präsident wurde der Korruption verdächtigt und geschäft. »Warum«, so fragt Thurow, »haben seine politischen Maßnahmen nicht funktioniert? Er hat sich doch genau an die Empfehlungen gehalten, die Marktwirtschaftlern ans Herz gelegt werden.«

In der Tat geben die beiden Beispiele Anlaß zur Beunruhigung. Wenn der Kapitalismus wie in den USA trotz nach wie vor hoher ökonomischer Wachstumsraten mit einem offenbar nicht aufzuhaltenden Abs'schen Lehrmeister geradewegs in die Katastrophe marschieren können?

Unter der verwirrenden und beunruhigenden Oberfläche der Phänomene macht Thurow fünf Basisveränderungen aus, die in ihrem schwer berechenbaren Zusammenwirken die wachsende Unordnung in der Weltwirtschaft verursachen: Das Ende des Kommunismus, die wachsende Bedeutung der geistigen Leistung in der Ökonomie, das Bevölkerungswachstum bei gleichzeitiger Überalterung der entwickelten Gesellschaften, die Globalisierung der Ökonomie und der Wegfall einer dominierenden Führungsmacht im wirtschaftlichen, politischen

und militärischen Bereich. Thurow, der die Vergleiche aus der Geologie liebt, spricht hier von der Verschiebung von Tektonikplatten, die, wie wir wissen, obwohl selbst fast unmerklich, doch jederzeit zu plötzlichen Eruptionen führen kann.

Zunächst diskutiert er, was die Öffnung der Märkte in Mittel- und Osteuropa bedeutet. Allein die Einbeziehung der Ukraine in die Weltwirtschaft wird nach dem Autor dramatische Folgen im Westen haben: die meisten Getreidebauern im Mittleren Westen der USA, vor allem jene in den niederschlagsarmen Gebieten, die östlich an die Rocky Mountains grenzen, werden aufgeben müssen. Noch durchschlagender werden die Auswirkungen in Westeuropa sein: Auch hier wird zuerst die Agrarwirtschaft den Druck der östlichen Konkurrenz zu spüren bekommen. Darüber hinaus werden die Westeuropäer »lernen müssen, die in Osteuropa produzierten Waren zu kaufen und ihre eigenen Betriebe, die die gleichen Produkte herstellen, zu schließen. Sonst werden sich Millionen von Osteuropäern auf der Suche nach höheren Löhnen auf den Weg Richtung Westen machen.«

Womöglich noch dramatischer wirkt sich das Überangebot an billigen qualifizierten Arbeitskräften aus. Hunderte Millionen Menschen auf der Welt, das schärft der Autor seinen Lesern ein, verfügen über mehr Wissen als der Durchschnittsamerikaner. Und dieses Überangebot an qualifizierter Arbeitskraft wirkt sich natürlich auf die erzielbaren Arbeitseinkommen aus. Am deutlichsten wird diese Entwicklung in den USA. Dort waren 1994 die Reallöhne wieder auf demselben Stand wie Ende der fünfziger Jahre. »Ohne Sozialismus als politische Gefahr und ohne mächtige Gewerkschaften als wirtschaftlicher Gefahrenfaktor«, schreibt Thurow, »sind Leistungslöhne möglicherweise überflüssig geworden. In Zukunft wird die Motivation der Arbeitnehmer wohl nicht mehr von überdurchschnittlichen Löhnen bestimmt werden, sondern von Angst – von der Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren und in eine Wirtschaft sinkender Reallöhne entlassen zu werden.«

In Westeuropa ist die Lage – noch – anders. Hier gibt es – jedenfalls in einigen Ländern – starke Gewerkschaften und fast überall noch eingespielte industrielle Beziehungen und sozialstaatliche Regulatoren, die ein schnelles Absenken des Lohnniveaus bisher verhindert haben. Dafür ist die Arbeitslosigkeit in Westeuropa erheblich höher als in den USA, laut Thurow »viermal so groß wie in den Vereinigten Staaten«, wenn sie nach der Zahl der Erwerbsfähigen ermittelt würde. Ob dieser Vergleich zwischen Westeuropa und den USA wirklich im De-

tail stimmig ist, zumal Thurow an anderer Stelle die effektive Arbeitslosigkeit in den USA mit 14 Prozent beziffert, steht hier nicht zur Debatte. Unbestreitbar ist, daß nach allem, was wir aus der Erfahrung der letzten zwanzig Jahre wissen, die hochentwickelten Industrieländer vor der Alternative zu stehen scheinen, entweder eine drastische Absenkung der Reallöhne und einen hohen Anteil von Armut hinzunehmen oder sich mit hoher, vermutlich noch weiter wachsender Arbeitslosigkeit, inklusive Jugend- und Dauerarbeitslosigkeit abzufinden. Eine ziemlich trostlose Alternative! »Jede Gesellschaftsordnung«, so der Autor, »hat ihre Stärken und Schwächen. Die Stärke des Kapitalismus besteht in seiner Fähigkeit, auf die verschiedenen individuellen Präferenzen eingehen zu können. Die größte Schwäche des Kapitalismus liegt in seiner Kurzsichtigkeit. Der dem Kapitalismus innewohnende Zeithorizont ist von Natur aus kurz. In den Unternehmen der Privatwirtschaft sind Planungszeiträume von drei bis fünf Jahren die Norm. In der Vergangenheit sind dem Kapitalismus die langfristigen staatlichen Investitionen zu Hilfe gekommen. Diese staatlichen Langfristinvestitionen aber werden heute zunehmend gekürzt.«

Hier liegt für Thurow der Kern des Problems. Ein Kapitalismus, der das Recht des Stärkeren über alles setzt, der den Individualismus feiert und dem gemeinschaftlichen Handeln die Basis entzieht, wird über kurz oder lang an seiner Zukunftsblindheit zugrunde gehen. Sein Paradebeispiel für ein solch kurzichtiges Entwicklungsmodell ist das Programm, das Newt Gingrich für die Republikanische Partei entworfen hat. Für einen Amerikaner einigermaßen ungewöhnlich, plädiert Thurow energisch für staatliche Zukunftsinvestitionen in der Bildung, in der Forschung und Entwicklung, in der Infrastruktur. »Was erreicht werden muß, ist die richtige Mischung aus individuellem und gemeinschaftlichem Handeln, das es der Gesellschaft gestattet, weiter zu bestehen und aufzublühen.« Aber die Bereitschaft zu solchen gemeinschaftlichen Anstrengungen ist zur Zeit kaum zu erkennen – schon gar nicht in den USA.

Hinzu kommt, daß die Finanzsituation der Staaten fast überall prekär ist und somit selbst bei gutem Willen die investiven Möglichkeiten des Staates beschränkt werden. Thurow führt dies u. a. auf den veränderten Bevölkerungsaufbau zurück. In allen hochentwickelten Industrieländern müsse der Staat immer mehr für die Alimentierung und Versorgung der ständig wachsenden Gruppe von Rentnern und Pensionären ausgeben, so daß für Zukunftsinvesti-

tionen kaum noch Mittel übrig blieben. Die Überalterung der Gesellschaften führe zudem dazu, daß Zukunftsfragen in der Politik und in der Öffentlichkeit ständig an Gewicht verlören, da die Parteien und die Medien sich an den zahlenmäßig schwer gewichtigen und besonders kaufkräftigen älteren Jahrgängen und ihren Interessen und Bedürfnissen ausrichteten. Wenn aber die nötigen Investitionen in die Zukunft nicht mehr vom Staat vorgenommen würden, so Thurow, unterblieben sie ganz.

Thurow hält die Frage der Rentenfinanzierung für so entscheidend, daß er hier für einen drastischen Kurswechsel plädiert: weg von der Umlagefinanzierung und zurück – oder vorwärts, je nachdem – zu dem Ansparmodell. Daß ein solches Modell besonders attraktiv erscheinen muß in einem Land wie den USA, in dem die Sparquote extrem niedrig ist, kann man verstehen. Ob es allerdings auch in Europa, speziell in Deutschland, die Lösung darstellte, darf bei den ohnehin hohen Sozialabgaben und Steuern und einer immer noch beachtlichen Sparquote wohl bezweifelt werden.

Eine Gesellschaft, davon ist Thurow überzeugt, in der alles der individuellen Glückssuche untergeordnet wird und kaum noch Anstrengungen zur kollektiven Absicherung der Zukunft unternommen werden, ist zum Untergang verurteilt. Was sich heute – am deutlichsten in den USA – abzeichnet, weist für Thurow erstaunliche Parallelen zum Ende des römischen Reiches auf. Auch damals, beim Übergang von der Antike ins Mittelalter, das der Autor ganz in der herkömmlichen Manier als »dunkles Zeitalter« deutet, sei der Verbrauch angestiegen und die Bereitschaft zum Steuerzahlen zurückgegangen. Auch damals seien öffentliche Investitionen, so z. B. zum Unterhalt der römischen Wasserleitungen und Straßen, unterblieben, die Infrastrukturen seien verrotten, immer mehr Menschen hätten sich angesichts wachsender Kriminalität und fehlender staatlicher Ordnung, hinter Mauern zurückgezogen, ganz wie heute in den USA. Damals wie heute habe sich der Fundamentalismus ausgebreitet und niemand habe eine Vision geboten, wie es weitergehen könnte.

Auch wenn dieser Vergleich in mancher Hinsicht hinkt und als ganzer etwas gewollt wirkt, wichtig und durchaus plausibel ist die Warnung des Autors, daß die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften von heute Gefahr laufen, sich die eigene Zukunft zu verbauen, weil sie – bisher jedenfalls – außerstande sind, die kollektiven Anstrengungen einzufordern, ohne die die Basis für zukünftige Erfolge nicht gelegt werden kann. Im übrigen ist der Autor, was Eu-

ropa angeht, weniger pessimistisch als bezüglich der USA. In gewisser Hinsicht, so Thurow, sei er auch heute noch zu den Euro-Optimisten zu zählen. Interessanterweise geht er in diesem Zusammenhang aber nicht auf die z. B. von Michel Albert in seinem Buch *Kapitalismus contra Kapitalismus* so überzeugend herausgearbeiteten Unterschiede zwischen dem »rheinischen Kapitalismus« und dem »angelsächsischen Kapitalismus« ein, obwohl diese doch gerade bezüglich der Zeitperspektive nicht unerheblich sind. Für Thurow, der nur einen Kapitalismus kennt, geben die politischen Bedingungen den Ausschlag. Die allerdings sind nach seinem Urteil in Europa günstiger als in den USA.

Vor allem was die Notwendigkeit einer Regulierung der Weltwirtschaft angeht, setzt Thurow auf die Europäische Union. »Der gemeinsame Markt ist heute der größte Markt der Welt. Es war schon immer eine Tatsache, daß die Länder, die über die Zugangsbedingungen zum größten Markt der Welt bestimmen, auch die Regeln für den Welthandel festlegen.« Freilich sagt er wenig darüber, welcher Art diese Regeln sein müßten. Auch von der in Marrakesch ins Leben gerufenen Welthandelsorganisation (WTO) sagt er nur – und das mit Recht –, daß sie bisher ihrer Aufgabe, neue Regeln für den Weltverkehrsverkehr zu entwerfen, nicht gerecht geworden sei, weil das vereinbarte Abstimmungsverfahren (pro Land eine Stimme) eine Einigung gar nicht zulasse. Wenn er in dieser Hinsicht überhaupt Hoffnung hat – so viel ist zu erkennen –, dann bezüglich einer Initiative, die von Europa ausgeht und die USA und Japan in die gleiche Richtung zwingt.

Der neue Kapitalismus, der sich heute herausbildet, ist nach Thurow ein Kapitalismus, in dem das Humankapital die zentrale Rolle spielt. Das Humankapital unterscheidet sich aber vom Sachkapital unter drei entscheidenden Gesichtspunkten, die allesamt der kapitalistischen Logik widersprechen:

1. An Humankapital läßt sich kein Eigentum erwerben.

2. Investitionen in Humankapital bedürfen eines längeren Zeithorizonts, als der Kapitalismus erlaubt.

3. Die Investitionen in Geisteskapital, die zum Aufbau wissenschaftsorientierter Branchen erforderlich sind, müssen in einem gesellschaftlichen Kontext getätigt werden, der der individualistischen Orientierung des Kapitalismus völlig zuwider läuft.

Thurow schließt hieran drei skeptische Fragen, die die Zukunft des Kapitalismus betreffen: »Wie soll der Kapitalismus funktionieren, wenn

sich kein Eigentum am wichtigsten Kapital, dem Geisteskapital, erwerben läßt? Wer wird die erforderlichen Langfristinvestitionen in Bildung, Infrastruktur, Forschung und Entwicklung tätigen? Wie werden die qualifizierten Teams gebildet, die für den Erfolg erforderlich sind?« Das Buch gibt uns keine schlüssige Antwort auf diese Fragen, will es auch gar nicht. Dem Autor geht es hier zunächst nur darum, die Widersprüche und Probleme aufzuzeigen. Lösungen, das scheint seine Meinung zu sein, sind erst dann zu erwarten, wenn die Eliten die Probleme nicht länger verdrängen und sich institutionelle Möglichkeiten verbindlicher globaler Rahmensetzung etabliert haben.

Davon freilich ist zur Zeit noch wenig zu erkennen. Die Führungsrolle, die die USA lange innehatten, ist nach Auffassung des Autors dahin und kann auch nicht mehr zurückgewonnen werden. Aber auch die beiden anderen Kandidaten für diese Rolle, Japan und Deutschland, sind nach seiner Einschätzung zur Zeit nicht in der Lage, die Nachfolge der USA anzutreten. Nicht einmal bei der Überwindung der drängendsten aktuellen Probleme mache eines der drei genannten Länder Anstalten, die Verantwortung für die Gesamtentwicklung zu übernehmen. Vielmehr fordere man von den jeweils anderen, was man aus Angst vor der zu erwartenden negativen Reaktion der Bevölkerung im eigenen Land sich selbst nicht zutraue.

Insgesamt ist das Fazit des Buches eher düster. Im Kapitel *Schlußfolgerungen* heißt es am Ende: »Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem der Wirtschaftserfolg auf die Bereitschaft und Fähigkeit zu Langfristinvestitionen in das allgemeine Bildungswesen, in berufliche Aus- und Weiterbildung, in das Informationswesen und in Infrastrukturmaßnahmen angewiesen ist, entwickelt sich die allgemeine Ideologie – unterstützt durch die elektronischen Medien – in Richtung einer radikaleren Form kurzfristiger individueller Konsummaximierung. Wenn Technologie und Ideologie auseinanderdriften, stellt sich nur noch die Frage, wann der »große Knall« kommt, wann das große Erdbeben das System insgesamt erschüttern wird.«

Der »große Knall« ist nach Einschätzung des Autors im Weltfinanzsystem gewissermaßen vorprogrammiert. Am wahrscheinlichsten, so Thurow, ist es, daß eine solche umfassende Finanzkrise durch einen massiven Ausstieg aus dem Dollar ausgelöst wird. Und es sei eher unwahrscheinlich, daß die führenden Industrienationen heute den Mut und die Kraft zu den notwendigen Gegenmaßnahmen aufbringen würden.

Der Kapitalismus – so Thurow – kann nur überleben, wenn er sich grundlegend wandelt. Daß dennoch nirgends Anstrengungen unternommen werden, den notwendigen Wandel einzuleiten, hängt nach ihm damit zusammen, daß es an einer überzeugenden und die Menschen mitreisenden Zukunftsvision fehlt.

»Ohne eine überzeugende Vision einer besseren Zukunft«, schreibt er, »setzt eine Lähmung von Wirtschaft und Gesellschaft ein. Ohne einen großen Plan, den alle verfolgen, verlegen sich die Menschen auf die Durchsetzung ihrer persönlichen Mikropläne zur Erhöhung ihres eigenen Einkommens oder Vermögens. Ohne den »großen Plan« splittieren sich politische Parteien auf. Die politische Macht verlagert sich von den Risikobereiten, die gerne neue Pfade einschlagen würden, auf die, die gar nichts unternehmen möchten.« Freilich liefert auch er diese Vision nicht. Er beschränkt sich darauf, auf die Leerstelle in unserer politischen Kultur hinzuweisen.

Eine »utopische Vision der Zukunft« zu entwickeln, das ist laut Thurow die eigentliche Aufgabe der linken Parteien. Freilich könne es sich heute nur noch um eine Utopie handeln, die anders als die klassischen sozialistischen und kommunistischen Utopien, anders auch als die radikaleren ökologischen Gegenentwürfe die kapitalistische Wirtschaftsweise akzeptiert. Allerdings sind nach Thurow die linken Parteien – er hat wohl vor allem die sozialdemokratischen Parteien und die amerikanischen Demokraten im Auge – dieser Aufgabe zur Zeit nicht gewachsen.

Was am Ende bleibt, ist die Anmahnung eines Defizits in der vagen Hoffnung, daß sich entgegen aller Wahrscheinlichkeit schließlich doch noch entwickeln möge, wozu bei nüchterner Betrachtung heute kaum ein Ansatz zu entdecken ist. Der siegreiche Kapitalismus hat ganz offensichtlich die Moralbestände früherer Zeiten, auf die die Gesellschaft heute zur Abwehr der Gefahren zurückgreifen müßte, weitgehend aufgebraucht, und neue gemeinschaftsbildende Werte, die den Aufbruch in die Zukunft tragen könnten, scheinen nicht in Sicht. »Es fehlt die Vision eines übergeordneten Gemeinwohls, mit dem sich lokal begrenzte Widerstände überwinden ließen. Es gibt keine gesamtgesellschaftliche Bereitschaft mehr, die negativen Aspekte notwendiger öffentlicher Einrichtungen in Kauf zu nehmen.«

Auch wenn Thurow hier vor allem die gesellschaftlichen und politischen Zustände im eigenen Land, den USA, vor Augen hat, sollten auch wir in Europa die Warnung ernst nehmen. Auch bei uns ist der Individualismus mitsamt der Ideologie des rabiaten und kurzsichtigen Eigen-

nutzes im Vormarsch. Auch bei uns sind die Parteien in sich zersplittert und ohne überzeugende Visionen einer zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft. Die Schamlosigkeit, mit der sich privilegierte Gruppen auf Kosten der Gesamtgesellschaft bedienen, hat auch bei uns ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Was jenseits des Atlantik greller in Erscheinung tritt, ist längst auch in Europa unverkennbar zum Problem geworden. Die Gesellschaft zerfällt in lauter einzelne, die fast ausschließlich ihre egoistischen Ziele verfolgen, die Institutionen, die dem Gemeinwohl dienen, verlieren an Autorität und die politischen Parteien laufen populistisch den jeweils neuesten Trends hinterher.

Die Zukunft des Kapitalismus? Auch wenn einem der Kapitalismus weniger am Herzen liegt als dem Autor, die Fragen, die er aufwirft, sind allemal des Nachdenkens wert, und das allein schon macht das Buch zu einer wichtigen und anregenden Lektüre.

Lester C. Thurow: Die Zukunft des Kapitalismus, Metropolitan Verlag, Düsseldorf/München 1996, 512 S., DM 98,-

RÜDIGER GÖRNER

Vision oder Illusion?

Tony Judt versucht, Europa zu dekonstruieren

Hatte Europa früher sein »deutsches Problem«, so hat Deutschland jetzt sein »europäisches Problem«, meint der britische, in den Vereinigten Staaten lebende, dort französische Geschichte unterrichtende und in Wien teilweise geistig beheimatete Gelehrte Tony Judt. Ein Kosmopolit, wie er im Buche steht. Er kokettiert mit seinem Kosmopolitismus etwas, aber das geht vielen so, die länger als fünf Jahre außerhalb ihrer angestammten nationalen Grenzen mal hier mal dort leben.

Was ist gemeint, wenn Judt sagt, Deutschland habe jetzt sein »europäisches Problem«? Haben es die Griechen, die Spanier, Portugiesen, Schweden nicht, von den Briten zu schweigen? Das deutsche Problem mit Europa ist das dänische und niederländische und österreichische: Wieviel Deutschland oder Luxemburg verträgt die Europäische Union? Wieviel Frank-

reich ist ihr zuträglich? Wieviel Polen und Tschechien wäre ihr zumutbar? Wieviel Slowakei abträglich? Wie ungarisch darf sie werden?

Nietzsche nannte uns, seine bedingt zarathustrasmierten Leser, einmal allzu summarisch »gute Europäer«. Welch ein Sarkasmus. Nietzsche selbst wollte die rücksichtslose Italianisierung Europas. Wäre es nach ihm gegangen, hätten wir in Paisiello's Musik nach einer Europa-Hymne suchen sollen.

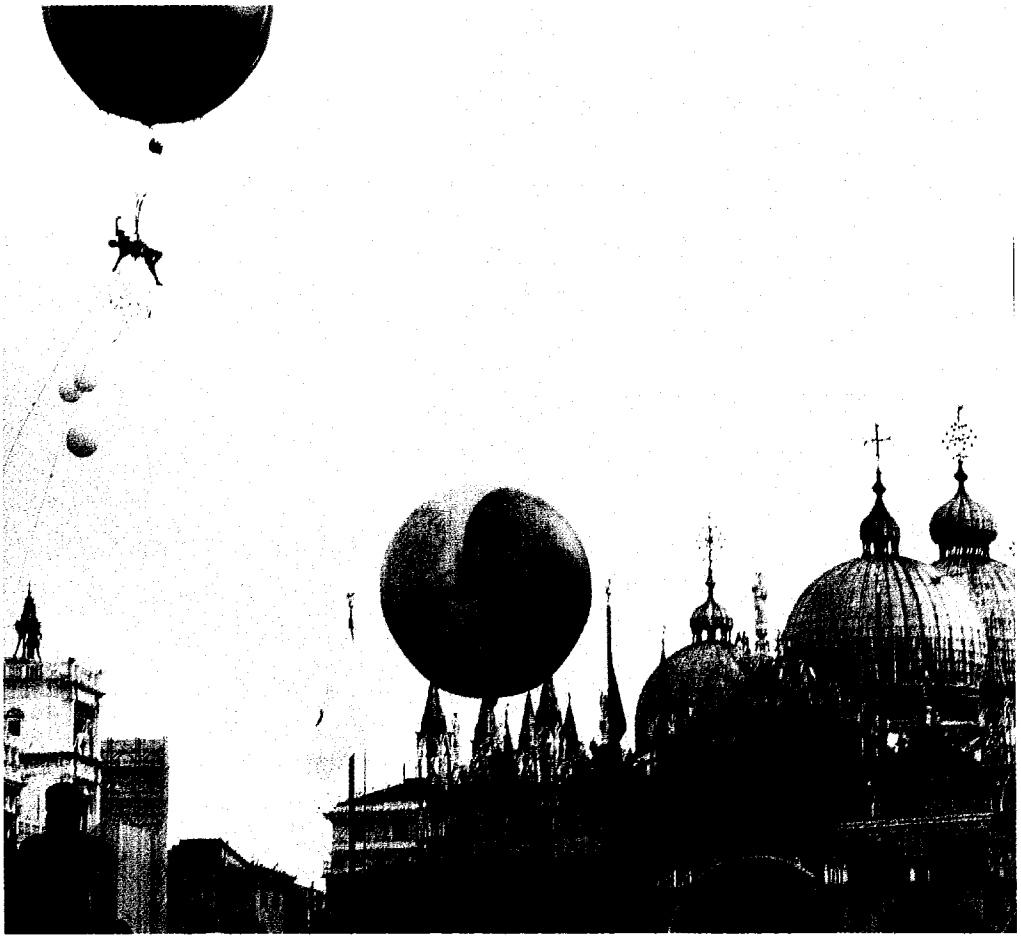
Um einen Gemeinplatz zu wiederholen: Das »europäische Problem« Deutschlands ist eine politikpsychologische Frage, ein Problem des Stils, der vornehmen Zurückhaltung angesichts traumatischer Schuldkomplexe, der Erinnerungsfähigkeit und -willigkeit jedes einzelnen Deutschen: Es ist eine Machtfrage und eine solche des Takts. Thomas Mann hat sie 1953 am Ende seiner *Ansprache vor Hamburger Studenten* mit Worten beantwortet, die seither in aller Munde sind, ohne daß man sich ihres Urhebers bewußt ist: »... nicht zu einem deutschen Europa, sondern zu einem europäischen Deutschland« solle es kommen.

Nichtsdestotrotz plädiert Judt, der Kosmopolit, für eine zumindest »teilweise Wiedereinsetzung oder Ehrenrettung des Nationalstaats«, mit allem, was politisch und psychologisch dazugehört. (Als gäbe es eine »teilweise Wiedereinsetzung« des Nationalen, als gewönne es nicht stets eine nur schwer zu kontrollierende Eigendynamik«!).

Dieses Buch ist ein Kuriosum. Zum einen gibt es vor, auf der Grundlage dieser Prämisse, der Rehabilitierung des Nationalstaats, die »große Illusion Europa« zu dekonstruieren; zum anderen kann es nicht umhin, die ökonomischen und sozialen Fortschritte der Europäischen (Wirtschafts-)Gemeinschaft und Union rückhaltlos anzuerkennen.

»Der Gründungsmythos des modernen Europa besteht darin«, urteilt Judt, »daß die Europäische Gemeinschaft Kern einer weitreichenden, pan-europäischen Perspektive« ist. Dem hält er den politischen »Realismus« entgegen, seinerseits ein Mythos. Als hätten wir nicht zur Genüge gelernt, daß das »Realistische« kein Maß, sondern Anlaß zum Handeln ist, eine relative Größe, der permanenten Veränderung unterworfen.

Das anregendste Kapitel in Judts Essay ist das zweite: »Annäherung von Osten«. Darin erörtert er Fragen der Osterweiterung der Europäischen Union. Er weist darauf hin, daß »Europa« in Gefahr steht, unter osteuropäischen Nationalisten zu einem Schimpfwort zu werden, wenn es nicht gelingt, den Staaten Osteuropas (nicht den Nationen!) eine glaubwürdi-



Vision oder Illusion? Venedig, fotografiert von Ingrid von Kruse (s. Neue Bildbände, S. 381–383).

ge »europäische« Perspektive zu geben, die sich nicht mit Rationalisierung und reinem Marktethos begnügt, sondern kulturelle Zusammenhänge neu fruchtbar macht. Und noch einmal Lob für Europa: Judt befindet, daß es der Europäischen Union gelungen ist, ein Klima zu schaffen, das im Prinzip vom Geist wechselseitiger Achtung (unter Westeuropäern) geprägt ist – anders als in Osteuropa, wo die Menschen der einstigen sozialistischen Staatengemeinschaft »erstaunlich wenig voneinander wissen« und wo gegenseitige Ressentiments (etwa gegen Juden und Zigeuner) unter dem kalten Deckmantel dogmatisch verordneter Bruderstaatenliebe »eingefroren«, aber nicht aufgearbeitet oder gar überwunden worden seien.

Nein, Judts versuchte Dekonstruktion »Europas« überzeugt nicht. Denn indem er die Idee Europa als Illusion entlarven will, enthüllt er im Grunde nur, daß es zu ihr keinen überzeu-

genden Gegenentwurf gibt. »Europa« ist eine politische Form geworden, leidgeprägt, aberentwicklungsfähig, hart geprüft in diesem zu Ende gehenden Jahrhundert, aber gestaltungsoffen, sofern es am gemeinsamen politischen Willen nicht gebricht und an maßvoller Vorstellungskraft, an sozialem Engagement und Gespür für die Belange der Anderen. So gesehen, ist die eigentliche »Illusion« in der Europäischen Union, daß die Erwartungen der Anderen den eigenen Wünschen entsprechen müssen. Das freilich ist eine »Gefahr«, die einzig wirkliche für die Europäische Union: nationale Anmaßung. Bei Tony Judt liest man darüber zu wenig.

Tony Judt: Große Illusion Europa. Herausforderungen und Gefahren einer Idee, Carl Hanser Verlag, München/Wien 1996, 160 Seiten, DM 29,80

In God's Country

Zwei Publikationen zum Mythos Amerika

Amerika ist anders und »in vieler Hinsicht immer noch exzeptionell«, schreibt Claus Leggewie im Vorwort seines Buches über den »Fall einer konservativen Revolution«. Die amerikanische Exzeptionalität ist ein immer wiederkehrendes Thema der Literatur über Amerika – dieses »first new nation«, die den Verfolgten, Notleidenden und Glücksuchenden dieser Welt über die Jahrhunderte hinweg als die Verheißung des Gelobten Landes erschien. Zwar gibt es »kein Land, das Amerika heißt«, wie Michael Walzer sagt – wohl aber gibt es eine Idee, die Amerika heißt: Es ist der Mythos vom amerikanischen Traum, wonach jeder – ungeachtet seiner Herkunft – seines eigenen Glückes Schmied sei. Und wie jeder Mythos beschreibt auch dieser einen nicht unerheblichen Teil der Realität: Für viele Neueinwanderer wurden die Vereinigten Staaten wenn nicht zum gelobten, so doch zu einem besseren Land als ihr Herkunftsland.

Es sind dieser Mythos und die Wirklichkeit der »first new nation« der ersten Einwanderergesellschaft der Moderne, in denen Michael Walzer das Herzstück der amerikanischen Demokratie sieht. Amerika ist besonders, weil es für seine Staatsbürger weder Vater- noch Mutterland ist. Darin liegt für Walzer Amerikas spezifisches Glück. Die Einwanderer – und selbst noch ihre entfernten Nachfahren – wissen, daß ihre Wurzeln in einem anderen Land liegen. Ein diffuser Zwiespalt im Gefühl hindert sie, das Wort »Heimat« auszusprechen. Die gebrochene Identität der Amerikaner – Walzer spricht mit Horace Kallen von »Bindestrich-Amerikanern«, von asiatischen, hispanischen und Anglo-Amerikanern – mag dazu beigetragen haben, daß Amerika bis heute von nationalistischen und antidemokratischen Exzessen verschont geblieben ist.

Michael Walzer zeichnet ein im großen und ganzen sympathisches Bild der amerikanischen Gesellschaft. Das »namenlose« (H. Kallen) oder »transnationale Amerika« (R. H. Bourne), in dessen Geistestradiation er sich sieht, ist ihm gleichsam die Blaupause der »zivilen Gesellschaft«. Die Amerikaner können der Politik weit distanzierter und unaufgeregter gegenüberstehen, weil in Amerika die Staatsbürgerschaft nicht wie anderswo an die Nationalität geknüpft ist. Wo sich »der Amerikaner« vor allem über seine ethnische, religiöse und sprach-

liche Herkunft identifiziert – als polnischer, italienischer oder jüdischer Amerikaner –, gerät der Staat nicht in Gefahr, als Ausdruck einer nationalen Wesenheit kulturell überhöht zu werden. Amerika ist und bleibt, so zwei immer wieder entlichene Zitate Walzers, eine »Nation von Nationalitäten« (H. Kallen) oder eine »soziale Vereinigung sozialer Vereinigungen« (J. Rawls).

Michael Walzer ist mittlerweile auch in Deutschland ein vielgelesener Autor. Er gilt hier als Kommunitarier. Seine Kritik am Leitbild des Laissez-faire-Liberalismus – des souveränen, aber amoralischen Konsumenten – und seine Wertschätzung ethnischer und religiöser Gemeinschaften legen diese Etikettierung nahe. In seinem neuen Buch beweist er jedoch, daß er mindestens ebensoviel mit den liberalen Pluralismustheoretikern gemeinsam hat wie mit den Kommunitariern. Dem kommunitaristischen Ideal des politisch aktiven, tugendhaften Bürgers, wie es zum Beispiel Rousseau oder Hannah Arendt gezeichnet haben, steht Walzer mit großer Skepsis entgegen. Nicht daß er das Ideal nicht für gut befände, aber er hält es für eine Illusion. An einer Stelle sagt Walzer die denkwürdigen Sätze: »Die Politik bietet weder Selbstverwirklichung noch enge Gemeinschaft an. Tiefe muß man anderswo suchen, und so sollte es sein.«

Die amerikanische Erfolgsgeschichte besteht darin, daß Amerika über die Jahrhunderte hinweg immer offen für neue Einwanderergruppen geblieben ist, – und daß die ethnischen und religiösen Gemeinschaften Amerikas bis heute ihre »Tiefe« tatsächlich immer jenseits der Politik gesucht haben. Sie haben die »Kunst der Trennung«, wie Walzer sich ausdrückte, beherzigt. Dennoch hat es auch in Amerika – und Walzer verschweigt dies nicht – immer wieder Versuche der anglo-amerikanischen Bevölkerungsmehrheit gegeben, ihre kulturelle Hegemonie auch politisch durchzusetzen. Immer wieder hat es auch in diesem Jahrhundert – man denke nur an die Umtriebe des »Ku-Klux-Klan«, die »Red Scare« im Gefolge der beiden Weltkriege und die schändliche Diskriminierung asiatischer Einwanderer bis in die sechziger Jahre hinein – Rufe nach »Amerikanisierung« gegeben, um die Tür für bestimmte Einwanderergruppen zu schließen oder zumindest deren kulturelle Assimilierung im amerikanischen Schmelztiegel zu fordern.

Der Schlachtruf »America First«, den Claus Leggewie zum Titel seines Buchs gemacht hat, steht in der Tradition dieses amerikanischen Nativismus. »Amerika zuerst« ist bis heute immer wieder Bestandteil einer jeden populistischen Revolte in den Vereinigten Staaten gewesen. Die Parole spricht seit jeher die fremdenfeindliche, isolationistische und protektionistische Gemütslage des weißen »Middle America« an. Sie erschallte deshalb auch laut und deutlich vernehmbar im Zuge der jüngsten sozialen Umwälzung in Amerika – der »konservativen Revolution« der letzten beiden Jahrzehnte, deren Beschreibung sich Leggewie vornimmt. Pat Buchanan, den Leggewie als den vorläufig letzten Vertreter des »paranoiden Stils in der amerikanischen Politik« (R. Hofstadter) charakterisiert, hat den Schlachtruf »Amerika zuerst« zu seinem Wahlkampfslogan gemacht. Buchanan, aber lange nicht er allein, ist der schlagende Beweis für Leggewies These, daß der Populismus die schlichten Politiker, die er attackiert, zugleich in Massen hervorbringt.

Nun könnte man sich damit beruhigen, daß Buchanan ohne Zweifel zum rechten Rand der Republikanischen Partei gehört – und allen seriösen Einschätzungen zufolge niemals die Chance hat, Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Den USA droht also kein Faschismus, wie einige Kritiker nach dem ersten überraschenden Vorwählerfolg Buchanans im Januar 1996 befürchteten. Dennoch ist Leggewie zuzustimmen, wenn er die größere Gefahr für die amerikanische Demokratie in der populistischen Hoheit über den Stammtischen sieht. Denn nicht nur die Republikaner, sondern auch die von Präsident Clinton angeführten Demokraten haben sich den Forderungen, wie sie ein Buchanan, ein Ross Perot, die »Christian Coalition« eines Ralph Reed oder selbst die paramilitärischen Milizen stellen, nicht verschlossen. Die Ironie oder auch schon Tragik der Amtszeit Clintons liegt darin – das arbeitet Leggewie überzeugend heraus –, daß er die konservative Revolution, die er zu verhindern angetreten war, vollendet hat.

Amerika steht heute vor dem Paradox, daß den Konservativen unter der Ägide des Demokraten Clinton gelungen ist, woran sie zu Zeiten Reagans und Bushs noch gescheitert waren: Das Wohlfahrtssystem des Bundes existiert praktisch nur noch auf dem Papier; die Förderprogramme für Schwarze und Frauen stehen unter Beschuß; immer mehr Einzelstaaten kriminalisieren die Abtreibung; und der Kampf gegen Drogen, gegen Kriminalität und für ein »tugendhaftes« Amerika wird mit immer repressiveren Mitteln ausgefochten – wie

auch der Kampf gegen illegale Einwanderer. Sogar das jus soli, das alle in Amerika geborenen Personen automatisch zu Staatsbürgern macht und seit Mitte des 19. Jahrhunderts der Eckpfeiler der amerikanischen Einwanderergesellschaft ist, steht zur Disposition. Die »Religiöse Rechte« mag somit zwar die Präsidentschaftswahl verloren haben – war Robert Dole überhaupt ihr Kandidat? –, ihr politisches Programm hat sie weitgehend verwirklicht. Alles in allem steht damit nicht nur der amerikanische Traum für immer mehr Menschen in Frage, sondern auch das von Walzer gepriesene, auf der »Kunst der Trennung« beruhende »Projekt Amerika«.

Claus Leggewie: America First? Der Fall einer konservativen Revolution, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1997, 319 S., DM 19,90

Michael Walzer: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1996, 266 S., DM 22,90

FERDINAND W. MENNE

Kinder wie die Welt vergeht . . .

Eine Anthologie zum Lachen

»wo bleibt da
humoooo

wo bleibt darr

hummmmmoooooooooooo. . .«

e. jandl

Humor ist, wenn man trotzdem lacht«, hat Herder mit dem passenden Namen Otto (!) Julius Bierbaum (!) Begabte in einer seiner Reise-geschichten behauptet. Trotzdem-Lach-Texte könnte man die Anthologie *Längst fällig!* nennen, in der es um »37 notwendige Verbote« geht. Glück würde sie haben, würde sie kommentiert wie Heines Gedichte durch den Fürsten Metternich: »Sehr gut, sehr gut! Muß sofort verboten werden!« Doch wird sie dies Glück nicht haben, denn auch in Deutschland ist inzwischen alles erlaubt, auch das, was verboten ist. In einer Gesellschaft, die Soziologen schon »permissiv« nannten, als sie noch nicht

ahnen konnten, wie viele Tabus noch purzeln könnten, wirken »Prohibitionen« vor allem als »Kick«, sind »geil«, »schrill«, »super«.

Dieser »Ansatz« ist für diese Veröffentlichung zu hoch intoniert. Doch einige Sätze lassen einen schon ins Grübeln geraten: »Kürzlich habe ich einmal nicht gewußt, was ich wählen sollte« (Riehl-Heyse) oder: »Vor einem Vierteljahrhundert versuchte ich schon einmal, die Welt zu verbessern . . .« (Widmer) oder: »Kinder, wie die Welt vergeht. . .« (Köhler).

Aber: Schluß mit lustig und ran an die Verbote: Unter der »Schlangenfraß-Hotline« kann man gemeingefährliche Köche mit ihren überwürzten Ragouts, ledrigen Steaks, klebrigen Pürees, schleimig-zerkochten Beilagen anschwärzen (Hacke). Hans Pleschinski bereitet »das Gesetz zum Verbot der Nüchternheit und zum Pflichtbesäufnis« vor (oder werden 80 Millionen betrunkene Deutsche den Siegeszug von Fitneß um jeden Preis, Depressionen aus diffussten Gründen, Leistungsbereitschaft zu jeder Stunde, fremdbestimmter Phantasie und Angst um die Zukunft auch nicht mehr aufhalten können?).

Michael Farin hat, nachdem er um 22 Uhr 57 Vorüberlegungen zur Abschaffung des Geldes begonnen hat, »zu Hause – im Bett« die Einsicht: »Jetzt kann ich schon wieder nicht einschlafen . . . immer dieses Scheiß Denkenmüssen . . . das sollte man verbieten . . . und nicht dieses blöde Geld . . . das schaffen die eh nicht ab . . . eher das Denken . . . da helfen die mir noch bei . . .«.

»Wo du heute hingehst, ist Kunst schon da«

Hermann Unterstöger wünscht sogar, den »schuftigen« Chiemsee loszuwerden, Renate Just die alles »verferkelnden Silagerundballen«, diese ländlichen Scheußlichkeitsmissionen. F. W. Bernstein beabsichtigt – nachdem auch Gott locker geworden zu sein scheint und das Begehren des nächsten Weibes fast schon fordert –, die Vitrine zu eliminieren (der Hänge-registratur eine letzte Chance gebend). Einer Welt, die »superst drauf« ist, kann man nur noch den Superlativ »subitost« verbieten, das aber doch bitte »sensibelst« (Christiane Grefe). (Jetzt wissen wir übrigens auch, daß einer, der vorgibt, in seiner Wohnung herrsche »das totale Chaos«, weder von der Entstehung der Erde noch von der Chaostheorie den blassesten Schimmer hat).

Die Meinungsfreiheit ist der Redefreiheit (so was von) vorzuziehen, dieweil die letzte mit Geräusch verbunden. Deshalb: »Ruhe bitte!« »Streng bestraft wird jeder, der Leute zu

Meinungsaussagen zwingt, die sonst stumm geblieben wären« (Katharina Rutschky). (Natur- und kulturgemäß erinnern wir uns da an Woody Allen und Nadelmann: »Gott schweigt, wenn wir jetzt bloß die Menschen dazu brächten, die Klappe zu halten«). Angesichts von anderen Belästigungen im »öffentlichen Raum« (»Wo du heute hingehst, ist Kunst schon da«) versucht sich Matthias Beltz an einer Büchner-Persiflage: »Friede den Plätzen, Krieg dem Krempell!«

Joseph von Westphalen hat sich das Schwerste überhaupt vorgenommen (mit der Abschaffung der Pommes Frites nicht zu vergleichen): Ein dickschenkelfreies, also vom Fußball gereinigtes Europa. Dagegen erscheint die Abschaffung der »Falk-Pläne« allen Falk-Plan-Verstrickten und der Falk-Plan-Opposition auch ein wahrer Segen, wäre aber vergleichsweise ein Klacks. Größer dimensioniert schon wieder die Meinung von Lothar Baier, es gehe auch ohne das Wort »Diskurs« (»man muß nur wollen müssen«).

Naturgemäß haben die Autorinnen und Autoren nicht an alles denken können; dazu ist einfach zu viel da, was verboten gehört. Das reizende (sic!) kleine Buch beschließt der – nein, nicht unvermeidliche, sondern trotz Beinahe-Wegschenkens seiner Verlegerin gottlob nicht vermiedene – Harry Rowohlt; er – »Tolerator« von Schwarzeneggerscher Fülle (mit »Verbieter's Block«) – findet eine Prohibitions-Anthologie (sau- oder bären-)blöd und schreibt seine zwei Seiten eigentlich um einen Zweizeiler zugunsten der Goethe-Institute herum:

»*Inschallah hier, inschallah da,*

Und kein Schwein kennt Hans Fallada«

Nehmt alles in allem: Ein angenehmes Kopfkissenbuch, handlich (12 x 21 cm), leicht (280 g), aus dem man sich – je nach Müdigkeit – zwischen einer und neun Seiten aussuchen kann, für 36 Abende, sagen wir für den ganzen April bis zum 6. Mai. Allerdings nicht ausgeschlossen, daß man bei dem einen oder anderen Stück vor Lachen nicht in den Schlaf kommt.

Wie schwer es allerdings alle verdienstvollen satirischen Abmahnungen, Verbote, Rückbaumaßnahmen und Freisetzungen haben, läßt zum Beispiel die Nachricht ahnen, daß über tägliches Lotto nachgedacht werde bzw. ein solches »angedacht« worden sei. Oh Zulassungen, oh Schutz vor ihnen (nach Elfriede Jelinek).

Heinrich von Berenberg/Antje Kunstmann (Hg.): Längst fällig. 37 notwendige Verbote, Antje Kunstmann Verlag, München 1996, 200 S., DM 29,80

Zeitgeistskizze

Regine Hildebrandt schaut dem Volk aufs Maul

Sie hat dem Volk »schr genau auf's Maul Ggeschaut«, sagt sie. Vor allem in Brandenburg. Aber auch die Stimmungen und Meinungen der »Alt-Bundesbürger« sind ihr nicht fremd, besonders deren Urteil und Vorurteil über die Ostdeutschen. Regine Hildebrandt, die engagierte SPD-Politikerin aus Brandenburg, hat in ihrem kürzlich erschienenen Buch *Wersich nicht bewegt, hat schon verloren* viel Wahres einfach und in einfacher Sprache auf den Punkt gebracht. Ihre unverblühten Aussagen über die Vor- und Nachteile der deutschen Gesellschaft skizzieren nicht nur die Gefühle der »Neu-Bundesbürger«.

Sie trifft oftmals auch den Kern der Gefühle aller Deutschen, die nicht zu »denen da oben« gehören. Etwa: Eine Erfahrung im Bereich der Unternehmensgründungen, »die die neuen Bundesbürger zutiefst erstaunt« habe, sei die Erkenntnis, »daß die seinerzeit in der DDR allenthalben bespöttelte und beklagte Bürokratie vom Verwaltungsaufwand in bundesdeutschen Ämtern weit in den Schatten gestellt wird«. Oder zu den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf Ostdeutsche: »Nicht nur materielle Einschränkungen, nicht nur die Angst, irgendwann in Armut zu versinken, machen ihnen zu schaffen, sondern auch die Entwurzelung, die Tatsache, daß mit dem Verlust der regelmäßigen Arbeit auch zwischenmenschliche Kontakte und Möglichkeiten der Kommunikation sterben. Am schlimmsten ist das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden.«

Auch zum Solidariätzuschlag und anderen Fördermitteln für Ostdeutschland spricht die einstige Ministerin im letzten DDR-Kabinett unbequeme Wahrheiten offen an, die im Westen gerne gehört werden: »Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Situation in einigen Gegenden Ostdeutschland stabilisiert. Es gibt auch arme Regionen im Westen, und manche von ihnen sind schlechter dran als die wenigen prosperierenden Regionen in den neuen Bundesländern. Es ist also der Zeitpunkt gekommen, darüber nachzudenken, nach welchen Kriterien zukünftige Zuschüsse gewährt werden sollen. Der Osten dürfte besondere Mittel, für Arbeitsförderung und Investitionen zum Beispiel, nicht einfach deshalb beanspruchen, weil er Osten ist, sondern nur, wenn sie dort nötiger gebraucht werden als anderswo.

Fördertatbestände müssen künftig nach Bedürftigkeit und nicht mehr einfach nach Himmelsrichtung bestimmt werden.«

Die Bundesrepublik der Zukunft, resümiert Hildebrandt, könne nicht die um sechzehn Millionen Menschen erweiterte Bundesrepublik von 1989 sein. Viele der Ostdeutschen hätten dies längst begriffen, glaubt sie, und wirft unerschwellig den Westdeutschen vor, daß jene noch stark ihrer alten Zeit nachträumten. Sie glaubt auch, daß nach einer kurzen Weile des Duckens unter den neuen Verhältnissen bei den Ostdeutschen ein neues Selbstwertgefühl erwacht sei. Denn sie hätten den Vorteil, zwei Systeme unmittelbar miteinander vergleichen zu können: »Und sie haben inzwischen festgestellt, daß der Westen die Weisheit nicht mit dem Löffel gefressen hat.« Ihre Erkenntnis gipfelt darin: »Eher als die meisten Westdeutschen haben sie (die Ostdeutschen) begriffen, daß nicht nur die »Beigetretenen« sich ändern müssen, wenn wir den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gewachsen sein wollen.«

Die offene Bestandsaufnahme Hildebrandts zur Lage der Nation verdient Aufmerksamkeit in Ost und West. Weil vieles, was sie sagt, nicht nur den Brandenburgern ihrer Heimat aus dem Herzen spricht. Weil sie eine Zeitgeistskizze der ersten sechs Jahre seit der Vereinigung entworfen hat, die in den nächsten Jahren sicherlich an vielen Stellen an Profilschärfe gewinnen wird. Und weil man ihr abnehmen kann, daß sie es ehrlich meint mit ihren Eindrücken und Analysen. Das ist keine Selbstverständlichkeit für ein Buch aus Politikerfeder! Dieses Buch braucht man nicht zwischen den Zeilen nach Untertönen abzuklopfen, nach Gedankenwinkelzügen und Hintertürchen. So offenbart sie auch hemmungslos einen stellenweise bieder-konservativ anmutenden Zug, der ein deutliches Unverständnis für die Moderne und ein klares Bekenntnis zum »Otto-Normalbürger« zum Ausdruck bringt und den man hinter der »Radikal-Sozialdemokratin« nicht ohne weiteres erwartet hätte, wenn sie beispielsweise etwas weltfremd für mehr »Normalität« im Alltag plädiert: »Im Westen scheint mir Normalität keine besonders angesehene Größe zu sein. ... Man kleidet sich auffällig schlampig, auffällig schrill, auffällig elegant. Man hängt extremen Ansichten an. Vielleicht wäre etwas mehr Normalität angebracht.«

Angenehm ist zudem, daß sie sich nicht mit cleveren Gescheitheiten brüstet, verpackt in hochtrabenden wissenschaftlichen Worthülsen, wie das oft bei Zeitgeistanalitikern der Fall ist. Obwohl die promovierte Biologin dies sicherlich gut könnte. Nein – es macht sie und ihr Buch sympathisch, daß sie sich ebenfalls aufs Maul schauen läßt.

Regine Hildebrandt: Wer sich nicht bewegt, hat schon verloren. Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn 1996, 160 Seiten, DM 29,80

STEPHAN REINHARDT

Leben eines Mitläufers

Kurt Mautz' Roman »Der Urfreund«

Sie lagen in der Turnhalle auf Strohsäcken und warteten auf ihre Entlassungsscheine« – mit diesem lapidaren Satz läßt der Mainzer Schriftsteller Kurt Mautz seinen (ersten) Roman *Der Urfreund* beginnen. »Sie«, das sind deutsche Kriegsgefangene, die im November 1945 aus britischen Lazaretten zurückgekehrt sind in das ausgebombte Hamburg. Ernst Ronge, einer der *Prisoners of War*, will so schnell wie möglich nach Hause, zu seiner Frau Ella, die ihm in einem Brief gestanden hat, daß sie ihn einst einmal mit seinem Freund Friedrich Kreifeld betrogen habe – ein Vertrauensbruch, der ihn tief getroffen hat.

Kurt Mautz, 1911 geboren, bekannt als Autor ironisch – witziger Anagrammgedichte, erzählt in *Der Urfreund* in erinnernder, zuweilen episodischer Form – die Geschichte der Freundschaft von Ernst Ronge und Friedrich Kreifeld als Geschichte einer Verstrickung in das Unrechts- und Terrorregime der Nazis, als Geschichte des intellektuellen Verrats, des *Sacrificium intellectus*.

Kreifeld und der wenig jüngere Ronge lassen sich um 1930 von ihren linken Universitätslehrern »Amorelli« und »Paulus« begeistern und werden mit dem Ende der Weimarer Republik verwickelt in politische Kämpfe: Als Mitglieder der linkssozialistischen Roten Studentengruppe widersetzen sie sich dem wachsenden Terror der braunen Studenten. Doch als Hitler Reichskanzler wird, gibt es einen Bruch in ihrer Freundschaft: Kreifeld, der Antifaschist, wan-

delt sich von heute auf morgen in einen Funktionär des Naziregimes und opfert seine Vernunft auf dem Altar der Macht: »Man lebt nur einmal«, erklärt Kreifeld, nun Blockwart, dem erstaunten und enttäuschten Freund Ronge, »... und man muß etwas aus seinem Leben machen.« Ohne die Nazis geht es nicht, also mit ihnen. Ronge dagegen, für den der NS-Staat keine Dozentenstelle hat, findet vorübergehend Unterschlupf in einer Privatschule: In selbst gewählter innerer Emigration kann er den Verführungen der Macht widerstehen.

Erkennbar hat *Der Urfreund* einen autobiographischen Hintergrund. Ohne Mühe ist vor dem Frankfurter Lokalhintergrund (»Cafe Laumer«) der wortmächtige Soziologe Theodor W. Adorno (»Amorellis hochkonzentrierte Sätze«) zu identifizieren. Daß sich hinter »Paulus« der Theologe und Philosoph Paul Tillich und hinter dem »Altgermanisten, der es mit den Nazis hielt«, der völkische Wissenschaftler Hans Naumann verbergen, vermag vermutlich nur zu erkennen, wer die Frankfurter Universitätsverhältnisse von 1930/34 genauer kennt. Daß hinter dem Studenten Ernst Ronge der Erlebnishorizont des Autors Mautz hervorscheint, liegt nahe, daß dessen »Urfreund« – so nannte Goethe seinen Freund Karl Ludwig Knebel – manches gemeinsam hat mit dem Germanisten Wilhelm Emrich, wurde kürzlich von einer Zeitung bekannt gemacht. Kurt Mautz' Kreifeld, der im Goethejahr 1932 für Amorelli an seiner Dissertation über »Allegorie und Symbol beim späten Goethe« arbeitet, und Goethe dabei als unpolitischen, dem Mythischen zugetanen Repräsentanten einer abgelebten bürgerlichen Endzeitkultur darstellt, macht Karriere, indem er in seiner Habilitationsschrift nun just an Goethe das Mythische entdeckt und es interpretiert als Beitrag zur nazistischen Blut- und Boden-Ideologie. Die Habilitation vollziehen läßt der »braune Weltanschauungsprediger« Kreifeld, der im Propagandaministerium als Zensor tätig und für die Papierzuteilung zuständig ist, durch einen willfährigen Professor. Schließlich gibt er in dem Aufsatz »Der Einbruch des Judentums in die deutsche Wissenschaft«, ein militantes – Marx und Freud verteuflendes – öffentliches Bekenntnis zum Antisemitismus ab.

Kurt Mautz' Umgang mit dem Urfreund Kreifeld erweckt nicht den Eindruck, als würden hier persönliche Rechnungen in fiktionaler Verkleidung beglichen werden. Im Mittelpunkt steht das Psychogramm eines Mitläufers und geistigen Kollaborateurs, der zum Gesinnungstäter wird – aus »krankhaftem Ehrgeiz«: Seit seinem vierten Lebensjahr hat er ja diesen

rachitischen Schleppfuß . . . In der Schule haben ihn die anderen nicht für voll genommen, weil er beim Fußballspielen nur dastehen und zusehn konnte. Er versuchte sich dafür durch geistige Leistungen auszuzeichnen. Immer vom Ehrgeiz besessen, die anderen in den Schatten zu stellen.«

Nach dem Ende der Nazidiktatur erklärt Kreifeld, ein Musterbeispiel des zeitlosen Opportunisten, seine braune Vergangenheit selbstverständlich für einen Irrtum, hervorgerufen durch eine Zwangslage: »Wer hat nicht mitgemacht ... Man mußte doch ... Sonst war man ein toter Mann.« Und um seiner Habilitationsschrift den Blutgeruch zu nehmen, entnazifiziert er sie, ändert Passagen, in denen er »etwas zu dick aufgetragen hatte.« Im muffigen, autoritären Klima der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie, in der der juristische Kommentator der Nürnberger Rassegesetze Globke Kanzleramtschef werden kann, setzt Kreifeld an zu neuen Karrieresprüngen. Doch sein Autor Mautz – von der biographischen Urfolie abweichend – greift hier ein und läßt Kreifeld Selbstmord begehen, nachdem Kopien von dessen verbalen Schandtaten im »Dritten Reich« im Umlauf sind: in den Tod getrieben durch »das Bewußtsein eigener Schuld«. Der Verzicht auf intellektuell-politische Moral, auf Gewissen – so der Schriftsteller und Intellektuelle Kurt Mautz – kann nicht ohne Folgen sein, fordert seinen Preis. Mautz hat diese Moral ohne grelle und denunziatorische Töne in ein spannendes Zeitbild vom Ende der Weimarer Republik bis zum Beginn der fünfziger Jahre gekleidet. Daß sein Romanbild von der intellektuell-moralischen Fragwürdigkeit opportunistischer Prinzipienlosigkeit sich in der Wirklichkeit mit dem Namen des renommierten Germanisten Wilhelm Emrich verband und verbindet, ist nicht ihm anzulasten. Bereits 1978, nach Emrichs Emeritierung, erfuhr ein kleinerer Kreis von der mit »W. Emrich« unterzeichneten antijüdischen Schmähchrift »Der Einbruch des Judentums in das wissenschaftliche und fachliche Denken«, die 1943 in der Zeitschrift DAS DEUTSCHE FACHSCHRIFTTUM (Heft 4-6) erschienen ist und die aus den heute greifbaren Exemplaren dieser Zeitschrift entfernt worden ist. Obwohl der geistreiche, vitale und von vielen (auch vom Rezensenten) vor allem seit seiner Kafka-Interpretation von 1958 geschätzte Nachkriegsgermanist Wilhelm Emrich sich seither mit keiner Silbe zu alldem erklärt hat, bleibt zu hoffen, daß er dies trotz seines hohen Alters doch noch macht. In seinem Roman *Der Urfreund* hat Kurt Mautz am Lebensbeispiel eines Mitläufers, der vom antibürgerlichen Kulturkritiker und

Adornoschüler zum deutschtümelnden Antisemiten mutierte (und wieder zurück), die Geschichte vom Verrat des Intellektuellen, der seine bessere Einsicht der Karriere opfert, noch einmal erzählt.

Kurt Mautz: Der Urfreund. Roman, Igel Verlag, Paderborn 1996, 212 Seiten, DM 38,-

INES POSSEMEYER

Neue Bildbände

Nonos Rose und Lagerfelds Nostalgie

Fellini trug sich jahrelang mit der Idee eines Venedig-Films. Er ließ es beim Geheimnis. »Das Vokabular war abgenutzt, ausgereizt.« Ein Entschluß, den man sogleich bekräftigen möchte, die Werke von Welles, Roeg und Visconti vor Augen: Wir wollen keine Bilder mehr aus Venedig, wir kennen sie schon alle. Nun stammt aber das Eingangszitat ausgerechnet aus einem neuen Fotoband, *Venedig – Stimmen zwischen Stein und Meer*, von Ingrid von Kruse. Also noch ein Tropfen in der Bilderflut aus Venedig, noch mehr Karneval und Gondeln?

Die deutsche Fotografin findet tatsächlich unverbrauchte Bilder und erneuert zugleich die Jahrhunderte alte Faszination Venedigs. Sie dringt hinter die steinernen Fassaden der Palazzi und zeigt Menschen, die hier leben: Alte und Junge, Gelehrte und Künstler, Müßiggänger und Politiker. Keine statischen Porträts, sondern aufmerksam beobachtete Gesten und Blicke. Auf den Schwarzweiß-Fotografien wirken die Menschen zugleich seltsam der Zeit enthoben, ähnlich wie die Stadt selbst. Reduziert auf Details, grinnt Venedig zum Stilleben, durch nichts mehr verankert in der Gegenwart. Zu sehen sind die Schnörkel eines Geländers, das Schattenspiel von Skulpturen oder die Reflexionen auf dem Wasser. Nur ein blasser Kondensstreifen über den Türmen des Markusdoms verweist auf das ausgehende Jahrtausend. Er durchschneidet den Mast eines Segelbootes und wird so zum Kreuz über der Stadt, in seiner Flüchtigkeit ist er zugleich eine mo-



»Venedig« mit Ingrid von Kruse sehen...

derne Variation alter Vanitasmotive. Diese Symbolik von Vergänglichkeit und Melancholie wird auch in klassischen Arrangements von Obst und Fischen zitiert, im Bild eines verwitterten Grabsteins oder einer Rose im Geröll. Eine konkrete Bedeutung dieser Fotografien offenbart sich in ihrer Zusammenschau oder durch den begleitenden Text. So steht der Rose ein Porträt des verstorbenen Luigi Nono gegenüber. Und in einem fiktiven Brief der Fotografin an den Komponisten erfährt der Leser von ihrem Besuch an seinem frischen Grab, wo sie die Rose hinterlassen hat.

Auch hinter anderen Bildern stehen persönliche Geschichten und Begegnungen. Nachzulesen in insgesamt sechs Briefen, darunter an Joseph Brodsky und Fellini. Über zwölf Jahre hat Ingrid von Kruse Venedig bereist und ist dabei immer tiefer in eine Welt vorgedrungen, die dem flüchtigen Besucher verborgen bleibt: das Venedig der Traditionen, die in den heutigen Bewohnern fortleben und die Inspiration des Buches sind. Die Fotografin sucht die Materialisierung ihrer inneren Bilder, die gespeist werden aus Literatur, Malerei und Film. Für den Betrachter oftmals verblüffend sind die Korrespondenzen, die sie dabei findet. Eine junge

Frau wird zum Ebenbild einer verwitterten Skulptur. Ein alter Mann verdoppelt sich in einem Gemälde, als habe er einst selbst Modell gestanden. – »Die Geschichte läßt ihre Geister los. In eigener Rangordnung wie eh und je treten sie aus den Arkaden.«

Die Stadt scheint ewig: steinerne Kulisse für einen endlosen Reigen von Figuren. Ein theatrales Spiel, das sich ebenso in Aufnahmen von Fächern und Masken zeigt, in Bewegung versetzt durch Spiegelungen und Überblendungen. Hier, bei wechselnden Perücken, Hüten oder historischen Gewändern, findet die Zeit ihre endgültige Auflösung.

Ingrid von Kruse schlägt durch ihre Bilder und Briefe einen Bogen zwischen Poesie und Realität, Vergangenheit und Gegenwart. Mit ihrem Gespür für Geschichten und Menschen zeigt sie einmal mehr, daß sie zu den wichtigsten deutschen Fotografinnen gehört, frei von einer an der Oberfläche verharrenden Ästhetik, die nichts mehr zu erzählen weiß. Mit ihrem Venedig-Buch gelingt ihr eine neue Perspektive auf ein altes Sujet. Fellini hätte das sicher gefallen.

So subtil und unpräzise Ingrid von Kruse, so laut und aufdringlich Karl Lagerfeld. *Visionen*

heißt sein jüngster Fotoband. Der Couturier blickt dem Betrachter schon auf dem Cover entgegen, ernst und bedeutungsschwer aus einem Fernsehmonitor. Im Innenteil dann die leidenschaftslosen Phantasien Lagerfelds, die er inszeniert wie sein Leben und seine Moden. Meist ist das englische Fotomodell Stella Tennant zu sehen, die derzeitige Muse des Modezaren: »Star Stella«, »Stella in Uniform« oder »Stella von einem anderen Planeten«. Anders als bei früheren Arbeiten, etwa der Interpretation von Goethes *Faust* mit Claudia Schiffer als Gretchen, fotografiert Lagerfeld hier keine Geschichten. Seine »Visionen« sind zumeist Frauenporträts; unspektakulär und konventionell, wie man sie in jedem Katalog für Frisuren oder Mode findet. Die Fotos wurden durch ein altes Pigmentierungsverfahren von Hand verfremdet und haben so eine fleckige Patina erhalten, die zugleich Tiefe und Ausdruck erstickt.

»Ich liebe es, den Fotos ein mystère zu geben, wo im Grunde gar keines ist,« hat Lagerfeld in einem Interview erklärt. Flach aber wirken Lagerfelds Bilder, die – mal verschwommen, mal scharf – auf dem stumpfen Flachspapier des Buches alle Nuancen verlieren.

Einziges Blickfang: eine Variation des Filmplakates von *Gone with the Wind*. Vor der Kulisse des brennenden Atlanta hält nicht Rhett Butler seine Scarlett im Arm, sondern ein schwarzes Modell das andere.

Sicherlich nicht als Kritik am Südstaaten-Epos der Weißen gedacht, aber aufrichtig kitschig. Eine Aussage oder künstlerische Handschrift verraten diese Arbeiten ebensowenig wie handwerkliches Können. Lagerfeld offenbart sich als Nostalgiker, nicht als Visionär. Eine Kritik freilich, die ihn, der sich selbst als professionellen Dilettanten bezeichnet hat, wenig anfechten dürfte. Denn wie inserierte Lagerfeld einst ganzseitig im KÖLNER STADT-ANZEIGER: »Ich liebe es, auch zu mißfallen.«

Die Stiftung Buchkunst prämiert jedes Jahr die fünfzig schönsten Bücher. Darunter war 1996 auch eines über das Leben und Werk von Gotthard de Beauclair. Das Buch zeigt sich damit seinem Gegenstand würdig, denn kein anderer ist bei den Wettbewerben um die schönsten deutschen Bücher häufiger ausgezeichnet worden als Beauclair selbst. Wer aber ist Beauclair?

Sein Name ist vermutlich nur Bibliophilen und Lyrikerfreunden ein Begriff. Die schmalen kartonierten Bände der Insel-Bücherei aber kennt jeder, mit den bunten, oft an Jugendstil-motive erinnernden Einbänden. – Beauclair hat sie gestaltet. 1928 übernahm der erst 21jährige

die typographische und buchkünstlerische Leitung des gesamten Insel-Verlags. Für seine Neugestaltung des Verlagsprogrammes erhielt Beauclair auf der Weltausstellung in Paris 1937 die Goldmedaille. Später wurde er künstlerischer Leiter der Schriftgießerei Stempel in Frankfurt und Berater des Propyläen-Verlags. Er gründete einen eigenen Verlag, *Ars librorum*, und prägte die Reihen der Trajanus Presse und Edition de Beauclair. Neben der Herstellung kostbarer Originalgraphikmappen ließ er zeitgenössische Künstler klassische, christliche und fernöstliche Überlieferungen illustrieren. Dazu gewann er so bekannte Leute wie Giorgio de Chirico, Oskar Kokoschka, Max Pfeiffer-Watenphul, Imre Reiner oder Gustav Seitz. Beauclair selbst verfaßte seit seiner Jugend Lyrikbände, eine Leidenschaft, auf die er sich nach 1971 ganz zurückzog.

Das jetzt prämierte Buch *Buchgestalter, Lyriker, Verleger. Leben und Werk* des Rheinlandia Verlags würdigt das Gesamtwerk des 1992 verstorbenen Beauclair und ist zugleich selbst ein Beispiel ausgezeichneter Buchkunst in dessen Sinne: Es verkörpert die vollendete Harmonie von Text und Illustration, Schrift und Schriftbild, Papier und Einband. Die Schlichtheit des Buches und der großzügige Umgang mit Weißraum erlaubt, daß die von Beauclair entworfenen Einbände und Seiten ihre ganze Wirkung entfalten können. Auch die zahlreichen Reproduktionen von Radierungen und Lithographien sind dabei von ausgezeichneter Qualität.

Beauclair bildet einen ästhetischen und konzeptionellen Gegenpol zu den Layout-Revolutionären von heute. Insbesondere der Amerikaner David Carson hat die Buchstaben von jeder Bedeutung entfesselt und die Typographie zum Selbstzweck erklärt. Verglichen mit seiner digitalen Ästhetik ist Beauclair der Traditionalist. Doch seine Arbeiten sind von einer zeitlosen Schönheit.

Ingrid von Kruse: Venedig – Stimmen zwischen Stein und Meer. Hirmer Verlag, München 1996, 222 S., DM 98,-

Karl Lagerfeld: Visionen. Galerie Gmurzynska/Steidl Verlag, Göttingen 1996, 21 Abb., DM 65,-

Gotthard de Beauclair: Buchgestalter, Lyriker, Verleger. Leben und Werk. Hg. v. Gert Fischer und Heinz Richter, Rheinlandia Verlag Siegburg 1996, 176 S., 96 Abb., Englischbroschur DM 138,-, Ganzleinenband DM 158,-

Zu den Autorinnen und Autoren

ULRICH BARON, geb. 1959, Redakteur für Literatur und Sachbuch beim RHEINISCHEN MERCUR in Bonn.

FRANK BOGISCH, geb. 1956, freiberuflicher Umwelt- und Energieberater, Mitglied des Landesvorstandes der SPD Sachsen-Anhalt.

DANKWARD BRINKSMEIER, geb. 1956, Mitbegründer der SDP in Schwante, Vorsitzender des Innenausschusses der letzten Volkskammer, Zweiter Beigeordneter in Strausberg.

HERTA DÄUBLER-GMELIN, geb. 1943, seit 1972 MdB und seit 1987 stellvertretende Fraktionsvorsitzende, stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende.

JACOBUS DELWAIDE, geb. 1949, Politologe und Publizist, lehrt Politikwissenschaften an der Katholischen Universität Brüssel.

CLEMENS FUEST, geb. 1968, habilitiert sich am Volkswirtschaftlichen Seminar der Universität München.

JOSEF-THOMAS GÖLLER, geb. 1958, lebt als freier Publizist in Bonn.

RÜDIGER GÖRNER, geb. 1957, Professor für Deutsche Literatur an der Aston University /GB.

FRITZ GÖTTLER, geb. 1954, Sachbuchredakteur bei der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG in München.

RUDOLF HILF, geb. 1923, Historiker, Präsidiumsmitglied von INTERREG, lebt in München.

JOCHEN HÖRISCH, geb. 1951, Professor für Neuere Deutsche Literatur und Qualitative Medienanalyse an der Universität Mannheim.

PATRICK HORST, geb. 1964, lebt als freier Publizist in Hamburg.

IVAN IVANJI, geb. 1929, lebt als freier Autor in Wien.

DIRK JÄGER, geb. 1971, ist Student der Betriebswirtschaft an der FH Trier.

MARIE-LUISE KNOTT, geb. 1953, Leiterin der deutschen Ausgaben von LE MONDE DIPLOMATIQUE der TAZ, lebt als Autorin und Übersetzerin in Berlin.

MICHAEL KÖHLER, geb. 1961, freier Publizist, lebt in Bonn.

STEPHAN KRASS, geb. 1951, Kultur- und Wissenschaftsredakteur des SÜDWESTFUNK in Baden-Baden.

JAN KRĚN, geb. 1930, Professor für Sozialwissenschaften an der Karls-Universität in Prag.

CLAUS LEGGEWIE, geb. 1950, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Gießen, lehrt zur Zeit in New York.

INES POSSEMAYER, geb. 1968, ist Filmemacherin und Publizistin in Hamburg.

BURKHARD REICHERT, geb. 1938, Referent für (katholische) Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand.

STEPHAN REINHARDT, geb. 1940, lebt als freier Publizist in Heidelberg.

MARTIN SCHIERBAUM, geb. 1963, Literaturwissenschaftler, lebt in Hamburg.

GESA SNELL, geb. 1963, ist Volkskundlerin und Skandinavistin, promoviert in Göttingen.

KAREL TRINKEWITZ, geb. 1931, lebt als freier Publizist in Prag und Hamburg. Teilnehmer des PRAGER FRÜHLINGS 1968 und Aktiver bei der CHARTA 77.

FRANK WULLKOPF, geb. 1964, ist Doktorand der Politikwissenschaften an der Universität Hannover.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
53175 Bonn
Tel.: (0228) 883540-43
Telefax: (0228) 883539

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH
In der Raste 2
53129 Bonn
Tel.: (0228) 238083
Telefax: (0228) 234104
Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 1. 1. 1997
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738. Einzelheft DM 14,80,-/sFr 14,80/öS 108,00 frei Haus; Jahresabonnement DM 99,00/sFr 92,00/öS 723,00 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.